

Berliner Schriften zur Medienwissenschaft

Die Betrachtung der Risiken
der Kernenergie in ausgewählten
deutschen Printmedien

Mario Iwaniec

Universitätsverlag der TU Berlin

Berliner Schriften zur Medienwissenschaft
Herausgeber: Jakob F. Dittmar
Band Nr. 13

ISSN 1869-0041 (Druckausgabe)
ISSN 1869-005X (Online-Version)

ISBN 978-3-7983-2283-7 (Druckausgabe)
ISBN 978-3-7983-2284-4 (Online-Version)

Druck / docupoint GmbH, Druckerei und Verlag
Printing: Otto-von-Guericke-Allee 14, D-39179 Barleben

Vertrieb / Universitätsverlag der TU Berlin
Publisher: Universitätsbibliothek
Fasanenstr. 88 (im VOLKSWAGEN-Haus), D-10623 Berlin
Tel.: (030)314-76131; Fax.: (030)314-76133
E-Mail: publikationen@ub.tu-berlin.de
<http://www.univerlag.tu-berlin.de>

©Verlag der TU Berlin 2010
Alle Rechte vorbehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	2
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	5
1. EINLEITUNG	6
2. GRUNDLEGENDE BEGRIFFE	9
2.1. RISIKO	10
2.2. KERNENERGIE	23
2.3. DIE KERNENERGIEKONTROVERSE IN DER BRD	45
3. UNTERSUCHUNG	59
3.1. METHODE	60
3.1.1. AUSWAHL DER ZEITRÄUME	60
3.1.2. AUSWAHL DER MASSEN MEDIEN.....	61
3.2. DIE KATASTROPHE VON TSCHERNOBYL (1986)	64
3.2.1. DAS EREIGNIS.....	66
3.2.2. DIE DARSTELLUNG IN DEN AUSGEWÄHLTEN MASSEN MEDIEN.....	71
3.2.3. ZUSAMMENFASSUNG	93
3.3. ZEHN JAHRE NACH TSCHERNOBYL (1996)	110
3.4. ZWANZIG JAHRE NACH TSCHERNOBYL (2006).....	137
4. AUSWERTUNG DER UNTERSUCHUNG	164
4.1. ZEITUNGEN	164
4.2. UNTERSUCHUNGSZEITRÄUME	170
5. FAZIT UND AUSBLICK	176
LITERATURVERZEICHNIS	179

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ag.MA	Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse e.V.
AGR	Advanced Gas Cooled Reactor
AKW	Atomkraftwerk
AWA	Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie e.V.
BI	Bürgerinitiative
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Castor	Cask for storage and transport of radioactive material
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DAtF	Deutsches Atomforum e.V.
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DWK	Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH

DWR	Druckwasserreaktor Erneuerbare-Energien-Gesetz
EG	Europäische Gemeinschaft (Vorläufer der EU)
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
GAU	Größter anzunehmender Unfall
Grüne	Die Grünen, später: Bündnis 90/Die Grünen
HAW	High Active Waste
HTR	Hochtemperaturreaktor
IAEA	Internationale Atomenergie Agentur
Ifeu	Institut für Energie- und Umweltforschung
IPPNW	International Physicians for the Prevention of Nuclear War (In Deutschland: Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.)
ISOE	Institut für sozial-ökologische Forschung
IVW	Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.
IZE	Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V.
KKN	Kernkraftwerk Niederaichbach/Isar
KKW	Kernkraftwerk

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LWR	Leichtwasserreaktor
Magnox	Magnesium non oxidizing
Minatom	russisches Ministerium für Atomenergie
MWe	Megawatt (elektrisch)
MWth	Megawatt (thermisch)
MZFR	Mehrzweckforschungsreaktor
PDS/Linke	Partei des Demokratischen Sozialismus, seit 2005 nach der Fusion mit der WASG: Die Linke
RAG	Ruhrkohle AG
RBMK	„Hochleistungs-Druckröhrenreaktor“ (aus dem russ.), graphitmoderierter Siedewasserreaktor
SchWR	Schwerwasserreaktor
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SWMH	Südwestdeutsche Medienholding GmbH
SWR	Siedewasserreaktor
SZ	Süddeutsche Zeitung
TASS	russische Nachrichtenagentur
TAZ	die tageszeitung
THTR	Thorium-Hochtemperaturreaktor
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Sowjetunion

UN/UNO	United Nations (Organization)
UNSCEAR	United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation (Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung)
VDEW	Verband der Elektrizitätswirtschaft
WAA	Wiederaufarbeitungsanlage
WASG	Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WWER	Druckwasserreaktor russischer Bau- art
ZVEI	ZVEI Zentralverband Elektrotechnik und Elektronik-industrie e.V.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABBILDUNG 1: RISIKOKOMMUNIKATIONSPROZESS	22
ABBILDUNG 2: KERNBRENNSTOFFKREISLAUF	29
ABBILDUNG 3: KERNREAKTOREN	35
ABBILDUNG 4: EXKURS – STRAHLENARTEN	41
ABBILDUNG 5: LAUFZEITEN DEUTSCHER ATOMKRAFTWERKE	55
ABBILDUNG 6: HALTUNG DER PARTEIEN ZUR KERNENERGIE-NUTZUNG	58
ABBILDUNG 7: ARTIKEL MIT BEZUG ZUR KERNENERGIE – 1986.....	94
ABBILDUNG 8: ARTIKEL MIT BEZUG ZUR KERNENERGIE – 1996.....	110
ABBILDUNG 9: ARTIKEL MIT BEZUG ZUR KERNENERGIE – 2006.....	137

1. EINLEITUNG

Wie betrachtet die Gesellschaft die Risiken, die von einer Hochtechnologie wie der Kernenergie ausgehen?

Es scheint, als ob spätestens seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 der Glaube an ein „sicheres Leben“ zu verfallen droht. Durch die zunehmende Hochtechnologisierung scheint unser Leben immer „unsicherer“ zu werden – bei gleichzeitig steigender Abhängigkeit von ihr, beispielsweise von der Stromerzeugung. Doch was bedeutet „unsicher“, woran soll so eine Aussage gemessen werden? Nimmt man die durchschnittliche Lebenserwartung als Grundlage, so ist das Leben in Deutschland heutzutage sicherer als früher¹ und auch sicherer als in vielen anderen Ländern. Die Gesellschaft muss sich entscheiden, wie sie diesen hohen Lebensstandard zumindest aufrechterhalten will. Jede Entscheidung in Bezug auf eine Technologie ist dabei riskant, sei es durch die Gefährdung bei einer Entscheidung für oder durch das Auslassen von Chancen bei einer Entscheidung gegen eine Technologie. Welche Risiken ist die Gesellschaft bereit einzugehen, um z.B. die ausreichende Bereitstellung eines Guts wie elektrischer Energie sicherzustellen?

Am Beispiel Kernenergie lässt sich diese Risikodiskussion gut verfolgen, denn gemessen an der Zeit, die uns diese Technologie schon zur Verfügung steht, und an den insgesamt weltweit angelaufenen Betriebsjahren sind wir arm an Erfahrung, die uns die Abschätzung von Risiken erleichtern würde. Wie werden also die Risiken, die dieser Technologie innewohnen, betrachtet? Die Ansätze dazu ändern sich im Zeitablauf. So erscheint zum Ende des 20. Jahrhunderts ein

¹ Vgl. LÜBBE 1993, S. 24 ff. Zeitgleich wirken also die Risiken der Lebensverbringung geringer und die Risikoempfindlichkeit stärker als früher.

neues Problem am Horizont: Das Klima droht zu kollabieren. Tschernobyl scheint vergessen. Werden also Risiken im Laufe der Zeit gegeneinander neu abgewogen oder ausgetauscht? Ist eine Hochtechnologie wie die Kernenergie auf einmal weniger riskant als früher, nur weil der Fokus nun mehr auf die drohende Klimakatastrophe als auf die nukleare Bedrohung gerichtet ist? Die Probleme der Hochtechnologie Kernenergie sind schließlich die gleichen geblieben. Wie hat sich in den zwei Jahrzehnten nach Tschernobyl die Betrachtung der Vor- und Nachteile der Kernenergie verändert?

Um die gesellschaftliche Betrachtung der Risiken der Kernenergie untersuchen zu können, soll in **Kapitel 2** zunächst eingegrenzt werden, was unter dem Begriff Risiko zu verstehen ist bzw. wie bestimmte gesellschaftliche Bereiche diesen Begriff verwenden. Als gesellschaftliche Schnittstelle bieten sich zur Untersuchung die Massenmedien (im Speziellen die Printmedien) an. Des Weiteren soll der Begriff Kernenergie eingegrenzt werden: Nur die zivile Nutzung der Kernenergie zur Strom- und Wärmeerzeugung wird betrachtet. Was ist an dieser Hochtechnologie riskant und welche Elemente des ihr eigenen Kreislaufs treten überhaupt als riskant in Erscheinung? Hauptstück dieses Kreislaufs ist das Kernkraftwerk, in welchem verschiedene Typen von Kernreaktoren auf unterschiedliche Weise, also auch mehr oder weniger riskant, Wärme und Strom erzeugen. Die Einleitung abschließen soll der bisherige Verlauf der Kernenergiekontrolle in der Bundesrepublik Deutschland, in den eingeführt wird.

Die Untersuchung der gesellschaftlichen Risikobetrachtung als Hauptteil dieser Arbeit geschieht an 3 ausgewählten Printmedien im **Kapitel 3**. Um den Stellenwert des Reaktorunfalls von Tschernobyl für die zivile Nutzung der Kernenergie darzulegen, wird dieser beschrieben, um die Zusammenhänge im ersten Untersuchungszeitraum besser verstehen zu können, denn kurz nach der Katastrophe war die Sachla-

ge noch ungewiss. Untersucht werden in jeweils 7 Ausgaben neben dem Jahr 1986 kurz nach der Katastrophe auch die Zeiträume um den zehnten sowie den zwanzigsten Jahrestag der Katastrophe (1996 bzw. 2006). Wie äußerten sich die ausgewählten Medien im Bezug zur Kernenergie, speziell ihren Risiken? Durch den jeweiligen Bezug zum Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl und den gleichbleibenden zeitlichen Abstand wird eine Vergleichbarkeit gewährt. Im Vordergrund der Untersuchung steht dabei vor allem die von den Zeitungen vertretene Haltung zur Kernenergie, es wird vor allem qualitativ untersucht.

Abschließend werden in **Kapitel 4** die Ergebnisse dieser Arbeit, die Betrachtung der Risiken der Kernenergie bezogen auf die jeweilige Zeitung über die Jahre bzw. bezogen auf das jeweilige Jahr in den Zeitungen, dargestellt. Zusätzlich wird eine Argumentationslinie der Befürworter und Gegner der Kernenergie verfolgt.

Das Fazit der Arbeit und einen Ausblick in die nahe Zukunft der gesellschaftlichen Diskussion über die Kernenergie bietet **Kapitel 5**. Die Betrachtung von Risiken ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die keinen Abschluss findet, sondern über die Zeit immer wieder angepasst werden muss. Dabei erlangt gerade das Thema Kernenergie zu wiedergewonnener Aufmerksamkeit – schließlich geht mit dem sich andeutenden Wechsel in der Politik bei der Bundestagswahl 2009 auch ein Wechsel der Wertvorstellungen, der Meinungen und damit der Betrachtungen von Risiken einher.

2. GRUNDLEGENDE BEGRIFFE

Bevor in dieser Arbeit die Risikobetrachtung der Kernenergie stellvertretend für die Gesellschaft in ausgewählten Printmedien untersucht werden soll, wird einleitend der Begriff Risiko in Bezug zu verschiedenen Abgrenzungsmöglichkeiten (Sicherheit, Gefahr und Katastrophe) definiert, um einen einheitlichen Sprachgebrauch über die Arbeit hinweg zu gewährleisten. Des Weiteren wird die Bedeutung des Begriffs Risiko in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen – der Wissenschaft, den Massenmedien und der Öffentlichkeit – geklärt, wobei den Massenmedien eine Sonderrolle als Mittler zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zugestanden wird.

Danach wird der Begriff der Kernenergie weiter eingegrenzt (zivile Nutzung der Kernenergie zur Wärme- und Strom-Erzeugung). Anschließend werden die verschiedenen Stationen des Kernbrennstoffkreislaufs und einige Reaktortypen sowie spezielle Störfälle der Kernenergie erläutert.

Abschließend wird ein Einstieg in die Kernenergiekontroverse in der Bundesrepublik Deutschland gewährt, um die Bedeutung des Themas Kernenergie für die Öffentlichkeit sowie die Meinungen der politischen Parteien zum Thema Kernenergie zu erläutern.

2.1. RISIKO

Ein Risiko stellt „die Möglichkeit des Eintretens künftiger Schäden als Folge eigener (gegenwärtiger) Entscheidungen“² dar.³ Dabei versteht man unter *Möglichkeit*, dass das Eintreten des Schadens „mit einer gewissen Unsicherheit verbunden ist oder über deren Eintreten oder Nichteintreten es Meinungsverschiedenheiten gibt“⁴. Unter *Schäden* versteht man aus sozialwissenschaftlicher Sicht eine „Verletzung von Werten wie Leben, Gesundheit, Eigentum usw.“⁵ Weil aber Risiken nicht unabhängig von *Meinungen* zustande kommen – es handelt sich um „Meinungswissen“ –, sind es keine „objektiven Tatbestände“, Risikobetrachtung basiert auf *Werten*⁶. Insofern ist die Betrachtung einzelner Risiken nicht irgendwann abgeschlossen, sondern unterliegt einem stetigen *Wandel über die Zeit*: Die Betrachtung von Risiken variiert, je nachdem, an welchen Werten sich die Gesellschaft orientiert. Damit bildet ein Risiko einen Untersuchungsgegenstand, der über verschiedene Zeitpunkte bzw. Perioden hin betrachtet werden kann.

Zur Abgrenzung des Begriffs Risiko ist der Vergleich von Begriffspaaren wie *Risiko/Sicherheit*, *Risiko/Gefahr* und *Risiko/Katastrophe* sinnvoll. Weiterhin ist es wichtig, die Verwendung des Begriffs in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie *Wissenschaft*, *Massenmedien* und *Öffentlichkeit* miteinander zu vergleichen.

² ESPOSITO 1997, S.160.

³ Aber auch das Auslassen von Chancen (als potentieller künftiger Nutzen) kann als Risiko bezeichnet werden.

⁴ PETERS 1990, S.62.

⁵ Ebd.

⁶ CONRAD 1989, S.179.

Risiko/Sicherheit

Das Begriffspaar *Risiko/Sicherheit* dient durch seine bedingte Verwendbarkeit zur Veranschaulichung: Jede Entscheidung ist riskant. Auf jede Entscheidung folgen immer weitere Entscheidungen, die ihrerseits wieder riskant sind. Auch das Auslassen einer Entscheidung zur Vermeidung von Risiken birgt Risiken – und sei es durch das Auslassen von Chancen –, auch das Nicht-Entscheiden ist eine Entscheidung. Somit stellt der Begriff Sicherheit einen Leerbegriff dar: Es gibt kein sicheres, risikofreies Verhalten, es gibt keine absolute Sicherheit.⁷ Interessant ist in diesem Zusammenhang eine politische Erklärung aus dem Jahr 1970 um den abgelehnten Bau eines AKWs in einem Ballungsgebiet und dem hier erstmals benutzten Begriff *Restrisiko*⁸, mit dem die nicht ausschließbare Gefährdung durch „... menschliches Versagen, unzureichende Erfahrung oder statistische Fehlerquellen ...“ umschrieben wurde. Für die Risikodebatte über die Kernenergie bedeutet dies zweierlei: (1) Es gibt keine risikolose (also: absolut *sichere*) Bereitstellung von Strom aus Kernenergie, aber (2) es gibt auch keine risikolose Alternative zur Kernenergie. Die Risiken der Kernenergie unterscheiden sich natürlich von denen der Alternativen: Stromerzeugung durch Stein- und vor allem Braunkohle gilt als emissionsstark (vor allem CO₂), was umwelt- und klimapolitisch brisant ist; die Gaskraftwerke sind abhängig vom Erdgasimport und -preis; Regenerative Energien wie Windkraft und Photo-

⁷ Vgl. LUHMANN 1991, S. 28, 37, sowie ESPOSITO 1997, S. 160 f.

⁸ Vgl. dazu JUNG 1994, S. 74 f.: Jung zitiert hier Wissenschaftsmi-
nister Leussing, der mit der Begriffseinführung versuchte, eine Ent-
scheidung *gegen* die Kernenergie zu begründen. Dementsprechend
wurde der Begriff von Kernkraftgegnern gebraucht, schließlich reich-
te das Restrisiko aus, um das Projekt nicht zu genehmigen. Später
wurde der Begriff im Sinne eines geringen, tolerierbaren Restrisikos
zur Begründung *für* den Bau von KKWs benutzt. Der Begriff ver-
schob jedenfalls die öffentliche Debatte um die zivile Nutzung der
Kernenergie weg von einer technischen, hin zu einer moralischen
Ebene, bei der auf einmal jeder mitreden konnte.

voltaik gelten als nicht grundlastfähig – was ist, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht genug scheint?⁹

Den Risiken der Kernenergie stehen von Seiten der Konstrukteure kerntechnischer Anlagen ¹⁰ *Sicherheitsphilosophien*¹¹ entgegen, die – ausgehend von den weiter unten erläuterten versicherungsmathematischen Faktoren *Schadenswahrscheinlichkeit* und *Schadensausmaß* – versuchen, einerseits Eintrittswahrscheinlichkeiten von Störfällen klein und andererseits den Schaden von eingetretenen Störfällen möglichst gering zu halten. Drei *Sicherheitskonzepte* sind dabei näher zu erläutern: (1) Unter *inhärenter Sicherheit* wird z.B. die physikalische Eigenschaft bestimmter Reaktortypen verstanden, dass bei einem Ausfall der Kühlung und dem damit verbundenen Anstieg der Temperatur im Reaktor die nukleare Kettenreaktion zurückgeht¹². Kommt es zu einem Ausfall der Kühlung, regelt sich somit der Reaktor aus rein physikalischen Gründen selbst herunter. (2) Unter der *Sicherheitsabstand*-Philosophie versteht man den Ansatz, KKW bzw. kerntechnische Anlagen in möglichst menschenleeren Gegenden zu bauen, um bei einem möglichen Unfall möglichst wenige Menschen zu Schaden kommen zu las-

⁹ Vgl. BMWi 2008, S. 8 ff.

¹⁰ Vor allem: Kernkraftwerke.

¹¹ Im Folgenden v.a. PETERS 1990, S.81 ff.; vgl. aber auch: MICHAELIS/SALANDER 1995, S.603 ff.

¹² Physikalisch beschrieben durch einen Void-Effekt mit negativem Koeffizienten (auch Dampfblasenkoeffizient, s. KOELZER 1997, S.35, 201). Im deutschen Genehmigungsverfahren muss immer nachgewiesen werden, dass der Dampfblasenkoeffizient negativ ist (der Reaktor „untermoderiert“ ist). Beim russischen RBMK-Reaktor (der auch im Unglücksreaktor von Tschernobyl zum Einsatz kam) ist der Koeffizient positiv, d.h. eine Leistungs- und Temperatursteigerung bewirkt eine immer schnellere Kettenreaktionsrate, die durch andere Maßnahmen begrenzt werden muss, soll es nicht zu einer weiteren Leistungs- und somit Temperatursteigerung kommen. Dieser Effekt gilt als eine der Ursachen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

sen.¹³ (3) Das Konzept des weiter unten näher erläuterten *Größten anzunehmenden Unfalls* (GAU) ist der Versuch, möglichst alle plausiblen Unfallverläufe auszugrenzen (darunter den größten anzunehmenden¹⁴) und diesen sicherheitstechnisch beherrschen zu wollen. Natürlich sind weit mehr als diese ausgegrenzten Unfallabläufe möglich, in diesem Sinne wurde auch der größer als anzunehmende Reaktorunfall von Tschernobyl immer wieder als Super-GAU¹⁵ bezeichnet (siehe zum Begriff GAU von der technischen Seite her Abschnitt 2.2.).

Für die weiteren Betrachtungen dieser Arbeit spielt das Begriffspaar Risiko/Sicherheit insofern eine Rolle, als dass im Zusammenhang mit der Kernenergie immer wieder Begrifflichkeiten wie *Sicherheitsanforderungen* oder *Sicherheitsstandard* gebraucht werden, die aber nicht im Sinne einer *absoluten Sicherheit* verstanden werden dürfen, obwohl das der Begriff suggeriert. Ziel einer *Sicherheitsphilosophie* bleibt es immer, das *Restrisiko möglichst gering* zu halten.

Risiko/Gefahr

Von Nutzen ist auch das Begriffspaar *Risiko/Gefahr*, welches beide Begriffe durch die Zuordnung zur Entscheidung in *eigenverantwortet* (Risiko) oder *extern verursacht* bzw. *nicht zuordenbar* (Gefahr) unterscheidet.¹⁶ Beispielsweise ist aus

¹³ Der „Falls-doch“-Ansatz dieser Philosophie verringert also keineswegs Eintrittswahrscheinlichkeiten, ist aber wenigstens „ehrlich genug“, sich von der Idee der absoluten Sicherheit einer Hochtechnologie-Anlage zu verabschieden. Andererseits bietet ein Land mit einer Bevölkerungsdichte wie die BRD wenig Möglichkeiten, dieses Konzept einzuhalten.

¹⁴ Die Idee hinter diesem Sicherheitskonzept ist, dass man mit dem größten anzunehmenden auch alle kleineren Unfälle und Störfälle beherrschen kann.

¹⁵ „Wenn der GaU der ‚GröÖte anzunehmende Unfall‘ ist, dann ist der Super-GaU ein Unfall, der über diesen größten – sicher beherrschbaren – Unfall hinausgeht“ (PETERS 1990, S.85).

¹⁶ Vgl. LUHMANN 1991, S.30 ff.

der früheren Gefahr, bei Regen (als einem unausweichlichen Naturereignis) nass zu werden, seit der Erfindung des Regenschirms das Risiko geworden, einen Schirm entweder umsonst mitzunehmen oder ohne Schirm im Regen nass zu werden.¹⁷

Mit fortschreitender Technisierung der Gesellschaft nimmt der Bereich der Risiken (die von einem zuordenbaren Entscheider zu verantworten sind) zu und der Bereich der Gefahren (z.B. klassische Naturereignisse wie Unwetter) ab.¹⁸ Wichtig ist hierbei die trennscharfe Verwendung der Begriffe¹⁹, denn das Risiko des Einen (z.B. AKW-Betreiber) stellt eine Gefahr für den Anderen (z.B. AKW-Anwohner) dar. Risiken geht man ein, aber Gefahren ist man ausgesetzt.²⁰ Aus der Einteilung in Risiken und Gefahren ergeben sich aus Sicht der Betroffenen Auswirkungen auf die Risikowahrnehmung und -akzeptanz (siehe dazu den noch folgenden Absatz über die Öffentlichkeit).

Risiko/Katastrophe

Das Begriffspaar *Risiko/Katastrophe* unterstreicht die zeitliche Komponente des Begriffs Risiko: Ein Risiko ist ein mögliches, zukünftiges Ereignis (nämlich das Katastrophen-Ereignis) und somit eine Bedrohung; die Katastrophe ist als zeitlich feststehend in der Vergangenheit verankert, sie ist

¹⁷ Vgl. ESPOSITO 1997, S. 160.

¹⁸ Vgl. BECK 1986, 2007.

¹⁹ Luhmann kritisiert in diesem Zusammenhang die schwammige Verwendung der Begriffe *risk*, *hazard* und *danger* in der englischen Fachliteratur (LUHMANN 1991, S. 31).

²⁰ Siehe dazu LUHMANN 1991, S.32: Auch bei der Gefahr spielt eigenes Verhalten eine Rolle, aber bei einer Gefahr unterscheiden sich die Alternativen nicht erkennbar in Bezug auf die möglichen Schäden: Nur weil er einen anderen Weg hätte wählen können und so den Dachziegel nicht auf den Kopf bekommen hätte, hat sich der Betroffenen nicht riskant verhalten, sondern war einer Gefahr ausgesetzt.

bereits passiert.²¹ Dieser Punkt beleuchtet den Faktor Wissen im Hinblick auf Risiken besonders gut: Während das Wissen über eingetretene Katastrophen objektiv vorhanden ist, kann alles Wissen über Risiken nur Meinungswissen²² (und damit nicht objektiv) sein, denn Risiken beziehen sich auf eine mögliche Zukunft – die Zukunft aber steht noch nicht fest! Auch das Hantieren mit Wahrscheinlichkeiten bietet nur eine vermeintliche Objektivität, denn selbst wenn man die Wahrscheinlichkeit für ein Ereignis als gegeben annimmt, ist das kein Wissen darüber, ob das Ereignis dann tatsächlich eintritt oder eben nicht.²³

Gerade die zeitliche Komponente macht deswegen den Risikobegriff als Untersuchungsgegenstand einer medienwissenschaftlichen Betrachtung besonders interessant. Der Eintritt einer Katastrophe bewirkt auch das Umdenken in Bezug auf die sie auslösenden Faktoren (z.B. eine Hochtechnologie). Vor einer Katastrophe, z.B. der Explosion eines Reaktors, konnte man an die Möglichkeit des Eintritts glauben, nach dem Eintritt ist die Möglichkeit des Eintritts Gewissheit – was einmal passiert ist, das kann auch wieder passieren. Dementsprechend stark wirkt der Eintritt einer Katastrophe auf die zukünftige Risikobetrachtung nach. Somit bildet der Einstieg in die Risikobetrachtung der Kernenergie direkt nach

²¹ BECK 2007, S. 29.

²² Genauer: Das Wissen über den *Eintritt* von durch Risiken beschriebener Ereignisse ist Meinungswissen. Das Wissen über die *Wahrscheinlichkeit des Eintritts* kann durchaus objektiv sein: Beispielsweise sind der Münz- oder der Würfelwurf; siehe dazu folgend: objektives Risiko.

²³ Egal wie oft vorher bereits hintereinander weg „Kopf“ oder „Zahl“ geworfen wurde: Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass der Münzwurf das Ergebnis „Kopf“ ergibt, liegt bei jedem Wurf bei 50 %. Unabhängig vom Vorlauf: Niemand hat Wissen über das Ergebnis im Voraus - es kann eintreten oder eben nicht!

dem Reaktorunglück von Tschernobyl eine interessante Ausgangsposition.²⁴

Wissenschaft

Der Schlüsselbegriff der – (versicherungs-)mathematischen – *Wissenschaft* im Hinblick auf Risiken ist der der *Risikoabschätzung* (auf englisch: Risk Assessment):²⁵ Dieses „objektive Risiko“ wird durch die Formel vom Schadensausmaß (in Geldeinheiten) multipliziert mit der Eintrittswahrscheinlichkeit des Schadens innerhalb eines bestimmten Zeitraums (in Prozent) errechnet, was als Ergebnis einen durchschnittlich zu erwartenden Schaden (in Geldeinheiten) ergibt, der in einer Kosten-Nutzen-Kalkulation dem entsprechenden Nutzen entgegengestellt wird. Die Risikobewertung durch Experten befasst sich also mit dem Produkt von Wahrscheinlichkeit und Konsequenz; Grundlagen sind zugängliche Daten, Fehlerbaum-Analysen und mathematische Berechnungen. Sowohl die Bestimmung von Wahrscheinlichkeiten als auch von Konsequenzen sind anfällig für Unwägbarkeiten.²⁶ Die Wahrscheinlichkeit eines Schadensereignisses muss sich angeben lassen (durch Statistiken wie Häufigkeitsverteilungen, z.B. Sterbetafeln bei der Lebensversicherung²⁷); dazu muss der Schaden nach einem quantitativen Maßstab eindeutig bestimmbar sein. Beides ist im Fall der Kernenergie schwer möglich, denn weder gibt es ausreichende Statistiken zu Kernschmelzen bzw. GAUs, noch kann ein dadurch ent-

²⁴ Tschernobyl als Ausgangspunkt einer kritischen Betrachtung der Hochtechnologie allgemein findet man nicht nur im aktualisierten Vorwort von Becks *Risikogesellschaft* von 1986, sondern z.B. auch im Aufsatz *Katastrophenfeste Mentalitäten oder das Ende der „atomaren Gelassenheit“ – Sozialpsychologische Reflexionen nach Tschernobyl* von Heiner Keupp (1989).

²⁵ Vgl. SCHÜTZ/PETERS 2002, S. 40 f.; BECHMANN 1997, S. IX ff.

²⁶ KEMP 1993, S. 112.

²⁷ Beispiel aus PETERS 1990, S.87.

stehender Schaden²⁸ eindeutig errechnet werden. Beim US-amerikanischen, so genannten *Rasmussen-Report*²⁹ von 1975 wurden z.B. aufgrund fehlender Statistiken *hypothetische* Wahrscheinlichkeiten angenommen.³⁰ Aufgrund solcher Ungenauigkeiten kann im Zusammenhang mit Kernenergie nicht von *objektiv* errechenbaren Risiken gesprochen werden. Es gibt keine so genannte *harte Fakten*; die Wissenschaft liefert nicht prinzipiell objektive Wahrheiten.³¹

Die Wissenschaft also solche steht zudem nicht immer geschlossen hinter einer Meinung. Zu einem *Experten* gibt es in der Regel einen *Gegenexperten*. Gerade in Bereichen, wo Technologie und Politik aufeinander treffen, bilden sich Expertendiskurse, wobei sich Gegenexperten „... oft nicht mit dem innerfachlichen Einwand [begnügen], sondern ... den fachlichen Diskurs mit ... machtpolitischen Fragen [verknüpfen]“³². Solche Diskurse entstehen vor allem dort, wo wissenschaftliche Methoden und Theorien nicht eindeutig sind, also auch im Bereich der Kernenergie(-Sicherheit).³³ Regelmäßig wird in solchen Diskursen nicht etwa inhaltlich argumentiert, sondern es werden die Reputation bzw. die Motive und Ziele der Gegenseite angegriffen.³⁴ Diese – übrigens

²⁸ Die Haftungssumme für ein sog. „nukleares Ereignis“, also im Schadensfall, ist in Deutschland gemäß dem Atomgesetz unbegrenzt. AKW-Betreiber müssen eine sog. „Deckungssumme“ von 2,5 Mrd. Euro je Schadensfall nachweisen (BMWi 2008, S. 13).

²⁹ Demnach liegt die Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze bei 1:20.000 pro Reaktorbetriebsjahr oder auch 0,02 Todesfällen pro Jahr durch Reaktorunfälle pro Reaktor. Eine deutsche Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit kam 1979 auf eine Wahrscheinlichkeit für eine Kernschmelze von 1:10.000 pro Reaktorbetriebsjahr. Überschlägt man die Zahl von 2 Kernschmelzen (1979 Harrisburg, 1986 Tschernobyl) auf bis dahin aufgelaufene 3.500 Reaktorbetriebsjahre, so kommt man auf einen Faktor von 1:1.750 (SCHMIDT 1989, S. 45 f.).

³⁰ BECHMANN 1997, S. X.

³¹ Vgl. KEMP 1993, S. 116.

³² PETERS 1990, S.125.

³³ Ebd.

³⁴ Ebd., S.127.

durchaus medientaugliche – Herangehensweise wirkt sich dementsprechend durchaus schädigend auf das Vertrauen seitens der Öffentlichkeit aus.

Es wirkt so, als ob sich das Bewerten von Risiken durch Wissenschaft und Öffentlichkeit nicht durch die beiderseits vorhandenen *subjektiven* Standpunkte, als vielmehr durch die unterschiedlichen Herangehensweisen unterscheiden.

Massenmedien

Die *Massenmedien* spiegeln die Realität – und damit auch ihre Betrachtung der Risiken – nach ihren eigenen Gesetzen für die Öffentlichkeit wider. Bisweilen wird unterstellt, dass dies manipulativ geschehe³⁵. Diese Annahme ist aber weder unumstritten, noch notwendig im Hinblick auf die für diese Arbeit wichtige Unterscheidung:³⁶ Massenmedien berichten jedenfalls nicht übereinstimmend mit den Schwerpunkten der Wissenschaft. Sie dienen aber als Mittler zwischen Wissenschaft („Experten“) und Öffentlichkeit („Laien“). Es wird in dieser Arbeit eine an eigenen Schwerpunkten ausgerichtete Berichterstattung unterstellt.³⁷ Die Massenmedien richten sich nicht vorwiegend nach den Risiko-Konstrukten der Experten, eher werden Risiko-Aussagen von Experten in so genannte *Stories* integriert.³⁸ Schütz und Peters sehen in der Berichterstattung über Risiken nicht eine Bezugnahme auf diese, sondern eher auf sie auslösende politische Vor-

³⁵ Siehe z.B. ENZENSBERGER 1970, dort unter dem Begriff der *Be-wußtseins-Industrie*.

³⁶ Diese Arbeit hält sich an die Erklärungsmodelle in SCHÜTZ/PETERS 2002 sowie in LUHMANN 2004.

³⁷ Luhmann nennt diese Schwerpunkte *Selektoren*, unter anderen sind dies: Aktualität/Neuigkeit der Nachricht, quantifizierbare Sachverhalte, Zurechenbarkeit auf Handelnde und Betroffene, Einzelfälle (Vor- bzw. Unfälle) und dazugehörige Meinungen (LUHMANN 2004, S. 58 ff.).

³⁸ SCHÜTZ/PETERS 2002, S. 41.

gänge: ³⁹ Risikoinformationen werden in einen politischen Zusammenhang gestellt. Medienaufmerksamkeit und tatsächliche Risikohöhe korrelieren kaum, es kommt zu einer verzerrten Risikowahrnehmung in der Öffentlichkeit; es wird beispielsweise mehr über die Schäden als über ihre Eintrittswahrscheinlichkeiten berichtet. Demnach richtet sich die Berichterstattung der Massenmedien also eher an der Nachfrage durch die Öffentlichkeit als an den Vorlagen der Wissenschaft aus.

In dieser Arbeit wird für die Untersuchung der Bereich Massenmedien weiter eingegrenzt. Dabei bietet die Eingrenzung auf 3 Printmedien, die das politische Spektrum abdecken sowie täglich bundesweit auflagenstark erscheinen, eine Möglichkeit, dem Umfang dieser Arbeit und der Qualität der zu treffenden Aussagen gerecht zu werden.

Öffentlichkeit

Die *Öffentlichkeit* weiß, was sie über die Gesellschaft und über die Welt weiß, aus den Massenmedien⁴⁰. Diese starke Vereinfachung trifft doch relativ genau das Verhältnis der Massenmedien und der über sie vermittelten Eindrücke über die Risiken der Kernenergie zu der Öffentlichkeit: Die Öffentlichkeit als solche bzw. der Großteil der Individuen hat einen nur laienhaften Bezug⁴¹ zum Thema Kernenergie und ist bei ihrer Beurteilung von Risiken (bzw. aus ihrer Sicht Gefahren) der Kernenergie in der Regel auf die Einschätzungen der

³⁹ SCHÜTZ/PETERS 2002, S. 42 f.

⁴⁰ In Anlehnung an LUHMANN 2004, S. 9: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“

⁴¹ D.h. keinen direkten Erfahrungsbereich und auch keine ausreichende Vorbildung zum nicht durch die Massenmedien vermittelten, elaborierten Expertenwissen.

Massenmedien angewiesen.⁴² Die Risikobeurteilung durch Experten und Laien unterscheidet sich aber deutlich.⁴³

Bezogen auf die Zeit um die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl vermutet Kepplinger in einer Untersuchung eine Prägung der Bevölkerung in Sachen Kernenergie durch die Berichterstattung der Massenmedien, zumindest aber eine Vorwegnahme der Ansicht der Öffentlichkeit durch die Massenmedien.⁴⁴ Risikobewertung und -akzeptanz unterliegen aber auch einer psychologischen Beeinflussung; eher akzeptiert werden: (1) Freiwillig auferlegte Risiken⁴⁵, (2) kontrollierbare Risiken⁴⁶, (3) Risiken bekannter, erprobter Technologien⁴⁷, (4) Risiken mit Schäden, die zeitlich verzögert eintreten⁴⁸ und (5) Risiken mit reparablen Schäden⁴⁹. Alle diese Risiko-Typen müssen bei der Kernenergie (zumindest in Teilen) verneint werden, d.h. die Kernkraft ist aus Sicht der Öffentlichkeit ein (1) nicht freiwillig auferlegtes, (2) nicht kontrollierbares, (3) nicht lang erprobtes, (4) sowohl mit Schäden sofortiger als auch Langzeitwirkung behaftetes Risiko mit (5) teils irreparablen Schäden⁵⁰. Dementsprechend wirken die Risiken der Kernenergie in der Bewertung durch die Öffentlichkeit weniger akzeptabel. Des Weiteren wird bei der Bewertung generell das Schadensausmaß stärker berücksichtigt, die Eintrittswahrscheinlichkeit eher ver-

⁴² Vgl. hierzu SCHÜTZ/PETERS 2002, v.a. S. 43.

⁴³ KEMP 1993, S. 112.

⁴⁴ KEPPLINGER 1989, S. 187 ff.

⁴⁵ Im Verhältnis zu von außen auferlegten Gefahren, z.B.: Auto fahren oder Rauchen vs. Kernenergie.

⁴⁶ Im Verhältnis zu unkontrollierbaren, z.B.: Auto fahren vs. im Auto gefahren werden oder fliegen.

⁴⁷ Im Verhältnis zu neuen Technologien, z.B.: Kohlebergbau vs. Kernenergie.

⁴⁸ Im Verhältnis zu Risiken mit unmittelbarer Schädigung, z.B.: Rauchen oder Alkoholkonsum vs. Auto fahren.

⁴⁹ Im Verhältnis zu irreparablen Schäden, z.B.: Sachschaden vs. Aussterben einer Tierart.

⁵⁰ Im Verhältnis zur durchschnittlichen menschlichen Lebenszeit erscheint ein Ort wie Tschernobyl irreparabel verseucht.

nachlässigt.⁵¹ Diese Beobachtung macht die Kernenergie als Untersuchungsgegenstand besonders interessant: Das Schadensausmaß ist besonders hoch! Es existiert sogar ein technischer Begriff, der so bei anderen Technologien zur Energiegewinnung (z. B. beim Kohlekraftwerk) gar nicht denkbar ist: Der *Größte Anzunehmende Unfall* (GAU; siehe Abschnitt 2.2.).

Bei der Betrachtung der Risiken durch Wissenschaft und Öffentlichkeit darf nicht der Eindruck entstehen, dass das mehr analytische, quantitative Risikokonzept⁵² (der Naturwissenschaften bzw. der Versicherungsmathematik) dem mehr intuitiven, qualitativen Risikokonzept (der „laienhaften“ Öffentlichkeit) überlegen wäre. Sicherlich wird das probabilistische Risikokonzept der Risikodebatte allein nicht gerecht.⁵³ Zusätzlich sollte bedacht werden, dass es sich bei der *Betrachtung eines Risikos* nicht um eine *reale Bedrohung*, sondern vielmehr um eine *reale Befürchtung* handelt.⁵⁴ Wenn jemand also beispielsweise Angst vor einem Satelliten-Absturz hat, so wird das wahrscheinlich Auswirkungen auf sein Verhalten haben, sobald er die Wohnung verlässt – egal wie unwahrscheinlich so ein Absturz in seiner Nähe ist. Andererseits kann man ohne Befürchtungen über einen dünn zugefrorenen See laufen – so lange man nicht weiß, dass man sich auf ihm befindet, hat es keine Auswirkungen auf das Verhalten.

Des Weiteren ist durch die stetig steigende Verwissenschaftlichung und dem Aufkommen von Gegenexperten die Öffentlichkeit einerseits informierter, andererseits durch gegenläufige Meinungen verunsicherter – wem soll man *Glauben*

⁵¹ Vgl. BECHMANN 1997, S. XIII; SCHÜTZ/ PETERS 2002, S. 43 f.; KEMP 1993, S. 114.

⁵² Auch: Probabilistisches Risikokonzept, vgl. PETERS 1990, S.86 ff.

⁵³ Vgl. WIEDEMANN/ROHRMANN/JUNGERMANN 1990, S.3.

⁵⁴ Vgl. PETERS 1990, S.62.

schenken, wenn Experten und Gegenexperten das *Wissen* um den wahren Sachverhalt für sich in Anspruch nehmen?

Zusammenfassend wird der angenommene Zusammenhang zwischen Wissenschaft, Massenmedien und Öffentlichkeit in einem Schaubild dargestellt.

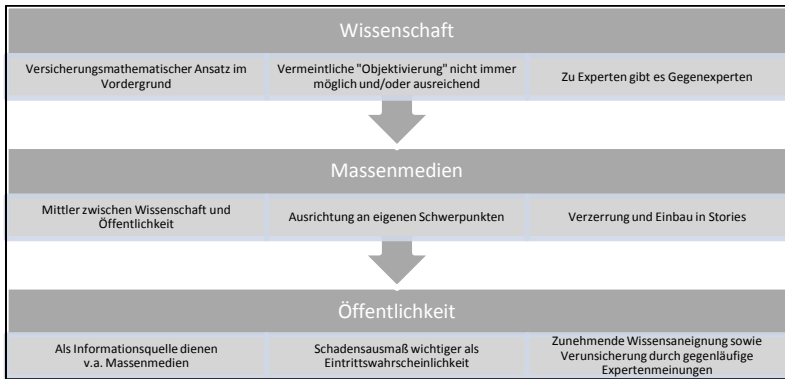


Abbildung 1: Risikokommunikationsprozess (eigene Darstellung)

Der Risikokommunikationsprozess – die Vermittlung der Risikobetrachtung zwischen den gesellschaftlichen Ebenen – ist vielen potentiellen Verzerrungen ausgesetzt. Eine verzerrte Kommunikation (durch fehlende, unvollständige oder falsche Informationen) kann zu Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten im Entscheidungsprozess führen – Mensch und Umwelt könnten unnötigerweise zu großen Risiken ausgesetzt sein⁵⁵ bzw. im entgegengesetzten Fall Chancen nicht nutzen.

In dieser Arbeit wird im Speziellen auf die Darstellung der Risiken der Kernenergie durch die Massenmedien eingegangen und eine entsprechende Wirkung dieser auf die Öffentlichkeit – wie oben im Risikokommunikationsprozess be-

⁵⁵ KEMP 1993, S. 124.

schrieben – vorausgesetzt. Dabei ist einerseits davon auszugehen, dass sich die Betrachtung der Risiken der Kernenergie über die *verschiedenen betrachteten Medien* hinweg unterscheiden wird, da die Beurteilung von Risiken abhängig von Meinungen und Werten ist. Andererseits ist zu erwarten, dass eine *zeitliche Abweichung* der Darstellung der Risiken auf andere Faktoren als die Kernenergie selbst zurückzuführen sein muss, da sich die Probleme im Bereich Hochtechnologie Kernenergie im Betrachtungszeitraum von 20 Jahren (1986-2006) nicht wesentlich verändert haben, denn die in der Bundesrepublik Deutschland betriebenen AKW sind nahezu die gleichen⁵⁶ und andere Probleme der Kernenergie, wie z.B. das Auffinden eines geeigneten Orts für ein Endlager der radioaktiven Abfälle, sind immer noch nicht gelöst.

2.2. KERNENERGIE

Der Begriff *Kernenergie* wird synonym mit den Begriffen *Kernkraft*, *Atomenergie* und *Atomkraft* verwendet. Keiner dieser Begriffe hat sich im öffentlichen Sprachgebrauch gegenüber den anderen eindeutig durchgesetzt.⁵⁷ Um unschöne Assoziationen wie Atombombe oder Atomkrieg zu vermeiden, wurde seitens der Atomindustrie seit den 1970ern die Verwendung der euphemistischen Begriffe mit der Silbe *Kern* bevorzugt, obwohl sowohl Befürworter als auch Gegner weiterhin beide Vorsilben benutzten.⁵⁸ In den Titeln der Fachliteratur dominiert der Begriff Kernenergie.⁵⁹

⁵⁶ Von den 17 betriebenen Reaktorblöcken im Jahr 2006 waren 13 schon 1986 aktiv, die übrigen 4 Reaktoren gingen 1987 bzw. 1988 ans Netz.

⁵⁷ Für Worte wie *Atomstrom* und *Atommüll* lassen sich keine „Kern“-Gegenstücke finden, wenn man von Wortgebilden wie *Strom aus Kernenergie* bzw. *radioaktiver Müll* absieht (siehe dazu JUNG 1994, S. 82 ff.).

⁵⁸ JUNG 1994, S. 83.

⁵⁹ Bei einer Schlagwortsuche im Titel an der Universitätsbibliothek der TU Berlin am 5.2.2009 ergab sich folgende Verteilung der Be-

Im Zusammenhang mit dieser Arbeit wird der Begriff *Kernenergie* immer verstanden als *zivile*⁶⁰ *Nutzung* der Kernenergie, d.h. die Nutzung der Kernenergie zur Wärme- und Stromerzeugung; ausgeschlossen werden sollen auch kerntechnische Anwendungen im Bereich der Medizin (z.B. „Röntgen-Aufnahmen“ oder auch zur Behandlung von Tumoren), der Lebensmitteltechnologie (Haltbarmachung durch Bestrahlung) und der Kontrolle (z.B. von Gepäck am Flughafen oder der Qualität bei technischen Anwendungen).⁶¹

Mit dem so vordefinierten Begriff der Kernenergie beschreibt man 2 verschiedene Prozesse (die Kernfusion bzw. –verschmelzung und die Kernfission bzw. –spaltung⁶²), wobei nur das Prinzip der Kernspaltung kommerziell im Kernreaktor angewandt wird. Die im Reaktor durch die Spaltvorgänge frei werdende Wärme wird im Kernkraftwerk⁶³ (KKW; auch Atomkraftwerk=AKW) genutzt, um Dampf zu erzeugen, der – wie bei einem Kohle- oder Gas-Kraftwerk – eine Turbine antreibt, die über einen Generator Strom erzeugt.⁶⁴ Selten werden Kernkraftwerke auch nur zur Wärmeerzeugung genutzt, so z.B. in entlegenen Gebieten der früheren UdSSR. Die im Zusammenhang mit der Kernspaltung auftretenden

griffe (in Klammern die Anzahl der Titel, die dieses Wort enthalten): Kernenergie (277), Atomenergie (83), Atomkraft (30), Kernkraft (10).

⁶⁰ Der Begriff *friedliche* Nutzung der Kernenergie leitet fehl, auch wenn er oft gebraucht wird. Es handelt sich um eine *nicht-militärische* Nutzung, ähnlich dem Begriffsverständnis in der Luftfahrt (dort steht dem militärischen Begriff *Luftwaffe* der nicht-militärische Begriff *zivile Luftfahrt* gegenüber).

⁶¹ Vgl. PETERS 1990, S.61.

⁶² Siehe KOELZER 1997, S. 93 f., 100 f.

⁶³ Zu weiterführenden Erläuterungen siehe z.B. MICHAELIS/ SALANDER 1995.

⁶⁴ Wie im allgemeinen Sprachgebrauch und der wissenschaftlichen Literatur üblich, wird in dieser Arbeit der Begriff Kernenergie synonym mit der zur Stromerzeugung genutzten Kernspaltung verwendet.

Risiken beim Einsatz dieser Technologie⁶⁵ wurden bereits früh kontrovers diskutiert⁶⁶, obwohl die Atomindustrie bis in die 1960er hinein versucht hat, Kernenergie-Projekte möglichst unauffällig zu realisieren und nicht mal positive Propaganda aufkommen lassen wollte.⁶⁷

Die Kernspaltung ist ein Kettenreaktions-Prozess, den man technisch kontrollieren muss und der unkontrolliert je nach Reaktortyp zu schweren Unfällen bis hin zur Kernschmelze (wie das z.B. 1986 in Tschernobyl der Fall war) führen kann; das besondere Risiko der Kernenergie liegt dabei im Umgang mit radioaktiven Stoffen. Problematisch im Zusammenhang mit der Kernenergie sind folgende Aspekte:

- (1) Die bei normalem Regelbetrieb (einschließlich Transport sowie Zwischen- und Endlagerung) frei werdende radioaktive Strahlung⁶⁸ (bedingt auch die Abwärme⁶⁹),
- (2) die Möglichkeit von Störfällen, Unfällen und Katastrophen bei kerntechnischen Anlagen (z.B. Kernschmelze im Reaktor) oder beim Transport

⁶⁵ Das erste kommerziell in Betrieb genommene KKW war die Anlage in Calder Hall mit 50 MWe, England/Großbritannien, im Jahr 1956 (KOELZER 1997, S. 96), nachdem in Russland im Jahr 1954 in Obninsk schon eine kleinere Anlage mit 5 MWe ans Netz ging.

⁶⁶ Zur Kernenergiekontroverse in der BRD siehe Abschnitt 2.3.

⁶⁷ JUNG 1994, S. 82.

⁶⁸ Wissenschaftlich korrekt muss es lauten: Die ionisierende Strahlung aufgrund von radioaktiven Prozessen (PETERS 1990, S.61). Diese Arbeit hält sich aber an den umgangssprachlich und allgemein üblichen Ausdruck der radioaktiven Strahlung.

⁶⁹ Auch bei anderen Kraftwerkstypen (z.B. Kohlekraftwerk) stellt die in Flüsse und über Kühltürme abgeleitete Wärme eine Belastung der Umwelt (durch Erwärmung des Flusses bzw. mehr Nebelbildung in der Region) dar. Aufgrund ihres geringeren Wirkungsgrads (Verhältnis von erzeugter Wärme zu erzeugtem Strom) erzeugen KKW aber, z.B. im Verhältnis zu einem Kohlekraftwerk, mehr Abwärme bei gleicher Menge an erzeugter elektrischer Energie, was das Problem der Wärme-Ableitung verschärft.

und der damit verbundenen Freisetzung von Radioaktivität sowie

- (3) die Bedrohung kerntechnischer Anlagen oder Transporte durch böswillige (z.B. erpresserische oder terroristische) Sabotage-Akte oder auch Diebstahl von radioaktivem Material.

Zu Punkt (1): Es entstehen durch den Regelbetrieb eines KKWs auch *mit Sicherheit eintretende Schäden*.⁷⁰ Streng genommen handelt es sich dabei also nicht um den Risikobegriff. So wird alles, was mit radioaktiven Stoffen in Kontakt kommt, auch mit Sicherheit mehr oder minder bestrahlt (und damit geschädigt); dazu zählen Teile der kerntechnischen Anlagen, Transportbehälter und auch Lagerstätten. Die Unsicherheiten aber, die mit der Weiterbehandlung der geschädigten Stoffe, z.B. des radioaktiven Mülls, entstehen, fallen in den Bereich des Risikobegriffs.

Zu Punkt (2): Stör- und Unfälle lassen sich weiter einteilen in die Art des Auslösers: So kann man *technisches* von *menschlichem Versagen* (Ausfall eines Systems⁷¹ bzw. Bedienungsfehler) oder auch eine *innere* von einer *äußeren Einwirkung* (Bruch einer Leitung bzw. Flugzeugabsturz oder Erdbeben) unterscheiden.⁷²

Zu Punkt (3): Im Allgemeinen wird ausgeschlossen, dass Terroristen entwendete radioaktive Materialien nutzen könnten, um eine Atombombe zu bauen.⁷³ Es besteht aber die Gefahr des Bluffs durch Terroristen⁷⁴ oder auch die Gefahr

⁷⁰ Vgl. PETERS 1990, S.63.

⁷¹ Streng genommen liegt dann das „menschliche Versagen“ auf der Ebene des Konstrukteurs oder desjenigen, der es versäumt hat, z.B. ein Verschleißteil auszuwechseln.

⁷² Vgl. PETERS 1990, S.65, 67.

⁷³ Vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.816.

⁷⁴ Vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.817; PETERS 1990, S.72.

des Anschlags mit einer „schmutzigen Bombe“ (konventionelle Bombe, durch deren Sprengung radioaktives Material verteilt wird). Des Weiteren können kerntechnische Anlagen als Ziel terroristischer Anschläge dienen, sogar für Kernkraftgegner⁷⁵.

Ein vierter Aspekt wäre denkbar: Die durch den Betrieb kerntechnischer Anlagen nötigen Schutzvorkehrungen könnten in ihrem Ausmaß eine Gefahr für die gesellschaftliche Grundordnung darstellen, so wie es z.B. Robert Jungk in seinem Buch *Atomstaat* von 1979 beschrieben hat. Der *Staat*, der im Falle der Kernenergie nicht nur als *Kontrollleur* und *Regulator*, sondern auch als *Förderer* in Erscheinung tritt, begünstigt dadurch das Entstehen einer *Atomlobby* (unüberschaubarer Interessen- und Macht-Block aus Staat, Kernenergie-Industrie, Stromerzeugungs-Konzernen und der Kernforschung), die durch ihre Interessenverflechtung den Verlust demokratischer Kontrolle mit sich bringen.⁷⁶

Ausdrücklich ausgenommen wird bei der Betrachtung der Risiken der Kernenergie das Thema *Proliferation*. So genannte *Proliferations-Risiken* entstehen durch die Weitergabe von Wissen über die Kerntechnologie an Staaten, die zivile kerntechnische Anlagen durchaus zur Erzeugung von waffenfähigem Uran und Plutonium verwenden könnten. Dafür eignen sich insbesondere Anreicherungsanlagen, Kernkraftwerke

⁷⁵ Ziele militanter Kernkraftgegner sind aber in der Regel Verwaltungsgebäude oder in Verbindung zum KKW stehende Anlagenteile wie Strommasten. So wurde z.B. am 24.1.1985 ein das KKW Krümmel verbindender 380kV-Leitungsmast vermutlich von KKW-Gegnern gesprengt, so dass das unter Volllast laufende KKW den Strom nicht mehr ins Netz einspeisen konnte und vom Reaktorschutz eine Schnellabschaltung eingeleitet wurde (MICHAELIS/SALANDER 1995, S.822). Auch in Frankreich verübten des Öfteren militante Kernkraftgegner Anschläge auf kerntechnische bzw. angegliederte Anlagen (vgl. ebd.).

⁷⁶ Vgl. PETERS 1990, S.74 f.

und Wiederaufarbeitungsanlagen.⁷⁷ Hierbei geht es um einen Bereich, der die *zivile* und die *militärische* Nutzung der Kernenergie vermischt. Außerdem wird der Bereich vor allem durch *zwischenstaatliche* Beziehungen bestimmt, diese Arbeit konzentriert sich aber vor allem auf die Diskussion über die zivilen kerntechnischen Anlagen *in der BRD*.⁷⁸

Alle Aspekte spielen bei der Beurteilung der Risiken der Kernenergie durch die Öffentlichkeit eine wesentliche Rolle. Der Begriff *kerntechnische Anlage* umfasst alle zum Betrieb eines *Kernkraftwerks* nötigen Anlagen, die im Zusammenhang mit dem Konzept des *Kernbrennstoffkreislaufs* Erwähnung finden.⁷⁹ Zum besseren Verständnis der entscheidenden riskanten Aspekte der Kernenergie soll im Folgenden auf den Kernbrennstoffkreislauf als solchen, auf die verschiedenen Kernreakortypen (und einige technische Einzelheiten) sowie auf den Begriff GAU eingegangen werden.

Kernbrennstoffkreislauf

Die Darstellung des Kernbrennstoffkreislaufs ermöglicht eine Einteilung der Kernenergie Risiken nach der Risikoquelle – der jeweiligen kerntechnischen Anlage bzw. dem Prozess⁸⁰. Risikoquellen im Kernbrennstoffkreislauf sind: Uranabbau, -aufbereitung, -konversion und -anreicherung, die Brennelementfabrikation, das Kernkraftwerk, der Transport sowie die

⁷⁷ Siehe zur Erklärung der einzelnen Anlagen den Abschnitt *Kernbrennstoffkreislauf* weiter unten.

⁷⁸ Die in den Untersuchungszeitraum 2006 fallenden Artikel, die die Atompolitik des Irans zum Thema hatten, wurden dementsprechend nicht untersucht, zumal sie sich nicht mit den *Risiken der zivilen Nutzung der Kernenergie*, sondern mit den *Risiken des Missbrauchs ziviler Anlagen der Kernenergie für militärische Zwecke* beschäftigten.

⁷⁹ In der Regel bezieht sich der Begriff der kerntechnischen Anlage auf das KKW.

⁸⁰ Der Abschnitt Kernbrennstoffkreislauf ist zusammengefasst aus: MICHAELIS/SALANDER 1995, S.465 ff. (Kap. 5: Der nukleare Brennstoffkreislauf); PETERS 1990, S.64 ff.; KOELZER 1997, S.VII.

Zwischenlagerung radioaktiven Materials, die Wiederaufarbeitung bzw. Konditionierung abgebrannter Brennelemente sowie die Endlagerung.

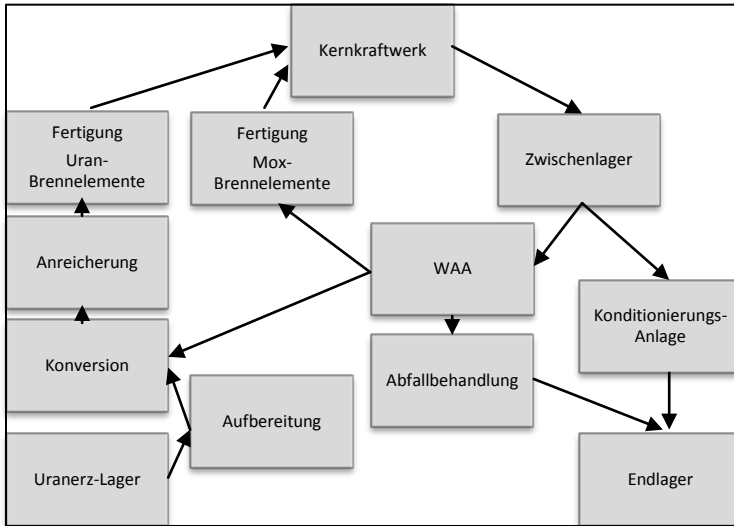


Abbildung 2: Kernbrennstoffkreislauf
(nach KOELZER 1997, S.VII, sowie MICHAELIS/SALANDER 1995, S.466)

Die im *Kernbrennstoffkreislauf* dargestellten Elemente werden im Folgenden kurz erläutert. Wenn von *Brennstoff* gesprochen wird, darf das nicht zu der missverständlichen Annahme führen, dass hier wie z.B. in einem Kohlekraftwerk tatsächlich etwas verbrannt (im chemischen Sinne oxidiert) wird. Der Begriff *Kreislauf* besitzt auch nur bedingt Gültigkeit, denn nicht alle Elemente tauchen immer wieder auf allen Stationen des Kreises auf, nur teilweise wird unverbrauchtes Uran oder neu gewonnenes Plutonium wieder verwertet; Ausgangspunkt ist das Uranerz (mit einem Anteil von ca. 0,3% Uran) aus der Mine, Endpunkt sind die Abfälle im Endlager. *Förderung und Aufbereitung des Urans* geschehen vornehmlich im Ausland und spielen bei der bundes-

deutschen Risikodiskussion keine Rolle.⁸¹ Die *Konversion*, die chemische Umwandlung von Uranoxid (U_3O_8) in Uranhexafluorid⁸² (UF_6), dient vorbereitend zur *Anreicherung* des Uran-Isotops U_{235} auf einen Anteil von ca. 3-4%⁸³, bevor das Uranhexafluorid zur Brennelementfertigung wieder in Uranoxid umgewandelt wird. Uranhexafluorid ist toxisch, chemisch aggressiv und explosiv, was zu Risiken beim Lagern und Umfüllen führt – insgesamt aber spielt auch dieser Teil in der Risikodebatte kaum eine Rolle, mögliche Unfälle in diesen Anlagen bleiben räumlich begrenzt. Bei der *Brennelementfertigung* entstehen zusätzliche Risiken durch den Umgang mit Plutonium, welches hochgiftig ist und im Vergleich zu Uran eine deutlich höhere Radioaktivität hat. Die Brennelemente haben im Kernkraftwerk eine Verweildauer von 3 bis 4 Jahren, was bedeutet, dass bei der jährlichen Revision ein Viertel bis ein Drittel der Brennstäbe ausgetauscht werden müssen.

Das *Kernkraftwerk* selbst stellt eine enorme Risikoquelle dar, denn hier ist das Schadenspotential durch 2 Faktoren besonders hoch: Zum einen enthält ein KKW nach Art und Menge besonders viel radioaktives „Inventar“ (neben Uran und Plutonium auch eine Vielzahl an radioaktiven Spaltprodukten), zum anderen kommen hier durch die (gewollte) Kernspal-

⁸¹ Trotzdem sind einige deutsche Bergbaugesellschaften im Ausland, z.B. in Kanada, auf dem Uransektor tätig und haben dort auch schon selbst einige Lagerstätten entdeckt (MICHAELIS/SALANDER 1995, S.484).

⁸² Man nutzt hier aus, dass Fluor ein Reinelement ist, somit jedes Fluor-Atom gleich viel wiegt und man dadurch die unterschiedlich schweren Uran-Isotope U_{235} und U_{238} beispielsweise durch Zentrifugen trennen und so U_{235} anreichern kann (vgl. KOELZER 1997, S.196).

⁸³ Vor der Anreicherung liegt der U_{235} -Anteil bei ca. 0,7%. Der restliche Anteil besteht aus U_{238} , welches nicht „verbrannt“ werden kann. Ein Faktor für die geringen Kosten des Tschernobyl-Reaktors vom Typ RBMK-1000 (siehe weiter unten) war, dass er mit nur 1,1-1,8% U_{235} -Anteil auskam, da die Brennstäbe während des Betriebs ausgetauscht werden konnten (vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.76).

tung prozesstechnische Probleme zu Tage, so z.B. die Nachzerfallswärme. Sie macht eine (Not-)Kühlung der Brennelemente auch nach Abschaltung der Anlage notwendig. Die oben unter den Punkten (1) und (2) genannten *problematischen Aspekte* treten hier besonders zum Vorschein: Schon im Normalbetrieb (1) gibt ein KKW geringe Mengen an radioaktiven Stoffen über Abluft und Kühlwasser an die Umgebung ab. Diese radioaktive Niedrigstrahlung gilt bei Kernenergiekritikern bereits als riskant, so soll sie z.B. die Krebshäufigkeit und die Kindersterblichkeitsraten in Kraftwerksnähe erhöhen. Die abgegebene Abwärme eines KKWs ist aufgrund der in der Regel größeren Kraftwerkseinheit und aufgrund des leicht geringeren Wirkungsgrades gegenüber einem Kohlekraftwerk höher und nicht anders als dort beispielsweise Verursacher von Fischsterben oder regionalen Klimaänderungen. Die Abwärme ist aber in der Regel nur Bestandteil der Diskussionen um Kraftwerke im Allgemeinen und nicht als spezielles Problem der Kernenergie ausmachbar. Wesentlicher Unterschied zu anderen Kraftwerkstypen und Mittelpunkt der Diskussion um die Risiken der Kernenergie ist hingegen die Möglichkeit von verheerenden Katastrophen (2) mit einer enormen Freisetzung von Radioaktivität. Die Ursachen solcher Katastrophen müssen nicht im KKW selbst begründet sein (wie z.B. technisches oder menschliches Versagen (2) oder auch Sabotage (3)), es ist auch ein Eingriff von außen denkbar (Flugzeugabsturz, Erdbeben (2) oder Angriff durch Soldaten oder Terroristen (3)). Je nach Reaktortyp können zudem Risiken unterschiedlicher Art oder Ausmaßes auftreten (siehe Kernreaktoren).

Die Risiken der *Zwischenlagerung* und des *Transports* sind wiederum eher räumlich begrenzt. Durch Brände, Flugzeugabstürze oder Verkehrsunfälle (beim Transport) können radioaktive Stoffe aus Containern oder Lagern entweichen und die Umgebung verseuchen. Verständlicherweise sind die Standorte von Zwischenlagern, so z.B. in Gorleben, Grund für Proteste und Klagen der anwohnenden Bevölkerung, aber

auch der Kernkraftgegnerschaft im Allgemeinen, die den Gefahren solch einer Anlage nicht in ihrer näheren Umgebung (*nimby*⁸⁴-Problematik) oder überhaupt (*nope*⁸⁵-Problematik) ausgesetzt sein wollen.

Neben den Kernkraftwerken treten zudem die *Wiederaufarbeitungsanlagen* (WAA) stark in den Fokus des Protests, so dass das deutsche Projekt einer Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zugunsten der Wiederaufarbeitung in anderen Ländern wie Großbritannien (Sellafield) oder Frankreich (La Hague) bzw. der direkten Endlagerung fallen gelassen wurde. Wiederaufarbeitungsanlagen weisen schon im Normalbetrieb (1) höhere Emissionen aus, wie sich aus dem Betrieb der im Ausland befindlichen Anlagen schließen lässt. Aber auch das Störfallrisiko (2) ist bei einer WAA gegeben, so z.B. durch Kritikalitätsunfälle (unvorhersehbare Kettenreaktionen während des Prozesses mit einhergehender Beschädigung der Anlage und Emission von Radioaktivität) oder chemische Explosionen (mit den gleichen Folgen). In einer WAA wird aus abgebrannten Brennstäben Uran und Plutonium extrahiert, um sie in den Kernbrennstoffkreislauf zurückzuführen⁸⁶, während die beim Abbrand außerdem entstandenen Spaltprodukte (u.a. Neptunium, Americium und Curium) und der restliche Müll für die Endlagerung behandelt werden. Abgebrannte Brennelemente können aber auch direkt in *Konditionierungsanlagen* so behandelt werden, dass sich vor allem ihr Volumen verkleinert. Dies geschieht bei festen Stoffen durch Hochdruckpressverfahren sowie bei flüssigen Abfällen z.B. durch Vakuumtrocknung, des Weiteren werden dekontaminierte metallische Anlagenteile

⁸⁴ *Nimby* steht für „not in my backyard“, also in etwa „nicht in meinem Hinterhof“.

⁸⁵ *Nope* steht für „not on planet earth“, also in etwa „nicht auf dieser Erde“.

⁸⁶ Das erst durch die Kernspaltung entstandene Plutonium wird in sog. Mox(=Mischoxid)-Brennelementen mit abgebrannt, während die ursprünglichen reinen Uranbrennstäbe nur die Uran-Isotope U₂₃₅ (3-4%) und U₂₃₈ (96-97%) enthalten.

rezykliert. Die *Endlagerung* der radioaktiven Abfälle soll in Deutschland in tiefen geologischen Schichten (aus Salz oder Erz) erfolgen, Endlagerprojekte sind der Schacht Konrad, Gorleben und Morsleben. Versuchsweise wurden radioaktive Abfälle schon im Salzbergwerk Asse eingelagert. Die Risiken der Endlagerung liegen offenkundig in ihrer Langfristigkeit: Die eingelagerten toxischen und radioaktiven Elemente haben eine Halbwertszeit von bis zu mehreren Millionen Jahren. Die eingelagerten Stoffe sollten je nach angelegten Kriterien und der Zusammensetzung mehrere 100 bis mehrere 10.000 Jahre von der Biosphäre ferngehalten werden. Dabei ist schwer abschätzbar, was mit einem Endlager in 100 Jahren alles passieren kann (territoriale Veränderungen auf staatlicher Ebene oder ein Erdbeben, Wassereintrich und Verunreinigung des Grundwassers) oder wer in 1.000 Jahren erkennen kann, dass es sich um ein höchstgefährliches Endlager handelt. Der Protest gegen solche möglichen Endlagerstätten ist deswegen, z.B. im Gebiet um Gorleben, vehement und dauerhaft. Bisher ist in weder in Deutschland, noch weltweit ein Endlager zugelassen worden.

Das Kernkraftwerk stellt das Zentrum des Kernbrennstoffkreislaufs dar, hier entstehen die zivil nutzbaren Produkte⁸⁷ der Kernenergie: Wärme und Strom. Es ist durch das zahlreiche und mengenmäßig bedeutsamste Zusammenkommen und Entstehen von radioaktiven Stoffen sowie durch die Reaktionen der Stoffe im Kernreaktor der riskanteste und somit auch interessanteste Teil des Kernbrennstoffkreislaufs. Den verschiedenen Kernreaktortypen soll von daher ein eigener Unterabschnitt gewidmet werden.

⁸⁷ Das hier ebenfalls entstehende (bzw. je nach Reaktortyp auch verwertete) Plutonium kann auch militärisch genutzt werden, es stellt jedenfalls unter dem in dieser Arbeit verfolgten Ansatz der zivilen Nutzung der Kernenergie nur ein Zwischenprodukt dar.

Kernreaktoren

Kernreaktoren dienen als Wärme- bzw. Energiequelle eines Kernkraftwerks, sie wurden in der Anfangsphase der Nutzung der Kernenergie auch gerne als *Uranbrenner* oder *Atommeiler* bezeichnet. Gemeint sind damit Anlagen zur Kernspaltung, in denen eine selbsterhaltende Kettenreaktion kontrolliert abläuft⁸⁸. Die neben Neutronen, Spaltprodukten und radioaktiver Strahlung freigesetzte Wärme wird dann wie in einem konventionellen Kohle- oder Gas-Kraftwerk zur Stromerzeugung genutzt, wobei ca. ein Drittel der Wärmemenge in elektrische Energie umgewandelt werden kann⁸⁹. Die verschiedenen Kernreaktortypen unterscheiden sich dabei durch folgende Merkmale⁹⁰: Zum Reaktionsprozess verwendete abgebremste oder schnelle Neutronen (zur Abbremsung wird z. B. Wasser oder Graphit, also reiner Kohlenstoff, verwendet); angereichertes oder natürliches Uran, Plutonium oder Thorium als Kernbrennstoff; verschiedene Kühlmittel, wie z. B. leichtes oder schweres Wasser, Kohlendioxid oder Helium u. a.; Art der Verwendung des Reaktors (neben dem zur Wärme- und Stromerzeugung verwendeten Leistungsreaktor gibt es natürlich auch Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungsreaktoren sowie Reaktoren zur Bestrahlung oder Isotopenproduktion und auch Mehrzweckreaktoren).

⁸⁸ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.23.

⁸⁹ Vgl. ebd., beispielsweise S. 59.

⁹⁰ Ebd., S. 51 f.

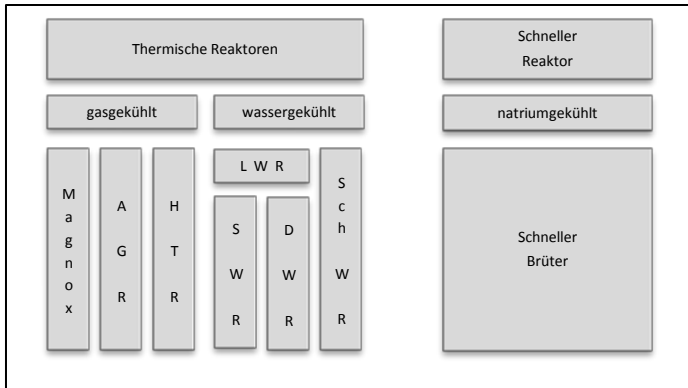


Abbildung 3: Kernreaktoren
(eigene Darstellung)

Abbildung 3 gibt eine Übersicht der gängigen *Reaktortypen*⁹¹, wobei der größte Unterschied zwischen den Klassen der *thermischen* und der *schnellen Reaktoren* besteht: Bei thermischen Reaktoren werden die bei der Kernspaltung frei werdenden Neutronen durch sog. *Moderatoren* abgebremst und so vor allem zur Spaltung von U_{235} verwendet, während bei dem schnellen Reaktor die Neutronen nicht abgebremst werden und so vor allem zur Plutonium(Pu_{239})-Gewinnung dienen. Bei den *gasgekühlten Reaktoren* kommt als Moderator Graphit zum Einsatz, während bei den *wassergekühlten Reaktoren* meist das leichte oder schwere Wasser selbst als Moderator dient.

Der *Magnox*⁹²-Reaktor ist der erste bis zur industriellen Reife hochgezüchtete Reaktor, der vor allem in Großbritannien⁹³

⁹¹ Zum Unterabschnitt Kernreaktoren vgl. Kap. 2: Kernreaktorenentwicklung, -typen, Stilllegung, Ausbildung aus MICHAELIS/SALANDER 1995, S.51 ff.

⁹² Magnox steht für *Magnesium non oxidizing*, eine Legierung aus Magnesium, Aluminium, Beryllium und Calcium, die als Hüllenmaterial für das Natururan dient.

⁹³ Der 1956 in Calderhall/Großbritannien ans Netz gegangene 50MW-Reaktor war ein Magnox-Reaktor.

und Frankreich zum Einsatz kam und auch zur Plutonium-Produktion genutzt wurde. Nicht vorausgesehenen Korrosionen von Stahlteilen im Reaktorinneren begegnete man durch eine Absenkung der Temperatur, was auch die Leistung schmälerte und den Ausstieg aus dieser Reaktortechnik bis 1970 in Großbritannien und Frankreich mit sich brachte. Während Anfang der 1970er noch ca. 20% der in den westlichen Ländern installierten Leistung aus diesem Reaktortyp bestand, war es Anfang der 1990er nur gut 1%. Beim weiterentwickelten AGR⁹⁴ behielt man Kohlendioxid als Kühlmittel bei, verwendete aber auf 1,6-2,5% angereichertes Uran als Brennstoff und Edelstahl als Hüllstoff. Dieser in den 1960ern in Großbritannien entwickelte Typ konnte sich aber trotz seiner im Verhältnis zum Magnox-Reaktor verbesserten Leistung weltweit nicht durchsetzen, so dass Anfang der 1990er nur 2,5% der weltweit installierten Kraftwerksbruttoleistung diesem Typ zuzurechnen war. Im *Hochtemperaturreaktor* (HTR) wurde schließlich Graphit als Hüllwerkstoff und Moderator verwendet, die Kühlmitteltemperatur und die Leistungsdichte erhöht und somit ein den Kohlekraftwerken ähnlicher Wirkungsgrad⁹⁵ (ca. 40%) erreicht. Als Kühlmittel wurde Helium verwendet. Beim in Deutschland entwickelten Kugelhaufen-Reaktor durchlaufen mit Graphit und Siliziumkarbit ummantelte Uran- oder Uran-Thorium-Kugeln einen Trichter, so dass der Brennelementzu- und -abgang bei laufendem Betrieb geschieht. Zwar galt der Reaktortyp als relativ sicher, da das verwendete Helium als Edelgas chemisch neutral und nicht aktivierbar ist und die Brennelementkugeln auch bei vermeintlich hohen Temperaturen ihre radioaktiven Bestandteile nicht preisgeben. Trotzdem wurde nach der Stilllegung des 300MW-Prototyp-KKW in Hamm-

⁹⁴ AGR steht für *Advanced Gas Cooled Reactor*.

⁹⁵ Der Wirkungsgrad ist das Verhältnis von genutzter, (hier:) elektrischer Leistung (in MWe) zur erzeugten, (hier:) Wärmeleistung (in MWth). Nutzt man die Abwärme z.B. als Fernwärme mit – beispielsweise bei einem Kohlekraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung – so ergibt sich ein Wirkungsgrad von bis zu 80%.

Uentrop 1989 in Deutschland das Folgeprojekt (ein HTR-500MW-Reaktor) nicht finanziert.

Bei nahezu allen die Kernenergie nutzenden Ländern sind *Leichtwasserreaktoren* (LWR) die dominierenden Reaktortypen zur Stromerzeugung. Je nachdem, ob man vermeiden oder in Kauf nehmen will, dass das erhitzte Wasser siedet, setzt man das Wasser einem mehr oder weniger starken Druck aus. Beim *Siedewasserreaktor*⁹⁶ (SWR) verdampft das Wasser bei einer Temperatur von ca. 300°C und 70 bar Druck und läuft im gleichen Kreislauf durch die Turbinen, so dass auch diese leicht verstrahlt werden. Beim *Druckwasserreaktor*⁹⁷ (DWR) steht das Wasser unter 150 Bar Druck und verdampft nicht. Die entstandene Wärme wird über einen Sekundärkreislauf mit zwischengeschaltetem Dampferzeuger an die Turbinen weitergegeben, so dass diese nicht mit verstrahltem Wasser in Kontakt kommen. In Deutschland waren die ersten zwischen 1966 und 1968 ans Netz gegangenen KKW Lingen, Obrigheim und Grundremmingen mit Leichtwasserreaktoren ausgestattet. Vor allem dieser Reaktortyp verhalf der Kernenergienutzung in Deutschland zum Durchbruch. Gemessen an der 1992 installierten Leistung weltweit sind mit 85% vor allem Leichtwasser-Reaktoren (davon etwa drei Viertel Druckwasser- sowie etwa ein Viertel Siedewasser-Reaktoren) in Betrieb.

Die in Tschernobyl zwischen 1978 und 1984 in Betrieb gegangenen 4 Reaktoren sind *graphitmoderierte Leichtwasserreaktoren*⁹⁸. Schon 1954 wurde im russischen Obninsk eine 5MW-Pilotanlage der RBMK⁹⁹-Reihe gebaut, Typen dieses

⁹⁶ Im Englischen wird der Siedewasserreaktor als *Boiling Water Reactor* (BWR) bezeichnet.

⁹⁷ Im Englischen wird der Druckwasserreaktor als *Pressurized Water Reactor* (PWR) bezeichnet.

⁹⁸ Vgl. Abschnitt 3.2.1. „Das Ereignis“.

⁹⁹ RBMK ist die russische Abkürzung für „Hochleistungs-Druckröhrenreaktor“.

Reaktors wurden ursprünglich für die Plutonium-Produktion entwickelt und wurden nur in der Sowjetunion errichtet. Zwischen 1958 und 1969 wurden 100- bis 160MW-Reaktoren gebaut, die in Tschernobyl eingesetzten RBMK-1000-Reaktoren (für 1.000 MWe Bruttoleistung) wurden seit den 1970ern erstellt und der größte Typ dieser Reihe (RBMK-1500) ging 1984 im litauischen Ignalin in Betrieb. Die Planung für die noch größeren 2.000MW- und 2.400MW-Einheiten wurden eingestellt. Reaktoren dieses Typs wurden immer als Zwillingseinheiten (zwei Reaktoren in einem Gebäude) erstellt. Zu den (vermeintlichen) Vorteilen dieser Anlagen zählte der – in Deutschland nicht genehmigungsfähige – Brennstoffwechsel unter Last: Anders als bei den üblichen LWR ist es hier nicht nötig, mit dem Wechsel bis zur jährlichen Revision zu warten. Durch die schnellere Auswechsellmöglichkeit ist auch die niedrigere notwendige Anreicherung des Uran-Isotops U_{235} in den Brennstäben möglich (ca. 1,8% im Vergleich zu ca. 3% bei einem üblichen LWR). Auch das Weglassen des gasdichten Sicherheitsbehälters¹⁰⁰ („Containment“) macht diesen Anlagentyp relativ preiswert (und gefährlich oder besser: risikoreich). Ein weiteres Problem stellt der positive Void-Effekt (=Dampfblasen-Koeffizient) dar¹⁰¹, der mit steigendem Abbrand sogar noch zunimmt: Diese reaktorphysikalische Auslegung führt bei vielen Störfällen zu einem Ansteigen der Reaktorleistung bei gleichzeitiger geringerer Stabilität ihrer Verteilung im Reaktorkern und erfordert so eine aufwendigere Überwachung und Regelung. Sowjetischen Angaben zufolge galt der RBMK-Reaktortyp vor dem Unfall in Tschernobyl als in der Praxis bewährt; Verfügbarkeit und Auslastung lagen über

¹⁰⁰ Vgl. Abschnitt 2.1. unter „Risiko/Sicherheit“. Ein fehlender Sicherheitsbehälter widerspricht der *Sicherheitsphilosophie der Vorsorge für den Größten Anzunehmenden Unfall*.

¹⁰¹ Vgl. Abschnitt 2.1. unter „Risiko/Sicherheit“. Ein positiver Dampfblasen-Koeffizient widerspricht der *Sicherheitsphilosophie der inhärenten Sicherheit einer Anlage*.

dem sowjetischen Durchschnitt und im Rahmen üblicher internationaler Werte.

Das in den *Schwerwasserreaktoren* (SchWR) als Moderator und Kühlmittel verwendete schwere Wasser galt seit der Reaktorentwicklung in den 1940ern als günstig vom Verhalten gegenüber Neutronen. Beim einem Moderator/Uran-Verhältnis von 20:1 konnten Reaktoren dieses Typs auch mit Natururan (also ca. 0,7% U_{235} -Anteil), dafür aber relativ leistungsarm betrieben werden. Die beiden bundesdeutschen Schwerwasserreaktoren wurden bereits stillgelegt (KKN Niederdorfelden 1974 (100 MWe) bzw. MZFR Karlsruhe (52 MWe) 1984). Ende 1992 entsprach die Gesamtbruttoleistung der weltweit installierten SchWR-KKW einem Anteil von ca. 5% an der insgesamt installierten KKW-Leistung.

Bei dem beim *Schnellen Brüter* (auch Schneller Brutreaktor) verwendeten Prinzip soll das nicht spaltbare und im Natururan zu ca. 99,3% enthaltene Uran-Isotop U_{238} durch Neutroneneinfang in spaltbares Plutonium (Pu_{239}) verwandelt werden. Zum Neutroneneinfang müssen die Neutronen aber ihre hohe Geschwindigkeit behalten. Das Kühlmittel darf also nicht zeitgleich moderieren (d.h. Neutronen abbremesen; somit scheidet Wasser aus), noch soll es Neutronen absorbieren und es muss bei einer Austrittstemperatur von ca. 550° C flüssig sein. Das als Kühlmittel verwendete Natrium ist zwischen ca. 100° C und 900° C flüssig, steht somit bei der Systemtemperatur nicht unter Druck¹⁰², was sicherheitstechnisch insofern von Vorteil ist, als dass Kühlmittelverluste besser ausgeschlossen werden können. Andererseits brennt Natrium an der Luft und reagiert stark exotherm mit Wasser und wird durch Neutronenbestrahlung aktiviert, so dass dieser Reaktortyp spezielle Sicherheitsmaßnahmen benötigt: Es wird ein (nicht-aktiver) Natrium-Sekundärkreislauf als Zwi-

¹⁰² Genauer gesagt: Es ist hinreichend weit vom Siedepunkt entfernt und steht somit nicht unter besonderem Druck.

schenwärmetauscher zum Wasser-Dampf-Kreislauf geschaltet; alle den Reaktorraum und Primärkreislauf umgebende Räume müssen stickstoffgeflutet sein, um bei Leckagen Natriumbrände zu vermeiden; die Strahlung des aktivierten Primärnatriums (Gamma-Strahlung¹⁰³) muss durch besonders starke Betonwände um den Primärkreislauf abgeschirmt werden. Ein Schneller Brutreaktor besteht aus 2 gesonderten Zonen: Dem eigentlichen Kern – der Spaltzone –, bestehend aus Plutonium und abgereichertem bzw. Natururan, und dem Mantel – der Brutzone. Die aus der Spaltzone dringenden Neutronen führen in der Brutzone, aber auch schon in ihr selbst zur Umwandlung von Uran in Plutonium ($U_{238} + 1 \text{ Neutron} = Pu_{239}$). Mit längerer Bestrahlung entstehen weitere Isotope. Ein Schneller Brüter kann aber auch Plutonium vernichten, so dass das in LWR entstehende Plutonium, welches dort nicht vollends verbraucht werden kann, hier genutzt werden könnte. Der Faktor, um den Schnelle Brüter mehr Energie aus Uran gewinnen können als normale LWR, liegt je nach Abbrand und Anzahl der Rezyklierungen zwischen 60 und 110¹⁰⁴. Weil auch andere Spaltprodukte der Kernspaltung (sog. Aktinide) umgewandelt werden können, gilt die Schnelle-Brüter-Technologie auch als günstige Möglichkeit, den radioaktiven Abfall zu minimieren, so die Befürworter. Wegen des Einsatzes von Plutonium, der geringeren inhärenten Sicherheit, der Brennbarkeit des Kühlmittels, der hohen Leistungsdichte im Kern sowie der Möglichkeit von nuklearen Exkursionen¹⁰⁵ gilt er den Kritikern als besonders *gefährlich*. Der in Kalkar/Deutschland ab 1973 gebaute SNR-300¹⁰⁶ war ein Gemeinschaftsprojekt von Deutschland (70%

¹⁰³ Eine der 3 Strahlenarten, siehe Abbildung 4: „Exkurs – Strahlenarten“.

¹⁰⁴ Ohne die Nutzung der Schnellen-Brüter-Technologie sind damit aber die nutzbaren Uranvorkommen weltweit relativ stark begrenzt.

¹⁰⁵ Unter einer Exkursion ist der sprunghafte Anstieg der Leistung, welcher schwer zu kontrollieren ist, zu verstehen.

¹⁰⁶ SNR-300 steht für *Schneller Natriumgekühlter Reaktor mit einer Leistung von 300 MWe*.

Kostenanteil), Belgien (15%) sowie den Niederlanden (15%) und sollte als Zwischenschritt zwischen einem ersten Versuchsreaktor und konkurrenzfähigen Brüter-Kraftwerken mit einer Leistung von 1.000 bis 1.500 MW dienen. Er ging aber nie in Betrieb. Folgende ernsthafte Probleme traten beim Bau und der vornuklearen Inbetriebnahme auf: Leckagen bei Natriumablass- und Leckauffangbehältern; Bruch einer Schwingungsmeßplatte im bereits mit Natrium gefluteten Reaktortank; Eindringen von Wasser aus Entlüftungsöffnungen in das Operplenum mit folgender Verunreinigung des Natriums. 1985 war er fast fertiggestellt, u.a. aber durch den Unfall von Tschernobyl und die Möglichkeit des hypothetischen Kernzerstörungsfalles verzögerten sich die Genehmigungsverfahren und 1991 wurde das Projekt endgültig eingestellt, was dem Ausstieg der BRD aus der Brüter-Technologie gleichkam.

Zur Einordnung der oben genannten Gamma-Strahlung von aktiviertem Natrium folgt als Exkurs eine *tabellarische Auflistung aller radioaktiven Strahlungsarten*:

Alpha-Strahlung	
Positiv geladenes Teilchen aus 2 Neutronen sowie 2 Positronen (identisch mit dem Helium-Kern)	wird schon durch ein Blatt Papier absorbiert, nur gefährlich bei Verzehr oder Inhalation Alpha-Strahlung aussendender Substanzen oder in Wunden
↓	
Beta-Strahlung	
Elektronen (Beta-minus-Strahlung) bzw. Positronen (Beta-plus-Strahlung)	wird durch geringe Schichtdicken, wie z.B. 1 cm Aluminium oder 2 cm Kunststoff, absorbiert
↓	
Gamma-Strahlung	
Hochenergetische, kurzwellige elektromagnetische Strahlung (identisch mit der Röntgen-Strahlung)	ist sehr durchdringend, wird am besten durch Materialien hoher Dichte, z.B. Blei, absorbiert

Abbildung 4: Exkurs – Strahlenarten
(eigene Darstellung nach KOELZER 1997, S.8, 22, 64)

Nachdem die problematischen Aspekte der Kernenergie sowie die Risikoquellen im Kernbrennstoffkreislauf und die unterschiedlichen Kernreaktortypen beschrieben wurden, wird abschließend auf technische Aspekte hinter der *Sicherheitsphilosophie des GAUs* sowie den Sonderfall der *Kernschmelze* eingegangen.

GAU – Größter Anzunehmender Unfall

Wichtig für das Verständnis der Ängste um die Kernenergie ist die so nur bei dieser Art der Energiegewinnung gegebene Gefährdung durch (einfache) *Störfälle* bzw. (schwerwiegende) *GAUs* mit den daraus resultierenden, nicht örtlich und zeitlich begrenzt bleibenden Folgen. Doch worauf bezieht sich der Begriff GAU¹⁰⁷ genau? Abgeleitet wurde der Begriff aus den im US-amerikanischen Sprachgebrauch verwendeten Termini *maximum credible hazard* bzw. *accident*, wobei vor allem die Übersetzung des Wortes *credible* Schwierigkeiten bereitete: Das zuerst mit *glaubhaft* bzw. *möglich* übersetzte Wort wurde dann durch *anzunehmend* abgeschwächt. Es ging hierbei um die Festlegung dessen, was der KKW-Betreiber zur Bewältigung eines GAUs an Sicherheitsvorkehrungen nachweisen musste, um den Austritt von Radioaktivität zu verhindern. Somit wurde ein GAU beispielsweise bei einem KKW als „doppelendiger Bruch der Hauptkühlmittelleitung mit hinzutretendem Einzelfehler“ definiert, das Bersten eines Druckgefäßes wurde als extrem unwahrscheinlich ausgedrückt und spielte somit für das Genehmigungsverfahren keine Rolle. Bei einer Endlagerstätte in einem Salzstock wäre ein GAU das Volllaufen mit Wasser. Der Begriff verschleierte aber die möglichen Gefährdungen, da beispielsweise ein Reaktor nur auf bestimmte, subjektiv festgelegte Störfälle hin ausgelegt wurde, keineswegs aber auf alle denkbaren. Inzwischen sollen unter dem Begriff *Accident*

¹⁰⁷ Im Folgenden zusammengefasst aus JUNG 1994, S. 70 ff.

*Management*¹⁰⁸ auch solche als „praktisch unmöglich“ geltenden Unfälle („Super-GAU“) diskutiert werden, um auch in diesen Fällen schadensminimierende Maßnahmen einleiten zu können – faktisch heißt das, dass Kernschmelzunfälle nicht mehr ausgeschlossen¹⁰⁹, sondern mitbedacht werden. Da einige Spaltprodukte, die bei der Kernspaltung entstehen, schon innerhalb kurzer Zeit zerfallen¹¹⁰, ist die Bemühung groß, den Sicherheitsbehälter eines KKWs möglichst lange intakt zu halten – z.B. durch den Einbau von Druckentlastungsvorrichtungen wie Sicherheitsventilen.

Schadensausmaß und Art der Schädigung bei der Kernenergie unterscheiden sich von denen in anderen industriellen Bereichen, z. B. durch die nicht „fühlbare“ Strahlung mit eventuellen, nicht absehbaren Langzeitfolgen. Deswegen ist auch das in dem Begriff GAU vorkommende Wort *Unfall* nicht allgemein anwendbar: Nicht jeder Zwischenfall in einer kerntechnischen Anlage ist gleich ein Unfall (mit Toten und Verletzten), deswegen passt das Wort *Störfall* in vielen Fällen besser. Zur Einbindung des Begriffs GAU in die Diskussion der Sicherheitsphilosophie vergleiche Abschnitt 2.1. (Risiko/Sicherheit).

Als besonders schwerer Unfall soll wegen seiner Bedeutung der Fall einer *Kernschmelze*¹¹¹ dargestellt werden. Unterschieden werden dabei drei Szenarien. Das erste Szenario beinhaltet nur das Bersten weniger im Kern befindlicher Stäbe bei gleichzeitiger Einhaltung aller festgelegten Grenzwerte und fortwährender Kühlbarkeit des Kerns. Beim zweiten

¹⁰⁸ Vgl. PETERS 1990, S.85 f.

¹⁰⁹ Immerhin haben schon 2 Kernschmelzen in Leistungsreaktoren stattgefunden (Three Mile Island 1979 und Tschernobyl 1986), dazu etliche in Versuchsreaktoren.

¹¹⁰ So hat z.B. das radioaktive Isotop Jod-131 eine Halbwertszeit von 8,5 Tagen, was bedeutet, dass nach 8,5 Tagen die Hälfte aller vorhandenen Jod-131-Atome zerfallen ist.

¹¹¹ Im Folgenden zusammengefasst aus MICHAELIS/SALANDER 1995, S. 625 ff.

Szenario reagiert aufgrund der steigenden Temperatur der Brennstabhüllen-Werkstoff Zirkaloy¹¹² mit dem Dampf, was zu einer exothermischen Reaktion führt und somit weiter verstärktem Temperaturanstieg führt. Die Brennstabhülle zerfällt, der Brennstoff reagiert weiter mit der geschmolzenen Hülle und dem Dampf, es entsteht Kernschmelze. Je nachdem, wie gut es gelingt, die entstehende Hitze durch Wasserzuführung abzukühlen, kommt es zur Erstarrung und dem Aufhalten des Zersetzungsprozesses. Das Unglück von Three Mile Island bei Harrisburg in den USA 1979 fällt in diese Kategorie. Beim dritten Szenario gelingt die Kühlung nicht. Nachwärme und die oben beschriebene Zirkaloy-Reaktion erweitern die Schmelze, Teile der unteren Kernstruktur können versagen. Eine Dampfexplosion wird möglich. Schmilzt der Reaktorbehälter durch, kann die Schmelze den unter dem Behälter befindlichen Betonboden und angrenzende Wände aufschmelzen. Im schlimmsten anzunehmenden Fall dringt die Schmelze bis in den Grundwasserbereich vor und würde es verseuchen. Das Unglück von Tschernobyl geschah zwar durch eine Leistungsexplosion, die entstehende Kernschmelze fällt aber in dieses Szenario (siehe Abschnitt 3.2.1.) – wobei die Kernschmelze nicht bis ins Grundwasser vordrang.

Das Entscheidende für die Risikobetrachtung der Kernenergie ist – unabhängig vom Typ der kerntechnischen Anlage – ihre immanente Gefährlichkeit. Egal, welcher Reaktortyp verwendet wird oder welche Sicherungsmaßnahmen bei kerntechnischen Anlagen ergriffen werden: Es bleibt ein (Rest-)Risiko¹¹³ vorhanden. Ausgehend von dem enormen Schadenspotential bleibt die Betrachtung der Kernenergie (gerade durch die Massenmedien und die Öffentlichkeit) stets behaftet mit der Angst vor den möglichen katastroph-

¹¹² Bei Zirkaloy handelt es sich um eine Legierung auf der Basis von Zirkon und Zink (KOELZER 1997, S.210).

¹¹³ Siehe dazu Abschnitt 2.1. unter *Risiko/Sicherheit*.

len Folgen. Trotzdem leistet die Kernenergie gerade in Asien (Russland, Japan), aber auch in den USA und im europäischen Ausland (vor allem in Frankreich und Großbritannien) einen entscheidenden Beitrag zur Stromerzeugung. Zwei Aspekte spielen hierfür eine Rolle: Den Risiken müssen Vorteile gegenüberstehen und die Alternativen zur Stromerzeugung müssen ebenfalls gewisse Risiken¹¹⁴ in sich bergen. Die Gewichtung der Risiken gegenüber den Vorteilen (bzw. Risiken der Alternativen) ist abhängig von der Einschätzung durch den Betrachter. Dementsprechend ist zu erwarten, dass sich in den Massenmedien unterschiedliche Betrachtungsweisen anfinden, je nachdem, welche Meinungen und Wertvorstellungen zugrunde liegen. Bevor die Darstellung in den Massenmedien (3 ausgewählten Printmedien) über 3 Zeiträume hinweg untersucht wird, folgt davor eine chronologisch aufgebaute Einführung in die Kernenergiekontroverse in der Bundesrepublik Deutschland.

2.3. DIE KERNENERGIEKONTROVERSE IN DER BRD

Das Thema Kernenergie gewinnt in der BRD erst mit dem Ende des Verbots der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch die Alliierten von 1955 an Bedeutung, woraufhin noch im gleichen Jahr das Bundesministerium für Atomenergie gegründet wurde.¹¹⁵ Das erste Kernkraftwerk (das VAK Kahl mit einer Leistung von 16 MWe) ging 1961 ans Netz, so dass die BRD auf fast ein halbes Jahrhundert Erfahrung im Umgang mit der Nutzung dieser umstrittenen Energieerzeu-

¹¹⁴ So schrieb der (der Kernenergie reserviert gegenüberstehende) *Club of Rome* in seinem Bericht von 1991: „... Heute jedoch räumen wir widerwillig ein, daß die Verbrennung von Kohle und Öl aufgrund des dabei entstehenden Kohlendioxids für die Gesellschaft wahrscheinlich noch gefährlicher ist als die Atomkraft“

(KING/SCHNEIDER 1991, In: MICHAELIS/SALANDER 1995, S. 114).

¹¹⁵ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.412.

gungsmöglichkeit zurückblicken kann. Dabei können verschiedene Perioden der Kontroverse um die Kernenergie ausgemacht werden, die mit der jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und auch kernenergiespezifischen Situation zusammenhängen. Besondere Ereignisse wie die Ölpreisschocks ¹¹⁶ von 1973 und 1979, große Unfälle in KKW (Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986) und sicherlich auch der Mauerfall bzw. die Deutsche Einheit von 1989/1990 stellen prägnante Einschnitte dar. Neben zeitlichen Einschnitten sind auch zwischenparteiliche Differenzen bei der Betrachtung der Risiken der Kernenergie mit einzubeziehen, da Parteien auf unterschiedliche Werte setzen und die Betrachtung von Risiken auf Werten aufbaut (siehe Abschnitt 2.1.).

Eine spürbare Zunahme der *kritischen Auseinandersetzung mit der Kernenergie* lässt sich für den Beginn der 1970er ausmachen, wenn man beispielsweise die Verteilung der *Einsprüche* aufgrund der Anhörung nach § 7 AtG seit 1971 betrachtet: ¹¹⁷ So lag die Höchstzahl der Einsprüche je Projekt bis 1970 bei 200. Das Projekt Neckarwestheim I (Auftragsjahr 1971; Zahl der Einsprüche: knapp unter 5.000) und folgende Projekte wie Krümmel (1973; knapp unter 50.000) oder Wyhl (1974; knapp unter 90.000) zeigen eine Tendenz an, wobei in den folgenden Jahren die Zahl der Einsprüche bei ab 500 und meist zwischen 5.000 und 50.000 liegt. Dieser Anstieg liegt sicherlich zum einen daran, dass kernkrafttechnische Projekte mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangten, zum anderen stellt aber ein Einspruch eine relativ effektive Form des Protests dar. Zwischen 1975 und 1977 kommt es zu 4 und bis Tschernobyl noch zu einer weiteren großen *Demonstration*: ¹¹⁸ So wurde am 23.2.1975

¹¹⁶ Der Ölpreisschock von 1973 bestärkte die Auffassung über die Kernenergie, sie sei ein Beitrag zur Versorgungssicherheit und darüber hinaus klimafreundlich, vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.356 f.

¹¹⁷ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.779.

¹¹⁸ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.780 f.

damit begonnen, den Bauplatz für das KKW Wyhl zu besetzen, nachdem zwei Tage zuvor das Verwaltungsgericht Freiburg entschieden hatte, den Bau zu stoppen¹¹⁹; am 13.11.1976 besetzten ca. 25.000 Demonstranten den Bauplatz des KKWs Brokdorf, nachdem zuvor eine erste Teilerrichtungsgenehmigung erlassen wurde; ebenso wurde der Bauplatz des KKW Grohnde am 19.3.1977 von ca. 15.000 Demonstranten besetzt; am 24.9.1977 kam es zu einer ca. 35.000 Teilnehmer zählenden Demonstration am Standort Kalkar; gegen die Fortsetzung des KKW-Baus in Brokdorf wurde am 28.2.1981 stark protestiert. Auch heute noch bedeutsam sind die Proteste rund um das Zwischenlager Gorleben¹²⁰, die begannen, nachdem sich die niedersächsische Landesregierung 1977 für den Standort entschieden hatte und die ihren Höhepunkt 1980 in der Ausrufung der „Freien Republik Wendland“ durch ein auf einem Probebohrplatz befindliche Zelt- und Hüttendorf hatte, bevor dieses von der Polizei geräumt wurde¹²¹. Neben Demonstrationen gegen einzelne Projekte kam es in den 1970ern zum Ende des Jahrzehnt aber auch vermehrt zu Gründungen von Bürgerinitiativen bis hin zur Gründung der Partei der Grünen¹²², die u.a. aus der Anti-Atomkraft-Protestbewegung hervorging. Interessanterweise richtet sich der Protest bis Ende der 1970er vor allem gegen die Umweltauswirkungen bei störfallfreiem Betrieb, vor allem durch die Strahlung, aber auch durch die Abwärme.¹²³

¹¹⁹ Der verwaltungsgerichtliche Baustopp dauerte bis zum Jahr 1982 an, danach wurde der Bau des KKW Wyhl nicht begonnen (vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.782).

¹²⁰ Der Bau einer Konversions-Anlage sowie die Endlagerung am Standort waren auch geplant und kritisiert worden.

¹²¹ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.783.

¹²² Die Bundespartei „Die Grünen“ wurde am 13.1.1980 gegründet. Erste „Grüne Listen“ traten aber schon seit 1978 bei Kommunalwahlen an.

¹²³ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.780.

Durch die Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Kernenergie wurden die Parteien genötigt, ihre Haltung zur Kernenergie zu erörtern.¹²⁴ Die Unionsparteien und die Liberalen stehen Ende 1977 aufgeschlossen zur Kernenergie, während die SPD der Kohle vor der Kernenergie den Vorrang gewährt. Die der Kernkraft gegenüber kritischen Grünen Listen erreichten Ende der 1970er erste Erfolge und konnten am 7.10.1979 in Bremen zum ersten Mal in ein Landesparlament einziehen. Inzwischen war es in den USA am 28.3.1979 zum bisher schwersten Unfall in einem kommerziellen KKW gekommen: Im KKW Three Mile Island, Block 2, kam es aufgrund von Bedienungsfehlern und nicht hinreichender Instrumentierung zur Freilegung des Reaktorkerns mit einer teilweisen Kernschmelze und Freisetzung von Radioaktivität in die Umgebung des Kraftwerks.¹²⁵ Zwar konnte die Betriebsmannschaft den Störfall wieder unter Kontrolle kriegen, aber das Image der Kernenergie erhielt einen weiteren Kratzer. Unabhängig davon kam es 1979 in der SPD auf Landes- (Hamburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen) und Bundesebene (Disput zwischen Helmut Schmidt, hielt Kernenergie für unverzichtbar, und Erhard Eppler, wollte Verzicht auf weiteren Ausbau) zur innerparteilichen Auseinandersetzung über den Ausbau der Kernenergie. Die FDP schwankte in ihren Parteitagsbeschlüssen zwischen 1978 und 1979 und kam zu einem bedingten Ja (später sollten andere Energien die Kernenergie ersetzen). Die CDU blieb bundespolitisch bei ihrer Befürwortung, auch wenn teilweise die Landesregierungen Entscheidungen gegen die Kernenergie trafen, so z.B. Ministerpräsident Lothar Späth, der 1982 den Ausbau des KKW Wyhl nach Beendigung des verwaltungsgerichtlichen Baustopps trotzdem nicht bauen ließ. So war es denn auch nicht verwunderlich, dass

¹²⁴ Vgl. im folgenden Absatz zu den Parteien MICHAELIS/SALANDER 1995, S.782 ff.

¹²⁵ Zu einer detaillierten Beschreibung des Unglücks vgl. beispielsweise MICHAELIS/SALANDER 1995, S.626 ff, eine Kurzbeschreibung findet sich in KOELZER 1997, S.186 f.

sich die 1982 neu gebildete Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP positiv zur Kernkraft äußerte.¹²⁶ Nunmehr als Oppositionspartei bezog die SPD auf dem Bundesparteitag 1984 gegenüber der Kernkraft eine negative Einstellung, insbesondere gegenüber der Wiederaufarbeitung und dem Bau neuer KKW und 1985 auch gegenüber dem Projekt des Schnellen Brüters in Kalkar. Zudem waren die Grünen seit 1983 im Bundestag, so dass sich allmählich Lager aus Kernenergie-Befürwortern (CDU/CSU, FDP) und -Gegnern (SPD und vor allem die Grünen) bildeten.

Einen eindeutigen Einschnitt in der Kernenergie-debatte brachte das Reaktorunglück von Tschernobyl¹²⁷ am 26.4.1986 mit sich.¹²⁸ Zwar sprach sich die Bundesregierung im am 24.9.1986 verabschiedeten Energiebericht¹²⁹ für die Kernenergienutzung in der BRD aus. Doch unter dem Eindruck der Katastrophe radikalisierte sich die Atomkraftgegnerschaft in der SPD, so dass es auf dem Nürnberger Parteitag am 27.8.1986 zur Verabschiedung eines Sofortprogramms kam, in dem der Parteivorstand den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie verbindlich machen wollte und alle bundesdeutschen Kernkraftwerke in den nächsten zwei bis zehn Jahren abgeschaltet werden sollten. Im Dezember 1986 und im Januar 1987 brachte die SPD-Bundestagsfraktion den Entwurf eines Kernenergieabwick-

¹²⁶ So z.B. Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Regierungserklärung vom 4.5.1983 (zitiert nach MICHAELIS/SALANDER 1995, S.793): „Wir können und werden auf diese umweltfreundliche Energiequelle nicht verzichten...“.

¹²⁷ Diese bisher wichtigste Zäsur in der Betrachtung der zivilen Nutzung der Kernenergie stellt deswegen auch den Ausgangspunkt der in Kapitel 3 dargelegten Untersuchung dar.

¹²⁸ Vgl. im folgenden Absatz zum Zeitraum nach Tschernobyl MICHAELIS/SALANDER 1995, S.792 ff.

¹²⁹ Dort heißt es, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie notwendig und verantwortbar bleibe, da in Deutschland die Sicherheit der Kernkraftwerke Vorrang vor allen anderen Überlegungen habe, vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.371.

lungsgesetzes¹³⁰ ein. Die Grünen wiederholten ihren schon 1984 vorgebrachten Gesetzesantrag zur Stilllegung aller Atomanlagen in der BRD. Die CDU blieb auch beim Bremer Parteitag 1989 beim Gebot der Notwendigkeit der Kernenergie, gerade im Hinblick auf die Minderung der CO₂-Emissionen. So blieb auch die Koalition aus CDU/CSU und FDP bei ihren Koalitionsvereinbarungen von 1991 beim Standpunkt, die Kernenergie liefere einen substantiellen Beitrag zur Stromerzeugung, auch unter klimapolitischen Aspekten.

Die Wiedervereinigung Deutschlands hatte für die Kernenergie-Debatte eine (geographisch gesehen) einseitige Folge. Während in der BRD 1988 die letzten Blöcke zur Stromerzeugung aus Kernenergie in Betrieb gegangen waren, wurden alle in der DDR in Betrieb gewesenen KKW (sämtlich sowjetischer Bauart) nach der Wende vom Netz genommen und stillgelegt.¹³¹ Die Abschaltung der KKW Greifswald und Rheinsberg geschah aufgrund fehlender Sicherheitstechnik bei diesen Reaktoren sowjetischer Bauart vom Typ WWER¹³². Die Kraftwerke galten zwar als bedingt nachrüstbar, es war aber kein Elektrizitätsversorgungsunternehmen bereit, die damit in Verbindung stehenden Kosten und verfahrensmäßigen Risiken zu übernehmen.¹³³ Beim KKW Greifswald waren 8 Blöcke mit je 440 MW Leistung vorgesehen, bei der Abschaltung waren aber nur 4 Blöcke in Betrieb, Block 5 befand sich in der Erprobungsphase, während die Blöcke 6 bis 8 noch gebaut wurden.¹³⁴ In der Eröffnungsbi-

¹³⁰ „Gesetz zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit“.

¹³¹ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.530.

¹³² Druckwasserreaktoren dieses Typs werden zwar außerhalb der ehemaligen Sowjetunion auch noch in Finnland eingesetzt, dort aber mit einem US-amerikanischen Containment (also einer Extra-Ummantelung) und weiterer bundesdeutscher Technik.

¹³³ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.415.

¹³⁴ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.124.

lanz der Abwicklungsgesellschaft wurden die Abrisskosten für beide Kraftwerke auf ca. 5,4 Mrd. DM festgelegt.¹³⁵

Die politische Diskussion bestimmte in Deutschland die weitere Nutzung der Kernenergie. Während die Regierungskoalition zur Kernenergie hielt, war die Opposition geschlossen gegen die Kernenergie eingestellt, so dass die Bemühungen um einen parteiübergreifenden Energiekonsens 1993 scheiterten. Die Bundesregierung brachte daraufhin einen Gesetzesentwurf ein, der neben der Sicherung der Steinkohle zur Verstromung in Bezug auf die Kernenergie die direkte Endlagerung als gleichrangigen Entsorgungsweg neben der Wiederaufarbeitung vorsah, der 1994 verabschiedet wurde.¹³⁶ 1994 waren in der BRD noch 19 Kernkraftwerksblöcke mit einer installierten Bruttoleistung¹³⁷ von ca. 21.600 MWe in Betrieb¹³⁸ und die Zukunft der Kernenergie war ungewiss (Das Spektrum umfasste alles vom Ausstieg über die Option eines späteren Neubaus von KKW in der BRD). Die Bundestagswahl von 1994 bestätigte die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP, so dass ein kernenergiefreundlicher Kurs für die nächste Legislaturperiode gesichert war. Auch 1995 gab es Konsensgespräche über die Kernenergie zwischen den Regierungsparteien und der SPD, die aber wiederum scheiterten. Während die SPD sich auf Restlaufzeiten für die bestehenden KKW-Kapazitäten einigen wollte (und so vom Ausstieg innerhalb von 10 Jahren zurücktrat), wollte die

¹³⁵ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.415.

¹³⁶ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.415.

¹³⁷ Bei der Bruttoleistung eines Kraftwerks ist der Eigenverbrauch des Kraftwerks nicht abgezogen. Die Nettoleistung ergibt sich also aus Bruttoleistung abzüglich Eigenverbrauch. Beispielsweise hat das KKW Biblis, Block A, eine Bruttoleistung von 1.204 MWe und eine Nettoleistung von 1.145 MWe, was einen Unterschied von ca. 5% ausmacht (vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.60, 370).

¹³⁸ Vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.370, 414.

Regierungskoalition die Option zur Entwicklung neuer Kernkraftwerke offenhalten.¹³⁹

Eine neue Protestwelle gegen die Kernenergie fand durch die Castor-Transporte nach Gorleben starken Zulauf.¹⁴⁰ Nach dem Beschluss zur *Endlagerung* als gleichrangigem Entsorgungsweg neben der Wiederaufarbeitung 1994 fand erstmalig 1995 ein Transport in das *Zwischenlager* in Gorleben statt, welches schon 1983 in Betrieb genommen wurde. In dem Lager ist Platz für 420 Castor-Behälter, die dort bis zur Endlagerung¹⁴¹ 20 bis 30 Jahre abkühlen¹⁴² sollen. Der Betrieb des Zwischenlagers durch die Brennelementlager Gorleben GmbH wurde bis zum 31.12.2034 genehmigt, wobei der Betreiber der Halle von den AKW-Betreibern ca. 25.600 Euro pro Stellplatz¹⁴³ und Jahr erhält. Kritiker behaupteten, die Halle sei nicht sicher genug (z.B. gegen Flugzeugabstürze), woraufhin von Betreiberseite argumentiert wurde, die Halle sei nur ein „Wetterschutz“, der Schutz des hochradioaktiven Mülls sei durch die Castor-Behälter gesichert. Bei den 3 ersten Castor-Transporten zum Lager in Gorleben, die bis 1997 stattfanden, kamen bundesweit zur Sicherung zehntausende von Beamten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zum Einsatz, was enorme Kosten verursach-

¹³⁹ MICHAELIS/SALANDER 1995, S.805 f.

¹⁴⁰ Vgl. zu den Castor-Transporten: „Der Castor-Transport in Zahlen und Fakten“ (Artikel vom 25.3.2001, Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com/archiv/der-castor-transport-in-zahlen-und-fakten;399430>, Abruf vom 2.7.2009) und „Das Atommüll-Zwischenlager in Gorleben“ Artikel vom 4.10.2005, NDR, <http://www1.ndr.de/nachrichten/dossiers/atomkraft/hintergrund/castor6.html>, Abruf vom 2.7.09) sowie „Die bisherigen Castor-Transporte nach Gorleben“ (Artikel vom 4.10.2005, NDR, <http://www1.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/castor2.html>, Abruf vom 2.7.2009).

¹⁴¹ Es gibt bisher weder in Deutschland noch sonstwo ein Endlager.

¹⁴² Der hochradioaktive Atommüll ist bei der Einlagerung noch 400° C heiß, wobei er durch die wärmeintensiven Zerfallsprozesse während der Lagerungszeit nur auf in etwa 200° C abkühlt.

¹⁴³ Der Betrag ist unabhängig von der Nutzung des Stellplatzes fällig.

te.¹⁴⁴ Bis zu 10.000 Demonstranten versuchten die Zufahrten zum Gelände in Gorleben durch Sitzblockaden, quergestellte Traktoren, aufgebaute Barrieren u.ä. zu blockieren.

Bundespolitisch änderte sich die Energiepolitik grundlegend mit dem Machtwechsel nach der Bundestagswahl 1998, bei der die 16 Jahre lang bestehende Koalition aus CDU/CSU und FDP von der erstmals bundesweit in Regierungsverantwortung stehenden, rot-grünen Koalition aus SPD und Grünen abgelöst wurde. Für die Kernenergie bedeutete dies, dass nun 2 Parteien die Regierung bildeten, die sich beide für den Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen hatten. Neben dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), welches die Abnahmepreise für Strom aus neu erstellten Photovoltaik-, Wind- und Wasserkraft- sowie Geothermie- und Biomasse-Anlagen regelte, beschloss die neue Regierung, auch den Atomausstieg gesetzlich zu regeln. Nach gemeinsamen Gesprächen einigten sich die Bundesregierung und die Energieversorgungsunternehmen über die geordnete Beendigung der Atomenergienutzung, durch die der Neubau von kommerziellen KKW verboten wurde. Außerdem wurde je AKW ausgehend von einer befristeten Regellaufzeit von 32 Jahren seit Inbetriebnahme eine zu produzierende Reststrommenge auf den Stichtag 1.1.2000 errechnet. Nach Erzeugung dieser Reststrommenge erlischt die Betriebserlaubnis, wobei das Übertragen von Reststrommengen von älteren auf neuere

¹⁴⁴ Die Zahl der eingesetzten Beamten stieg dabei bei den ersten 3 Transporten von 15.000 (1995) über 19.000 (1996) auf 30.000 (1997). Nach Angaben der BI Lüchow-Dannenberg beliefen sich die Kosten dafür auf 13,5 Mio. Euro (1995), 23 Mio. Euro (1996) bzw. 55 Mio. Euro (1997). Sie zitieren dabei in einer Pressemitteilung die Zahlen, die vom niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann im April 2009 genannt wurden. Die Gesamtkosten für die Sicherung der 11 Castor-Transporte von 1995-1997, 2001-2006 und 2008 belaufen sich demnach auf 290,5 Mio. Euro (vgl. „Castortransporte“, Pressemitteilung der BI Lüchow-Dannenberg vom 26.5.2009, <http://www.castor.de/presse/biprmtlg/2009/quartal2/0526a.html>, Abruf vom 1.7.2009).

KKW und dazu eine Verteilung der Reststrommenge des bereits stillgelegten KKWs Mülheim-Kärlich erlaubt wurde. Der durch die Gespräche mit den Energieversorgungsunternehmen ausgemachte Kompromiss mündete in einer Novellierung des seit 1959 geltenden „Atomgesetzes“: Aus dem bisherigen *„Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren“* wurde das *„Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität“*, welches neben dem Bundestag auch den Bundesrat passierte. Aufgrund des Gesetzes wurden im November 2003 das KKW Stade (Betriebsbeginn: 1972, Bruttoleistung: 672 MWe) und im Mai 2005 das KKW Obrigheim (Betriebsbeginn: 1968, Bruttoleistung: 357 MWe) stillgelegt.¹⁴⁵ Für die restlichen 17 Kernkraftwerksblöcke ergeben sich (ausgehend von der 2007 erzeugten Nettostrommenge) die in der Abbildung dargestellten Laufzeiten¹⁴⁶:

¹⁴⁵ Vgl. für die Angaben dieses Absatzes die Artikel „Atomausstiegsgesetz nimmt letzte Hürde“ (Pressemitteilung des BMU vom 1.2.2002,

http://www.bmu.de/pressearchiv/14_legislaturperiode/pm/print/3478.php, Abruf vom 27.6.2009) sowie „Strommengenübertragung“ (Pressemitteilung des BMU vom 5.5.2009,

http://www.bmu.de/atomenergie_sicherheit/sicherheitsfragen_aufsicthtsverfahren/strommengenuebertragung/doc/42281.php, Abruf vom 27.6.2009).

¹⁴⁶ Das angenommene Stilllegungsjahr kann sich durch etwaige zwischenzeitliche Ruhezeiten oder durch Übertragung von Restlaufzeiten verschieben.

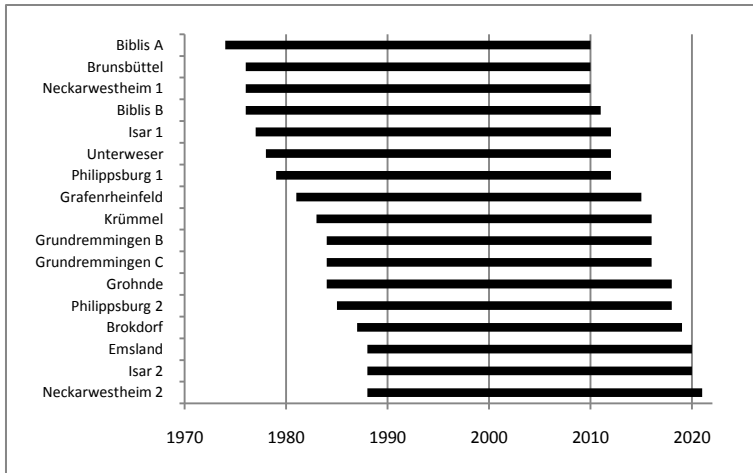


Abbildung 5: Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke (eigene Darstellung¹⁴⁷)

Da die Regierungskoalition bei der Bundestagswahl 2002 erneut die Mehrheit der Mandate auf sich vereinigen konnte, bildete der Ausstieg aus der Atomenergie kein neu zu verhandelndes Thema für die nächste Legislaturperiode. Erst die Niederlage bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 machte eine neue Regierungskoalition notwendig, diese schlossen die beiden großen Parteien, die sich in Bezug auf die Kernenergie in 2 verschiedenen Lagern befanden. Man einigte sich darauf, zumindest in dieser Legislaturperiode den Atomausstieg nicht infrage zu stellen, was in den Koalitionsvertrag mit aufgenommen wurde.¹⁴⁸

¹⁴⁷ Die Jahreszahlen stammen aus MICHAELIS/SALANDER 1995, S.360, sowie dem Artikel „Kernkraft – ja bitte?“ (SPIEGEL 28/2008, S.20 ff.).

¹⁴⁸ Siehe dazu „Bundesregierung hält an Atomausstieg fest – bis zur Wahl“ vom 6.8.2008 (<http://www.tagesschau.de/inland/kernenergie102.html>, Abruf vom 27.6.2009).

Für die Bundestagswahl am 27.9.2009 deutet sich jedoch eine Neuausrichtung der Atompolitik an. Abgesehen von dem offenen Wahlausgang forderte beispielsweise der bayrische Ministerpräsident Günther Beckstein, die Union müsse „die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke zur Bedingung einer künftigen Koalition im Bund machen“. ¹⁴⁹ Zum Neubau hieß es auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 2.12.2008 im Grundsatzpapier der CDU/CSU unter dem Titel „Die Schöpfung bewahren“: „Wir verstehen die *Kern-technologie als Brückentechnologie* und wollen daher keinen Neubau von Kernkraftwerken in Deutschland.“ ¹⁵⁰ Die offizielle Stellungnahme der CDU/CSU bleibt bei einer „*Verlängerung der Laufzeiten von sicheren Kernkraftwerken*“. ¹⁵¹ Von Seiten der SPD heißt es dagegen: „Die SPD war treibende Kraft hinter den Beschlüssen zum Atomausstieg. [...] Mit der SPD wird es nur eine Regierungsbildung geben können,

¹⁴⁹ Siehe dazu den Sternartikel vom 16.7.2008 „Beckstein macht Atompolitik zur Koalitionsfrage“ (<http://www.stern.de/politik/deutschland/:Bundestagswahl-2009-Beckstein-Atompolitik-Koalitionsfrage/631273.html>, Abruf vom 27.6.2009).

¹⁵⁰ Andererseits äußerten sich einige ranghohe Parteimitglieder sogar positiv zum Neubau von Atomkraftwerken. So sagte Ministerpräsident Günther Oettinger in seiner Rede beim CDU-Wirtschaftsrat am 16.6.2009 in Berlin: „Es müssen die Rahmenbedingungen für den Neubau von Kraftwerken verbessert werden, damit Kraftwerke in Deutschland gebaut werden: Egal ob für Wind oder Wasser, für Biomasse oder Sonne, für Kohle mit CCS oder für *Kernenergie der neuen Generation*.“ Ebenso äußerte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede bei der BDI-Jahrestagung am 15.6.2009: „Wenn ich sehe, wie viele Kernkraftwerke weltweit gebaut werden, wäre es jammerschade, wenn Deutschland aussteigen würde.“ Alle Zitate entstammen einer Zusammenstellung von Zitaten der CDU/CSU zur Atompolitik von Greenpeace (http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/atomkraft/090618_Atomzitate_CDU.pdf, Abruf vom 22.6.2009).

¹⁵¹ Zitat von Katharina Reiche, stellv. Vorsitzende CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

wenn der *Atomausstieg bleibt*.“¹⁵² Die FDP verbleibt bei der *Unverzichtbarkeit der Kernenergie*, solange erneuerbare Energien nicht ausreichend grundlastfähigen Strom erzeugen können.¹⁵³ Von Seiten der Grünen heißt es: „Wir wollen den *Atomausstieg wie vereinbart zu Ende bringen*. Die Atomenergie ist gefährlich und teuer ...“.¹⁵⁴ Die Linke äußert sich bezüglich des Ausstiegs sogar noch radikaler: „Die jetzige Regelung ist unzureichend. Wir sprechen uns für einen *schnellstmöglichen Ausstieg aus der gefährlichen und unbeherrschbaren Atomenergienutzung aus*.“¹⁵⁵

Die Atompolitik der Bundesrepublik Deutschland steht damit vor einer ungewissen Zukunft, schließen sich doch die Aussagen der beiden bisherigen Regierungspartner aus. Von der Beibehaltung der bisherigen Regelung über eine Verlängerung der Restlaufzeiten bis zur Option auf den Neubau von Kernkraftwerken scheint alles offen. Die folgende Abbildung zeigt den Verlauf der politischen Meinungsbildung zur zivilen Nutzung der Kernenergie über die letzten Jahrzehnte.

¹⁵² Zitat von Ulrich Kelber, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD, zuständig für Umwelt, Energie, Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit.

¹⁵³ Zitiert nach einer Aussage von Gudrun Kopp, Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion für Energiepolitik, und Welthandelsfragen Mitglied im Wirtschaftsausschuss sowie im Beirat der Bundesnetzagentur.

¹⁵⁴ Zitat von Bärbel Höhn, stellv. Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

¹⁵⁵ Zitat von Dr. Kirsten Tackmann, Mitglied des Fraktionsvorstands Die Linke und agrar- und frauenpolitische Sprecherin der Fraktion. Die Zitate von Frau Reiche, Herrn Kelber, Frau Kopp, Frau Höhn und Frau Tackmann entstammen einem Interview in der Zeitschrift „energiezukunft“, heft 6 (2009), S.10 f. unter der Überschrift: „Parteien im Interview: Vollversorgung durch Erneuerbare Energien politisch möglich?“. Die Frage dazu lautete: „Wie steht ihre Partei zu dem von der Vorgängerregierung beschlossenen Atomausstieg?“

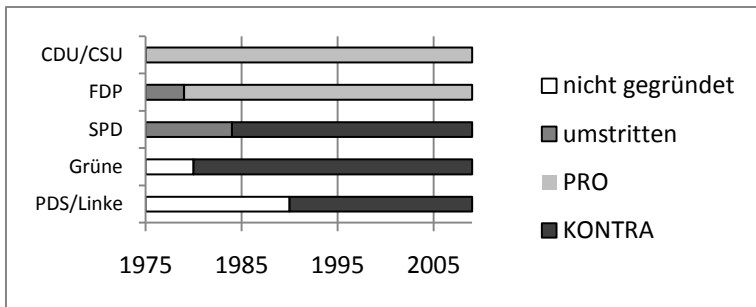


Abbildung 6: Haltung der Parteien zur Kernenergie-Nutzung (eigene Darstellung)

Nach einer Einführung in die zentralen Begriffe dieser Arbeit, *Risiko* und *Kernenergie*, und einer Darstellung des Verlaufs der *Kernenergiekontroverse in der Bundesrepublik Deutschland* folgt nun im Hauptteil der Arbeit die Analyse der *Betrachtung der Risiken der Kernenergie* in 3 ausgewählten Printmedien (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, *die tageszeitung*) über 3 Zeiträume (jeweils 7 Ausgaben in den untersuchten Jahren 1986, 1996 und 2006).

3. UNTERSUCHUNG

Nach den begrifflichen Klärungen in Kapitel 2 wird nun die Frage nach der gesellschaftlichen *Betrachtung der Risiken der Kernenergie* gestellt, wobei der Fokus auf der massenmedialen Betrachtung liegt, die als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit ausgemacht wurde.¹⁵⁶ Dafür wird die wiedergegebene Meinung in ausgewählten Massenmedien (hier: 3 bundesweit erscheinenden Printmedien) über 3 Zeiträume untersucht – ausgehend von dem Reaktorunfall in Tschernobyl sowie anschließend 10 bzw. 20 Jahre danach. In die Bewertung fließen neben der Anzahl der Artikel zum Thema im Untersuchungszeitraum sowie den dabei in den Artikeln gemachte Aussagen weitere Hinweise, wie Anzeigen, Demonstrationsaufrufe u.a. mit ein.

Einer Erklärung zur Auswahl von Zeiträumen und Printmedien folgt eine detaillierte Unfallbeschreibung der Katastrophe in Tschernobyl, bevor auf die Darstellung in den Printmedien eingegangen wird. Aufgrund des Umfangs der Berichterstattung liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem Jahr 1986, bei dem die Darstellung erst tageweise über alle Printmedien und danach zusammenfassend je Printmedium erfolgt. Für die Jahre 1996 und 2006 geschieht dies nur zusammenfassend je Printmedium. Dabei wird abschließend je Jahr und Zeitung ausgewertet, inwieweit die dargestellte Meinung mit einer bestimmten politischen Sichtweise korreliert. Bei den Jahren 1996 und 2006 wird erläutert, ob sich die Darstellung im Verhältnis zu vorangegangenen Untersuchungszeiträumen geändert hat.

¹⁵⁶ Siehe Abschnitt 2.1., insbesondere *Massenmedien*.

3.1. METHODE

Basierend auf den Fragen der Untersuchung und den einleitenden Begriffsklärungen bieten sich für die Untersuchung folgende Abgrenzungen an.

3.1.1. AUSWAHL DER ZEITRÄUME

Der Reaktorunfall von Tschernobyl am 26.4.1986 stellt den bisher prägnantesten Einschnitt in der Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie dar. Durch die Nachrichtensperre der UdSSR wurde das Unglück erst Tage später in der BRD bekannt. Die Berichterstattung über die und die Stimmung gegenüber der Kernenergie verschob sich stark hin zum Negativen.¹⁵⁷ Durch die starke Aufmerksamkeit, die die Nachricht von der Katastrophe in den Massenmedien und in der Öffentlichkeit hervorrief, bietet sich einen guten Ausgangspunkt für die Untersuchung. Die im Abstand von jeweils 10 Jahren folgenden Untersuchungszeiträume bieten durch den gleichbleibenden Abstand sowie den erneuten Bezug zur Katastrophe günstige Anknüpfungspunkte für die Untersuchung.

1986

Um dem Bekanntwerden der Katastrophe (erst am Abend des 28.4.1986 vermeldete die TASS eine „Havarie“ im KKW Tschernobyl¹⁵⁸) gerecht zu werden, beginnt der erste Untersuchungszeitraum mit der darauffolgenden Ausgabe vom 29.4.1986. Er umfasst zusätzlich 6 weitere Ausgaben, wobei die Tage 1.5.1986 (Feiertag) und 4.5.1986 (Sonntag) die

¹⁵⁷ Vgl. KEPLINGER 1989, S.187 ff.

¹⁵⁸ Siehe die dazugehörige Berichterstattung (z.B. FAZ, 29.4.86, S.1, „Moskau bestätigt Unglück in Atomkraftwerk“).

sonst kontinuierliche Abfolge unterbrechen, so dass die Ausgabe vom 7.5.1986 die letzte untersuchte Ausgabe des betrachteten Zeitraums 1986 darstellt.

1996

Um auf die gleiche Anzahl an untersuchten Ausgaben zu kommen, wurden neben dem Jahrestag der Katastrophe (26.4.1996) die 3 davorliegenden und die 3 nachfolgenden miteinbezogen, wobei der 28.4.1996 ein Sonntag war, so dass der Untersuchungszeitraum für die 7 Ausgaben vom 23.4.1996 bis zum 30.4.1996 reicht.

2006

Auch hier wurden der Jahrestag des Reaktorunfalls (26.4.2006) sowie 3 davorliegende und 3 nachfolgende Ausgaben (ohne Sonntag, den 23.4.2006) untersucht, so dass der Untersuchungszeitraum vom 22.4.2006 bis zum 29.4.2006 reicht.

3.1.2. AUSWAHL DER MASSEN MEDIEN

Nach der Festlegung der Fragestellung und der zu betrachtenden Zeiträume sind weitere methodische Vorgehensweisen festzulegen. Dem im Abschnitt 2.1. dargestellten Risikokommunikationsprozess folgend, wird zunächst der Fokus auf die Schnittstelle Massenmedien/Öffentlichkeit gelegt. Wie dort dargelegt bilden die Massenmedien einen wichtigen Faktor bei der Risikobetrachtung durch die Öffentlichkeit. Der Bereich Massenmedien wird durch die Festlegung auf den Bereich *Printmedien* genauer eingegrenzt: Printmedien stellen in allen drei betrachteten Zeiträumen einen wichtigen Zweig der Massenmedien dar und bieten durch ihre gute Verfügbarkeit in Archiven und Bibliotheken einen günstigen

Untersuchungsgegenstand. Sowohl das Internet (in Bezug auf alle drei Zeiträume), als auch Funk- und Fernsehsendungen (in Bezug auf die gute Verfügbarkeit) können diese Vorteile bei gleichzeitiger Bedeutsamkeit für die Fragestellung nicht aufweisen. Um den Bereich Printmedien möglichst repräsentativ abzubilden, was das politische Spektrum und die Bedeutsamkeit in der Medienlandschaft bundesweit angeht, beschränkt sich die Betrachtung auf folgende drei täglich erscheinende Zeitungen: Die liberal-konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die mittige *Süddeutsche Zeitung* und die links-alternative *tageszeitung*. Während die FAZ und die SZ neben den täglich erscheinenden Zeitungen *die Welt* und *Frankfurter Rundschau* zu den auflagestärksten überregionalen Qualitätszeitungen gehören, ist die TAZ durch ihre besondere Entstehungsgeschichte und ihre dadurch alternative Stellung als Untersuchungsgegenstand interessant.

Frankfurter Allgemeine Zeitung¹⁵⁹

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) erschien zum ersten Mal am 1.11.1949. Um die redaktionelle und unternehmerische Unabhängigkeit der Zeitung zu sichern, wurde 1959 die damalige Mehrheitsgesellschafterin, die Allgemeine Verlagsgesellschaft mbH, in die FAZIT-STIFTUNG Gemeinnützige Verlagsgesellschaft mbH umgewandelt. Nicht ein einzelner Chefredakteur, sondern ein Gremium von 5 Herausgebern bestimmt die Linie der Zeitung unter dem Motto „Zeitung für Deutschland“. Die FAZ wird täglich in rund 140 Länder der Welt geliefert, so dass sie die deutsche Qualitätszeitung mit der höchsten Auslandsverbreitung ist. Laut AWA 2007¹⁶⁰ hat die FAZ täglich 951.000 Leser. Laut IVW¹⁶¹ wur-

¹⁵⁹ Die Daten der FAZ stammen – bis auf die Zahl vom IVW – von der eigenen Internetseite bzw. der Unterseite der FAZIT-Stiftung unter: <http://www.faz.net/> (Abruf vom 28.6.2009).

¹⁶⁰ AWA steht für *Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse*.

¹⁶¹ IVW steht für *Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V.* (Alle folgenden Daten des IVW

den im I. Quartal 2009 täglich (Montag – Samstag) durchschnittlich 369.051 Exemplare verkauft.

Süddeutsche Zeitung¹⁶²

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) erschien zum ersten Mal am 6.10.1945. Sie gehört zum Süddeutschen Verlag, den inzwischen mehrheitlich (81,25%) die Südwestdeutsche Medienholding GmbH (SWMH) hält. Weiterer Anteilseigner ist die Familie Friedmann. Die SZ entstand als Nachkriegszeitung, wofür sie von den Alliierten eine Lizenz benötigte, die als Bedingungen neben dem journalistischen Fachwissen eine unbelastete Vergangenheit stellte. Das journalistische Konzept der SZ wurde vom ersten Chefredakteur und Mit-Lizenzverleger Werner Friedmann auf mit den Worten Liberalität und Demokratie festgelegt, wobei die Zeitung „frei von Schönfärberei und Propaganda-Schlagworten“ sein sollte.¹⁶³ Die Zeitung erreichte laut AWA 2008 täglich durchschnittlich 1,26 Mio. Leser, wonach sie laut eigener Aussage die bedeutendste unter den überregionalen Qualitäts-Tageszeitungen ist.¹⁶⁴ Laut IVW wurden im I. Quartal 2009 täglich (Montag – Samstag) durchschnittlich 444.983 Exemplare verkauft.

stammen von deren Internetseite: <http://daten.ivw.eu/>, Abruf vom 28.6.2009).

¹⁶² Die Daten der SZ stammen – bis auf die Zahl vom IVW – von der eigenen Internetseite unter: <http://www.sueddeutsche.de/> bzw. der Unterseite des Süddeutschen Verlags unter: <http://www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/portrait/> (Abrufe vom 28.6.2009).

¹⁶³ Siehe dazu den Artikel über die Süddeutsche Zeitung von Herrn Prof. Dr. Johannes Ludwig von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (http://www.anstageslicht.de/index.php?UP_ID=1&STAND_ID=11 , Abruf vom 28.6.2009).

¹⁶⁴ Siehe dazu <http://mediadaten.sueddeutsche.de/home/> , Abruf vom 28.6.2009.

die tageszeitung¹⁶⁵

Die *tageszeitung* (TAZ) entstand unter dem Eindruck der Nachrichtensperre von 1977 auf das Bemühen einer Hand voll junger Leute hin und agiert unter dem Motto „Für publizistische Unabhängigkeit – gegen Medienkonzentration und Meinungsmonopole“. 1978 nimmt das Projekt Tageszeitung auf dem Tunix-Kongress der TU Berlin konkrete Formen an. 7.000 Vorausabos der „Freunde der alternativen Tageszeitung“ ermöglichen 1979 den Start. Von Beginn an ergreift die TAZ in Bezug auf die Kernenergie Partei: So wurde schon 1979 „gegen den Atomstaat mobilisiert“ und ein Protestmarsch gegen das geplante Atommüll-Endlager im Wendland unterstützt. Seit 1992 ist die TAZ als Genossenschaft mit inzwischen über 7.000 Genossen organisiert, um weiterhin unabhängig in der Medienlandschaft agieren zu können. Alle untersuchten Ausgaben der TAZ beziehen den Berliner Redaktionsteil („taz berlin“) mit ein. Die TAZ erscheint seit dem 17.4.1979 täglich und hat laut „MA“¹⁶⁶ 2006 Tageszeitungsdatensatz eine Reichweite von 202.000 Lesern pro Ausgabe. Laut IVW wurden im I. Quartal 2009 täglich (Montag – Samstag) durchschnittlich 56.076 Exemplare verkauft.

3.2. DIE KATASTROPHE VON TSCHERNOBYL (1986)

Die Untersuchung zum Reaktorunfall von Tschernobyl soll aufgrund der Bedeutung und der Größe des Ereignisses dazu dienen, einen Bezugspunkt zu setzen, von dem aus auf die anderen Untersuchungszeiträume eingegangen werden kann. Nach Tschernobyl war nichts mehr wie vorher, die

¹⁶⁵ Alle Angaben stammen aus dem Genossenschaftswerbeheft „die tageszeitung – Die Zeitung. Die Genossenschaft. Das Projekt.“, 2. Auflage, Stand Juni 2007.

¹⁶⁶ MA steht dabei für die Erhebung der *Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse e.V.* (ag.MA).

zivile Nutzung der Kernenergie hatte endgültig ihre Unschuld verloren.¹⁶⁷

„Der umweltfeindlichste Faktor bei einem Kernkraftwerk ist sicher der Parkplatz für die Mitarbeiter-Autos.“

(„FÜR UNS“, Hrsg.: Hamburgische Electricitäts-Werke AG, 1973, S.33)¹⁶⁸

So ein Satz wie der oben zitierte war nun nicht mehr denkbar. Das betrachtete Ereignis ist nicht mehr nur *das Risiko* oder *die Gefahr*, sondern *der Eintritt einer Katastrophe*, der bis heute bedeutsamsten Katastrophe in der Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie. Dies wirkt sich auch auf die Haltung zur Kernenergie aus, denn die bis dahin meist latent wahrgenommene Gefährdung¹⁶⁹ durch nukleare Anlagen wurde auf einmal in der gesamten BRD zu einem realen Bestandteil des eigenen Lebens (anders als für die Bevölkerung in AKW-Nähe – dort war das auch bedingt schon vorher der Fall – und auch anders als beim bis dahin wohl größten Unfall, der Kernschmelze im AKW Three Mile Island 2 bei Harrisburg in den USA 1979 – dessen Auswirkungen waren lokal begrenzt).

Durch die Auswahl von 3 Zeiträumen sowie 3 Printmedien lassen sich die hier gewonnenen Erkenntnisse nicht nur zum Vergleich *zwischen den Zeiträumen*, sondern auch zum Vergleich *zwischen den Printmedien* heranziehen, um z. B. auf

¹⁶⁷ Mit *verlorener Unschuld* ist gemeint, dass nicht mehr ernsthaft eine allgemeine Behauptung aufgestellt werden konnte, wie „Kernkraft ist sicher!“ Auch wenn die Sicherheit der Kernenergie von KKW-Betreibern in Anzeigen stets betont wurde, so ging dies nicht mehr ohne den Hinweis auf die nationalen hohen Sicherheitsstandards – die internationale Allgemeingültigkeit der Aussage war verloren.

¹⁶⁸ Zitiert aus: STROHM 1977, S.1.

¹⁶⁹ Gefährdung hieß bis dahin eher Gefährdung durch den Normalbetrieb als durch einen zu erwartenden Unfall.

politische Zusammenhänge bei den dargestellten Meinungen zu schließen. Bevor auf die Artikel der 3 Printmedien im Untersuchungszeitraum eingegangen wird, findet zunächst eine Beschreibung des Ereignisses statt, um es unabhängig von der Beschreibung in den Artikeln einordnen zu können. Aufgrund des Umfangs der Berichterstattung wird abweichend von den anderen Untersuchungszeiträumen zuerst die Berichterstattung tageweise dargestellt, bevor anschließend noch einmal – wie auch anschließend in den folgenden Untersuchungszeiträumen 1996 und 2006 – die Berichterstattung je Tageszeitung zusammengefasst und dann ausgewertet wird.

3.2.1. DAS EREIGNIS

Der bisher schwerste und folgenreichste Unfall in einer kerntechnischen Anlage ist der im Reaktorblock 4 des ukrainischen Kernkraftwerks Tschernobyl, der sich in der Nacht vom Freitag, dem 25., auf Samstag, den 26. April 1986 ereignete¹⁷⁰. Bei den Reaktoren in Tschernobyl handelt es sich um graphitmoderierte Druckröhren-Reaktoren mit Siedewasserkühlung, die in den 1950er Jahren in der UdSSR – ursprünglich für die Plutoniumproduktion – entwickelt wurden. Sie haben eine Leistung von 1.000 MWe (entsprechend 3.200 MWth) und weisen durch ihre sehr einfache Bauweise gewisse Vorteile (z. B. ist der Brennstoffwechsel während des Betriebes möglich), als auch gravierende Nachteile auf (bei vielen Störfällen kommt es zu einem Anstieg der nuklearen Leistung, es gibt keinen gasdichten Sicherheitsbehälter

¹⁷⁰ Soweit nicht anders angegeben, ist die hier zusammengefasste Beschreibung der Ereignisse des Unglücks von Tschernobyl angelehnt an die Darstellung im „Handbuch der Kernenergie“ (MICHAELIS/SALANDER 1995, S. 631 ff.), der die auf einem Expertentreffen (25. bis 29. August 1986 in Wien) seitens der UdSSR offengelegten Informationen im Hinblick auf Ursachen, Hintergründe, Folgen und getroffene Maßnahmen zugrunde liegen. Gerade um die Darstellung in den Printmedien zu untersuchen, bietet es sich an, einführend auf diese „objektivere“ Darstellung zurückzugreifen.

u. a.). Ihr Aufbau wäre nach bundesdeutschen Maßstäben nicht genehmigungsfähig¹⁷¹.

Der Vorlauf

Um zu testen, inwiefern das Turbinen/Generator-System und seine Rotationsenergie genutzt werden könnten, um die Pumpe eines Notkühlsystems bis zum Anlauf der Diesel-Generatoren zu betreiben, wurde in einem ersten Schritt die Leistung des 1984 fertiggestellten letzten Blocks auf 50% der thermischen Nennleistung (3.200 MWth) heruntergefahren und eine von zwei Turbinen abgeschaltet. Ein ähnlicher Test im Reaktorblock 3 im Vorjahr wurde aufgrund des zu starken Spannungsabfalls am Generator abgebrochen und sollte nun im Block 4 mit verbessertem Spannungsregler wiederholt werden. Das Notkühlsystem wurde separiert, um ein eventuelles Einspeisen von Wasser beim Anspringen eines Signals zu vermeiden, was vermutlich keinen Einfluss auf den Unfallablauf hatte. Der Reaktor wurde bei halber Leistung gehalten, um aus Kiew angefordertem Bedarf gerecht zu werden, ohne das Notkühlsystem wieder zuzuschalten. Noch im weiteren Ablauf wurden weiterhin Abschaltsignale überbrückt (u.a. das Abschaltsignal wegen Nichtvorhandensein beider Turbinen sowie das für Wasserspiegel und das für Druck). Die Leistung des Reaktors sollte zwischen 700 und 1.000 MWth eingependelt werden, fiel aber aus unerklärten Gründen viel stärker als erwünscht ab (auf unter 30 MWth), dem Operateur gelang aber eine Leistungssteigerung auf 200 MWth – in diesem (geringen) Leistungsbereich hätte der Reaktor nicht betrieben werden dürfen. Druck und Wasserspiegel in den Dampfseparatoren schwankten heftig. Die Regelung der Speisewasserzufuhr erwies sich als sehr schwierig, da das Regelsystem nicht für diese kleinen Durch-

¹⁷¹ Zu der Beschreibung der Reaktoren siehe MICHAELIS/SALANDER, S. 74 ff.

sätze ausgelegt war.¹⁷² Ein durch geringen Durchsatz bei wärmer werdendem Wasser am Kerneintritt verursachter Leistungsanstieg konnte durch das Regelsystem nicht verhindert werden. Ein darauf durch den Schichtleiter befohlenes Schnellabschalten des Reaktors konnte den folgenden starken Leistungsanstieg innerhalb von Sekunden mit zwei schnell aufeinander folgenden Explosionen nicht mehr verhindern.

Die Explosionen und der Brand

Die Explosionen schleuderten Material aus der Anlage in Höhen von bis zu 1.500 m. Der entstandene Schaden hatte gravierende Folgen für den weiteren Unfallverlauf: Kernreaktor, Leitungen und das Gebäude wurden stark beschädigt, ca. 3-4 % des Brennstoffs wurden (teilweise mehr als 20 km weit) ausgeworfen. Kurz nach dem Unfall gelang zwar der Betriebsmannschaft eine Zuspeisung von ca. 200-300 Tonnen Wasser pro Stunde, dies geschah allerdings nicht geordnet, da große Teile der Leitungen zerstört waren. Am ersten Tag war nur aufsteigender weißer Rauch (also Dampf) aus dem Kernbereich zu beobachten. Das Nichtvorhanden sein von Erfahrungen mit derartigen Unfällen zwang die Experten vor Ort, zu entscheiden, welche weiteren Maßnahmen zum Schutz von Mannschaft und Umwelt getroffen werden mussten. Die Einspeisung von Wasser wurde nach 10 Stunden abgestellt, da sich praktisch keine Kühlung feststellen ließ, aber kontaminiertes Wasser aus der Anlage floss. Der sich nach der Explosion einstellende Graphitbrand führte zu einer zehn Tage dauernden Freisetzung von Radionukliden, so dass sich in den 9 Tagen nach dem Unglück noch ungefähr dreimal soviel Radioaktivität wie am Unfalltag freisetzte. Der Brand führte durch den dadurch erzeugten Sog zu einer

¹⁷² Vielleicht ist das gut zu vergleichen mit einem Auto, welches bei niedrigerer Geschwindigkeit in einem viel zu hohen Gang fährt, woraufhin der Motor zu stottern beginnt. Das Regelsystem hatte sozusagen „keinen kleinen Gang“.

Freisetzungshöhe von mehreren 100 Metern. Zur Bekämpfung des Brandes wurden über dem Reaktorkern mit über 30 Militär-Hubschraubern 40 t Bor, 800 t Dolomit, 1.800 t Sand und Kies sowie 2.400 t Blei abgeworfen. Bor, das Neutronen einfängt, sollte weitere Reaktionen eindämmen, Dolomit sollte Energie absorbieren, Sand und Kies dienten zur Filtrierung und Abdeckung, während das Blei ebenfalls zur Abdeckung, Absorption und Abschirmung von Strahlen dienen sollte. Des Weiteren wurde unter die Anlage gasförmiger Stickstoff eingeblasen und es wurde mit dem Bau eines Tunnels unter den Reaktorkern begonnen, um dort eine Betonplatte zu platzieren, die das Einfressen der Kernschmelze bis in den Grund und damit den Grundwasserspiegel verhindern sollte.

Die Ursachen und die Folgen

Menschliches Versagen, Unkenntnis, aber auch die spezielle Reaktorbauweise werden als Unglücksursachen angegeben. Die Betriebsmannschaft stand aufgrund des bevorstehenden Tests unter besonderem Druck, zumal der Test im Vorjahr fehlgeschlagen war und der Reaktor diesmal im Betrieb bleiben sollte. Im Vergleich zu Reaktoren westlicher Bauweise fehlten einige Sicherheitsvorrichtungen bzw. waren nicht redundant vorhanden, was nach Meinung westlicher Experten zu einem unzureichenden Sicherheitsniveau führte¹⁷³. Berücksichtigt man die Auslegung deutscher Leichtwasserreaktoren, die Sicherheitsvorkehrungen und den physikalischen Ablauf einer postulierten deutschen Kernschmelze, so wird ein derartiges Unglück-Szenario in Deutschland ausgeschlossen¹⁷⁴ – was natürlich keine Aussage über mögliche andere Unfallursachen beinhaltet, schließlich kam es auch schon 1979 in einem KKW der westlichen Welt (in den USA

¹⁷³ MICHAELIS/SALANDER 1995, S. 77, 636.

¹⁷⁴ ebd., S. 643 ff.

im KKW Three Mile Island 2 bei Harrisburg) zu einem Kernschmelz-Unfall¹⁷⁵, dort ohne (offizielle) Tote oder Verletzte.

Die Opferzahlen – gerade auf lange Sicht – sind für so eine Katastrophe, wie sie sich in Tschernobyl ereignet hat, schwer abschätzbar. Für die Zeit bis Ende Juli 1986 wird von 29 „Frühtoten“ ausgegangen, ungefähr 300 Personen wurden aufgrund von Strahlenschäden und Verbrennungen in Hospitäler gebracht und 135.000 Personen wurden nach der Katastrophe evakuiert. Für die Jahrzehnte nach der Katastrophe wurden die verschiedensten Opferzahlen genannt, die von mehreren 1.000 bis hin zu mehreren 100.000 Toten reichen.¹⁷⁶

Allein schon die von der radioaktiven Verseuchung am stärksten betroffene Bevölkerung Weißrusslands und der Ukraine sowie die immens hohe Zahl von 600-800.000 Helfern (sog. „Liquidatoren“), von denen ein Großteil mittleren bis hohen Strahlendosen ausgesetzt war, machen auch aufgrund der teilweise erst Jahrzehnte später ausbrechenden Krebserkrankungen eine durch die Katastrophe verursachte Anzahl an Todesopfern im hohen fünfstelligen Bereich wahrscheinlich. Darüber hinaus lassen sich für die Millionen von Menschen, die in Europa einer aus dem Unglück resultierenden Niedrigstrahlung ausgesetzt waren, keine Angaben zu den Folgen ableiten – dazu sind die Auswirkungen von Niedrigstrahlungen zu wenig erforscht. Die Katastrophe hinterlässt aber neben vielen Toten auch eine Vielzahl von gesundheitlich und wirtschaftlich geschädigten Menschen sowie immer noch auf unabsehbar lange Zeit verseuchte, unbewohnbare Gebiete. Ein Versuch des Vergleichs der Todeszahl

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 626 ff.

¹⁷⁶ Vgl. dazu z.B. CAUFIELD 1994, S.319 f., BRÜGGEMEIER 1998, S.19 ff., MICHAELIS/SALANDER 195, S.642 f.

der Reaktorkatastrophe mit anderen Todesursachen¹⁷⁷ erscheint deswegen unsachlich und respektlos gegenüber den immer noch unter den Folgen leidenden Überlebenden.

3.2.2. DIE DARSTELLUNG IN DEN AUSGEWÄHLTEN MASSENMEDIENTEN

Allein dadurch, dass die UdSSR das Unfallereignis zunächst geheim hielt (und dies zu Zeiten des „Eisernen Vorhangs“ auch noch konnte), ist in den deutschen Zeitungen noch Tage nach dem Beginn der Katastrophe nichts zu lesen. Dementsprechend beginnt der Untersuchungszeitraum (7 Ausgaben) erst am Dienstag, dem 29.4.1986.

„Das schwedische AKW Forsmark ist am Montag geräumt worden, weil außerhalb des Kraftwerks in einem Umkreis von 4 Kilometern radioaktive Strahlung gemessen wurde.“

(TAZ vom 29.4.1986, S.1, „Schwedisches AKW strahlt“)

Diese erste Beschreibung in der TAZ vom **29.4.1986** verdeutlicht das Problem der mangelhaften Informationspolitik der UdSSR zu diesem Zeitpunkt: Schwedische AKW-Mitarbeiter schlossen noch am 28.4.1986 aufgrund der erhöhten Radioaktivität auf einen Störfall im eigenen Kraftwerk. Die Meldungen der FAZ und der SZ vom gleichen Tag lassen allerdings auf einen späteren Redaktionsschluss schließen: Beide berichten schon von einer TASS¹⁷⁸-Meldung, die von einem Unfall mit „Beschädigung eines Reaktors“, der „Einleitung von Maßnahmen zur Beseitigung der

¹⁷⁷ Z.B. mit der Zahl der jährlich in China verunglückten Bergleute (ca. 6.000), wie z.B. im Leserbrief von Dr. Ludwig Lindner (FAZ, 28.4.06, S.38, „Horror Geschichten über Kernkraftwerke“).

¹⁷⁸ Die Meldung der TASS (sowjetische Nachrichtenagentur) wurde um 21:02 Uhr Ortszeit im sowjetischen Fernsehen verlesen (FAZ, 29.4.86, S.1, „Moskau bestätigt Unglück in Atomkraftwerk“).

Folgen“ und „Gewährung von Hilfe für Betroffene“ spricht¹⁷⁹. Die FAZ spricht von einer dem Unglück verliehenen „gleichsam alarmierende[n] Dramatik“ im Zusammenhang mit den dabei zu Schaden gekommenen Menschen.

Am darauffolgenden Tag (**30.4.1986**) sind die Titelseiten aller 3 Zeitungen voll zum Thema Reaktorunglück und ersten Mutmaßungen.¹⁸⁰ Die UdSSR spricht von 2 Toten – diese Zahl wird sie die kommende Woche beibehalten. Die Kritik an der Informationspolitik sowie den Sicherheitsstandards in der UdSSR ist groß. Zynisch wirkt da das Zitat des Vorsitzenden des Staatskomitees für die Nutzung von Atomenergie, Adranik Petrosjanz, noch vor dem Unfall:

„Die Wahrscheinlichkeit eines Unglücks in einem Kernkraftwerk entspricht einer Größenordnung von eins zu einer Million im Jahr.“

(SZ vom 30.4.1986, S.3, „Nichtssagendes, das Schlimmes ahnen läßt“)

Im Gegensatz zum Vortag kommen Ansichten über die Nutzung der Kernenergie in Berichten über die *Aussagen von Parteien, Interviews* und *eigenen Kommentaren* zum Ausdruck, wobei sich deutliche Unterschiede feststellen lassen. Vor allem die CDU und die Grünen, aber auch die SPD stellen ihre Meinung dar: Während die CDU den Unterschied zwischen deutschen und sowjetischen KKW betont¹⁸¹, for-

¹⁷⁹ FAZ, 29.4.86, S.1, „Moskau bestätigt Unglück in Atomkraftwerk“ sowie SZ, 29.4.86, S.1, „Moskau: Unfall in Kernkraftwerk nördlich von Kiew“.

¹⁸⁰ FAZ, „Atomfeuer in der Ukraine – Moskau ruft um Hilfe“; SZ, „Atomreaktor offenbar durchgeschmolzen/ Moskau bittet im Ausland um Rat“; TAZ, „Reaktorkatastrophe in der UdSSR/ Zehntausende evakuiert“; alle 30.4.86, S.1.

¹⁸¹ Vgl. SZ, 30.4.86, S.1, „Bonn: Bevölkerung nicht gefährdet“: „Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) versicherten [...], ein ähnlicher Unfall in einem Kernkraftwerk in der Bundesrepublik sei

dern die Grünen vehement den Ausstieg aus der Kernenergie¹⁸². Die Aussagen der SPD stehen dazwischen: Kein sofortiger Ausstieg, aber auch kein weiterer Ausbau, schon gar nicht in die Plutonium-Wirtschaft¹⁸³ (gemeint ist die „Schnelle Brüter“-Technologie sowie die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff für diese, vgl. Abschnitt 2.2.). Daneben zitiert die FAZ das DATF, den Verband der Atomindustrie, wie folgt¹⁸⁴: „Einen Ablauf des Störfalles, wie er sich in der Sowjetunion ereignet habe, könne man sich in der Bundesrepublik nicht vorstellen.“ Die TAZ dagegen druckt ein Interview mit dem Bremer Atomphysiker Jens Scheer ab¹⁸⁵, in dem er mit den folgenden Worten zitiert wird: „... man muß hier in der BRD ganz entschieden dem Riesenhuber-Mythos entgegenreten. Wir müssen klar machen, daß man sich mit ein

wegen des unterschiedlichen Sicherheitskonzepts ausgeschlossen.“, bis hin zu der Forderung des forschungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christian Lenzer: „... Alle sowjetischen Kernkraftwerke müssen sofort abgeschaltet und von einer internationalen Expertenkommission auf ihre Sicherheit überprüft werden.“, (TAZ, 30.4.86, S.2, „CDU fordert: AKWs in UdSSR abschalten“).

¹⁸² Vgl. FAZ, 30.4.86, S.2, „Die Grünen forderten [...] die Stilllegung aller Atomkraftwerke in der BRD.“; „... forderten die Grünen die Stilllegung aller Atomkraftwerke in der Bundesrepublik ...“ (SZ, 30.4.86, S.1, „Bonn: Bevölkerung nicht gefährdet“); „Durch den Unfall sehen sich die Grünen in ihrer Meinung bestätigt, ein *Risiko der Kernenergienutzung* nicht einzugehen. Alle Atomkraftwerke müssten stillgelegt werden.“ (FAZ, 30.4.86, S.3, „Bonn vermißt sofortige Meldung des Reaktor-Unfalls“).

¹⁸³ Vgl. FAZ, 30.4.86, S.3, „Bonn vermißt sofortige Meldung des Reaktor-Unfalls“: „Für die SPD hat Kanzlerkandidat Rau [...] angekündigt, daß er im Falle eines Regierungswechsels alles daran setzen werde, Voraussetzungen für einen Verzicht auf Kernenergie zu schaffen. [...] Auf jeden Fall werde sich seine Partei gegen den Einstieg in die [...] Plutoniumwirtschaft über die Wiederaufarbeitung wehren.“, aber ebd.: „Zum Reaktorunfall sagte der nordrhein-westfälische Wirtschafts- und Energieminister Jochimsen (SPD), es sei noch zu früh, alle Ursachen und Folgen dieses Vorgangs richtig einzuschätzen.“

¹⁸⁴ FAZ, 30.4.86, S.3, „Bonn vermißt sofortige Meldung des Reaktor-Unfalls“.

¹⁸⁵ TAZ, 30.4.86, S.3, „Bundesdeutsche AKW´s nicht weniger anfällig“.

bißchen Phantasie *so einen Unfall auch hier vorstellen kann*, und daraus das Argument schmieden für die *sofortige Stilllegung aller Anlagen*.“ Die SZ druckt ein Interview¹⁸⁶ mit Prof. Birkhofer, dem Direktor des Instituts für Reaktorsicherheit an der TU München, ab, in dem aber nicht die Frage nach der Möglichkeit eines ähnlichen Unfalls in der BRD gestellt wird, sondern nur auf Unterschiede zwischen bundesdeutschen und sowjetischen Reaktoren (z.B. Fehlen eines Sicherheitsbehälters) eingegangen wird. Im Wirtschaftsteil von SZ und FAZ¹⁸⁷ kommen die Kernkraftwerksbetreiber zu Wort: So wird der Vorstand der Münchner Bayernwerk AG dahingehend zitiert, dass durch den konsequenten Ausbau der Kernenergie Bayern mit Strom zu günstigen Preisen bei zeitgleicher Absenkung der Schadstoffbelastung der Luft versorgt werden könne. Des Weiteren wird der Unterschied der Anlagen- und Sicherheitstechnik zwischen russischen und in Deutschland betriebenen KKW betont (soweit in der SZ). Die Preußen Elektra AG betont in der FAZ ebenfalls den hohen Sicherheitsstandard ihrer KKW, so dass sich eine Überprüfung erübrige. Zumindest teilweise kritisch wirkt ein Bericht in der SZ¹⁸⁸, in dem die Fachpresse der Atomindustrie, die „Atomwirtschaft“ im Dezember-Heft 1983, zitiert wird, in der der Tschernobyl-Reaktor als sehr zuverlässig beschrieben wird.

In den Kommentaren der Zeitungen vertreten Experten ihre Ansicht zu der Lage der Dinge – ihre Meinung –, wobei davon ausgegangen werden kann, dass ein Zeitungskommentar damit auch die von der Zeitung vertretene Meinung zum Vorschein bringt. So verwundert es nicht, dass die FAZ in

¹⁸⁶ SZ, 30.4.86, S.8 f., „Die Russen geben keine Information“.

¹⁸⁷ SZ, 30.4.86, S.38, „Bayernwerk schwört auf die Kernenergie“ bzw. FAZ, 30.4.86, S.16, „Preußen Elektra: Deutsche Kernkraftwerke sind sicher“.

¹⁸⁸ SZ, 30.4.86, S.8, „Im Prinzip war RBMK 1000 ein zuverlässiges System“.

ihrem Kommentar vom 30.4.1986¹⁸⁹ neben der offenen Frage der Schäden und der Opferzahlen vor allem die Betonung auf das verantwortungslose Verhalten der Sowjetunion setzt¹⁹⁰ und ihm das vorbildliche westliche Verhalten entgegenstellt¹⁹¹. Ähnlich pro-westlich versteht sich der Kommentar der SZ vom gleichen Tag¹⁹²: Hier wird nach der „Andersartigkeit“ der sowjetischen Leistungsreaktoren im Vergleich zu ihren westlichen Pendanten gefragt und die Antwort gleich mitgegeben.¹⁹³ Dazu wird die politische Situation in der UdSSR als zumindest nicht sicherheitsfördernd dargestellt.¹⁹⁴ Im Kommentar der TAZ¹⁹⁵ wird neben dem Hinweis auf die wahrscheinlich „... Hunderte, wenn nicht Tausende ...“ von Todesopfern dem Verweis auf die (vorhandene) technische Überlegenheit des Westens im Hinblick auf die Möglichkeit eines solchen Unfalls auch im Westen eine Absage er-

¹⁸⁹ FAZ, 30.4.86, S.1, „Tschernobyl“.

¹⁹⁰ Vgl. FAZ, 30.4.86, S.1, „Daß sich das nun wohl folgenswerste Unglück der Kerntechnik gerade in der Sowjetunion ereignet hat, darf eigentlich niemanden überraschen.“ sowie „Diese *kein Risiko scheuende Haltung* entspricht der Rücksichtslosigkeit, mit der die Sowjetunion und das gesamte sowjetische Lager die Natur mißhandeln.“

¹⁹¹ Vgl. FAZ, 30.4.86, S.1, „Weil es an Erfahrungen fehlte, waren die *Sicherheitsanforderungen* im Westen von *vornherein hoch*.“

¹⁹² SZ, 30.4.86, S.4, „GAU in Tschernobyl“.

¹⁹³ Vgl. SZ, 30.4.86, S.4, „Es stellt sich die Frage: Sind, obwohl sie den gleichen physikalischen Gesetzen gehorchen, sowjetische Leistungs-Reaktoren *anders* als die im Westen? Die Antwort lautet: *Ja, leider*.“ An dieser Stelle darf betont werden, dass zwar mithin alles auf der Welt den gleichen physikalischen Gesetzen gehorcht, gerade aber beim in Tschernobyl eingesetzten Reaktortyp RBMK-1000 beispielsweise der Void-Effekt positiv ist, während dies in der BRD gar nicht zulässig wäre. Die sowjetischen und westlichen Reaktoren reagieren also physikalisch gesehen durchaus unterschiedlich (Zur Erklärung des Void-Effekts und der damit verbundenen inhärenten Sicherheit vgl. Abschnitt 2.1., Unterpunkt *Risiko/Sicherheit*).

¹⁹⁴ Vgl. SZ, 30.4.86, S.4, „In der Sowjetunion hat es noch nie eine offene Diskussion zwischen Freunden und Gegnern der Kernenergie gegeben, die im Westen ein *Übermaß an Reaktorsicherheit* gezeugt hat.“

¹⁹⁵ TAZ, 30.4.86, S.4, „Atomstaat Sowjetunion“.

teilt.¹⁹⁶ Im Übrigen wird auf den durch Robert Jungk beschriebenen „Atomstaat“¹⁹⁷ und der Nähe der UdSSR zu dieser Vision verwiesen.

Alles in allem hat sich die Berichterstattung am 30.4.1986 auf das Thema eingestellt, wobei erste Tendenzen der Risikobetrachtung ausgemacht werden können. Neben dem Reaktorunglück¹⁹⁸ wird mit Bezug zur Kernenergie auch noch über den Widerstand des Saarlands gegen den Atomkraftwerkbau in Cattenom/Frankreich (FAZ, TAZ) und über Ereignisse im Zusammenhang mit der geplanten WAA in Wackersdorf (SZ, TAZ) berichtet. Insgesamt bietet das Thema Kernenergie, insbesondere der Unfall von Tschernobyl, viel Stoff für die Berichterstattung. So finden sich in der SZ 16 (10) Artikel auf 11 Seiten mit Bezug zum Thema Kernenergie (in Klammern mit Bezug zu Tschernobyl), in der FAZ sind es 15 (10) Artikel auf 7 Seiten und in der TAZ 17 (14) Artikel auf 6 Seiten. Am Vortag waren es nur wenige (SZ: 3 (2) Artikel auf 3 Seiten; FAZ: 3 (2) Artikel auf 2 Seiten; TAZ: 1 (0) Artikel auf 1 Seite).

Am Freitag, dem **2.5.1986** stellt sich die Berichterstattung erneut stark dar (schließlich waren aufgrund des zeitungsfreien Feiertages die Ereignisse von 2 Tagen aufzuarbeiten). Die SZ und die FAZ stellen auf ihren Titelseiten schon in der Überschrift gleichsam fest, dass die UdSSR einen Rückgang

¹⁹⁶ Vgl. TAZ, 30.4.86, S.4, „Angesichts dieser Tragödie ist nicht der Moment, um auf das eigene ‚überlegene‘ technische Niveau zu verweisen: Das Argument, die sowjetische Technik sei eben rückständig, verschleiert, daß das, was dort geschah, bei uns zwar weniger wahrscheinlich, aber deshalb nicht unmöglich ist.“

¹⁹⁷ Beschreibung der TAZ, 30.4.86, S.4, „... ein Staat, der wegen der Technik, die ihn beherrscht, zur permanenten Überwachung gezwungen ist, der (technische und polizeiliche) ‚Sicherheit‘ zur höchsten Staatsraison erhebt.“

¹⁹⁸ Dazu gehören auch Berichte über die wandernde atomare Wolke, erste Messwerte u.ä.

der Strahlung meldet,¹⁹⁹ während die TAZ den gleichen Fakt²⁰⁰ relativiert („Unfall-Reaktor *angeblich* ‚zum Stillstand gebracht‘“²⁰¹) und eher das katastrophale Ausmaß – allein schon durch die Wahl der Überschriften²⁰² wie „Europa unter der Strahlenwolke“ oder „Reaktor außer Rand und Brand“ – betont. Auffällig ist bei der TAZ die in Überschriften oft wortspielerisch verwendete Abwandlung des Wortes „strahlen“. Allen 3 Zeitungen gemeinsam ist die Veröffentlichung von Messwerten, wobei betont werden muss, dass deren Aussage sehr begrenzt ist, da der durchschnittlich belesene Bürger sie auch im Hinblick auf Langzeitfolgen – auch unter Zuhilfenahme der Grenzwertüberschreitungen – nicht einzuordnen weiß. Die SZ erklärt in „Aktuelles Lexikon“²⁰³ das Jod-Isotop 131 unter Verwendung von Begriffen wie Halbwertszeit sowie Beta- und Gamma-Strahlung, die ihrerseits wieder erklärungsbedürftig sind. In einer weiteren Infobox²⁰⁴ werden die Auswirkungen von Strahlung sowie weitere Einheiten (rad, rem) erklärt. Alle 3 Zeitungen kommentieren das Geschehen im europäischen Ausland, insbesondere in den Ostblock-Ländern²⁰⁵; FAZ und SZ erwähnen explizit die Stellungnah-

¹⁹⁹ SZ, 2.5.86, S.1, „Moskau meldet Erlöschen des Reaktorbrandes und Rückgang der radioaktiven Strahlung“ sowie FAZ, 2.5.86, S.1, „Moskau berichtet von einer ‚Abnahme der Ausströmung radioaktiver Substanzen‘“.

²⁰⁰ Die Reaktorruipe strahlt indes noch mehrere Tage weiter. Insgesamt 10 Tage lang, also bis einschließlich dem 5.5.1986, entweicht die Strahlung auf relativ starkem Niveau (siehe dazu die Beschreibung der Katastrophe im Abschnitt 3.2.1.).

²⁰¹ TAZ, 2.5.86, S.1, „Reaktor außer Rand und Brand“.

²⁰² Andere Überschriften der TAZ vom gleichen Tag wie „Mißtraut den Offiziellen“ (Aussage: Ängste seien berechtigt) sowie „Das Entsetzliche wird verharmlost“ (übrigens mit der falschen Meldung von 2 brennenden Reaktoren) zeigen eine durchaus kritische Stellung zur Kernenergie bzw. dem Umgang mit dem Reaktorunglück.

²⁰³ SZ, 2.5.86, S.2, „Aktuelles Lexikon – Jod 131“.

²⁰⁴ SZ, 2.5.86, S.6, „Späte Folgen der radioaktiven Strahlung“.

²⁰⁵ TAZ, 2.5.86, S.2, „Polen werden unruhig“, „Alarmglocken in Österreich“ sowie „CSSR: ‚Halten die uns für dumm?‘“; SZ, 2.5.86, S.6, „Radioaktivität in Polen geht zurück“ sowie „Die DDR nennt keine Meßergebnisse“ und weitere über die Schweiz, Österreich und

me der DDR („keine ‚reale Gefährdung‘“, hoher *Sicherheitsstandard* der DDR-AKW), während die TAZ auf die Stellungnahme der bundesdeutschen Parteien eingeht²⁰⁶ und hier einen SPD-Politiker mit der Begriffsbildung von der Atomenergie als „*Übergangstechnologie*“ zitiert. Auch die FAZ schildert in einem Artikel²⁰⁷ die Stellungnahmen der Parteien: Während die Opposition die Regierung für das Verharmlosen von Gefahren und Herunterspielen von Risiken kritisiert, wirft die Regierung der Opposition Panikmache und Stimmungsmache für den Ausstieg vor. In der SZ findet sich die Kernenergie wiederum im Wirtschaftsteil wieder, in der FAZ ausnahmsweise im Sportteil.²⁰⁸ Am aufschlussreichsten sind wiederum die Kommentare, auf die detaillierter eingegangen werden soll.

„Schon immer hatten die Atomkraftwerke der Sowjetunion den Ruf von ‚Billig-Reaktoren‘ mit einem beklagenswert niedrigen Sicherheitsstandard.“

(FAZ vom 2.5.1986, „Die Katastrophe und das Schweigen“)

Dieser Feststellung im Kommentar der FAZ steht das am Vortag in der SZ und an diesem Tag in der TAZ präsentierte Zitat der Fachzeitschrift der bundesdeutschen Atomindustrie über die „hohe Verlässlichkeit des ganzen Systems“ der

Jugoslawien; FAZ, 2.5.86, S.3, „Die DDR sieht keine ‚reale Gefährdung‘ – Nach höherer Radioaktivität sinkende Werte“ sowie „Zunächst fühlten sich die Polen an der Nase herumgeführt“ u.a.

²⁰⁶ TAZ, 2.5.86, S.4, „Deutsche Tüchtigkeit... [strahlt vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe / Zu den politischen Reaktionen]“.

²⁰⁷ FAZ, 2.5.86, S.2, „Nach dem Reaktorunglück wieder innenpolitischer Streit um die Kernenergie“.

²⁰⁸ SZ, 2.5.86, S.36, „Großes Abrechnen bei BBC Mannheim“ (Der Kernkraftwerksbauer BBC verbesserte 1985 Umsatz und Ergebnis) sowie FAZ, 2.5.86, S.22, „Fußballspieler schweigen aus Kiew über Unfall“.

RBMK-Reaktoren gegenüber.²⁰⁹ Des Weiteren kritisiert der oben zitierte Kommentar der FAZ das Schweigen der Sowjetunion zur Katastrophe und stellt lobenswert²¹⁰ die Informationspolitik der USA beim TMI-2-Reaktorunfall von 1979 dar. Außerdem wird eine sog. ‚verantwortete Technik‘ (die ein „menschenwürdiges Dasein sichert“) der „verantwortungsbewußten Atomtechniker“ den Kernkraftgegnern entgegengehalten sowie Argumente aufgezählt, die eine „Katastrophe vom Ausmaß Tschernobyls [in der BRD] als *ausgeschlossen* erscheinen“ lassen. Der Kommentar spricht anschließend von Kernenergie als „Energie in ausreichender Menge [...] zu erschwinglichen Preisen“. Der SZ-Kommentar vom gleichen Tag²¹¹ ist vergleichsweise kritischer: Nach einer harten Kritik an der Informationspolitik der UdSSR und ihrer bedingungslosen „Anbetung der Großtechnik“ folgt ähnliches in Anspielung auf die „... vollmundigen Schwüre(n) auf die Sicherheit unserer Reaktoren ...“, diese wären peinlich²¹². Betont wird die Fehleranfälligkeit des Menschen. Während die Forderung der Grünen („Sofort alles abstellen!“) als unsinnig dargestellt wird, distanziert sich der Autor von der Wiederaufarbeitung und der Brüter-Technologie („ein *Risiko* [...], das angesichts anderer Entsorgungstechniken *nicht eingegangen werden muß*“). Letztendlich schließt der Kommentar mit der Kritik an „ahnungslosen Politikern“ sowie „kundigen Technokraten in Ost und West“, die sich im „... Verschweigen von Kosten und *Risiken* [...] völlig einig ...“

²⁰⁹ SZ, 30.4.86, S.8, „Im Prinzip war RBMK 1000 ein zuverlässiges System“ sowie TAZ, 2.5.86, S.4, „West-Expertenlob für Ost-Reaktor“.

²¹⁰ FAZ, 2.5.86, S.1, „Die Katastrophe und das Schweigen“: „Unvorstellbar, welche Welle der Empörung losgebrochen wäre, wenn die Vereinigten Staaten bei dem Unglück in dem Atomkraftwerk ‚Three Mile Island‘ im Jahre 1979 eine ähnlich hermetische Informationspolitik betrieben hätten.“

²¹¹ SZ, 2.5.86, S.4, „Ausstrahlungen einer Katastrophe“.

²¹² Das komplette Statement dazu lautet: „Solche Äußerungen sind peinlich, weil sie einer aufgeklärten Gesellschaft von einigermaßen hohem wissenschaftlichem Bildungsniveau unterstellt, sie kenne nicht den *Unterschied von Gewißheit und Wahrscheinlichkeit*.“

gewesen waren. Der kritischste Kommentar entstammt wiederum der TAZ²¹³: So wird den „Kreml-Fürsten“ Informationsverweigerung sowie „... Skrupellosigkeit und Ignoranz gegenüber dem Leid der Opfer ...“ vorgeworfen. Das Lob auf deutsche Kernkraftgegner und den damit verbundenen verschärften Sicherheitsvorkehrungen in deutschen KKW wird zynisch genannt. Die Kernenergie wird als „... letztlich doch *nicht beherrschbare* Energie ...“ bezeichnet²¹⁴.

Die umfangreiche Berichterstattung über die Kernenergie und insbesondere die Katastrophe lässt sich an der Zahl der Artikel ablesen: Die SZ berichtete auf 14 Seiten in 27 Artikeln (davon 19 im Zusammenhang mit Tschernobyl), bei der FAZ waren es 17 (16) Artikel auf 5 Seiten, bei der TAZ 18 (17) Artikel auf 5 Seiten.

Die Berichterstattung am **3.5.1986** ist zunehmend geprägt von der politischen Positionierung der Tagesblätter. Dabei scheint die SZ bei ihrer Darstellung eine Mittelposition einzunehmen. So zitiert sie den Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission, der zwar keine „akute Gefahr“ sieht, aber die Gefahr von Spätfolgen nicht ausschließen möchte, da sich die Wissenschaft nicht einig über die Gefahr geringer Strahlendosen sei, und rät deswegen „... jede Maßnahme einer *Gefahrenminimierung* zu treffen.“²¹⁵ Weiterhin heißt es in einer Überschrift: „Im Zweifelsfall auf Nummer Sicher gehen“.²¹⁶ In der FAZ dagegen wird über die Gefährdung

²¹³ TAZ, 2.5.86, S.4, „Komplizenschaft“ mit der vielsagenden Unterüberschrift „Desinformation, Ablenkung und Irreführung in Ost und West: Die Reaktion auf die Atom-Katastrophe verhindert die Hilfe für die Opfer und offene Diskussion der Konsequenzen“.

²¹⁴ Im Sinne der Risikobetrachtung ist die Kernenergie also *zu riskant*.

²¹⁵ SZ, 3.5.86, S.1, „Bonn beschließt erste Vorsorgemaßnahmen“.

²¹⁶ SZ, 3.5.86, S.17. Im Artikel wird von „deutlich überhöhte[n] Konzentrationen von Jod 131 in Untersuchungsproben von Kuhmilch ...“ und abweichenden Äußerungen verschiedener Stellen zur Gefahrenlage berichtet.

durch Gemüse und Milch Folgendes berichtet²¹⁷: „... Da diese Milch aber in der Molkerei vermischt wird, ist eine *Gefährdung ausgeschlossen*. Es besteht somit kein Grund, auf Milch zu verzichten. Auch vor Gemüse braucht man *keine Angst* zu haben, denn *gründlich waschen wird man es wegen der allgemeinen Umweltverschmutzung und chemischen Rückstände ohnehin*.“ Die TAZ drückt die Sachlage dagegen ganz anders aus, wenn in ihren Artikeln vor Milch gewarnt wird²¹⁸ und die Gefährdung durch jedwede Strahlung betont wird²¹⁹: „Seit Jahren schon monieren Wissenschaftler, daß die Berechnungen [...] willkürlich sind. [...] *Jede zusätzliche Strahlung ist gefährlich*. [...] *Eine Erkenntnis freilich, die sich mit der ‚friedlichen Nutzung der Kernenergie‘ nicht vereinbaren läßt*. Auch im Normalbetrieb strahlen die Reaktoren. *Wieviele Krebstote haben sie schon verursacht?*“²²⁰ Des Weiteren berichten SZ und FAZ davon, dass die Sowjetunion Hilfe der USA annehme.²²¹ In der SZ und der TAZ finden sich Artikel wieder, die eine ukrainische Zeitung zitieren, die schon vor Wochen von Tschernobyl als einer „Zeitbombe“ sprach; die

²¹⁷ FAZ, 3.5.86, S.7, „Wie gefährlich ist die radioaktive Wolke?“. Ähnliches verrät die Überschrift eines weiteren Artikels auf S.2 vom gleichen Tag: „Gemüse etwas gründlicher waschen“.

²¹⁸ TAZ, 3.5.86, S.1, „Milch macht munt're Menschen radioaktiv“.

²¹⁹ TAZ, 3.5.86, S.3, „Auch Niedrigstrahlung ist gefährlich“.

²²⁰ Die Liste der TAZ-Artikel mit kernkraftkritischem Inhalt lässt sich beliebig erweitern, ein weiterer Artikel (TAZ, 3.5.86, S.3, „Raus aus der Buddelkiste“) soll noch zitiert werden: „Was die Desinformationspolitik der Regierung dieser Republik an ihren Kindern verbrochen hat, wird sich allerdings erst in zehn bis 20 Jahren verdeutlichen.“ Des Weiteren zitiert der gleiche Artikel die Aussage einer englischen Strahlenbiologin, eine „unschädliche Strahlendosis“ gebe es überhaupt nicht.

²²¹ Während es bei der SZ (3.5.86, S.1) in der Überschrift heißt: „Moskau nimmt jetzt westliche Hilfe in Anspruch, ist die Aussage der FAZ (3.5.86, S.1) in der Überschrift: „Moskau nimmt jetzt *doch* westliche Expertenhilfe in Anspruch“. Es ging dabei vor allem um einen Knochenmarktransplantations-Spezialisten, der aus den USA in die UdSSR gereist ist, um bei Sofortmaßnahmen zu helfen.

FAZ bringt eine Ausgabe später einen ähnlichen Artikel.²²² Während sich die FAZ und die SZ²²³ in ihren Kommentaren andere weltpolitische Dinge betrachten, stehen in der TAZ gleich 3 Kommentare zu dem Thema²²⁴. Unter anderem heißt es dort: „Nicht das Wissen, [sondern] die Windrichtung entscheidet über Wohl und Wehe [...]. Die Technokraten-Priester reden gegen die Todsünde (den Unfall) und rufen auf zu weiterem Götzendienst in Form von ‚friedlicher Nutzung‘ ...“. Ein weiterer Beitrag der TAZ²²⁵ setzt sich mit 3 Argumenten der Kernenergie-Befürworter („Atomlobby-Argument“) auseinander²²⁶, stellt diesen Gegenargumente gegenüber, wobei die Grünen zitiert werden, und behauptet zur Frage der „sofortigen ‚Normalabschaltung‘ aller AKWs“: „Eine Aufrechnung der wechselseitigen Argumente zeigt, daß es keine Frage von Stromerzeugungs-Kapazitäten ist“. Der Kommentar der FAZ im Wirtschaftsteil zu der Katastrophe

²²² SZ, 3.5.86, S.7, „Ukrainische Zeitung warnte vor ‚Zeitbombe‘“; TAZ, 3.5.86, S.2, „Die ‚Zeitbombe‘ ist explodiert“; FAZ, 5.5.86, S.3, „Ukrainische Zeitung warnt vor ‚Zeitbombe‘ Tschernobyl“. Die Autorin des Artikels der ukrainischen Zeitung scheint dabei eine ehemalige leitende Angestellte im KKW gewesen zu sein. Sie kritisiert die Disziplinlosigkeit und die Arbeitsmoral der Angestellten sowie Materialmängel und Fehler bei der Qualitätskontrolle.

²²³ Auf der Kommentarseite der SZ ist dafür eine Karikatur mit einer dem Anschein nach deutschen kerntechnischen Anlage zu sehen, aus der eine Sprechblase sagt: „WENN DIE RUSSEN REGELMÄSSIG LIEFERN, DANN BRAUCHEN WIR DIE WAA NICHT“ (SZ, 3.5.86, S.4).

²²⁴ TAZ, 3.5.86, S.4, „Unsicherheitspartnerschaft“, „Greifbarer Schrecken“ sowie „Glaubenskrieg“.

²²⁵ TAZ, 3.5.86, S.4, „Kein Licht erlischt bei Atomverzicht“.

²²⁶ „Wir brauchen die ‚Kernenergie‘ trotz Tschernobyl, 36 % des erzeugten Stroms kamen 1985 in der Bundesrepublik aus Atomkraftwerken.“; „Wenn man den Atomstrom durch anderen Strom ersetzen will, müssen die fürchterlichsten Dreckschleudern wieder in Betrieb genommen werden.“; „Stilllegung aller Atomanlagen würden die Arbeitslosigkeit dramatisch erhöhen.“

lautet (neben der Meldung über den wirtschaftlichen Erfolg eines KKW-Bauers²²⁷):

„Sollte der Importbedarf der Sowjetunion an Agrarerzeugnissen wirklich so gewaltig ausfallen, wie an den Märkten spekuliert wird, käme das für die mit Agrarüberschüssen geplagten Länder der westlichen Welt einem Glücksfall gleich.“

(FAZ vom 3.5.1986, S.13, „Das Reaktorunglück treibt die Agrarpreise hoch“)

Der Umfang der Berichterstattung hat – gemessen an der Anzahl der Artikel – im Vergleich zum Vortag in der SZ und in der FAZ abgenommen. So berichtete die SZ in 11 Artikeln (davon 10 Artikel im Zusammenhang mit Tschernobyl) auf 6 Seiten über Kernenergie betreffende Themen. Bei der FAZ waren es 12 (9) Artikel auf 6 Seiten und bei der TAZ waren es 21 (18) Artikel auf 7 Seiten sowie eine ganzseitige Anzeige der (von Kernkraftgegnern organisierten) Aktion „Appell an die Vernunft“²²⁸.

Auch am **5.5.1986** finden sich in allen 3 Zeitungen die neuesten Messwerte wieder, wobei in der FAZ neben den üblichen Erklärungen der Strahleneinheiten zwar jede akute Gefahr verneint wird, aber langfristige Schäden erwartet werden.²²⁹ Nichtsdestotrotz bezieht die FAZ im sprachlichen Ausdruck Stellung, wenn in einem Artikel²³⁰ *„beruhigende Auskünfte* des Strahlenschutz-Instituts und anderer Fachleute“ die *„Sensationsgeschichten* und die Anklagen einzelner Kernkraftgegner“ gegenübergestellt werden. In der SZ kommen

²²⁷ FAZ, 3.5.86, S.17, „BBC rechnet die Kernkraftwerke ab“ (am Vortag in der SZ, 2.5.86, S.36, „Großes Abrechnen bei BBC Mannheim“).

²²⁸ Anzeige in der TAZ, 3.5.86, S.9, „Zur Atomkatastrophe: Appell an die Vernunft“.

²²⁹ FAZ, 5.5.86, S.2, „Verwirrende Strahlenbiologie“.

²³⁰ FAZ, 5.5.86, S.2, „Warnung vor Brennesselsuppe“.

sowohl kritische Stimmen²³¹ wie auch Befürworter²³² zu Wort. Während in der TAZ auf der Titelseite von bundesweiten Anti-Atomkraft-Demonstrationen zu lesen ist²³³, berichten SZ²³⁴ und FAZ²³⁵ an gleicher Stelle vor allem über den Weltwirtschaftsgipfel in Tokio, wo unter anderem Tschernobyl ein Thema war, sowie von KP-Mitgliedern im Katastrophengebiet²³⁶ und weiteren Meldungen aus Moskau²³⁷. Die TAZ berichtet u.a. kritisch von dem Sponsoring einer Sporthalle eines Energiekonzerns im Falle des Baus des KKW Wyhl²³⁸, bringt Auszüge aus einer Rede des Sprechers des Grünen-Vorstandes²³⁹ („Es gibt nachweislich keine friedliche Nutzung des Atoms“; Forderung der „Schließung aller Atomanlagen“) und veröffentlicht sogar einen ganzseitigen Essay des Atomkraftkritikers Robert Jungk²⁴⁰. Die SZ berichtet

²³¹ SZ, 5.5.86, S.5, „Brandt: Nutzung der Kernenergie nur für Übergang zu verantworten“: Brandt wendet sich gegen den Einstieg in die Plutonium-Wirtschaft (also das Schnelle-Brüter-Konzept) und will nach einem Wahlsieg die Voraussetzungen für einen Verzicht auf die Kernenergie schaffen, diese Nachricht findet sich fast genauso in der FAZ, 5.5.86, S.1, „Brandt: Nutzung der Kernenergie ‚nur für eine Übergangszeit‘“; S.14, „Die Dinger müssen abgeschaltet werden“: Atomenergie sei prinzipiell nicht beherrschbar, so eine Grünen-Mitglied; S.19, „Die Spuren überdauern ein Jahrhundert“: SPD und Grüne kritisieren die katastrophale amtliche Informationspolitik.

²³² SZ, 5.5.86, S.19, „Hoffen auf Technik von morgen“: F. J. Strauß schließt von Natur- und Umweltschutz durch Technik auf eine von der Energieversorgung abhängige moderne Technik und sieht die Kernenergie als dafür unentbehrlich an.

²³³ TAZ, 5.5.86, S.1, „Tscherno-Wyhl ist überall“: Dem folgend gibt es einen Demonstrationsaufruf auf S.20.

²³⁴ SZ, 5.5.86, S.1, „Reagan und Kohl fordern mehr Sicherheitsmaßnahmen“.

²³⁵ FAZ, 5.5.86, S.1, „Reaktorsicherheit und Terrorismusbekämpfung bestimmen den Beginn des Wirtschaftsgipfels“.

²³⁶ FAZ, 5.5.86, S.1, „Kreml-Funktionäre im Katastrophengebiet bei Tschernobyl“.

²³⁷ SZ, 5.5.86, S.1, „Sowjetunion: Atomreaktion zum Stillstand gekommen“.

²³⁸ TAZ, 5.5.86, S.5, „Trimm dich fit – gegen AKW Wyhl“.

²³⁹ TAZ, 5.5.86, S.5, „Die Angst in Widerstand packen“.

²⁴⁰ TAZ, 5.5.86, S.10, „Strahlen und Lügen – der Fallout der Atom-Gesellschaft“.

neben dem täglichen Geschehen um Tschernobyl u.a. von einem vorerst verheimlichten Störfall²⁴¹, Demonstrationen gegen die WAA Wackersdorf²⁴² sowie von der Klage Triers gegen das geplante AKW Cattenom in Frankreich²⁴³. Dazu wird im Wirtschaftsteil über den Zusammenhang zwischen Tschernobyl und dem Kurssturz an der Wall Street spekuliert.²⁴⁴ Die Berichterstattung der SZ an diesem Tag erscheint ausgewogen. In der FAZ findet sich die Rede des Grünen-Sprechers wieder, allerdings in einem Artikel über Messwerte und Kontrollen und nachdem Bundesinnenminister Zimmermann (CDU) dahingehend zitiert wird, dass es keinen Grund gäbe, den Betrieb deutscher KKWs in Zweifel zu ziehen, da sie die sichersten der Welt seien.²⁴⁵ Über die Anti-AKW-Demonstrationen wird erst auf Seite 3 berichtet.²⁴⁶ Mehr Aufschluss über die Einstellungen der Zeitungen gegenüber der Kernenergie liefern wiederum die Kommentare: Während in der TAZ das bisherige Schweigen der Bundesgesundheitsministerin Süßmuth kritisiert und der Vorschlag der Verhinderung aller AKW-Unfälle durch Abschaltung gemacht wird²⁴⁷, ist im SZ-Kommentar über den Unterschied der Systeme im Umgang mit Reaktorkatastrophen (Harrisburg versus Tschernobyl) zu lesen, wobei dem demokratischen Prinzip sein Anteil an der Verhinderung weiterer Katastrophen zugesagt wird²⁴⁸. Der Kommentar der FAZ

²⁴¹ SZ, 5.5.86, S.6, als Absatz „Störfall in britischem Atomkraftwerk verschwiegen“ unter dem Artikel „Vorübergehende Einfuhrverbote für Ost-Produkte“.

²⁴² SZ, 5.5.86, S.19, „Erst Notstrom, dann Tränengas“.

²⁴³ SZ, 5.5.86, S.5, „Auch Trier klagt gegen Kernkraftwerk Cattenom“.

²⁴⁴ SZ, 5.5.86, S.26, „Internationaler Aktienmarkt von Atomwolke überschattet“.

²⁴⁵ FAZ, 5.5.86, S.2, „Kontrollen für Frischgemüse angeordnet“.

²⁴⁶ FAZ, 5.5.86, S.3, „Tschernobyl reaktiviert den Anti-Atom-Protest“.

²⁴⁷ TAZ, 5.5.86, S.4, „Alle reden – eine schweigt“.

²⁴⁸ SZ, 5.5.86, S.4, „Reaktoren und Raketen“. Dort heißt es: „Die demokratische Verfassung des Westens hat zwar den Unfall von Three Mile Island nicht verhindern können: die offene Auseinander-“

unterscheidet eindeutig, wenn es darin über die bundesdeutschen, „... nach *menschlichem Ermessen* sicheren Kernkraftwerke ...“ im Vergleich zu den sowjetischen Reaktoren heißt, dass „... die Sowjetunion es mit den *Sicherheitsvorkehrungen* sträflich leicht genommen hat, während in der Bundesrepublik *äußerst strenge Maßstäbe* angelegt werden ...“, weiter steht dort:

„ [Es ist] ... bei allen technischen Anlagen ein nach dem Maßstab der ‚praktischen Vernunft‘ zu bemessendes ‚Restrisiko‘ [...] hinzunehmen ...“

(FAZ vom 5.5.1986, S.12, „Fernwirkungen?“)

Die SZ berichtete an diesem Tag in 20 Artikeln (davon nur 12 mit Bezug zu Tschernobyl) auf 13 Seiten über Kernenergie, die FAZ tat dies in 13 (12) Artikeln auf 6 Seiten. Die TAZ berichtete in 24 (20) Artikeln auf immerhin 8 der 20 Seiten umfassenden Ausgabe.

Die Berichterstattung bleibt am **6.5.1986** tendenziös wie am Vortag. So schreibt die FAZ neben den Aussagen der Parteien²⁴⁹ in Bezug zum TMI-Unfall in den USA 1979, dass „... die *psychischen Belastungen* der Bevölkerung [...] *weitaus größer waren als die Gefährdung* durch radioaktive Strahlung“ und rät: „Man sollte deshalb auch darauf *verzichten*, die *Bevölkerung durch abwegige Ratschläge zu ängstigen*.“²⁵⁰ Des Weiteren heißt es, „... man kann aber *übertriebene[r] Angst vor der unsichtbaren Gefährdung entgegenwirken* ...“ und ...

setzung aber hat dazu beigetragen, daß ähnliche Katastrophen nicht mehr über uns hereingebrochen sind.“

²⁴⁹ FAZ, 6.5.86, S.1, „Kritik an der Informationspolitik der Bundesregierung“; zitiert werden Aussagen aus der FDP, SPD und CDU.

²⁵⁰ FAZ, 6.5.86, S.2, „Ratschläge und Empfehlungen, die sich allzuoft nicht decken“.

„Natürliche Strahlung gibt es freilich schon immer, und die Menschheit ist trotzdem noch nicht ausgestorben.“²⁵¹

(FAZ vom 6.5.1986, S.2, „Der Mensch wird aus vielen Quellen bestrahlt – nicht erst seit Tschernobyl“)

Daneben gibt es die üblichen Meldungen zu Messwerten, den Ängsten der Bauern aufgrund von Absatzschwierigkeiten u.ä. In der SZ finden sich in etwa die gleichen Aussagen der Parteien, allerdings erst auf Seite 6.²⁵² Auf der Titelseite geht es hier eher um die Warnung vor frischem Gemüse und der Milch²⁵³ sowie der Forderung der EG nach mehr Informationsaustausch im Katastrophenfall seitens der UdSSR sowie der Bestätigung der *höchsten Sicherheitsnormen der KKW* in den 7 EG-Staaten.²⁵⁴ 2 kleine Meldungen überraschen in der diestägigen Ausgabe: Die DWK²⁵⁵ stellt einerseits den Antrag für eine Konditionierungsanlage bei Gorleben aufgrund von Tschernobyl zurück²⁵⁶, andererseits vermeldet sie, dass Tschernobyl ohne Auswirkungen auf den Bau der WAA Wackersdorf bleiben werde²⁵⁷. Ansonsten berichtet die SZ neben Messwerten u.ä. über die Kritik des alternativ orien-

²⁵¹ Während man die Überschrift noch als tendenziös bezeichnen kann, klingen die Argumente im Artikel teilweise nur noch unsachlich.

²⁵² SZ, 6.5.86, S.6, „Parteihader über Informationspolitik“.

²⁵³ SZ, 6.5.86, S.1, „Warnung vor frischem Gemüse und Milch vom Bauern“.

²⁵⁴ SZ, 6.5.86, S.1, „EG-Maßnahmen gegen Terrorismus bekräftigt – Moskau soll über Atomunfall informieren“.

²⁵⁵ DWK steht für *Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH*.

²⁵⁶ SZ, 6.5.86, S.1, „Antrag für Atomanlage vorläufig zurückgestellt“. Bei der DWK handelt es sich um die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH. Laut MICHAELIS/SALANDER 1995, S.541, wurde der Antrag dann im Mai 1986 gestellt.

²⁵⁷ SZ, 6.5.86, S.25, „Tschernobyl ohne Auswirkung auf Bau in Wackersdorf“.

tierten Ifeu-Instituts an den gesetzlichen Grenzwerten für Lebensmittel: Diese seien bis zu 50-fach zu hoch.²⁵⁸ Ergänzt werden diese Artikel durch spezielle Münchner Nachrichten²⁵⁹, besonders gravierende Tendenzen sind nicht auszumachen. Die TAZ berichtet von den verschiedenen Vorgehensweisen bei der Grenzwertfestlegung der Bundesländer und kommentiert dies mit „... nur in konservativ regierten Bundesländern soll alles nicht gefährlich sein ...“²⁶⁰. Daneben gibt es neben den tagesüblichen Messwerten u.a. Kurzmeldungen zu freigelassenen WAA-Gegnern²⁶¹, dem Run auf Geiger-Zähler²⁶², einer Demonstration vor einem AKW in den Niederlanden²⁶³ und ein Interview mit einem betroffenen Bauern²⁶⁴. Die Kommentare des Tages liefern mehr Erkenntnisse über das Bild der jeweiligen Zeitung von der Kernenergie: Der Kommentar der FAZ²⁶⁵ verweist auf die *Nicht-Vergleichbarkeit der Risiken der Kernenergie* mit denen von Unglücksfällen mit Auto und Bahn²⁶⁶, ansonsten heißt es über die Schutzmaßnahmen der BRD im Vergleich zu denen der UdSSR: „... äußerste Vorsicht in der Bundesrepublik, planerfüllungsbedingter Leichtsinn in der weiten Sowjetunion ...“. Der Kommentar wird abgeschlossen von dem Satz: „... als ob je irgend jemand behauptet hätte, Kernkraft sei, abweichend von allem technischen Fortschritt sonst, von Risiken frei ...“ und mahnt die Kernenergie-Gegner, sie müssten bei einem Ausstieg „... das Zurückdrehen der

²⁵⁸ SZ, 6.5.86, S.1, „Kritik an Grenzwerten für Lebensmittel“.

²⁵⁹ Beispielsweise über die Strahlenbelastung: SZ, 6.5.86, S.13, „Schlecht bestrahlter Bade-Start“ und S.19, „Die Strahlenbelastung rund um München und was man dagegen unternimmt“.

²⁶⁰ TAZ, 6.5.86, S.1, „Warten auf den großen Wind“.

²⁶¹ TAZ, 6.5.86, S.5, „Festgenommene WAA-Gegner frei“.

²⁶² TAZ, 6.5.86, S.5, „Geschäftstüchtig“.

²⁶³ TAZ, 6.5.86, S.7, „Niederlande: Demo vor AKW“.

²⁶⁴ TAZ, 6.5.86, S.5, „Bauern sind völlig ratlos“. Der interviewte Bauer ist Mitglied der Bayerischen Agraropposition, die den planmäßigen Ausstieg aus der Atomenergie fordert.

²⁶⁵ FAZ, 6.5.86, S.1, „Nichts ohne Risiko“.

²⁶⁶ Der Vergleich mit anderen Unglücksfällen ist ansonsten eine gerne genutzte Argumentationsweise der Atomindustrie.

Schraube der Luxus-Erwartungen ...“ mit in Kauf nehmen. Der Kommentar der SZ²⁶⁷ an diesem Tag kritisiert zuerst die erst jetzt erfolgte und für zu hoch befundene Grenzwertfestsetzung für Jod in der Milch. Die sog. *zumutbaren Restrisiken* wären jetzt für die Bevölkerung anhand des Beispiels Milchbauern praktisch erfahrbar. Weiter heißt es, „... die meisten deutschen Kernkraftwerke [seien] zwar *ziemlich sicher* ...“, doch „... *unnötige Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der Kernenergie [seien] generell zu vermeiden* ...“, so z.B. die „... *völlig unnötigen Risiken* einer Plutoniumwirtschaft ...“. Die TAZ kommentiert²⁶⁸ im Hinblick auf das Chaos bei allen Telefonauskünften: „... vorbereitet war und ist man auf keiner Ebene auf ein solches Unglück ...“ und nennt als Grund für die „... *massive Angst* [, die] derzeit die Bevölkerung umtreibt ...“ vor allem die schlechte Informationspolitik („Panik ist immer Folge einer Unwissenheit.“), wobei die Berliner Informationsstellen mit denen in Polen und in der Sowjetunion verglichen werden.

Die SZ berichtete an diesem Tag in 19 Artikeln auf 8 Seiten über Kernenergie (davon 18 mit Bezug zu Tschernobyl), außerdem erschienen 2 themenbezogene Anzeigen; bei der FAZ waren es 13 (12) Artikel auf 8 Seiten sowie 2 themenbezogenen Anzeigen; bei der TAZ waren es 18 (15) Artikel auf 8 Seiten sowie 1 themenbezogene Anzeige. Interessanterweise sind die beiden in SZ und FAZ geschalteten Anzeigen identisch. Es handelt sich zum einen um eine Anzeige der QUICK²⁶⁹, einem Boulevard-Magazin, welches insbesondere über Tschernobyl berichtet und zum anderen um die

²⁶⁷ SZ, 6.5.86, S.4, „Umgang mit dem Unwahrscheinlichen“.

²⁶⁸ TAZ, 6.5., S.20, „Vertrauen zerstrahlt“.

²⁶⁹ FAZ, 6.5.86, S.22 sowie SZ, 6.5.86, S.6, „Tschernobyl – Das Atomunglück und seine Folgen“ mit den Punkten „Exklusiv: Das einzige Foto, das die Atomwolke über Kiew zeigt“, „Wie Rußland die Welt betrog“, „Das Chaos bei den deutschen Behörden“ und „Die Gefahren für die Gesundheit“.

Bayernwerk AG²⁷⁰, einen KKW-betreibenden Stromerzeuger. Bei der Anzeige in der TAZ²⁷¹ handelt es sich um eine Podiumsdiskussions-Ankündigung.

Die Berichterstattung am **7.5.1986** befasst sich weiterhin mit Meldungen aus Moskau²⁷² und der politischen Debatte in der BRD²⁷³, daneben liefern die Zeitungen wie üblich die aktuellen Messwerte. Die FAZ bietet an diesem Tag eine ausgewogene Berichterstattung: So halten sich die Artikel mit politischem Inhalt auf Seite 4²⁷⁴ die Waage und eine eindeutige Tendenz bei der Wahl der Worte ist nicht zu erkennen. Interessanterweise werden auch 2 Leserbriefe abgedruckt, die von renommierten Autoren mit sich gegenüberstehenden Positionen geschrieben wurden: Dem Kernenergie-Kritiker Prof. Dr. Jens Scheer (Professor der Kernphysik an der Universität Bremen, der gleich nach Bekannt-

²⁷⁰ FAZ, 6.5.86, S.4 sowie SZ, 6.5.86, S.28, „Mehr Wohlstand durch stabile Strompreise in Bayern“ mit den Sätzen „Gestützt auf seine *höchst zuverlässigen und kostengünstigen Kernkraftwerke* hat das Bayernwerk nun schon im dritten Jahr seinen Erfolgskurs fortgesetzt“ und „*Die Kernenergie ermöglichte* auch den raschen Abbau der Luftschadstoffbelastungen, ermöglichte die hohen Investitionen für den Umweltschutz ohne Auswirkungen auf den Strompreis“. Mit abgebildet ist eine Grafik, die den sinkenden Strompreis zwischen 1960 und 1986 darstellt.

²⁷¹ TAZ, 6.5.86, S.20, „Tschernobyl und die Folgen – Ausstieg aus der Kernenergie oder Strahlenschutz im Katastrophenfall“; Veranstalter waren der AStA der TU Berlin sowie die Alternative Liste.

²⁷² So z.B. in der SZ, 7.5.86, S.1, „Moskau: Atomunfall zunächst unterschätzt“ oder in der FAZ, 7.5.86, S.1, „Mehr als eine Woche danach: Moskau nennt Einzelheiten des Reaktor-Unfalls“.

²⁷³ SZ, 7.5.86, S.1, „Bundesregierung will Bevölkerung beruhigen – Entschädigung der Bauern erwogen“; FAZ, 7.5.86, S.1, „Bund und Länder wollen die Sprachverwirrung beenden“; TAZ, 7.5.86, S.1, „Eine Ministerin hat keine Angst“.

²⁷⁴ FAZ, 7.5.86, S.4, „Engholm: Brokdorf darf nicht ans Netz gehen“, „Börner: Deutsche Kernkraftwerke sind sicher“ (Interessanterweise war Börner SPD-Politiker, aber als hessischer Ministerpräsident in Regierungsverantwortung, u.a. für das AKW Biblis), „Albrecht hält am Kernenergieausbau fest“, „Bremer Senat beschließt ‚Ausstieg‘ aus der Kernenergie“.

werden der Katastrophe für ein Interview mit der TAZ zur Verfügung stand, siehe oben) und dem Befürworter Prof. Dr. Wolfgang Büchel. Ergänzt wird die Berichterstattung (u.a. auch über die Wirksamkeit von Knochenmarktransplantationen²⁷⁵ und Jod-Tabletten²⁷⁶) durch eine Erklärung des Aufbaus des Tschernobyl-Reaktors im „Natur und Wissenschaft“-Teil²⁷⁷. Der Kommentar der FAZ ist an diesem Tag eher kritisch gegenüber der Kernenergie²⁷⁸: Aussagen wie „Dieser *friedliche Atomkrieg* schreitet nach einem energischen, geschlossenen Handeln der zivilisierten Völker, wie es bisher als utopisch galt.“ oder „*Jene Atomphysiker [...] , die nach wie vor an die nationale [...] Beherrschbarkeit der Atomspaltung glauben* und lediglich bessere Sicherheitsvorkehrungen hier und dort, vor allem in der Sowjetunion verlangen, *denken merkwürdig kühl und kurzsichtig.*“ wirken im Vergleich zu den Kommentaren der letzten Tage kernkraftkritisch. In Anspielung an die Überschrift („Wir Trojaner“) schließt der Artikel mit den Sätzen: „Die trunkenen Trojaner, die das Waffengeklirr im hölzernen Pferd der Griechen überhörten und den verdorrenden Lorbeer im Tempel übersahen, sagten zur warnenden Cassandra, sie rede ‚windigen‘ Unsinn. Nur eine Metapher. Die Trojaner sind untergegangen.“ Die SZ berichtet neben tagespolitischem Geschehen u.a. über den Fall Wackersdorf²⁷⁹: Je nach Bemessungsgrundlage wird dort der erlaubte Grenzwert von Jod-129 in der Abluft des 200 Meter hohen Kamins über- oder unterschritten, was zum Streitfall führte (der Artikel stellt beide Positionen ausgewogen dar). Im Münchner Teil wird auf die inzwischen auf den Boden übergegangene Strahlenbelastung, die vor allem den süddeutschen Raum betraf, berichtet und deren Folgen dis-

²⁷⁵ FAZ, 7.5.86, S.9, „Wem ist durch Knochenmarktransplantationen zu helfen?“.

²⁷⁶ FAZ, 7.5.86, S.10, „Derzeit schaden Jod-Tabletten mehr, als sie nützen“.

²⁷⁷ FAZ, 7.5.86, S.1, ohne Überschrift.

²⁷⁸ FAZ, 7.5.86, S.25, „Wir Trojaner“.

²⁷⁹ SZ, 7.5.86, S.15, „Streitfall Jod in Wackersdorf“.

kutiert.²⁸⁰ Auf der Seite, auf der Leserbriefe abgedruckt werden²⁸¹, stehen insgesamt 10 – teils kritische, teils befürwortende – Briefe mit Bezug zum Thema. Der Kommentar der SZ²⁸² befasst sich diesmal kritisch mit dem Geschehen in den Behörden und den für die deutschen KKW vorgesehenen Katastrophenpläne („Wenn in einem bayerischen Ministerium ein Sprecher klagt, man werde von den Dingen ‚überrollt‘, dann spricht das Bände.“) und kritisiert den Umgang mit den Bauern in der Entschädigungsfrage. Erwähnenswert ist eine Anzeige des IZE e.V.²⁸³, die in der Überschrift mit der Frage: „Strom aus Sonne, Wind und Wasser: Wieviel ist möglich?“ beginnt und mit folgenden Sätzen schließt:

„Die deutschen Stromversorger setzen deshalb auf Kohle und Kernenergie. Auf Kernkraftwerke mit einem international vorbildlichen Sicherheitsstandard. Und auf Kohlekraftwerke, die mit ihren Umweltschutzeinrichtungen in Europa beispielhaft sind. Wir handeln. Die deutschen Stromversorger.“

(Anzeige des IZE e.V. in der SZ, S.23, vom 7.5.1986)

Die TAZ kritisiert an diesem Tag²⁸⁴ die zurückhaltende Art des damals hessischen Umweltministers Joschka Fischer, der einem Streit mit dem mit in Regierungsverantwortung stehenden hessischen Ministerpräsidenten und Biblis-Befürworter Holger Börner (SPD) aus dem Weg geht und titelt auf einem Bild auf der gleichen Seite: *„Strahlentod – nein danke!“* Die Kommentare der TAZ an diesem Tag kritisieren zum einem die Bundesgesundheitsministerin Süßmuth für ihr Schweigen zu der Katastrophe²⁸⁵ und zum anderen

²⁸⁰ SZ, 7.5.86, S.17, „Die Folgen – in München hautnah zu spüren“.

²⁸¹ SZ, 7.5.86, S.53.

²⁸² SZ, 7.5.86, S.4, „Ein Fallout von offenen Fragen“.

²⁸³ IZE steht für *Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e. V.*

²⁸⁴ TAZ, 7.5.86, S.3, „Grünen-Minister Fischer kuschelt vor SPD“.

²⁸⁵ TAZ, 7.5.86, S.4, „Bitte nicht ins Gras beißen!“

die sowjetische Regierung für ihr zu spätes Einlenken in Bezug auf gegebene Informationen und in Anspruch genommene Hilfsleistungen²⁸⁶. Damit bleibt die TAZ ihrer kernkraftkritischen Berichterstattung auch an diesem Tag treu.

Die SZ berichtete in 24 Artikeln (davon 23 mit Bezug zu Tschernobyl) auf 12 Seiten über die Kernenergie, dazu gab es eine Anzeige eines Stromversorger-Verbandes und mehrere Leserbriefe. In der FAZ gab es 16 Artikel (davon 15 mit Bezug zu Tschernobyl) auf 8 Seiten, dazu 2 Leserbriefe. In der TAZ wurde an diesem Tag in 30 (25) – zumeist kleinen – Artikeln auf 10 der 20 Seiten berichtet, dazu gab es eine ganzseitige Anzeige der Grünen sowie die Podiumsdiskussions-Ankündigung vom Vortag.

3.2.3. ZUSAMMENFASSUNG

Das Reaktorunglück von Tschernobyl wird häufig als der bisher bedeutendste Einschnitt in der Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie gesehen. Dementsprechend stark schlägt sich das mediale Echo in der Folge nieder. Der Untersuchungszeitraum von 3 Zeitungen über 7 Ausgaben nach dem Unfall ist dabei im Hinblick auf den begrenzten Umfang dieser Arbeit knapp bemessen (bedenkt man, dass das Ausmaß des Unfalls nach 10 Tagen noch nicht voll abzuschätzen war und ein Expertentreffen²⁸⁷ erst 4 Monate danach erstmals Ursachen und Hintergründe darlegte), bietet aber auch so schon eine Fülle an Untersuchungsmaterial. Das folgende Balkendiagramm zeigt eine Verteilung der Anzahl der Artikel über den Untersuchungszeitraum an.

²⁸⁶ TAZ, 7.5.86, S.4, „Späte Einsicht“.

²⁸⁷ Das Expertentreffen fand in Wien im Zeitraum vom 25.-29.8.1986 statt. Ursachen und Hintergründe, Folgen und getroffene Maßnahmen wurden von Experten der UdSSR geschildert (vgl. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.631).

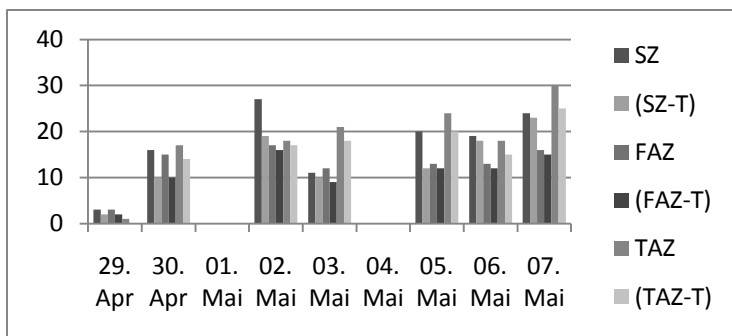


Abbildung 7: Artikel mit Bezug zur Kernenergie – 1986
(davon „-T“ mit Bezug zu Tschernobyl; eigene Darstellung)

Die Artikel haben dabei eine Größe von mehreren Zeilen bis hin zu zwei Seiten, insofern ist die Anzahl der Artikel nur bedingt aussagefähig über die Stärke der Berichterstattung, dient aber als grober Indikator. Als „zu Tschernobyl dazugehörige“ Berichterstattung wurde auch gewertet, was als aus der Folge des Unfalls ableitbar erscheint, so z.B. die täglichen Messwerte, Info-Boxen (als eigenständiger Artikel gewertet), alles über die „Strahlen-Wolke“ oder politische Ausstiegsdebatten mit im Text befindlichen Bausteinen, die auf Tschernobyl deuten. Meldungen über Störfälle in anderen AKWs, Umsatz- und Gewinnzahlen von Kernkraftwerksbauern, Demonstrationen z.B. gegen die WAA Wackersdorf oder das Zwischenlager in Gorleben und andere allgemeine Meldungen wurden als „nicht zu Tschernobyl dazugehörig“ gewertet – wobei es im Zweifelsfall eine Frage der Trennschärfe darstellt, wenn z.B. der Bremer Senat „... sich in seiner *bisherigen* kritischen Haltung gegenüber der Kernenergie bestätigt ...“ sehe und den Ausstieg aus der Kernenergie verkündet²⁸⁸ (dazugehörig) oder die Anti-AKW-Szene mit Phrasen wie „... Die *momentane* Betroffenheit muss umgesetzt werden, ...“²⁸⁹ diskutiert (dazugehörig). Als „nicht da-

²⁸⁸ FAZ, 7.5.86, S.4, „Bremer Senat beschließt ‚Ausstieg‘ aus der Kernenergie“.

²⁸⁹ TAZ, 7.5.86, S.20, „Keine Privatsache“.

zugehörig“ wurde demgegenüber z.B. eine Meldung²⁹⁰ über ein – sicher in der Folge von Tschernobyl – abgehaltenes Referendum über Atomkraft in Italien gewertet.

Neben dieser Zählung liegt der Fokus im weiteren Verlauf der Arbeit auf der qualitativen Untersuchung. Zu allgemeinen Aussagen über alle 3 Printmedien und die Form der Berichterstattung schließen sich Einzelbetrachtungen an.

Bei der Analyse der Berichterstattung im Hinblick auf die Betrachtungsweisen der Risiken der zivilen Nutzung der Kernenergie ist zu beachten, dass es sich beim Wissen über den Betrachtungsgegenstand (dem Risiko) immer nur um Meinungswissen handeln kann (siehe dazu die Ausführungen im Abschnitt 2.1.). Je nachdem, welcher Sichtweise – welcher „Meinung“ – man angehört, werden die Risiken als akzeptabel oder nicht akzeptabel dargestellt.²⁹¹ Das gilt für alle an der Diskussion beteiligten Akteure wie Regierungen, Parteien, Unternehmen, Verbände und andere Organisationen – und auch die Massenmedien. Dies schlägt sich in der Wahl der Worte nieder, die bei der Berichterstattung gewählt werden. Dementsprechend soll bei der qualitativen Analyse der Berichterstattung nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl auf Worte geachtet werden, die einen Hinweis auf die zugrunde liegende Haltung geben.

Den Befürwortern der Kernenergie war es in der Zeit nach dem Bekanntwerden des Reaktorunfalls in Tschernobyl besonders wichtig, den Unterschied zwischen (bundes-)deutscher und russischer Reaktortechnik darzustellen. Da ein generelles Befürworten der Kernenergie ohne die Betonung bestimmter Sicherheitsstandards nach der schweren Katastrophe unhaltbar war, wurde nun der Graben zwischen

²⁹⁰ TAZ, 7.5.86, S.7, „Italien: Referendum gegen Atomkraft“.

²⁹¹ Meist im Verhältnis zu dem aus der Anwendung der Hochtechnologie vermuteten Nutzen, im Falle der Ablehnung aber auch teilweise ohne Beachtung des potentiellen Nutzens.

vertretbarer (weil sicherer) Nutzung der Kernenergie im Westen und abzulehnender (weil zu wenig abgesicherter) Nutzung der Kernenergie im Ostblock gezogen. Dementsprechend lauten die Äußerungen von Vertretern und Regierungsangehörigen der entsprechenden Parteien sowie der Energieversorgungsunternehmen und deren Verbände. Die Kernenergiekritiker verschärften ihre Sichtweise, sahen durch die Katastrophe ihre These von der Unhaltbarkeit der Kernenergienutzung im Allgemeinen bestätigt (was in Tschernobyl passieren kann, kann überall passieren) und forderten den Ausstieg. Abgestufte Forderungen vom kontrollierten Ausstieg binnen des nächsten Jahrzehnts bis hin zur sofortigen „Normalabschaltung“ aller Kernkraftwerke machten bei den entsprechenden Parteien, Organisationen und Experten die Runde. Wie verhielten sich die hier untersuchten Massenmedien, welche Aussagen lassen sich den Berichten bzw. Kommentaren entnehmen und auf welche Einstellung gegenüber der Kernenergie lässt dies schließen?

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Allein die Wahl bestimmter zitierter Meinungen lässt noch keinen eindeutigen Rückschluss zu, kann aber auf die Nähe der FAZ zu einer kernenergiefreundlichen Meinung deuten: So kommen am 30.4.1986 sowohl das Deutsche Atomforum²⁹² als Interessenvertreter der Kernenergie als auch die Preußen Elektra AG²⁹³ als Kernkraftwerksbetreiber zu Wort. Im Kommentar vom gleichen Tag²⁹⁴ wird die „... *kein Risiko scheuende Haltung* ...“ der Sowjetunion den *von vornherein hohen Sicherheitsanforderungen im Westen* gegenübergestellt – dies entspricht der Sprachweise der Kernenergiebe-

²⁹² FAZ, 30.4.86, S.3, „Bonn vermißt sofortige Meldung des Reaktor-Unfalls“.

²⁹³ FAZ, 30.4.86, S.16, „Preußen Elektra: Deutsche Kernkraftwerke sind sicher“.

²⁹⁴ FAZ, 30.4.86, S.1, „Tschernobyl“.

fürwörter. Der Kommentar der darauffolgenden Ausgabe²⁹⁵ schlägt in die gleiche Richtung, wenn bei sowjetischen AKWs „...von ‚Billig-Reaktoren‘ mit einem beklagenswert niedrigen Sicherheitsstandard ...“ die Rede ist. Des Weiteren scheint dem Kommentator in der BRD eine „... Katastrophe vom Ausmaß Tschernobyls [...] ausgeschlossen“. Diese Aussage betont zweierlei: Zum einen ist dies ein erneuter Hinweis auf den Unterschied zwischen Reaktoren westlicher und russischer Bauart, zum anderen verneint das Wort „ausgeschlossen“ überhaupt die Möglichkeit einer solchen Katastrophe (allerdings auch nur so einer Katastrophe). Am folgenden Tag geht die Berichterstattung²⁹⁶ soweit, eine Gefährdung durch den Konsum von Milch auszuschließen – dabei lässt sich über die Langzeitwirkung auch geringer Dosen von Strahlung eigentlich keine klare Aussage stellen, die wissenschaftlichen Meinungen darüber sind widersprüchlich. Die Berichterstattung am gleichen Tag (3.5.1986) im Wirtschaftsteil²⁹⁷ wirkt angesichts des Unglücks vieler Menschen fehlplatziert: Für die „... mit Agrarüberschüssen geplagten Länder der westlichen Welt ...“ käme der womöglich hoch ausfallende Importbedarf der Sowjetunion an Agrargütern „... einem Glücksfall gleich“. Diese Aussage wirkt in einem doppelten Sinne zynisch: Zum einen wird hier ein durch Subventionen selbst verursachter Überschuss als Plage dargestellt, so als ob sich die hungernden Länder der Dritten Welt als von dieser Plage verschont wissen dürften; zum anderen wird hier dem oft als „Unglück“ bezeichneten Reaktorunfall ein „Glücksfall“ gegenübergestellt – diese Aussage lässt den Respekt vor den Opfern der Katastrophe vermissen. Ein in der nächsten Ausgabe erscheinender Artikel²⁹⁸

²⁹⁵ FAZ, 2.5.86, S.1, „Die Katastrophe und das Schweigen“.

²⁹⁶ FAZ, 3.5.86, S.7, „Wie gefährlich ist die radioaktive Wolke?“.

²⁹⁷ FAZ, 3.5.86, S.13, „Das Reaktorunglück treibt die Agrarpreise hoch“. Daneben wird im Wirtschaftsteil wiederum über die positive Bilanz eines Kernkraftwerk-Bauers berichtet (FAZ, 3.5.86, S.17, „BBC rechnet die Kernkraftwerke ab“).

²⁹⁸ FAZ, 5.5.86, S.2, „Warnung vor Brennesselsuppe“.

beschreibt die beiden Seiten des Kernenergie-Diskurses folgendermaßen: Strahlenschutz-Institut und andere Fachleute bieten *beruhigende Auskünfte*, während *einzelne* Kernkraftgegner mit *Sensationsgeschichten* aufwarten. Diese Beurteilung lässt folgende Schlüsse zu: Zum einen scheint es, als seien die Kernkraftkritiker in der absoluten Minderheit, zum anderen werden hier die sog. fachkundigen Aussagen der Befürworter den Klatschgeschichten der Kritiker gegenübergestellt, so als seien die Kritikermeinungen unsachlich. Dies lässt den Schluss der Parteinahme auf Seiten der Befürworter zu. Im Kommentar vom gleichen Tag²⁹⁹ ist von *nach menschlichem Ermessen sicheren Kernkraftwerken* der BRD mit *äußerst strengen* [Sicherheits-] *Maßstäben* die Rede, wiederum im Gegensatz zu des AKWs in der UdSSR. Des Weiteren sei ein *Restrisiko nach dem Maßstab der „praktischen Vernunft“ bei allen technischen Anlagen hinzunehmen*. Die Phrase der „praktischen Vernunft“ soll wahrscheinlich auf eine vermeintliche Sachlichkeit der Ansicht schließen lassen, vernünftig aber erscheint ein wie bei allen technischen Anlagen hinzunehmendes Restrisiko deswegen nicht, weil sich eine kerntechnische Katastrophe im Gegensatz zu anderen potentiellen Unfällen an technischen Anlagen kaum räumlich und zeitlich eingrenzen lässt. So wird hier versucht, mit einer Sachlichkeit zugunsten der Kernenergie zu argumentieren, die so nicht gegeben ist. Berichte am nächsten Tag³⁰⁰ (6.5.1986) verweisen auf die Möglichkeit der *psychischen Belastung* der Bevölkerung durch *übertriebene Ängste* und raten zum *Verzicht der Ängstigung der Bevölkerung durch abwegige Ratschläge*, wobei mögliche Gefährdungen heruntergespielt werden sollen, wenn darauf verwiesen wird, dass der Mensch trotz natürlicher Strahlung noch nicht ausgestorben sei. Hier wird über die Auswirkungen radioaktiver Strahlung in Abhängigkeit von Dosis und Art hinwegge-

²⁹⁹ FAZ, 5.5.86, S.12, „Fernwirkungen?“.

³⁰⁰ FAZ, 6.5.86, S.2, „Ratschläge und Empfehlungen, die sich allzuoft nicht decken“ sowie „Der Mensch wird aus vielen Quellen bestrahlt – nicht erst seit Tschernobyl“.

täuscht. Der Kommentar vom gleichen Tag³⁰¹ bleibt argumentativ wieder an den Vortagen, wenn die Vergleichbarkeit deutscher und russischer Anlagen in Zweifel gezogen wird. Andererseits wird hier aber nicht die Risiko-Freiheit der Kernenergie postuliert, sondern das schon immer vorhandene Wissen um das sie umgebende Risiko, welches im Hinblick auf den Nutzen in Kauf genommen wurde. Allein am letzten Tag (7.5.1986) des Betrachtungszeitraums klingen kernkraftkritische Stimmen in der FAZ an. Zum einen werden zwei sich gegenüberstehende Leserbriefe von Fachleuten abgedruckt.³⁰² Zum anderen enthält der Kommentar³⁰³ eine ungewöhnlich kritische Note, so wird dort denjenigen *kurzsichtiges Denken* attestiert, die weiterhin an die *Beherrschbarkeit der Atomspaltung glauben* und das Problem lediglich bei den zu verbessernden Sicherheitsvorkehrungen sehen.

Bis in der zuletzt geschilderten Ausnahme verbleibt die FAZ in Berichten, insbesondere aber in Kommentaren bei ihrem Sprachgebrauch, der eine Nähe zu den Befürwortern der Kernenergie nahelegt. Die Risiken der zivilen Nutzung der Kernenergie werden als hinnehmbar dargestellt, der Beitrag zur Stromerzeugung als wichtig und als im Hinblick auf die entstehenden Einbußen unverzichtbar. Mehrfach wird die Sicherheit der Kernkraftwerke in der BRD, gerade im Gegensatz zu denen in der UdSSR, als lobenswert hoch dargestellt. Die in den untersuchten Ausgaben geschalteten Anzeigen entstammen der Kernkraftindustrie. Auffällig ist die im Vergleich zu den beiden anderen Zeitungen geringe Anzahl an Artikeln, die sich mit dem Thema Kernenergie beschäftigen. Zudem gibt es relativ wenige Artikel zum Thema Kernenergie, die sich nicht auf Tschernobyl beziehen; wenn, dann

³⁰¹ FAZ, 6.5.86, S.1, „Nichts ohne Risiko“.

³⁰² FAZ, 7.5.86, S.7, pro: „Ihrer Verantwortung bewußt?“ (Prof. Dr. Wolfgang Büchel, Bochum), kontra: „Zur Katastrophe von Tschernobyl“ (Prof. Dr. Jens Scheer, Bremen).

³⁰³ FAZ, 7.5.86, S.25, „Wir Trojaner“.

sind es meist wirtschaftliche Meldungen. Unterstellt man eine der Kernenergie über freundliche Einstellung, so wäre eine Deutungsmöglichkeit der eher geringen Anzahl an Artikeln, dass ein nach der Katastrophe schon stark geschädigtes Image der Kernenergie nicht noch durch vermehrte Berichterstattung geschwächt werden soll. Insgesamt decken sich die in der FAZ getroffenen Aussagen zum Thema Kernenergie mit denen des politisch liberal-konservativen, kernkraftfreundlichen Milieus.

Süddeutsche Zeitung

Interessanterweise kommt wie in der FAZ auch in der SZ ein Kernkraftwerksbetreiber am Tag nach der ersten spärlichen Berichterstattung (30.4.1986) zu Wort³⁰⁴; hier ist es die Bayernwerk AG³⁰⁵: In dem Artikel im Wirtschaftsteil bezeichnet der Betreiber seine KKWs als „... *höchst zuverlässig und kostengünstig*“ und betont den Unterschied zwischen deutschen und russischen Kernkraftwerken. In die gleiche Richtung geht der Kommentar vom gleichen Tag, wenn dort betont wird, dass es „... in der Sowjetunion [...] noch nie eine offene Diskussion zwischen Freunden und Gegnern der Kernenergie gegeben [hat], die im Westen ein *Übermaß an Reaktorsicherheit* gezeugt hat.“ Damit wird nochmals der Unterschied zwischen deutschen und russischen Sicherheitsstandards betont; weiterhin deutet der Begriff „Übermaß“ ein „zu viel“ an Sicherheit an. Der Interviewpartner des Ta-

³⁰⁴ SZ, 30.4.86, S.38, „Bayernwerk schwört auf die Kernenergie“.

³⁰⁵ Genau diese beiden in der SZ und FAZ genannten Kernkraftwerksbetreiber, Bayernwerk und Preußen Elektra, fusionieren im Jahr 2000 zu E.on – einem der vier großen deutschen Stromproduzenten (neben RWE, Vattenfall und EnBW). Die Bayernwerk AG war zu dem Zeitpunkt Anteilseigner an den KKWs Isar I (50%), Grafenrheinfeld (100%) sowie Grundremmingen B und C (jeweils 25%) und baute zudem mit an Isar II (50%); dieser Neubau (Fertigstellung 1988) wurde aufgrund des weiter steigenden Stromverbrauchs im Artikel gerechtfertigt.

ges³⁰⁶ beschäftigt sich vor allem mit dem möglichen Geschehen vor Ort in Tschernobyl und verweist nur auf den im Westen üblichen, in Tschernobyl wahrscheinlich fehlenden Sicherheitsbehälter (Containment)³⁰⁷ und gibt keine weiteren Aussagen zur Kernenergie allgemein ab. Kritische Aussagen zur Kernenergie klingen in einem anderen Artikel³⁰⁸ an. Dort wird die Fachpresse der Kernenergie in der BRD („Atomwirtschaft“, Dezember 1983) zitiert, in der es über den in Tschernobyl verwendeten Reaktortyp (RBMK-1000) heißt: *„Die Verlässlichkeit des ganzen Systems ist sehr hoch ...“*; als Beweis der Sicherheit der Reaktoren in Ost und West galt bisher (so steht es im Artikel), *„... daß noch nichts Schreckliches passiert ...“* sei – *„Jetzt weiß man es besser. Aber um welchen Preis?“*. Dieser Artikel schließt aus dem bisherigen Lob der westlichen Presse für den russischen Reaktor auf mögliche Unsicherheiten auch bei westlichen KKWs und ist insofern als kritisch gegenüber der Kernenergie allgemein zu werten. Auch der Kommentar³⁰⁹ in der folgenden Ausgabe vom 2.5.1986 ist eher kritisch zu werten: Während die schlechte Informationspolitik und die „Anbetung der Großtechnik“ in der UdSSR kritisiert werden, wird das Beschwören der Sicherheit westlicher Reaktoren als peinlich gewertet. Zwar wird sowohl ein sofortiges Aus aller Kern-

³⁰⁶ SZ, 30.4.86, S.8 f., „Die Russen geben keine Information“, Interviewpartner war Prof. Birkhofer, Direktor des Instituts für Reaktorsicherheit an der TU München.

³⁰⁷ Dieser Sicherheitsbehälter, der die Radioaktivität erstmal hätte zurückhalten können, fehlte in Tschernobyl tatsächlich und wurde z.B. bei den finnischen Reaktoren russischer Bauart aus den USA angeliefert und nachgerüstet. Die zumindest zeitweilige Zurückhaltung der Radioaktivität durch einen Sicherheitsbehälter ist im Vergleich zum sofortigen Austritt der Radioaktivität neben dem verlängerten Handlungsspielraum für Maßnahmen, wie z.B. Evakuierungen, wünschenswert, da so ein Teil der radioaktiven Isotope schon im Behälter zerfallen kann – das radioaktive Isotop Jod-131 hat eine Halbwertszeit von 8,5 Tagen, so dass nach diesem Zeitraum die Hälfte des Stoffes zerfallen ist.

³⁰⁸ SZ, 30.4.86, S.8, „Im Prinzip war RBMK 1000 ein zuverlässiges System“.

³⁰⁹ SZ, 2.5.86, S.4, „Ausstrahlungen einer Katastrophe“.

kraftwerke, aber auch ein Einstieg in die Brüter-Technologie negativ beurteilt. Abschließend werden Politiker und Wissenschaftler aus West und Ost für das Verschweigen von Kosten und Risiken kritisiert. Der Kommentar ist insofern als allgemein kernenergiekritisch zu werten, als dass er auch die westliche Seite für ihr bisheriges Verhalten kritisiert. Die Berichterstattung am folgenden 3.5.1986 zitiert den Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission³¹⁰, der zwar „keine akute Gefahr“ sieht, aber die Unabsehbarkeit von Spätfolgen betont und deswegen dazu rät, „... jede Maßnahme einer Gefahrenminimierung zu treffen.“ In einem weiteren Artikel³¹¹ wird ein Münchner Ingenieurbüro zitiert, welches konkrete Gesundheitsschäden (wie den Anstieg der Schilddrüsensenkrebsrate um 2 Fälle pro Tag im Großraum München) befürchtet – im gleichen Artikel verlauten Münchner Behörden, dass *keine akute Gefahr* bestehe. Unterschiede zum Wortlaut der FAZ lassen sich ausmachen; vermehrt kritische Stimmen kommen in der SZ zu Wort. Auch in der nächsten Ausgabe (5.5.1986) werden sowohl kernkraftkritische als auch -befürwortende Stimmen zitiert. Des Weiteren geht die Berichterstattung der SZ mehr in die Breite: Am gleichen Tag gibt es auch Meldungen über Anti-Kernkraft-Demonstrationen³¹², einen Störfall in Großbritannien³¹³ und gerichtliche Klagen gegen den Bau des AKWs Cattenom in Frankreich³¹⁴. Im Kommentar des Tages zum Thema³¹⁵ wird

³¹⁰ Zitiert wird Prof. Oberhausen, Vorsitzender der Strahlenschutzkommission; SZ, 3.5.86, S.1, „Bonn beschließt erste Vorsorgemaßnahmen“.

³¹¹ SZ, 3.5.86, S.17, „Im Zweifelsfall auf Nummer Sicher gehen“.

³¹² Sowohl gegen den Bau der WAA in Wackersdorf (SZ, 5.5.86, S.19, „Erst Notstrom, dann Tränengas“), als auch allgemein gegen die Nutzung der Kernenergie (SZ, 5.5.86, S.6, „Ein Alptraum wurde Wirklichkeit“).

³¹³ SZ, 5.5.86, S.5, als Absatz „Störfall in britischem Atomkraftwerk verschwiegen“ unter dem Artikel „Vorübergehende Einfuhrverbote für Ost-Produkte“.

³¹⁴ SZ, 5.5.86, S.5, „Auch Trier klagt gegen Kernkraftwerk Cattenom“.

³¹⁵ SZ, 5.5.86, S.4, „Reaktoren und Raketen“.

wiederum Kritik am politischen System der UdSSR und den Folgen für die Informationspolitik und Reaktorsicherheit laut; weiter heißt es, dass die „... *gesunde Angst* vor den Regierten ...“ dazu geführt habe, dass es im Westen keine Reaktoren von der Art des Tschernobyl-Reaktors gebe. Die Tonart des Kommentars deutet somit auf eine eher kernenergiefreundliche Sichtweise, da er – wie die westlichen Kernenergiebefürworter zu der Zeit allgemein – das Problem *nur* in den mangelhaften Sicherheitsstandards der KKWs sowjetischer Bauart sieht. Am folgenden Tag (6.5.1986) ist vor allem ein Artikel³¹⁶ hervorzuheben, in dem das alternative Ifeu-Institut zitiert wird, welches die derzeitigen Grenzwerte als 50-fach zu hoch ansieht und vor der dadurch vor allem für Kleinkinder entstehenden Belastung warnt. Der Kommentar zum Thema an diesem Tag³¹⁷ klingt besonders kritisch³¹⁸: Zu spät eingesetzte und für zu hoch befundene Grenzwerte, Kritik an Begriffen wie vermeintlich nicht vorhandener *akuter Gefahr* und *Restrisiko*, deutsche KKWs werden als nur „*ziemlich sicher*“ bezeichnet – nicht ohne anschließenden Hinweis auf die zu vermeidenden *unnötigen Risiken* bei der Nutzung der Kernenergie, insbesondere der Plutoniumwirtschaft. Im Gegensatz dazu scheint die Anzeige des Kernkraftwerkbetreibers, der Bayernwerk AG³¹⁹: Im Text der Anzeige ist wiederum von *höchst zuverlässigen und kostengünstigen* Kernkraftwerken und deren Bedeutung für das stabile Wirtschaftswachstum in Bayern die Rede. Die

³¹⁶ SZ, 6.5.86, S.1, „Kritik an Grenzwerten für Lebensmittel“.

³¹⁷ SZ, 6.5.86, S.4, „Umgang mit dem Unwahrscheinlichen“.

³¹⁸ Allein der erste Absatz stellt sehr gut den Zusammenhang von Statistiken und Wahrscheinlichkeiten und deren Bewandnis für das tägliche Leben dar: „Niemand hat damit gerechnet, daß sich tatsächlich das ereignen würde, was zwar möglich schien, aber doch sehr unwahrscheinlich war. Selbst die Physiker der Strahlenschutzkommission, mit *Wahrscheinlichkeitsrechnungen* wohl vertraut, haben nicht bedacht, was doch jedem Statistiker selbstverständlich sein müsste: ‚Irgendwo und irgendwann‘ kann auch ‚hier und heute‘ sein oder eben Samstag, der 26. April in Tschernobyl.“

³¹⁹ SZ, 6.5.86, S.28, „Mehr Wohlstand durch stabile Strompreise in Bayern – Strom für Bayern – BAYERNWERK“.

Artikel am 7.5.1986 erscheinen ausgewogen³²⁰, dazu kommt, dass die Auswahl der Leserbriefe sowohl befürwortende als auch kritische Stimmen enthält. Der Tageskommentar zum Thema³²¹ setzt sich kritisch mit dem Vorgehen und der Unsicherheit der deutschen Behörden auseinander. Wiederum aber befindet sich eine Anzeige der Atomindustrie in dieser Ausgabe³²², in der unter dem Deckmantel der Fragestellung „Strom aus Sonne, Wind und Wasser: Wieviel ist möglich?“ der *international vorbildliche Sicherheitsstandard* der deutschen Kernkraftwerke betont wird.

Die Berichte zum Thema Kernenergie wirken in der SZ ausgewogen, in den Kommentaren ist in der Gesamtheit eine Tendenz zur kritischen Einstellung spürbar. Auch wenn nicht der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie unterstützt wird, so zumindest aber der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft. Insgesamt ist die Bandbreite der Berichterstattung zum Thema Kernenergie groß und geht über den Themenkreis Tschernobyl hinaus, was auf eine hohe Bereitschaft zur Beteiligung an der Kernenergiekontroverse schließen lässt. Teilweise wird der Aspekt der Unsicherheit gerade der KKW russischer Bauart betont, andere Artikel verweisen aber auch auf die Risiken der deutschen kerntechnischen Anlagen. Die Schaltung der Anzeigen in den untersuchten Ausgaben ist identisch mit denen in der FAZ. Anders als dort scheint es aber hier, als solle nicht das kernenergiefreundliche Klientel eingeschworen, sondern vielmehr das noch offene Terrain der Kernenergiekontroverse bearbeitet werden.

³²⁰ Es ist wiederum ein Artikel dabei, der sich kritisch mit der WAA in Wackersdorf auseinandersetzt und über ein Gutachten berichtet, welches möglicherweise von falschen Daten ausgeht (SZ, 7.5.86, S.15, „Streitfall Jod in Wackersdorf“). Bemerkenswert daran ist die Vielfältigkeit, in der die Kernenergiekontroverse thematisiert wird – gerade im Gegensatz zur FAZ.

³²¹ SZ, 7.5.86, S.4, „Ein Fallout von offenen Fragen“.

³²² SZ, 7.5.86, S.23, der Verein Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V. inseriert unter der Überschrift: „Strom aus Sonne, Wind und Wasser: Wieviel ist möglich?“.

die tageszeitung

Die Berichterstattung in der TAZ schien unter einem zu frühen Redaktionsschluss gelitten zu haben, als am ersten Tag des Untersuchungszeitraums (29.4.1986) im Gegensatz zu den anderen Zeitungen noch nicht über Tschernobyl, sondern nur von der Räumung eines schwedischen Atomkraftwerks berichtet wurde³²³. Umso stärker wurde in den folgenden Tagen nicht nur über Tschernobyl, sondern über die Kernenergie im Allgemeinen berichtet, wofür die Anzahl der Artikel, gerade im Verhältnis zur Seitenzahl³²⁴, einen Hinweis liefert. Schon das Interview³²⁵, welches am folgenden Tag abgedruckt wurde, spiegelt (wie sich im Weiteren sehen lässt) die durch die TAZ vermittelte Meinung wider, wenn es dort vom Interviewpartner Prof. Jens Scheer³²⁶ heißt, dass „...man sich mit ein bißchen Phantasie *so einen Unfall auch hier vorstellen kann ...*“ und er deswegen die „... *sofortige Stilllegung aller [kerntechnischen] Anlagen ...*“ fordert. So geht auch der Kommentar des Tages³²⁷ in die gleiche Richtung: Betont wird, dass „...das, was dort geschah, bei uns zwar *weniger wahrscheinlich*, aber deshalb *nicht unmöglich* ist.“ Im Hinblick auf die Katastrophe und die Handlungsweise der sowjetischen Regierung wird die UdSSR in dem Kom-

³²³ TAZ, 29.4.86, S.1, „Schwedisches AKW strahlt“. Die offizielle Unfallmeldung der TASS wurde laut FAZ um 21:02 Uhr Ortszeit im sowjetischen Fernsehen verlesen (FAZ, 29.4.86, S.1, „Moskau bestätigt Unglück in Atomkraftwerk“).

³²⁴ Während die TAZ-Ausgaben im entsprechenden Zeitraum 20 bis 28 Seiten stark waren, hatten die FAZ-Ausgaben 28 bis 40 Seiten sowie bis zu 80 Seiten starke Beilagen und die SZ-Ausgaben zwischen 44 und 68 Seiten plus eventuelle Beilagen, die Wochenendausgabe vom 3.5.1986 war sogar 138 Seiten stark – sie bestand aber in etwa zur Hälfte aus Anzeigen.

³²⁵ TAZ, 30.4.86, S.3, „Bundesdeutsche AKW´s nicht weniger anfällig“.

³²⁶ Prof. Dr. Jens Scheer, Atomphysiker von der Universität Bremen, ist auch der Verfasser des am 7.5.86 in der FAZ abgedruckten kernkraftkritischen Briefs „Zur Katastrophe von Tschernobyl“.

³²⁷ TAZ, 30.4.86, S.4, „Atomstaat Sowjetunion“.

mentar – in Anspielung auf das gleichnamige Buch von Robert Jungk – als „Atomstaat“ bezeichnet. An diesem und den folgenden Tagen wird immer wieder wortspielhaft mit dem Begriff der radioaktiven Strahlung umgegangen.³²⁸ Der Kommentar der nächsten Ausgabe (2.5.1986)³²⁹ bezeichnet die Kernenergie als „... letztlich doch *nicht beherrschbar*“ und nennt den „... Mißbrauch der Atom-Kritiker zum Beweis der vielfach besseren, oder wie Minister Riesenhuber wußte, der *absoluten Sicherheit* westlicher Atomanlagen ...“ als zynisch. Allein schon die Überschriften der Artikel an diesem Tag sind oftmals kritisch gehalten (z.B. „Mißtraut den Offiziellen“, „Das Entsetzliche wird verharmlost“, „WAA-Widerstand jetzt erst recht“), die setzt sich in den nächsten Ausgaben fort (so z.B. am Folgetag: „Auch Niedrigstrahlung ist *gefährlich*“, „Kein Licht erlischt bei Atomverzicht“ – in Anspielung auf den möglichen Ausstieg – oder als Zitat in der Interview-Überschrift „Stufenweiser Abbau aller Atomanlagen“). Einer dieser Artikel vom 3.5.1986³³⁰ warnt: „Jede zusätzliche Strahlung ist gefährlich“ und schließt daraus, dass sich mit dieser Erkenntnis „... mit der *friedlichen Nutzung der Kernenergie*‘ nicht vereinbaren läßt.“ Gleich 3 Kommentare vom gleichen Tag beschäftigen sich mit dem Thema, ein Kommentar³³¹ sieht im Unterschied zwischen Ost („Eisiges Schweigen“) und West („hermetische Desinformation der Nachrichtenflut“) keinen Unterschied für die daraus folgenden Konsequenzen: „... Ost und West [sind] auf längst aufgegebene Instrumentarien angewiesen: Glaube, Ahnung, Hoffnung.“ Diese Aussage steht im Gegensatz zu dem in den anderen Zeitungen ausgesprochenen Lob der westlichen

³²⁸ So z.B. in den Überschriften der Artikel „Da *strahlen* Demonstranten“ (TAZ, 2.5.86, S.1), „Milch macht munt're Menschen *radioaktiv*“ (TAZ, 3.5.86, S.1), „Nicht nur die Sonne *strahlt* im Freibad“ (TAZ, 5.5.86, S.5) oder „Vertrauen *zerstrahlt*“ (TAZ (Berlin), 5.5.86, S.20). Diese Aufzählung ließe sich erweitern.

³²⁹ TAZ, 2.5.86, S.4, „Komplizenschaft“.

³³⁰ TAZ, 3.5.86, S.3, „Auch Niedrigstrahlung ist gefährlich“.

³³¹ TAZ, 3.5.86, S.4, „Glaubenskrieg“.

Demokratien und der damit verbundenen Informationsfreiheit. Am gleichen Tag inseriert die kernkraftkritische Aktion „Appell an die Vernunft“ eine ganzseitige Anzeige. In der Ausgabe vom 5.5.1986 ist neben der üblichen Berichterstattung ein Essay vom Atomkritiker Robert Jungk³³² zu lesen, daneben schließt ein Artikel³³³ mit einem Demonstrationsaufruf („Deshalb: Demonstration am ...“). Auch auf der letzten Seite im Berliner Teil ist ein Demonstrationsaufruf zu finden. Einer der Kommentare³³⁴ des Tages sieht die „Effektive Primärprävention“ zur „Verhinderung von Unfällen in AKWs“ in „deren Abschaltung“. Am gleichen Tag wird über den Widerstand gegen Zwischen- und Endlager in den USA berichtet.³³⁵ Die durchaus kritische Berichterstattung setzt sich auch am nächsten Tag (6.5.1986) fort, so ist auch der Ausdruck³³⁶ „... nur in konservativ regierten Bundesländern soll alles nicht gefährlich sein ...“ ironisch zu verstehen. Die Berichterstattung bleibt vielfältig, da nicht nur über Tschernobyl berichtet wird. Am letzten Tag des Untersuchungszeitraums (7.5.1986) ist neben der kritischen Berichterstattung³³⁷ ein Bild auf Seite 4 mit der Aufschrift *„Strahlentod – nein danke!“* hervorzuheben, wo nochmals die Positionierung der TAZ in der Kernenergiekontroverse deutlich wird.

Wie in keiner anderen der untersuchten Zeitungen kommt die in der TAZ vertretene Meinung zum Ausdruck, die eindeutig kernkraftkritisch ist. So wird zwar die Sowjetunion für ihr Verhalten in der Katastrophe einschließlich der mangelhaften Informationspolitik kritisiert, daraus wird aber im

³³² Robert Jungk ist Autor des oben erwähnten Buches „Atomstaat“.

³³³ TAZ, 5.5.86, S.5, „Trimm dich fit – gegen AKW Wyhl“.

³³⁴ TAZ, 5.5.86, S.4, „Alle reden – eine schweigt“.

³³⁵ TAZ, 5.5.86, S.8, „Wir wollen den Atommüll nicht“.

³³⁶ Aus dem Artikel „Warten auf den großen Wind“ (TAZ, 6.5.86, S.1).

³³⁷ So wird z.B. in dem Artikel „Grünen-Minister Fischer kuschelt vor SPD“ der damalige hessische Umweltminister Joschka Fischer für seine zurückhaltende Art gegenüber dem hessischen Ministerpräsidenten und Biblis-Befürworter Holger Börner (SPD) gerügt.

Umkehrschluss kein Lob der westlichen demokratischen Regierungen. Als Interviewpartner werden durchweg Kernkraftkritiker genutzt. Auch die geschalteten Anzeigen der Kernkraftgegner und die Anti-AKW-Demonstrationsaufrufe sprechen für die kritische Haltung. Neben der ausgiebigen Berichterstattung zum Thema Tschernobyl findet auch der Rest der Kernenergiekontroverse ausreichend Platz. Dies kann durchaus als spiegelbildlich zur im Verhältnis eher zurückhaltenden Berichterstattung in der FAZ interpretiert werden: Die TAZ berichtet ausführlich, um die Kernenergiekontroverse in Gang zu halten. Die in der TAZ getroffenen Aussagen sind durchweg kernkraftkritisch, die zivile Nutzung der Kernenergie wird eindeutig als *zu riskant* angesehen. Das Meinungsbild in der TAZ deckt sich somit mit dem politisch alternativen Milieu, so wie es beispielsweise von der Basis der atomenergiekritischen Grünen vorgegeben wird.

Zusammenfassung

Die Berichterstattung der 3 untersuchten Zeitungen im Zeitraum kurz nach der Katastrophe von Tschernobyl weist deutliche Unterschiede in der Betrachtung der Risiken der zivilen Nutzung der Kernenergie aus. Es lassen sich daraus 3 unterschiedliche Empfehlungen zum Umgang mit der Kernenergie ableiten, die sich ähnlich im politischen Feld wiederfinden. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* betont den Unterschied zwischen Kernreaktoren westlicher und russischer Bauweise und entspricht damit der Argumentationskette der Kernenergiebefürworter. Zwar wird nicht der weitere Ausbau der Kernenergie gefordert, die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke sowie deren Unverzichtbarkeit im Energiemix gilt aber als gegeben. Die Risiken der Kernenergienutzung werden somit als *hinnehmbar* dargestellt. Dies entspricht der Haltung der CDU auf Partienebene. Die *Süddeutsche Zeitung* präsentiert ein relativ ausgewogenes Bild, wobei auch dort der Unterschied in der Bauart der Kernreaktoren betont wird. Andererseits bleiben kritische Kommenta-

re nicht aus. Während über die Hinnehmbarkeit der Risiken der Kernenergie in den bisher in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken keine eindeutige Aussage feststellbar ist, so wird doch der Einstieg in die als riskanter geltende so genannte „Plutoniumwirtschaft“ (also die Inbetriebnahme von Wiederaufarbeitungsanlagen und Schnellen Brütern) als *unnötig riskant* dargestellt. Politisch gesehen lässt sich dieses Meinungsbild am ehesten der SPD zuordnen, da sich in ihren Reihen einige Befürworter der bisherigen Kernenergienutzung wiederfinden (z.B. der hessische Ministerpräsident Börner), auch wenn sich die Meinung der Partei auf dem folgenden Nürnberger Parteitag im August 1986 radikalisiert und den Ausstieg aus der Kernenergie als Ziel setzt. Die in der *tageszeitung* zum Ausdruck kommende Meinung ist eindeutig als kernkraftkritisch anzusehen. Die Risiken der Kernenergienutzung werden in Berichten und Kommentaren (ebenso wie in den Interviews und geschalteten Anzeigen) als *nicht (länger) hinnehmbar* dargestellt. Die Forderung nach dem Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wird durchweg vertreten. Die Berichterstattung beschränkt sich dabei nicht nur auf die Katastrophe in Tschernobyl, sondern thematisiert auch andere kerntechnische Felder wie den Bau neuer Kernkraftwerke in Wyhl oder Cattenom und den Protest an den vermeintlichen Standorten Gorleben (Zwischen- bzw. Endlager) und Wackersdorf (Wiederaufarbeitungsanlage). Es wird sogar zu Anti-Atomkraft-Demonstrationen aufgerufen. Die vertretene Meinung lässt sich politisch vor allem der Grünen Partei zuordnen³³⁸, die ihre Basis neben der Friedensbewegung auch in der Anti-Atomkraft-Bewegung hat.

³³⁸ Das heißt natürlich nicht, dass eine Partei wie die Grünen von Kritik verschont bleibt, siehe die Kritik am hessischen Umweltminister Joschka Fischer in der TAZ vom 7.5.1986, S.3, „Grünen-Minister Fischer kuschelt vor SPD“. Die Kritik richtet sich an dieser Stelle aber an der Tolerierung der in Hessen laufenden Atomkraftwerke unter grüner Regierungsbeteiligung und entspricht damit der Haltung der Grünen Basis.

3.3. ZEHN JAHRE NACH TSCHERNOBYL (1996)

Nächster Ausgangspunkt der Untersuchung ist der zehnte Jahrestag des Reaktorunfalls in Tschernobyl (26.4.1996). Untersucht werden neben der Ausgabe dieses Tages jeweils 3 Ausgaben davor und danach, so dass auch hier wie im Ausgangsjahr 1986 insgesamt 7 Ausgaben untersucht werden. Der Bezug zum Jahrestag des Unfalls ermöglicht es, die Artikel ebenfalls in Artikel mit und ohne Bezug zu Tschernobyl einzuteilen. Von einem Vergleich mit anderen möglichen Daten, wie z.B. der Bundestagswahl 1998, nach der eine rot-grüne Regierungskoalition gebildet wurde, die u.a. den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie beschloss, wurde abgesehen. Einerseits war die Anzahl der relevanten Artikel um den Stichtag (Tag der Bundestagswahl war der 27.9.1998) zu gering, andererseits wäre es nicht möglich gewesen, einen Bezug zum Unfall von Tschernobyl herzustellen. Das folgende Balkendiagramm zeigt eine Verteilung der Anzahl der Artikel über den Untersuchungszeitraum an.

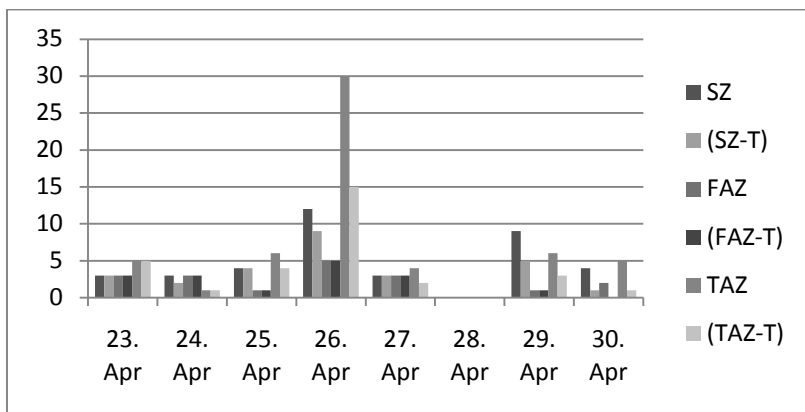


Abbildung 8: Artikel mit Bezug zur Kernenergie – 1996
(davon „-T“ mit Bezug zu Tschernobyl; eigene Darstellung)

Auch hier wurde wie im Ausgangsjahr 1986 nur die Anzahl und nicht die Länge der Artikel als quantitatives Merkmal der

Untersuchung betrachtet. Bei der TAZ wurde die in der TAZ am 26.4.1996 auf den Seiten 11-14 erschienene Zeitung *Restrisiko*³³⁹ mitsamt ihren Artikeln der TAZ zugerechnet.

Ebenso wie im Ausgangsjahr liegt der besondere Fokus der Betrachtung auf der qualitativen Untersuchung. Anders als im Ausgangsjahr soll hier aufgrund der geringeren Anzahl an Artikeln und der schon klaren Sachlage³⁴⁰ auf die Unterscheidung nach den einzelnen Ausgabtagen verzichtet und nur auf die Betrachtung der jeweiligen Zeitung eingegangen werden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Ähnlich wie im Ausgangsjahr 1986 zeigt die FAZ das geringste Interesse am Thema Kernenergie bzw. Tschernobyl, wenn man die Anzahl der Artikel im Untersuchungszeitraum als Indikator wählt. So war der mit Artikeln zum Thema reichste Tag, der 26.4.1996, mit 5 Artikeln relativ schwach ins Thema vorgedrungen (Zum Vergleich: Die SZ veröffentlichte am gleichen, ebenfalls thematisch stärksten Tag 12 Artikel, die TAZ sogar 30). Gleich am ersten Untersuchungstag (**23.4.1996**) kam unter der Rubrik „Fremde Federn“ die damalige Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Angela Merkel zu Wort.³⁴¹ Dort heißt es u.a.: *„Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist nur verantwortbar, wenn die Sicherheit oberste Priorität hat.“* Die auf

³³⁹ *Restrisiko, Zeitung aus der Anti-Atom-Bewegung*, 3. Ausgabe vom 26.4.1996, herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. und der Verdener Umweltwerkstatt e.V.

³⁴⁰ Im Gegensatz zum Untersuchungszeitraum 1986, als sich auch aufgrund der Informationspolitik der Sowjetunion die Ausgangslage täglich änderte bzw. die über den Unfall zur Verfügung stehenden Informationen sich täglich erweiterten, ist die Sachlage 1996 längst klar. Die Anzahl der Artikel ist viel übersichtlicher und die Zeitungen setzen bei vorausgesetzter gleicher Informationslage über das Unfallgeschehen eigene Schwerpunkte der Berichterstattung.

³⁴¹ FAZ, 23.4.96, S.3, „Die Sorge des Westens, nicht sein Diktat“.

den ersten Blick in Bezug auf die Kernenergienutzung einschränkende Äußerung leitet im Folgenden eine Empfehlung der weiteren Nutzung der Kernenergie in Deutschland ein. So sei die Nutzung in der BRD nicht nur verantwortbar, sondern unter Klimaschutz-Aspekten auch unentbehrlich³⁴². Da mit weltweit 500 Kernkraftwerken³⁴³ die Kernenergie „... fester Bestandteil des Energiemix vieler Länder ist ...“, wäre es für Deutschland wichtig, an dieser Technologie festzuhalten, um die weltweiten Sicherheitsstandards beeinflussen zu können. Die Betonung in diesem Artikel liegt also auf dem in Deutschland so hohen *Sicherheitsstandard*³⁴⁴. Die beiden anderen Artikel dieses Tages beschäftigen sich mit vorangegangenen Fernsehsendungen. In einem der beiden wird der Versuch einer Fernsehsendung kritisiert, Strahlenwerte und Missbildungsrate bei Kindern in Deutschland nach Tschernobyl in Zusammenhang zu bringen.³⁴⁵ In der folgenden Ausgabe der FAZ vom **24.4.1996** wird neben Bränden in der

³⁴² Über die Auswirkungen der Kernkraft auf den Klimaschutz streiten die Experten. Kernkraftkritiker behaupten, dass die Kernenergie unverhältnismäßig stark ausgebaut werden müsste, um einen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können, da ihr Anteil an der Primärenergieerzeugung zu gering sei. Zudem ist umstritten, wie viel CO₂ bei der Produktion von Strom aus Kernenergie anfällt, je nachdem, ob man z.B. den Bau des KKWs mit einbezieht.

³⁴³ Die im Artikel genannte Zahl ist zu hoch gegriffen: It. MICHAELIS/SALANDER 1995, S.412, waren im Jahr 1994 weltweit 428 Leistungsreaktoren aktiv. Nur wenn man die im Bau befindlichen Reaktoren (62) mitrechnet, kommt man auf eine annähernd so hohe Zahl (490). Ein Kernkraftwerk besteht aber meistens aus mehreren Reaktoren, so dass die Formulierung, es gebe weltweit 500 Kernkraftwerke (auch unter Hinzurechnung der im Bau befindlichen) zumindest irreführend ist, zumal jedes Jahr auch einige Reaktoren außer Betrieb gehen.

³⁴⁴ Wenn man zurück zum Anfang des Artikels schaut („Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist nur verantwortbar, wenn die Sicherheit oberste Priorität hat“), so wird nach der Feststellung der in Deutschland üblichen hohen Sicherheitsstandards daraus: „Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist [...] verantwortbar, ...“.

³⁴⁵ FAZ, 23.4.96, S.38, „Die wirklichen Opfer sind fern“. Kritisiert wurde die Sendung „Nachtjournal Spezial“, die am Vortag auf RTL ausgestrahlt wurde.

Nähe von Tschernobyl, die wahrscheinlich durch Besuche ehemaliger Bewohner zustande gekommen sind³⁴⁶, über die wiederkehrende Selbstversorgung um Tschernobyl und die wahrscheinlichen Opferzahlen berichtet. Im Artikel um die vermehrt einhergehende Selbstversorgung³⁴⁷ wird die Schuld dafür den „... maroden Volkswirtschaften ...“ der ehemaligen Sowjetunion zugeschrieben. Für die Menschen sei aber die zusätzliche Belastung *keine Gefahr*, da sie unter den in Deutschland zulässigen Werten für beruflich Strahlen-exponierte liege.³⁴⁸ Der Artikel³⁴⁹, der sich mit den Opferzahlen von Tschernobyl auseinandersetzt, kritisiert die als zu hoch angesehenen Zahlen als Meinungsmache: „Je sachlicher die Analyse, desto größer anscheinend der Verdacht, hier werde das wahre Ausmaß heruntergespielt. Vor dem Hochspielen hat man weniger Scheu.“ Des Weiteren deutet der Artikel die vermeintlich hohe Suizid- und Gewaltopfer-rate unter den Liquidatoren³⁵⁰ als Grund für die hohe Todeszahl unter ihnen und meint: „Das läßt auf eher psychische

³⁴⁶ FAZ, 24.4.96, S.9, „Brände in der Nähe von Tschernobyl“.

³⁴⁷ FAZ, 24.4.96, S.N1, „Strahlendes Cäsium im Garten“. Mit *Selbstversorgung* ist der Zwang der von radioaktiven Niederschlägen betroffenen Bewohner Weißrusslands, Russlands und der Ukraine gemeint, sich selbst wie früher mit selbstangebautem Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten zu versorgen.

³⁴⁸ Die hier gewählte Formulierung, es gehe keine Gefahr von der zusätzlichen Belastung aus, da die Grenzwerte unterschritten würden, ist irreführend, da Grenzwerte in Bezug zu *tolerierbaren*, nicht zu *ungefährlichen Belastungen* eingesetzt werden. Grundsätzlich ist jede zusätzliche Belastung gefährlich.

³⁴⁹ FAZ, 24.4.96, S.N1, „Schlimm genug“.

³⁵⁰ Als *Liquidatoren* wurden die schätzungsweise 600.000 bis 800.000 Aufräumarbeiter von Tschernobyl bezeichnet. Zu ihnen liegen keine eindeutigen Statistiken vor, es handelte sich u.a. um eingezogene Soldaten aus allen möglichen Teilrepubliken der Sowjetunion. Natürlich gab es bei einer so großen, plötzlich anfallenden Zahl notwendiger Helfer weder ausreichend Schutzanzüge, noch Messgeräte, um die Intensität der Strahlung zu messen. Die räumliche Verteilung erschwert zusätzlich die Aussage über mögliche Opferzahlen unter den Liquidatoren.

als auf strahlenbedingte Ursachen schließen.“³⁵¹ In der folgenden Ausgabe (**25.4.1996**) ist neben einem weiteren Artikel zu den Waldbränden in der Nähe von Tschernobyl³⁵² nur eine Anzeige des Informationskreises Kernenergie unter der Überschrift „Tschernobyl – was wirklich geschah“.³⁵³ Die Ausgabe vom **26.4.1996** beinhaltet die meisten Artikel mit Bezug zum Thema Kernenergie der FAZ im Untersuchungszeitraum von 1996, darunter auch einen Kommentar, in dem es u.a. heißt:

„... die Bevölkerung steht Technik und Wissenschaft eher mit zuviel als zuwenig Skepsis gegenüber.“

(FAZ vom 26.4.1996, S.1, „Lissabon und Tschernobyl“)

Im Kommentar, in dem das Erdbeben von Lissabon im Jahre 1755 als „Naturkatastrophe“ mit der „Zivilisationskatastro-

³⁵¹ Die Einteilung in *psychische* und *strahlenbedingte* Todesfälle wirkt so, als ob es für die Opfer einen Unterschied machen würde, ob sie durch Strahlung oder durch die mit der atomaren Verseuchung einhergehenden psychischen Belastung gestorben wären. Wenn die Suizidrate unter den Liquidatoren höher als im Schnitt ist, dann hat auch dieser Fakt seine Grundlage in der Reaktorkatastrophe und ist dieser zuzuschreiben.

³⁵² FAZ, 25.4.96, S.11, „Brände in der Nähe von Tschernobyl unter Kontrolle“.

³⁵³ FAZ, 25.4.96, S.7, Anzeige „Kernenergie Nachrichten: Tschernobyl – was wirklich geschah“ vom Informationskreis Kernenergie. Der Anzeigentext lautet: „Der Unfall in Tschernobyl war keine globale, aber eine regionale Katastrophe, unter der die betroffenen Menschen schwerlich leiden. Welche Lehren und Konsequenzen hat man in Deutschland und in anderen Ländern aus dem Unfall gezogen? Antworten auf diese und weitere Fragen gibt die aktuelle Tschernobyl-Dokumentation, die Sie beim Informationskreis Kernenergie telefonisch bestellen können.“ Abgesehen davon, dass die Auswirkungen von Tschernobyl auch in den USA und somit neben Europa und Asien auch in Amerika spürbar waren und man somit wohl viel eher von einer *globalen* als von einer *regionalen* Katastrophe sprechen kann, wäre es interessant zu wissen, was diese Broschüre an weiteren Fakten beinhaltet. Leider liegt dieser Arbeit kein Exemplar vor.

phe“ von Tschernobyl verglichen wird, liegt die Betonung wieder auf dem Unterschied zwischen westlichen und sowjetischen Maßstäben, wenn es heißt: „Wer die Diskussion im Westen über Sicherheitsvorschriften bei Kernreaktoren verfolgt hat, [...] kann ernsthaft keinen Vergleich mit sowjetischen Zuständen anstellen.“ Wie auch schon 1986 wird der Unterschied zwischen Ost und West betont und nicht über die Risiken der Kernenergie im Allgemeinen diskutiert. Einhergehend mit dem Begriff der *friedlichen Nutzung der Kernenergie* wird von *kalkulier- und kontrollierbaren Risiken* gesprochen. Über eine Debatte über Kernenergie im Bundestag, die kontrovers verlief, berichtet ein Artikel³⁵⁴, in dem die Aussagen einer grünen Abgeordneten kritisiert wurden³⁵⁵, während die Aussagen eines FDP-Abgeordneten gewürdigt wurden³⁵⁶. Neben einem umfangreichen Bericht über einen Besuch des „Sarkophags“ von Tschernobyl³⁵⁷ sind zwei Anzeigen Teil dieser Ausgabe, zum einen vom IZE³⁵⁸, zum anderen von den „Betreibern und Herstellern

³⁵⁴ FAZ, 26.4.96, S.1, „Regierung ist weiter vom Nutzen der Kernenergie überzeugt“.

³⁵⁵ „Frau Schöneberger wiederholte *eine Reihe wissenschaftlich unbewiesener Behauptungen*, daß in der Nähe deutscher Atomkraftwerke mehr Fälle von Krebs aufträten.“

³⁵⁶ „... versuchte der FDP-Abgeordnete [...] *in ruhiger und abgewogener Weise* zu erklären, ...“

³⁵⁷ FAZ, 26.4.96, S.11, „Im Strahlenhagel zählen die Minuten“. *Sarkophag* ist die Bezeichnung für die nach dem Reaktorunfall eiligst gebaute Hülle aus Stahl und Beton, die den zerstörten Reaktorkern umschließt.

³⁵⁸ FAZ, 26.4.96, S.6, „Über den Bau neuer Kraftwerke entscheiden Sie per Knopfdruck.“, Anzeige vom IZE (Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V.). Unter dem Motto „Vernünftig verwenden statt gedankenlos verschwenden“ bewirbt der Stromversorger-Verband das Energiesparen. Andererseits scheint Punkt 3 („Vernünftiger Energiemix für dauerhaft sichere Versorgung“) ein verdeckter Hinweis auf die Kernenergie. Sowohl *Energiemix*, als auch *Versorgungssicherheit* sind 2 im Zusammenhang mit Kernenergie oft positiv verwendete Begriffe.

deutscher Kernkraftwerke“³⁵⁹, die einerseits das KKW Tschernobyl als „mangelhaft konstruiertes Kernkraftwerk“ darstellen und andererseits die auch zukünftige Notwendigkeit der Kernkraft betonen. Ein weiterer Artikel³⁶⁰ umschreibt die unsichere Situation der KKW in der ehemaligen Sowjetunion und die Planungen für zukünftig sicherere russische Baureihen. Kritisch eingegangen wird hingegen auf das „Schnelle Brüter“-Konzept: Es sei schwer zu beherrschen, wie auch die Erfahrungen in Frankreich und Japan zeigen würden. Im Feuilleton findet sich in dieser Ausgabe eine Buchvorstellung zum Thema Tschernobyl.³⁶¹ Die Berichterstattung vom **27.4.1996** umfasst neben einem Artikel zu den Gedenkfeiern zum zehnten Jahrestag der Reaktorkatastrophe in den ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken³⁶² eine Buchvorstellung³⁶³ und einen ganzseitigen Beitrag zu den Folgen von Tschernobyl³⁶⁴. Bei der Buchvorstellung wird – im übrigen abweichend von der Aussage im Buch – auf den wahren Verursacher der Katastrophe verwiesen: Die Sowjetunion.³⁶⁵ Die folgende Montagsausgabe der FAZ vom

³⁵⁹ FAZ, 26.4.96, S.15. Hinter den „Betreibern und Herstellern deutscher Kernkraftwerke“ steht der Informationskreis Kernenergie, wie es am Ende des Anzeigentextes ersichtlich wird.

³⁶⁰ FAZ, 26.4.96, S.12, „Noch längst kein sicherer Betrieb“.

³⁶¹ FAZ, 26.4.96, S.42, „Fremde Zone“.

³⁶² FAZ, 27.4.96, S.5, „Gedenkfeiern für die Opfer des Unglücks von Tschernobyl“.

³⁶³ FAZ, 27.4.96, S.12, „Die Liquidatoren und die anderen Opfer“.

³⁶⁴ FAZ, 27.4.96, Beilage „Bilder und Zeiten“ ohne Seite, „Verseucht, entwurzelt, vereinsamt“. Relativ detailliert werden in diesem Beitrag die Folgen für die Bewohner der verseuchten Gebiete in Weißrussland und der Ukraine dargestellt, die teils immer noch umgesiedelt leben, teils zurückgezogen sind und wirtschaftlich, sozial und gesundheitlich unter den Folgen der Reaktorkatastrophe leiden.

³⁶⁵ Dort heißt es über in Bezug zu den Buch-Autoren: „Sie scheinen überzeugt zu sein, daß *die Kernenergie die ursprüngliche Ursache des Grauens ist*. Doch gerade ihre detailgenauen Schilderungen offenbaren, daß *der eigentliche Verursacher das sowjetische System war*: aus dessen Gedankenwelt heraus wurde der Reaktortyp fehlkonstruiert, wurde an Sicherheitssystemen gespart, wurden die Gefahren verniedlicht, ...“.

29.4.1996 enthält neben einem kurzen Artikel zu den bundesweiten Demonstrationen zum Jahrestag und Anschlägen von militanten Atomkraftgegnern³⁶⁶ eine weitere Anzeige des Informationskreises Kernenergie³⁶⁷. Am **30.4.1996** bleibt neben einer Meldung zu einem Waldbrand in der Nähe des US-Atomforschungsstandorts Los Alamos³⁶⁸ nur Platz für einen Artikel über teils militante Atomkraftgegner³⁶⁹, der den Protestinhalt kaum thematisiert.

Alles in Allem scheint die *Berichterstattung der FAZ* im Jahr 1996 dem Grundton des Ausgangsjahres 1986 nach gleich zu sein, so dass die Aussagen unter der *kernenergiefreundlichen These* von den hohen Sicherheitsstandards deutscher Kernkraftwerke (im Gegensatz zu den maroden Anlagen der ehemaligen Sowjetunion) zusammengefasst werden können. Die Artikel legen ihren Schwerpunkt auffallend stark auf die – vor allem von der Sowjetunion zu verantwortende – Reaktorkatastrophe. Die Berichterstattung zum Thema Kernenergie bleibt insgesamt aber ziemlich zurückhaltend, es fällt (fast) kein Wort zu den Castor-Transporten³⁷⁰ nach Gorleben

³⁶⁶ FAZ, 29.4.96, S.4, „Kundgebungen und weitere Anschläge“.

³⁶⁷ FAZ, 29.4.96, S.4, „ENTSORGUNG. Verantwortungsvoll handeln.“ Unter dieser Überschrift werden euphemistische Aussagen über die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle getroffen: „... Nukleare Abfälle entstehen in *überschaubaren Mengen*. [...] Hunderte Transporte ausgedienter Brennelemente und radioaktiver Abfälle haben *problemlos* ihr Ziel erreicht. [...] Nukleare Entsorgung ist *verantwortlich lösbar* und *gefährdet niemanden*.“ Zitiert werden Aussagen von Dr. Hans-Dieter Harig, dem Vorstandsvorsitzenden der PreussenElektra.

³⁶⁸ FAZ, 30.4.96, S.14, „Buschfeuer in New Mexico nähert sich Atomanlage in Los Alamos“.

³⁶⁹ FAZ, 30.4.96, S.4, „Atomkraftgegner immer militanter“.

³⁷⁰ Der Castor ist ein Transportbehälter für abgebrannte Brennelemente aus den Reaktoren sowie für verglasten hochaktiven Abfall, der auch zur Zwischenlagerung genutzt wird. Dabei steht Castor für *Cask for storage and transport of radioactive material* (KOELZER 1997, S.31). Die Castor-Transporte zum Zwischenlager in Gorleben lösten unter dem Motto „Wir stellen uns quer“ massenhafte unter Anwohnern, aber auch in der ganzen Anti-Atomkraft-Szene aus.

und zu den Anti-AKW-Protesten³⁷¹. Die Risiken der Kernenergie werden nur in Zusammenhang mit dem politischen System, das bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vorherrschte, gesehen. Zudem stammen die im Zeitraum geschalteten Anzeigen mit Bezug zum Thema nur von Kernenergiebefürwortern. Somit scheint die FAZ einerseits aufgrund der Auswahl und Häufigkeit³⁷² der Berichterstattung, andererseits aufgrund der darin enthaltenen Aussagen den kernenergiefreundlichen Kurs der damaligen Regierungskoalition (aus CDU/CSU und FDP) zu stützen.

Süddeutsche Zeitung

Die Berichterstattung der SZ zum Zeitpunkt des zehnten Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hebt sich im Umfang von der der FAZ ab.³⁷³ Auch hier wird über die Opfer von Tschernobyl berichtet, im speziellen über die Liquidatoren, so auch am **23.4.1996**³⁷⁴. Am gleichen Tag erscheinen noch Beiträge zu Verhandlungen der G-7-Gruppe und Russlands mit ukrainischen Beauftragten über die Stilllegung der übrigen Blöcke des KKW Tschernobyl³⁷⁵ und einem aus Kiew stammenden Kinderchor, der in München für

³⁷¹ Die einzigen beiden Artikel zur Anti-AKW-Bewegung im Untersuchungszeitraum zeigen ihre Tendenz schon in der Überschrift:

„Kundgebungen und *weitere Anschläge*“ (FAZ, 29.4.96, S.4) bzw. „Atomkraftgegner *immer militanter*“ (FAZ, 30.4.96, S.4).

³⁷² Die geringe Anzahl an Artikeln zum Thema Kernkraft stützt die These, dass die Kernenergiebefürworter probieren, möglichst wenig Aufmerksamkeit auf das Thema Kernenergie zu lenken, da in diesem speziellen Fall (Kernenergie) Publizität meist negativ konnotiert ist.

³⁷³ So zumindest gemessen an der Anzahl der Artikel: An vier Tagen im Untersuchungszeitraum standen mehr Artikel im Zusammenhang mit Kernenergie, an keinem weniger.

³⁷⁴ SZ, 23.4.96, S.3, „Verstrahlt, vergessen, verstorben“. Der Bericht hält sich an die Leiden der Betroffenen, berichtet auch von Konstruktionsmängeln des eingesetzten Reaktortyps, hält sich aber mit einem Vergleich zu in der BRD eingesetzten Konstruktionen zurück.

³⁷⁵ SZ, 23.4.96, S.8, „Erster Block kann noch 1996 vom Netz“.

betroffene Kinder singend Spenden sammelt³⁷⁶. Auch in der Ausgabe vom **24.4.1996** stehen 3 Artikel im Zusammenhang mit der Kernenergie. Während sich ein Artikel mit der Verbrennung von Molkepulver aus der Zeit nach Tschernobyl und dem daraus entstehenden Protest beschäftigt³⁷⁷ und ein weiterer Artikel über das Fernsehprogramm zum Thema Tschernobyl berichtet³⁷⁸, ist der dritte Artikel eine Analyse der Kernenergienutzung und der damit verbundenen Risiken³⁷⁹. In dem durchaus kritischen Artikel heißt es im Anfangsabsatz:

„Was die Warner vorausgesagt haben, hat sich bestätigt, und der zehnte Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erweist es neu: Die Atomenergie wird die Menschheit nicht von ihren Energiesorgen befreien, sie aber auf unabsehbare Zeit fesseln.“

(SZ vom 24.4.1996, S. 13, „Sind wir Sklaven der Atomenergie?“)

Des Weiteren wird im Folgenden der theoretischen Beherrschbarkeit durch den Menschen eine Absage erteilt. In Bezug auf die dazu notwendige „eiserne nukleartechnische Disziplin“ heißt es: „Die Verantwortung für künftige Generationen [...] war in der bisherigen Geschichte die Sache des Menschen nicht.“ Die Bedrohung der demokratischen Grundordnung durch die – durch die Atomindustrie nötigen – Eingriffe in die Staatssicherheit („Die antidemokratische Triebkraft der Atomenergie ...“) wird ebenso hervorgehoben: „Technik, das kam zu Bewußtsein, ist politisch nicht neutral.“

³⁷⁶ SZ, 23.4.96, S.15, „Hundert Lieder für die Kinder von Tschernobyl“.

³⁷⁷ SZ, 24.4.96, S.21, „Tschernobyl läßt grüßen“.

³⁷⁸ SZ, 24.4.96, S.23, „Tschernobyl“.

³⁷⁹ SZ, 24.4.96, S.13, „Sind wir Sklaven der Atomenergie?“.

Die US-amerikanische und die deutsche Risikostudie³⁸⁰ werden außerdem auf den zweifelhaften Wert ihrer Aussagen („... in äußerst subtilen Berechnungen ...“) hin beanstandet.³⁸¹ Im Abschlussabsatz kommt der Artikel in Bezug auf den kleinen Anteil, den die Kernenergie zum Gesamtenergiekonsum der BRD bzw. der Welt leistet, zu der Schlussfolgerung: „Der *Verzicht* auf einen so geringen Teil könnte das *atomare Restrisiko* wegen der ungelösten Entsorgungsfrage zwar nicht mehr aus der Welt schaffen, aber mindern“, was sich wie eine Ausstiegsforderung lesen lässt. In der folgenden Ausgabe vom **25.4.1996** wird u.a. wie in der FAZ von Waldbränden in der Nähe von Tschernobyl berichtet³⁸², im Wissenschaftsteil beschäftigt sich ein Artikel mit den Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt rund um Tschernobyl³⁸³. Des Weiteren annonciert der Informationskreis Kernenergie in dieser Ausgabe den gleichen Anzeigentext, wie in der FAZ vom 25.4.1996 auf Seite 7 (s.o.).³⁸⁴ Der **26.4.1996** bietet die meisten Artikel zum Thema im Untersuchungszeitraum. Neben einem neuerlichen Störfall in Tschernobyl³⁸⁵ ist u.a.

³⁸⁰ Das sind zum einen der sog. „Rasmussen-Report“ (USA 1975) und zum anderen die „Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke“ (BRD 1979). Siehe dazu auch Abschnitt 2.1. unter *Risiko/Katastrophe*.

³⁸¹ Im Artikel heißt es über die beiden Risikostudien: „Sie haben die Ängste vor dem GAU nicht gedämpft. [...] *Ein Volk von Lotto-Tippscheinausfüllern erlag nicht dem freundlichen Mißverständnis, daß ‚einmal in tausend Jahren‘ ungefähr so etwas bedeuten müsse wie ‚erstmal nach tausend Jahren‘.*“

³⁸² SZ, 25.4.96, S.8, „Ehemalige Bewohner verursachen Waldbrände“. Ein weiterer Artikel befasst sich mit einem aktuellen Fall eines Anwalts, der die BRD schon nach der Tschernobyl-Katastrophe wegen mangelhafter Informationspolitik verklagt („Wegen BSE verklagt Anwalt Bundesrepublik und Großbritannien“, SZ, 25.4.96, S.20).

³⁸³ SZ, 25.4.96, S.38, „Die Mär von der Supermaus“. Dort wird u.a. ein US-amerikanischer Biologe mit den Worten zitiert: „Wir sehen größere Unterschiede in der Erbsubstanz DNS zweier ‚Tschernobyl-Mäuse‘ als zwischen zwei verschiedenen Arten wie Ratten und Mäusen.“

³⁸⁴ SZ, 25.4.96, S.28.

³⁸⁵ SZ, 26.4.96, S.1, „Neuer Störfall in Tschernobyl setzt Strahlung frei“. Beim Austausch von Luftfiltern des Sarkophags des zerstörten Reaktorblocks wurde unnötigerweise Radioaktivität frei.

die Bundestagsdebatte zum zehnten Jahrestag der Katastrophe Thema, bei der die verschiedenen Standpunkte von Regierung und Opposition zur Kernenergie besprochen wurden³⁸⁶. Ein Kurzartikel zur Reaktorsicherheit deutscher KKW berichtet von Schwachpunkten der Atomanlagen.³⁸⁷ Auch in dieser Ausgabe ist der themenbezogene Kommentar³⁸⁸ am aufschlussreichsten. „Wer sich je eingeredet hat“, heißt es in Bezug auf Tschernobyl, „die *Kernkraft sei eine Energieform wie jede andere, dem werden noch an diversen Jahrestagen die Augen dafür geöffnet werden, was ein ‚größter anzunehmender Unfall‘ in einem Atommeiler bedeutet.*“ Soweit würden dem Kernkraftbefürworter nicht widersprechen müssen, sehen sie doch das Problem in der Frage der Sicherheit der Reaktoren russischer Bauweise. So folgt auch gleich das passende Argument: „Das Muster einer derartigen Katastrophe ist auf *deutsche Kernkraftwerke nicht übertragbar.*“ Der Kommentar zeigt aber seine kernkraftkritische Meinung, wenn es daraufhin heißt: „Daraus läßt sich jedoch *nicht der Schluß ziehen, die Nutzung der Kernenergie sei zu verantworten*, wenn der beste, momentan verfügbare Sicherheitsstandard zur Anwendung kommt.“ Im weiteren Verlauf belegt der Artikel die Unverantwortbarkeit der Kernenergie, wenn er auf das Problem der ungelösten Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeht und den Beitrag der Kernenergie zum Klimaschutz infrage stellt. Abschließend heißt es zum GAU: „Er droht *nicht nur* in der Ukraine.“ In dieser Ausgabe wird außerdem in kleinen Artikeln über militante Atomkraftgegner

³⁸⁶ SZ, 26.4.96, S.2, „Regierung wirbt für weitere Nutzung der Atomkraft“.

³⁸⁷ SZ, 26.4.96, S.2, „Auch deutsche AKW nicht auf dem höchsten Stand“. Zitiert wird das kritische Öko-Institut aus Darmstadt: „Die Sicherheit ließe sich verbessern, aber es werden nicht alle Anstrengungen unternommen.“ Es gehe vor allem um den Brandschutz, die Erdbebensicherheit und die Materialermüdung. Die Meldung widerspricht der gängigen These der Kernenergiebefürworter vom hohen Sicherheitsstandard deutscher KKW.

³⁸⁸ SZ, 26.4.96, S.4, „Das Dilemma nach Tschernobyl“.

berichtet³⁸⁹, aber auch über Medien, die ihre gemachten Castor-Transport-Demonstrationsaufnahmen umstrittener Weise der Polizei zur Verfügung gestellt hatten³⁹⁰. Thematisiert wurden außerdem der gescheiterte Versuch der Grünen, zum Gedenken an Tschernobyl in München den Verkehr für 5 Minuten stehen zu lassen³⁹¹, sowie das Engagement einer bayerischen Frau, die mit ihren Helfern seit Jahren erkrankte Kinder aus der Ukraine zur Erholung nach Deutschland holt.³⁹² Mit gleich 4 Artikeln auf einer ganzen Seite bringt die SZ unter der Überschrift „Tschernobyl / Heute vor 10 Jahren“ aber den Schwerpunkt zum Jahrestag der Katastrophe. In den Berichten geht es u.a. um die damaligen Artikel in der Presse³⁹³ und das Aufleben des russischen Atomkomplexes Jahre nach dem Unfall³⁹⁴. In einem weiteren Artikel³⁹⁵ wird über den immer noch nicht abgeschlossenen Streit über die Opferzahlen von Tschernobyl berichtet, wobei kritisch über die Internationale Atomenergiebehörde IAEA und deren Versuche, die Todeszahl möglichst gering zu halten, geschrieben wird. So heißt es u.a.: „Etwa tausend Schwangere müssen unter den 116 000 Evakuierten gewesen sein. [...] Den meisten Frauen sei nahegelegt worden, ihr Kind abzutreiben – *Opfer des GAUs, die bislang in keiner Statistik auftauchen.*“ Beim Autor des vierten Artikels handelt es sich um einen freien Journalisten³⁹⁶, der auch für die

³⁸⁹ SZ, 26.4.96, S.6, „Züge stundenlang durch Bombenattrappe blockiert“.

³⁹⁰ SZ, 26.4.96, S.6, „Medien helfen Polizei mit Filmmaterial aus“.

³⁹¹ SZ, 26.4.96, S.18, „Der Verkehr wird nicht stillstehen“.

³⁹² SZ, 26.4.96, S.19, „Kettenreaktion der Nächstenliebe“.

³⁹³ SZ, 26.4.96, S.11, „Becquerel pro Kilogramm‘ kontaminieren die Zeitung“. In diesem Artikel steht fälschlicherweise, dass durch das Feuer im Reaktorblock „... radioaktive Substanzen *durch den Schornstein* ...“ hochstiegen. Der Sog, der bei einem Brand durch die Hitzeentwicklung entsteht, funktioniert *wie ein Schornstein*, es gab aber natürlich über dem zerstörten Reaktor keinen.

³⁹⁴ SZ, 26.4.96, S.11, „Kurs auf schwimmende Kraftwerke“.

³⁹⁵ SZ, 26.4.96, S.11, „Die Haltung zur Atomkraft strahlt auf die Statistik“.

³⁹⁶ Der Journalist heißt Gerd Rosenkranz.

TAZ und für die in der TAZ an diesem Tag veröffentlichte Zeitung der Anti-Atomkraft-Bewegung „Restrisiko“ schrieb. In seinem Artikel³⁹⁷ geht es um die immens hohen Beträge vieler westlicher Staaten (inklusive der BRD) und der EU, die gezahlt wurden, um marode osteuropäische KKW zu sanieren. Dazu heißt es kritisch: „Die Unterstützung summiert sich, doch sie reicht [...] nicht annähernd, um in allen [...] Ostreaktoren jenes *nie näher definierte ‚akzeptable Sicherheitsniveau‘* zu erreichen, das der Westen dem Osten vorschreiben will.“ Allein aus der Frage nach einer Definition eines *akzeptablen Sicherheitsniveaus*³⁹⁸ lässt sich auf einen kernkraftkritischen Schreiber schließen: Die Kernenergiebefürworter meiden in der Regel die Diskussion – denn die Diskussion über Sicherheitsniveaus und Grenzwerte schafft Öffentlichkeit für Kritik. Im Weiteren Verlauf des Artikels wird auch die Effektivität des Mitteleinsatzes infrage gestellt. Teil dieser Ausgabe ist außerdem die auch in der FAZ vom gleichen Tag veröffentlichte Anzeige³⁹⁹ der „Betreiber und Hersteller deutscher Kernkraftwerke“ bzw. des Informationskreises Kernenergie. In der folgenden Ausgabe vom **27.4.1996** stehen 3 Artikel⁴⁰⁰ mit Bezug zu Tschernobyl, wobei Länge und Inhalt der Artikel keine weiteren besonderen Rückschlüsse zulassen. Die Berichterstattung am **29.4.1996** bietet trotz relativ hoher Anzahl an Artikeln zum Thema Kernkraft ebenso wenige Analysemöglichkeiten. Es handelt sich um Meldungen zu Demonstrationen⁴⁰¹, der Be-

³⁹⁷ SZ, 26.4.96, S.11, „West-Hilfe außer Kontrolle“.

³⁹⁸ Die Frage nach einem *akzeptablen Sicherheitsniveau* beantworteten Kernkraftbefürworter und –gegner gänzlich anders. Für Kernkraftgegner gibt es keinen *Grenzwert* oder kein *Niveau*, welches *sicher* wäre, da immer ein gewisses *Restrisiko* verbleibt.

³⁹⁹ FAZ, 26.4.96, S.15 (s.o.).

⁴⁰⁰ SZ, 27.4.96, S.1 „Bundesweite Proteste gegen Kernkraftwerke“ (Der Artikel bezieht sich auf die Demonstrationen zum Jahrestag des Reaktorunglücks) sowie S.6, „Gorbatschow räumt Versagen ein“ und „Weißrußland dankt für deutsche Tschernobyl-Hilfe“.

⁴⁰¹ SZ, 29.4.96, S.6, „Zehn Jahre nach dem Reaktorunglück“ sowie S.20, „Abbrucharbeiten“ und „40 Festnahmen in

kräftigung der Aussage der Grünen Niedersachsens zum Atomausstieg⁴⁰², zu verbrennendes Molkepulver aus der Zeit von Tschernobyl⁴⁰³ und australische Uranminen⁴⁰⁴. Auch in dieser Ausgabe inseriert der Informationskreis Kernenergie.⁴⁰⁵ Die nicht stark ausgeprägte Berichterstattung in der Ausgabe vom **30.4.1996** beschäftigt sich u.a. mit kleinen Meldungen zum Waldbrand in der Nähe eines US-Atomkomplexes⁴⁰⁶ sowie zu militanten Gegnern⁴⁰⁷ und einem Bericht über einen Fernsehfilm zum Atomtransport nach Gorleben⁴⁰⁸.

Die in der SZ wiedergegebene kernkraftkritische Meinung steht in starkem Kontrast zu den themenbezogenen Anzeigen im Untersuchungszeitraum. Die Anzahl der themenbezogenen Artikel ist – bis auf den Spitzentag 26.4.1996 – nahezu identisch mit der der TAZ. Das größere Spektrum an Artikeln zum Thema deutet auf eine diskussionsbereite und damit auch kritische Einstellung zum Thema Kernenergie. Auch vom Inhalt her, gerade in den Kommentaren, wirkt die SZ im Hinblick auf die Risiken der Kernenergie eindeutig positioniert: Der Ruf nach dem Ausstieg aus der Technologie

Grundremmingen“. Auch über weitere Anschläge militanter Gegner berichtet eine kleine Meldung („Neuer Anschlag auf niedersächsische Bahnstrecke“, S.6) und über einen bei einer Demonstration verletzten Grünen-Abgeordneten („Schmerzhaftes Erinnerungen“, S.18).

⁴⁰² SZ, 29.4.96, S.6, „Niedersachsens Grüne für Ausstieg aus Atomkraft“.

⁴⁰³ SZ, 29.4.96, S.20, „Nehmen Sie Ihr Cäsium mit“.

⁴⁰⁴ SZ, 29.4.96, S.24, „Australien vor der Revision seiner Uranpolitik“.

⁴⁰⁵ SZ, 29.4.96, S.7. Es handelt sich um die gleiche Anzeige, wie in der FAZ vom gleichen Tag auf Seite 4 („ENTSORGUNG. Verantwortungsvoll handeln.“, s.o.).

⁴⁰⁶ SZ, 30.4.96, S.12, „Waldbrand bedroht Atomforschungszentrum“.

⁴⁰⁷ SZ, 30.4.96, S.5, „Serie von Anschlägen auf Bahnstrecken“.

⁴⁰⁸ SZ, 30.4.96, S.23, „Protest als Gesamtkunstwerk“. Außerdem geht es in einem weiteren Artikel erneut um einen auf einer Demonstration verletzten Grünen-Abgeordneten (SZ, 30.4.96, S.18, „Häfner stellt Strafanzeige gegen Zivilpolizisten“).

ist klarer und lauter als noch 1986. Damit kann man durchaus von einer Radikalisierung der wiedergegebenen Meinung in der SZ sprechen, schließlich wurde 1986 nur der Einstieg in die „Schnelle Brüter“-Technologie bzw. Plutoniumwirtschaft aus Risikoaspekten eindeutig abgelehnt. Interessanterweise sind alle themenbezogenen Anzeigen im Untersuchungszeitraum nur der Atomindustrie – also den Kernenergie-Befürwortern – zuzuordnen. Es scheint, als ob die Atomindustrie die Leserschaft der SZ für „noch überzeugbar“ hält. Politisch einzuordnen ist die hier wiedergegebene Risikobetrachtung damit klar im oppositionellen Milieu (sowohl SPD als auch Grüne haben sich klar zum Atomausstieg bekannt), wobei die „nicht aufgegebene“ Stellungnahme der Atomindustrie vage auf ein eher mittiges und damit sozialdemokratisches Spektrum schließen lässt.

die tageszeitung

Fast schon erwartungsgemäß am stärksten ist die Berichterstattung in der TAZ auch in diesem Jahr, obwohl die Anzahl der Artikel von TAZ und SZ bis auf den Schwerpunktstichtag fast identisch ist. Alle 5 Artikel am **23.4.1996** beziehen sich auf Tschernobyl, darunter auch eine Info-Box⁴⁰⁹. Sarkastisch kommentiert werden die Rücksiedlungspläne Weißrusslands, die Tschernobyl-Betroffene in „... noch immer stark verstrahlte(n) Regionen des Landes ...“ umsiedeln zu wollen.⁴¹⁰ In einer Buchbesprechung⁴¹¹ werden gleich mehrere Werke, die zum Jahrestag erschienen sind, vorgestellt. Dort wird die Forderung nach einer bisher noch nicht erfolgten⁴¹² Aufarbeitung der Katastrophe laut: *„Die Weltgemeinschaft muß die verheerenden Folgen dieser Katastrophe endlich seriös*

⁴⁰⁹ TAZ, 23.4.96, S.13, „Tschernobyl-Termine“ (von themenbezogenen Veranstaltungen).

⁴¹⁰ TAZ, 23.4.96, S.2, „Ab in die verstrahlten Gebiete!“.

⁴¹¹ TAZ, 23.4.96, S.13, „Warten auf das große Buch“.

⁴¹² So heißt es: „Je mehr Bücher und Berichte man liest, desto austauschbarer erscheint die Quellenlage.“

aufarbeiten – ohne den Einfluß der Internationalen Atomenergieagentur.“⁴¹³ Die IAEA steht bei Kernkraftgegnern in der Kritik, da sie eine relativ niedrige Opferzahl der Reaktor-katastrophe ausweist, ohne alle vorhandenen, sogar UNO-eigenen Studien mit einzubeziehen. In einem weiteren Artikel⁴¹⁴ wird eine Untersuchung zum Stand des russischen Nuklearsektors zehn Jahre nach der Katastrophe vorgestellt. Eine Forderung dieser „... engagierten, lesenswerten Studie ...“ ist die Trennung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomindustrie, um die zivilen Bereiche offenlegen zu können.⁴¹⁵ Unter dem nicht ganz ernst gemeinten Titel „Der GAU kann kommen“⁴¹⁶ wird über die schlechte Lage in den westberliner Verwaltungsbehörden nach der Katastrophe und den neuen Katastrophenplan des Senats berichtet. Erstaunlicherweise wenig wurde am **24.4.1996** über Tschernobyl oder die Kernenergie allgemein berichtet. Gemeldet wird nur, dass die USA zum Jahrestag medizinische Hilfsgüter in die von der Katastrophe betroffenen Staaten einfliegen.⁴¹⁷ Daneben befinden sich aber im Kleinanzeigeteil⁴¹⁸ unter der Rubrik „Tschernobyl“ enorm viele Demonstrations- und Spendenaufrufe sowie Buchvorstellungen. Auch in der folgenden Ausgabe vom **25.4.1996** findet sich diese Kleinanzeigen-Rubrik.⁴¹⁹ In der gleichen Ausgabe inseriert der Landesverband Berlin der Grünen eine Anzeige unter der

⁴¹³ Im Weiteren: „Es kann nicht angehen, daß dieses Jahrhundertereignis, dessen Hinterlassenschaft *noch in 20.000 Jahren strahlen wird* – das Römische Reich ging vor 2.000 Jahren unter, die letzte Eiszeit endete vor 10.000 Jahren –, im postkommunistischen Sumpf aus Schlendrian, Mangelwirtschaft und Ignoranz untergeht.“

⁴¹⁴ TAZ, 23.4.96, S.13, „Alt-neue Geheimniskrämerei im Minatom“. Das Minatom ist das russische Ministerium für Atomenergie.

⁴¹⁵ Die auch in Tschernobyl eingesetzten RBMK-Reaktoren dienten neben der Stromerzeugung zur Plutoniumproduktion für militärische Zwecke, so dass den internationalen Kontrollbehörden kein Zugang gewährt wurde.

⁴¹⁶ TAZ, 23.4.96, S.23, „Der GAU kann kommen“.

⁴¹⁷ TAZ, 24.4.96, S.8, „USA. Späte Hilfe“.

⁴¹⁸ TAZ, 24.4.96, S.5.

⁴¹⁹ TAZ, 25.4.96, S.8.

Überschrift „10 Jahre Tschernobyl – raus aus der Atomkraft!“⁴²⁰ Gleich das Titelblatt dieses Tages zierte ein Artikel, der in anderen beiden Zeitungen keine Meldung wert war: Ein Störfall bei einem japanischen AKW führt zu dessen Abschaltung.⁴²¹ Ebenso wie in den anderen Zeitungen wird über die Waldbrände bei Tschernobyl⁴²² sowie die Molkepulver-Verbrennung⁴²³ berichtet, aber die Meldung über eine mögliche Grenzwertüberschreitung bei einer Einlagerung von Atom Müll in das Zwischenlager Gorleben⁴²⁴ steht nur in der TAZ. Ein Spendenaufruf für eine Kinderkrebstation steht am Ende eines Artikels⁴²⁵ über eine Initiative, die an Krebs erkrankte Kinder aus den von Tschernobyl betroffenen Regionen in Deutschland behandeln lässt. Im Artikel deuten Einzelbeispiele die Grausamkeit des Leidens der von der Katastrophe betroffenen Kinder an. Extra hingewiesen wird an diesem Tag auf die nächste Ausgabe mit dem Schwerpunkt Tschernobyl.⁴²⁶ Die Ausgabe vom **26.4.1996** ist dementsprechend die an Artikeln mit Abstand Reichste aller 3 Zeitungen im Untersuchungszeitraum 1996. Allein auf der Foto-Titelseite steht neben einem kurzen Gedicht nur „Tschernobyl 1986 – 1996“. Ein ausführlicher Bericht über die immer noch im Gebiet von Tschernobyl arbeitende Atomwerker⁴²⁷ leitet die Themenausgabe ein. Neben

⁴²⁰ TAZ, 25.4.96, S.21.

⁴²¹ TAZ, 25.4.96, S.1, „Japan: Kühlrohrbruch im AKW“. Bei dem Siedewasserreaktor im AKW Oganawa erhöhte sich nach dem Bruch einer Stickstoffzuleitung der Druck im Reaktor auf das Doppelte. Trotzdem dauerte es 7 Stunden bis zur Abschaltung.

⁴²² TAZ, 25.4.96, S.6, „Zwei Waldbrände bei Tschernobyl“.

⁴²³ TAZ, 25.4.96, S.6, „Verbrennung von Tschernobyl-Molke verhindert“.

⁴²⁴ TAZ, 25.4.96, S.6, „Gorleben überschreitet Grenzwert“. Bei einer möglichen Einlagerung von radioaktivem Müll würde es zu Grenzwertüberschreitungen am Sicherungszaun der Anlage kommen, gestand die Brennelementelagergesellschaft Gorleben ein.

⁴²⁵ TAZ, 25.4.96, S.28, „Tropfen auf den heißen Stein“.

⁴²⁶ TAZ, 25.4.96, S.20.

⁴²⁷ TAZ, 26.4.96, S.2, „Atomarbeiter unter sich“. Nach dem Reaktorunfall wurde 50 km östlich von Tschernobyl in einem relativ „sau-

vielen kürzeren Artikeln⁴²⁸ findet sich ein Beitrag über die Bundestagsdebatte mit einer Spitze gegen die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU)⁴²⁹. Neben einem ausführlichen Artikel über die offizielle Sichtweise nach dem Unfall in der DDR⁴³⁰ gibt es einen Artikel, der sich mit dem aktuellen Stand der Anti-Atomkraft-Bewegung befasst⁴³¹. Einen interessanten und äußerst kritischen Beitrag über die für Interpretationen sehr offenen Opferzahlen von Tschernobyl⁴³² schrieb der freie Journalist, der auch am gleichen Tag in der SZ zu lesen war⁴³³. Beklagt wird, dass beim Streit über Todeszahlen die Überlebenden übergangen werden, ihre Zahl geht in die Millionen. Die Internationale Atomenergiebehörde („... die verlogenen Kleinrechner des Nuklearkomplexes ...“ betreibe eine „... Desinformationskampagne ...“) leugne die Opferzahlen⁴³⁴: „Es ist das alte Lied:

beren“ Gebiet eine neue Stadt namens Slawutitsch von 1987 an innerhalb eines Jahres unter Mithilfe von 7 sowjetischen Teilrepubliken aus dem Boden gestampft, in der 1996 knapp 25.000 Personen lebten, darunter ein Drittel Kinder. Sie ersetzte die ehemalige Arbeiterstadt Pripjat, die nach der „Havarie“ evakuiert wurde. Das KKW Tschernobyl brauchte immer noch Arbeiter, schließlich wurde der letzte Reaktor erst im Jahr 2000 vom Netz genommen.

⁴²⁸ So über militante Atomkraftgegner (TAZ, 26.4.96, S.4, „ICE-Verkehr gestoppt“), eine Panne in Tschernobyl (S.2, „Neue Panne pünktlich zum 10. Jahrestag“), einem Boykottaufruf gegen Siemens als an der KKW-Herstellung beteiligter Konzern (S.6, „Siemens. Boykott wegen AKW“), eine Auflistung von Reaktorunfällen (S.6, „Reihenweise Reaktorpannen“) u.a.

⁴²⁹ TAZ, 26.4.96, S.6, „Die Bundesregierung will neue Atomkraftwerke“. Dort heißt es: „Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion warnte dagegen in der anschließenden Debatte, daß ‚menschliches Versagen nicht auszuschließen sei‘. *Ob er damit Angela Merkel meinte, blieb offen.*“

⁴³⁰ TAZ, 26.4.96, S.27, „Stabile Lage‘ nach der ‚Havarie‘“.

⁴³¹ TAZ, 26.4.96, S.27, „Anti-AKW-Renaissance oder Strohfeuer“. Hier wird die interessante Feststellung getroffen: „Die Anti-Atom-Bewegung verdankte ihre Stärke der Katastrophe in Tschernobyl.“

⁴³² TAZ, 26.4.96, S.10, „Makabre Zahlenspiele“.

⁴³³ Gerd Rosenkranz, SZ, 26.4.96, S.11, „West-Hilfe außer Kontrolle“ (s.o.).

⁴³⁴ Dazu heißt es: „Die von der Sowjetnomenklatura *geerbte Lüge* im Vorfeld des Gedenktages noch einmal hinauszuposaunen *zeugt*

Statistisch nicht erfaßbare Tote sind eben keine Toten.“ Wäre das aber der Fall, dann hätte die Atomenergie kaum noch eine Chance, zumal die Latenzzeit einiger Krebserkrankungen 10 bis 30 Jahre betrügen und somit also noch bevorstünden. Die Konsequenz daraus bedeutet, denen die Interpretationsmacht zu entziehen, deren Aufgabe die Förderung der Atomenergie ist: „Niemand käme auf die Idee, die gesundheitlichen Folgen des Rauchens von der Tabakindustrie aufklären zu lassen.“ Zitiert werden zum Ende des Artikels diejenigen, die an dieser Vertuschung Interesse hätten: Auf einem Gipfeltreffen erklärten G-8-Vertreter, „... daß die ‚Kernenergie auch im nächsten Jahrhundert eine wichtige Rolle bei der Deckung des Weltenergiebedarfs spielen‘ soll[e].“ Neben diesem in der Wortwahl am deutlichsten Kritik äußernden Artikel hatte die TAZ einen besonderen Themenschwerpunkt im Abdruck der eigenständig herausgegebenen Zeitung *Restrisiko*⁴³⁵ auf den Seiten 11 bis 14. Die dort wiedergegebenen Artikel beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Protest gegen das Zwischenlager Gorleben⁴³⁶, dazu werden mögliche Zwischen- und Endlagerstätten vorgestellt⁴³⁷ sowie in einem Interview mit einem Diplom-Physiker die Probleme der Behältnisse für die Lagerung des atomaren Abfalls erläutert⁴³⁸. Besonders aufschlussreich ist wiederum ein Kommentar eines freien Journalisten⁴³⁹, der auch in der SZ und im eigentlichen TAZ-Teil schreibt. Im

von einer erheblichen Portion Dreistigkeit und einem strategischen Geschick.“

⁴³⁵ *Restrisiko*, Zeitung aus der Anti-Atom-Bewegung, 3. Ausgabe vom 26.4.1996, herausgegeben vom Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. und dem Verdener Umweltwerkstatt e.V.

⁴³⁶ TAZ, 26.4.96, S.11, „Gorleben 10 Jahre nach Tschernobyl“ sowie S.13, „Auf die Plätze, fertig, los!“ und „Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten!“.

⁴³⁷ TAZ, 26.4.96, S.12, „Schacht Konrad“ und „Atomklo Morsleben“ sowie S.13, „Das Atomzentrum Greifswald/Lubmin“ und „Ahaus“.

⁴³⁸ TAZ, 26.4.96, S.12, „Heiß und brüchig – Die HAW-Kokille“. HAW steht dabei für *High Active Waste*.

⁴³⁹ TAZ, 26.4.96, S.11, „Warum es in Gorleben jedesmal ums Ganze geht“ von Gerd Rosenkranz.

Kommentar geht es um die Bedeutung des Protests in Gorleben für die Anti-Atomkraft-Bewegung, er weist Gorleben einen Symbolcharakter zu: Mit der Atomkraft gehe es „... nicht weiter oder nur unter enormen – nicht nur finanziellen – Kosten ...“ bzw. „... je ‚teurer‘ er [der Transport] für Staat⁴⁴⁰ und Atomwirtschaft wird, umso besser ...“, das sei wichtig, denn „... wenn die ‚Kosten‘ steigen, flieht das große Geld ...“. Über die Gefährlichkeit der Transporte heißt es: „Jeder Castor-Transport ist eine *reale Gefahr*, jeder unnötige ein *Skandal*.“ Um die Bedeutung Gorlebens noch einmal besonders hervorzuheben zitiert der Artikel am Ende die Bundesumweltministerin Angela Merkel („Unsere *Reaktorministerin*⁴⁴¹ ...“): „..., wie um alles in der Welt soll in diesem Land je wieder ein Atomkraftwerk gebaut werden, wenn allein die Ankündigung, ein paar abgebrannte Brennelemente von A nach B zu schaffen, einen mittleren Volksaufstand auslöst[?]“ Die im Kommentar wiedergegebene Einstellung steht für die Gefahrenabwehr⁴⁴² durch Kostenverursachung: minimiert man den Nutzen⁴⁴³ für die Entscheider, wird eine

⁴⁴⁰ Der *Staat* wird also allem Anschein nach der *Atomlobby* zugeordnet, zumindest aber als entscheidende Variable verstanden: Er kann politisch nicht durchsetzen, was wirtschaftlich nicht machbar ist.

⁴⁴¹ Die *genaue* Amtsbezeichnung war „Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und *Reaktorsicherheit*“. Mit der Bezeichnung *Reaktorministerin* sollte wohl die der Kernenergie freundlich gesonnene Einstellung der Ministerin betont werden.

⁴⁴² Aus Sicht der Betroffenen handelt es sich ja um eine *Gefahr*, denn sie entscheiden ja nicht direkt über die Nutzung der Kernenergie (siehe dazu Abschnitt 2.1. *Risiko/Gefahr*). Paradoxierteilweise könnte man nun aber die Teilnahme/Nicht-Teilnahme an Protest- und Blockade-Aktionen als riskante Entscheidung im Hinblick auf die Kernenergie sehen, wenn man der Gleichung „Je mehr Teilnehmer, desto teurer der Transport, desto unwahrscheinlicher zukünftige Transporte“ traut.

⁴⁴³ Nutzen soll hier in Anlehnung an eine betriebswirtschaftliche Sichtweise verstanden werden als die Differenz zwischen den Erträgen (der Nutzung der Kernenergie) und ihren Kosten (einschließlich *aller* Stationen des Kernbrennstoffkreislaufs, also auch der Zwischenlagerung bzw. Entsorgung sowie des Transports, sozusagen der „beeinflussbaren Variable“ der Protestbewegung).

riskante Entscheidung unwahrscheinlicher. Die Position im Hinblick auf die Risiken der Kernenergie ist jedenfalls eindeutig. Innerhalb des *Restrisiko*-Teils der Ausgabe stehen etliche themennahe Anzeigen.⁴⁴⁴ Gleich die nächste Ausgabe vom **27.4.1996** ist vom themenbezogenen Artikelumfang her bedeutend kleiner, einer davon ist aber ein äußerst kritischer Kommentar, in dem es heißt:

„... die Geschichte der Atomindustrie ist die Geschichte der Verharmlosung von Risiken und der Übertreibung von Chancen.“

(TAZ vom 27.4.1996, S.6, „Atomkasse leeren“)

Aus einer Beispielrechnung⁴⁴⁵ folgt der Schluss, dass „... ohne Einfluß auf die Stromversorgung [...] alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden [können].“ Für die Zukunft wird von Parteien und Verbänden ein neuer Energiekonsens zugunsten einer Effizienzrevolution gefordert. Finanziert werden soll das Ganze durch die Rückstellungen der AKW-

⁴⁴⁴ Darunter sind Buchvorstellungen, Werbung von Solar- und Windkraftanlagen-Herstellern bzw. –Fonds und Aufrufe der „Kampagne gegen Castor-Transporte“ sowie der „Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)“.

⁴⁴⁵ Diese stark vereinfachte Berechnung belegt für den Tag mit der bisher höchsten Stromnachfrage der BRD (61.100 MW) und einer möglichen Kraftwerks-Nettoleistung von 94.600 MW den Einsatz von 20.135 MW Leistung aus AKW, der auch anders hätte erbracht werden können. Vernachlässigt wird dabei aber, dass die gesamte Menge installierter Nettoleistung nicht durchweg zu den gleichen variablen Kosten produziert werden kann. Dazu kommt die unterschiedliche Verteilung des Stromverbrauchs und der Stromerzeugung, daraus resultieren Transportverluste. Gerade Photovoltaik-Anlagen, aber auch Windkraft-Anlagen laufen zudem nicht die ganze Zeit, so dass deren Spitzenleistung nicht jederzeit abrufbar ist. Außerdem würde bei einem sofortigen Abschalten aller Atomkraftwerke die Luftbelastung sprunghaft ansteigen, da gerade die Grundlast dann aus (Kohle- oder Gas-)Kraftwerken kommen müsste. Es wäre aber auch wahrscheinlich, dass der fehlende (oder hier zu teuer produzierte) Strom dann über das europäische Netz importiert werden würde (z.B. aus französischen Atomkraftwerken).

Betreiber, die bisher ungehindert zum Aufkauf anderer Branchenweige genutzt werden. Stattdessen solle das Geld in einen öffentlichen Fonds fließen, um den Umbau der Energiewirtschaft in Gang zu setzen. Schon im ersten Zitat dieses Kommentars wird die Meinung sehr deutlich: Das Risiko der Kernenergie wird als *nicht hinnehmbar* angesehen, insofern folgt die Forderung des Atomausstiegs. Die weiteren themenbezogenen Meldungen des Tages befassen sich mit dem Atomtransport nach Gorleben⁴⁴⁶ und weltweiten Demonstrationen des Vortages⁴⁴⁷. Die nächste Ausgabe vom **29.4.1996** leitet auf dem Titelblatt das Thema mit der Forderung „Rangiert AKWS aus!“⁴⁴⁸ ein. Auf einer Themenseite wird über die deutschlandweiten Demonstrationen detaillierter eingegangen⁴⁴⁹, dazu über eine vom OVG⁴⁵⁰ Lüneburg abgewiesene Klage („... mit einer lapidaren Begründung ...“) der Anwohner Gorlebens⁴⁵¹ und über die zu verbrennende Molke nach Tschernobyl berichtet⁴⁵². In einem gesonderten über 2 Seiten gehenden Artikel werden Leserbriefe, Demonstrations-Flugblätter und ähnliches aus der Zeit nach der Katastrophe im Mai 1986 zitiert. Daneben wird die Kernenergie beispielhaft in einem Artikel⁴⁵³, der sich eigentlich gegen die Gentechnik wendet, erwähnt, so heißt es dort kritisch: „Die Atomenergie versprach uns, alle Energieprobleme [...] zu lösen. *Wir kennen den Preis, den wir für diese Illusion zu zahlen haben.*“ Die letzte Ausgabe des Betrachtungszeitraums vom **30.4.1996** enthält wiederum einen

⁴⁴⁶ TAZ, 27.4.96, S.2, „Atommüll hat La Hague verlassen“.

⁴⁴⁷ TAZ, 27.4.96, S.6, „Trauer und Proteste“ sowie S.29, „AKWs können auch auf eine umweltfreundliche Weise in die Luft gehen ...“.

⁴⁴⁸ TAZ, 29.4.96, S.1, „Rangiert AKWs aus!“. Mit einem Verweis zu weiteren Meldungen auf Seite 7 wird auf 30.000 Demonstrations Teilnehmer am vergangenen Wochenende verwiesen (Der 29.4.1996 war ein Montag).

⁴⁴⁹ TAZ, 29.4.96, S.7, „Marsch gegen die Atomkraft“.

⁴⁵⁰ OVG steht für Oberverwaltungsgericht.

⁴⁵¹ TAZ, 29.4.96, S.7, „Castor hat Richtersegen“.

⁴⁵² TAZ, 29.4.96, S.7, „Molke in den Müllöfen“.

⁴⁵³ TAZ, 29.4.96, S.10, „Kein Persilschein für die Industrie“.

Kommentar⁴⁵⁴ zum Thema, der Autor ist zeitgleich Sprecher der BI Lüchow-Danneberg, die sich gegen die Castor-Transporte nach Gorleben zur Wehr setzt. In dem Kommentar wird die Meinung vertreten, dass Atomkraftgegner und -befürworter gleichermaßen über den Stand der Dinge klagen. Sowohl die Zeitschrift der Atomlobby („Atomwirtschaft“), als auch das Blatt der Kritiker („Atom“) werden zitiert. Unter anderem werden dort die Kritiker mit der Aussage zusammengefasst: „Tschernobyl war das Beste, was der Anti-AKW-Bewegung passieren konnte. Zynischer kann die Wahrheit nicht sein. Aber die Bemerkung trifft ins Schwarze ...“. Bemängelt wird am Blatt der Kritiker „die Huldigung des Mythos der Militanz“ und dass dadurch die breite gesellschaftliche Basis der Kernkraftkritik nicht genutzt wird. Zuletzt wird nochmals ein Zitat des Kritikerblattes kommentiert, wenn es heißt: „Wir können dafür sorgen, daß der Preis für sie [die AKW] hochgeschraubt wird. Nirgendwo soll ungestört ein AKW gebaut und betrieben werden [...] Auch diese Bemerkung trifft ins Schwarze.“ Der Kommentar dieses Tages schließt sich also dem Aufruf des Vortages an, durch ein Verursachen von Kosten – wenn auch nur mit friedlichen Mitteln – die Atomenergie möglichst unwirtschaftlich zu machen, um einen Ausstieg zu bewirken. Auch in dieser Zeitung wird vom Waldbrand in der Nähe von dem Atomforschungszentrum Los Alamos⁴⁵⁵ und den Anschlägen von Kernkraftgegnern⁴⁵⁶ berichtet. Im Gegensatz zu den anderen Zeitungen wird hier aber auch erwähnt, dass sich die BI Lüchow-Danneberg von diesen Anschlägen distanziert.⁴⁵⁷ Im Bericht über eine demnächst ausgestrahlte

⁴⁵⁴ TAZ, 30.4.96, S.10, „Jammern macht blind für den Erfolg“ von Wolfgang Ehmke.

⁴⁵⁵ TAZ, 30.4.96, S.6, „Los Alamos bedroht“.

⁴⁵⁶ TAZ, 30.4.96, S.6, „Wurfanker und Krähenfüße gegen Bahnanlagen“.

⁴⁵⁷ So wird der BI-Sprecher Wolfgang Ehmke zitiert: „Diese Anschläge helfen uns nicht, sondern kosten uns im Gegenteil nur Sympathien.“ Wolfgang Ehmke ist übrigens Autor des Kommentars vom

TV-Dokumentation zu den Castor-Transporten⁴⁵⁸ wird ein Mitarbeiter eines AKWs unvoreilhaft zitiert, sein Wortbeitrag im Film lautet: „Unsere Reaktoren sind so einfach, die kann jeder Neger bedienen.“ Ein weiterer Artikel des Tages⁴⁵⁹ beschäftigt sich mit Problemen in der schottischen Atomfabrik Dounraey, auch der Inhalt dieses Beitrags hat es nicht in die Ausgaben der anderen Zeitungen geschafft.

Das Thema Kernenergie wird in der TAZ auch im Untersuchungszeitraum des Jahres 1996 am ausführlichsten behandelt. Die Breite und Tiefe der Berichterstattung über das Thema Kernenergie – von der Reaktorkatastrophe und ihren Opfern über den Transport und die Zwischenlagerung von Atom Müll hin zu erneuten Störfällen sowie einer umfangreichen Dokumentation der Protestbewegung – dürfen als Indiz für eine kernkraftkritische Einstellung gesehen werden. Vor allem aber die zutage kommenden Meinungen sprechen es deutlich aus: Die Risiken der Kernenergie werden als zu hoch angesehen, um eine weitere Nutzung verantworten zu können. Die TAZ begleitet diese wiedergegebene Einstellung auch mit Demonstrations- und Spendenaufrufen, dazu stellt sie Platz für den Abdruck der „Zeitung aus der Anti-Atom-Bewegung“ *Restrisiko* zur Verfügung. Zudem inserieren in der TAZ ausschließlich kernkraftkritische Organisationen. Teilweise sind Autoren der TAZ sogar in der Anti-Atomkraft-Szene aktiv, so z.B. als Sprecher von Bürgerinitiativen. In ihren dargestellten Aussagen spiegelt die TAZ die ihre Position von 1986 wider und lässt sich politisch am ehesten dem grünen Flügel zuordnen, der in seiner Risikobetrachtung zum gleichen Schluss kommt: Dem Ausstieg als einzig sicherer Option im Umgang mit dem Thema Kernenergie.

gleichen Tag (TAZ, 30.4.96, S.10, „Jammern macht blind für den Erfolg“, s.o.).

⁴⁵⁸ TAZ, 30.4.96, S.18, „Wenn der Castor Kommt“.

⁴⁵⁹ TAZ, 30.4.96, S.7, „Mehr radioaktiver Dreck in Dounraey“.

Zusammenfassung

Auch im Untersuchungszeitraum 1996 weisen die Berichterstattungen der 3 Zeitungen durchaus deutliche Unterschiede in der Risikobetrachtung der Kernenergie aus. Auch wenn das Spektrum der Aussagen weiterhin von kernenergiefreundlich bis –kritisch einzuordnen ist, so gibt es doch leichte Verschiebungen der Ausdrucksweise und der Tendenz. Die daraus ableitbaren politischen Handlungsempfehlungen zum Umgang mit den Risiken der Kernenergie lassen sich nunmehr auf 2 verschiedene Handlungsempfehlungen begrenzen. Die Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gleicht der des Jahres 1986, wenn sie besonders den Unterschied in der Bauweise und im Umgang mit den Kernreaktoren in Ost und West betont. So scheint der „typisch deutsche“ *hohe Sicherheitsstandard* in den Kernkraftwerken als Grund für den Weiterbetrieb der deutschen Anlagen – zur weltweiten Durchsetzung dieser Standards – zu dienen. Gleichzeitig ist aber der Ton der Zeitung weniger zynisch, als dass noch im Jahr 1986 der Fall war.⁴⁶⁰ Die zivile Nutzung der Kernenergie wird als *verantwortbar* dargestellt. Die politische Haltung hinter der vertretenen Meinung ist mit der der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP vereinbar. Die in der *Süddeutschen Zeitung* wiedergegebene Meinung unterlag einer Radikalisierung im Vergleich zum Ausgangsjahr. Zwar wurde auch hier der Unterschied zwischen dem deutschen Sicherheitsstandard und dem in den ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken betont, andererseits wurde daraus aber *nicht auf eine Verantwortbarkeit der Kernenergienutzung* geschlossen. Die Berichterstattung ist deutlich umfangreicher und diversifizierter als in der FAZ und die wiedergegebenen Meinungen durchweg kritisch. Die Forderung nach einem *Ausstieg* ist herauslesbar. Die politi-

⁴⁶⁰ Siehe als Beispiel für die damalige Ausdrucksweise z.B. den Artikel zu den positiven Auswirkungen der Katastrophe auf den westlichen Agrarsektor (FAZ, 3.5.86, S.13, „Das Reaktorunglück treibt die Agrarpreise hoch“; s.o.).

schen Handlungsempfehlungen, die sich aus dem wiedergegebenen Meinungsbild gewinnen lassen, stimmen mit denen der kernkraftkritischen Opposition überein. Im Kontrast dazu sind die in der SZ geschalteten Anzeigen ausschließlich Teilen der Atomindustrie zuzuordnen, was auf deren Kommunikationswillen mit der Leserschaft der SZ deutet. Das in der *tageszeitung* wiedergegebene Meinungsbild unterscheidet sich im Grunde genommen nicht von dem des Jahres 1986. Die Risiken im Zusammenhang mit der zivilen Nutzung der Kernenergie werden durchweg als zu hoch angesehen. Die Berichterstattung ist im Bezug zum Thema breit, tief und durchweg kritisch. Die *Ausstiegssforderung* ist allgegenwärtig, zumal Autoren der TAZ in der Anti-AKW-Szene aktiv sind und wie im Ausgangsjahr zu Demonstrationen aufgerufen wird. Alle Anzeigen in der TAZ sind von Kernkraftkritikern. Von der Aussage her ist die TAZ kernkraftkritisch wie die SZ, aber in Art und Umfang noch radikaler. Politisch gesehen stimmt das Meinungsbild also ebenfalls mit der kernkraftkritischen Opposition überein. An einem Zitat-Beispiel lassen sich die unterschiedlichen Positionen der 3 Zeitungen nochmals gut gegenüberstellen. So heißt es in der FAZ in Bezugnahme auf die Kernenergie⁴⁶¹: „... die Bevölkerung steht Technik und Wissenschaft *eher mit zuviel als zuwenig Skepsis* gegenüber.“ In der SZ heißt es in Bezug auf Tschernobyl⁴⁶²: „*Technik, das kam zu Bewußtsein, ist politisch nicht neutral.*“ Die TAZ schreibt zum Thema passend⁴⁶³: „... die Geschichte der Atomindustrie ist die Geschichte der *Verharmlosung von Risiken und der Übertreibung von Chancen.*“

⁴⁶¹ FAZ, 26.4.96, S.1, „Lissabon und Tschernobyl“.

⁴⁶² SZ, 24.4.96, S. 13, „Sind wir Sklaven der Atomenergie?“.

⁴⁶³ TAZ, 27.4.96, S.6, „Atomkasse leeren“.

3.4. ZWANZIG JAHRE NACH TSCHERNOBYL (2006)

Der letzte Ausgangspunkt der Untersuchung ist der zwanzigste Jahrestag der Reaktorkatastrophe (26.4.2006). Dazu werden wiederum 3 Ausgaben davor und danach untersucht, so dass auch dieser betrachtete Zeitraum – wie 1986 und 1996 – 7 Ausgaben umfasst. Auch hier ermöglicht der Bezug zum Jahrestag des Unfalls, in Artikel mit und ohne Bezug zu Tschernobyl einzuteilen. Er ergibt sich folgerichtig aus den beiden vorangegangenen Untersuchungszeiträumen. Das folgende Balkendiagramm zeigt eine Verteilung der Anzahl der Artikel über den Untersuchungszeitraum an:

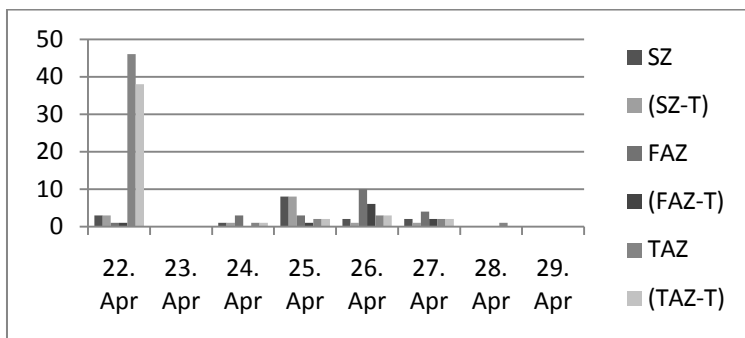


Abbildung 9: Artikel mit Bezug zur Kernenergie – 2006
(davon „-T“ mit Bezug zu Tschernobyl; eigene Darstellung)

Genauso wie in den Vorjahren wurde nur die Anzahl und nicht die Länge der Artikel als quantitatives Merkmal der Untersuchung betrachtet. Erstaunlich ist dabei, dass die letzten beiden Tage des Untersuchungszeitraums insgesamt nur einen einzigen Artikel mit Bezug zum Thema umfassen. Es entspricht damit der gewählten themenmäßigen Gewichtung der 3 untersuchten Zeitungen für diesen Zeitraum: Die Kernenergie als solche scheint an diesen Tagen kein besonders wichtiges Thema dargestellt zu haben.

Aus der Betrachtung ausgeschlossen wurden Artikel mit Bezug zum Ausbau Irans als Atommacht, da sie sich vor allem auf einer außenpolitischen Ebene bewegten, die nicht auf die Risiken der zivilen Kernenergienutzung allgemein einging, sondern sich mehr mit dem Thema der Verbreitung der Hochtechnologie Kernenergie unter politisch als „problematisch“ angesehenen Staaten befasste.⁴⁶⁴

Ebenso wie in den Vorjahren liegt der besondere Fokus der Betrachtung auf der qualitativen Untersuchung und genauso wie beim Untersuchungszeitraum 1996 soll hier aufgrund der geringeren Anzahl an Artikeln und der schon klaren Sachlage⁴⁶⁵ auf die Unterscheidung nach den einzelnen Ausgabetaugen verzichtet und nur auf die Betrachtungen je nach Zeitung eingegangen werden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Anders als in den vorangegangenen Jahren unterscheidet sich die Anzahl der themenbezogenen Artikel in der FAZ nicht mehr eindeutig von den anderen Zeitungen, zumindest wenn man den Schwerpunkttag herauslässt. Aber auch unter Einbezug aller Untersuchungstage wurden in der FAZ mehr themenbezogene Artikel abgedruckt, als in der SZ. Am **22.4.2006** befasst sich lediglich ein Artikel⁴⁶⁶ – dafür ganzseitig – mit dem Thema, der sich vor allem mit der Bevölkerung des von der Katastrophe am meisten betroffenen Gebiet Weißrusslands auseinandersetzt. Auffällig ist hier im Vergleich zu Vorjahren, dass nicht zeitgleich der Unterschied

⁴⁶⁴ Siehe dazu den Absatz über das Problem der *Proliferation*, Abschnitt 2.2. *Kernenergie*.

⁴⁶⁵ Natürlich ist auch 2006 die Sachlage der Reaktorkatastrophe im Gegensatz zum Untersuchungszeitraum 1986, aber wie schon 1996 geklärt. Die Anzahl der Artikel ist nochmals geringer als 1996, und für die Zeitungen lassen sich bei vorausgesetzter gleicher Informationsslage über das Unfallgeschehen eigene Schwerpunkttage ausmachen.

⁴⁶⁶ FAZ, 22.4.06, S.3, „Nach dem Krieg“.

der Sicherheitsstandards zwischen dem ehemaligen Ostblock und der BRD herausgestellt wurde. An diesem Tag sucht die E.ON Kernkraft GmbH im Stellenmarkt der FAZ neue Mitarbeiter aus den Bereichen Maschinenbau und Elektrotechnik für ihre Kernkraftwerke.⁴⁶⁷ In der nächsten Ausgabe vom **24.4.2006** fällt erstmalig in der FAZ eine (sogar ganzseitige) kernkraftkritische Anzeige⁴⁶⁸ auf, in der unter der Überschrift „Erneuerbare Energien statt Atomenergie“ vom EUROSOLAR e.V. der Ausstieg aus der Atomenergie zugunsten eines weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien beworben wird. Neben einem Artikel⁴⁶⁹, der sich mit der zukünftigen Energiestrategie der Bundeskanzlerin unter Einschluss der Kernenergie befasst, nehmen 2 Berichte zur Hannover Messe zur Kernenergie Stellung. Im Interview⁴⁷⁰ des ZVEI⁴⁷¹ -Präsidenten Edward Krubasik wird nach der Rolle der Kernenergie für die deutschen Hersteller gefragt und vom Interviewpartner festgestellt, dass im nichtnuklearen Bereich der Kernenergie, so z.B. bei den Dampfturbinen und Generatoren, deutschen Anbietern noch immer eine Bedeutung zukommt. Er betont aber die Gefahr, dass durch eine „Negativpolitik“ der Ingenieursnachwuchs „verschreckt“ werden könnte. Es werden keine Aussagen zu den Risiken der Kernenergienutzung getroffen. In einem weiteren Artikel⁴⁷² wird von der Rolle des deutschen Graphitherstellers SGL Carbon AG als Zulieferer für die Atomindustrie anderer Länder be-

⁴⁶⁷ FAZ, 22.4.06, S.V9, „Top-Chancen in Maschinenbau und Elektrotechnik“.

⁴⁶⁸ FAZ, 24.4.06, S.7, „Erneuerbare Energien statt Atomenergie“ vom EUROSOLAR e.V. In der Anzeige heißt es u.a.: „Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken sind *sicherheitstechnisch nicht verantwortbar* ...“.

⁴⁶⁹ FAZ, 24.4.06, S.11, „Merkel fordert Energiestrategie für Deutschland“.

⁴⁷⁰ FAZ, 24.4.06, S.17, „Die deutsche Energietechnik nimmt weltweit eine Spitzenstellung ein“.

⁴⁷¹ ZVEI steht für *ZVEI Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.*

⁴⁷² FAZ, 24.4.06, S.17, „Rund um die Welt werden 120 Kernkraftwerke geplant“.

richtet. Ein Berater der Firma spricht in dem Artikel über den „... energiewirtschaftlich gebotenen ...“ Ausbau der „... 4. Generation der Kernkrafttechnologie“, den Hochtemperaturreaktoren (HTR)⁴⁷³, die in Südafrika gebaut würden und „... *technisch sicherer...*“ als herkömmliche Leichtwasserreaktoren (LWR) seien.⁴⁷⁴ Am **25.4.2006** befassen sich 2 Artikel hauptsächlich und einer nebensächlich mit dem Thema. Ein Artikel berichtet über den Zulauf zur Partei der Grünen, der nach Tschernobyl stattfand⁴⁷⁵, ein weiterer setzt sich mit der Anti-Atom-Bewegung als solcher und ihrer Entstehung, die auf die Bauplatzbesetzung des geplanten KKW Wyhl 1975 terminiert wird⁴⁷⁶. In Bezug auf die Folgezeit heißt es dabei: „Friedlich blieb es dabei immer seltener“ und über die einzelnen Splittergruppen innerhalb der Kritiker heißt es, sie hätten „... außer einer diffusen *Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit* nicht viel gemeinsam ...“ gehabt. Hier werden Klischees der Atomkraftbefürworter bemüht. In einem Artikel, der sich mit den steigenden Strompreisen auseinandersetzt⁴⁷⁷, werden der VDEW⁴⁷⁸-Präsident Werner Brinker in Bezug auf eine europäische Energiestrategie („Dabei müsse es um eine ehrliche Diskussion über die *weitere Nutzung der Kernkraft* gehen.“) und die Forderung des BDI⁴⁷⁹ -Präsidenten Jürgen Thumann einer Laufzeitverlängerung der deutschen KKW um 5 bis 10 Jahre zitiert. In der Ausgabe zum Jahrestag der Katastrophe selbst, am **26.4.2006**, stehen die meisten themenbezogenen Artikel im Untersuchungszeitraum. Auch die deutschen Kernkraftwerksbetrei-

⁴⁷³ Zum HTR siehe Abschnitt 2.2. unter *Kernreaktoren*.

⁴⁷⁴ HTR zeigen sicherheitstechnisch gesehen ein anderes Verhalten als LWR. Der deutsche THTR-300 (T steht für Thorium, Bestandteil des Brennstoffs) wurde allerdings – erst 1987 an den Betreiber übergeben – 1989 wieder vom Netz genommen, zuerst geplante Folgeprojekte wurden nicht realisiert.

⁴⁷⁵ FAZ, 25.4.06, S.4, „Wo die Grünen damals waren“.

⁴⁷⁶ FAZ, 25.4.06, S.4, „Springfluten des grünen Protests“.

⁴⁷⁷ FAZ, 25.4.06, S.19, „Strompreise um 22 Prozent gestiegen“.

⁴⁷⁸ VDEW steht für *Verband der Elektrizitätswirtschaft*.

⁴⁷⁹ BDI steht für *Bundesverband der deutschen Industrie e.V.*

ber, die 4 größten in Deutschland aktiven Stromkonzerne⁴⁸⁰, inserieren an diesem Tag eine Anzeige unter dem Motto „SICHER. KERNENERGIE.“⁴⁸¹ Gleich auf der Titelseite bezieht sich der Kommentar auf Tschernobyl.⁴⁸² Dort heißt es: „... das Atomunglück von Tschernobyl [...] wird [...] förmlich ins kollektive Gedächtnis gezwungen.“ Die Zeit für „... medizinische Bilanzen ...“ sei noch nicht reif, es wäre „... schon vor zehn Jahren ein Fehler [gewesen], vermeintlich exakte [Opfer-]Zahlen ...“ nennen zu wollen. Auch würden die Vereinten Nationen noch weitere Opfer erwarten, so zumindest die WHO⁴⁸³ im Gegensatz zur IAEA. Über die Aussichten für die Kernenergie nach Tschernobyl heißt es:

„Tschernobyl markiert weder das Ende der Aufklärung noch offensichtlich das der Atomkraft.“

(FAZ vom 26.4.2006, S.1, „Das Menetekel von Tschernobyl“)

Unter einem weiteren Artikel⁴⁸⁴, in der ein Unionsabgeordneter eine Broschüre von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel kritisiert hat, in der Reaktorkatastrophe und zukünftige Kernenergienutzung in Verbindung gebracht wurden, steht ein Hinweis auf die Internet-Präsenz der FAZ zum Thema⁴⁸⁵. In einem Artikel zur Berichterstattung der DDR zum Zeitpunkt der Katastrophe heißt es: „Tschernobyl sei nur Propa-

⁴⁸⁰ Die Stromkonzerne *EnBW*, *e.on*, *RWE* und *Vattenfall* teilen den Großteil des deutschen Strommarktes unter sich auf.

⁴⁸¹ FAZ, 26.4.06, S.4. Dabei wird ein KKW-Mitarbeiter vorgestellt. Vom Allgemeinen aufs Thema kommend wird er zitiert: „Im Winter gehe ich am liebsten Ski fahren. Meine grosse Leidenschaft ist Afrika. Ich möchte beruflich gern mal ins Ausland. *Unsere Sicherheitssysteme kenne ich in- und auswendig. Ich arbeite gern im Kernkraftwerk Isar I.*“

⁴⁸² FAZ, 26.4.06, S.1, „Das Menetekel von Tschernobyl“.

⁴⁸³ WHO steht für World Health Organization bzw. Weltgesundheitsorganisation.

⁴⁸⁴ FAZ, 26.4.06, S.1, „Kritik an Atom-Broschüre“.

⁴⁸⁵ „faz.net Weitere Berichte im Internet auf unseren Seiten www.faz.net/tschernobyl“.

ganda des Westens..." und „Erich Honecker sagte seine ebenfalls berühmt gewordenen Worte, *man müsse den Salat nur waschen.*" Interessanterweise übersieht hier die FAZ, dass sie sich genauso gut hätte selbst zitieren können, denn sie gab den gleichen Rat.⁴⁸⁶ Ein weiterer Artikel⁴⁸⁷, der von der Vertuschung der Katastrophe als oberster Maxime der KPdSU⁴⁸⁸ spricht, gibt an, dass Tschernobyl „... zu einem der Nägel des Sarges, in dem die Sowjetunion beerdigt wurde ...“, wurde. Um einen ganz anderen Bereich des Themas geht es bei den Berichten⁴⁸⁹ zur Hannover Messe, wenn in Bezug auf die weltweite Normgebung Deutschland der Einfluss im Gebiet Kernkrafttechnik abgesprochen wird, da „... sie in Deutschland aus politischen Gründen nicht weiter verfolgt wird ...“; hier sei jetzt China bestimmend. Ungewohnt kritisch äußert sich ein weiterer Kommentar⁴⁹⁰ dieses Tages: „Die Atomkraft vor Tschernobyl enthielt für viele immer ein süßes Versprechen, auch wenn der Unfall [...] bei Harrisburg 1979 gezeigt hatte, *daß es eine absolute Betriebssicherheit nicht geben kann.*“ So wird hier – sogar im Zusammenhang mit einem Unfall in der westlichen Welt – der Begriff der *absoluten Sicherheit* abgelehnt.⁴⁹¹ Weiter heißt es: „Trotzdem könnte man fast glauben, daß keine allgemeine Lehre aus Tschernobyl gezogen wurde. Überall auf der Welt werden neue Kernkraftwerke gebaut, und angesichts steigender

⁴⁸⁶ FAZ, 3.5.86, S.2, „Gemüse etwas gründlicher waschen“. In einem weiteren Artikel (FAZ, 3.5.86, S.7, „Wie gefährlich ist die radioaktive Wolke?“) heißt es: „Auch vor Gemüse braucht man *keine Angst* zu haben, denn *gründlich waschen wird man es wegen der allgemeinen Umweltverschmutzung und chemischen Rückstände ohnehin...*“ (siehe dazu auch Abschnitt 3.2.2. zum 3.5.1986).

⁴⁸⁷ FAZ, 26.4.06, S.3, „Eigene Wahrheit für die Sklaven“.

⁴⁸⁸ KPdSU steht für *Kommunistische Partei der Sowjetunion*.

⁴⁸⁹ FAZ, 26.4.06, S.19, „Chinesen setzen Normen in der Kernkraft und Nanotechnologie“.

⁴⁹⁰ FAZ, 26.4.06, S.39, „Tschernobyl“.

⁴⁹¹ Das steht zwar nicht im Widerspruch zum sonst so oft benutzten Begriff des *hohen Sicherheitsstandards* in deutschen KKW. Hoher Sicherheitsstandard heißt ja gerade nicht absolute Sicherheit. Trotzdem beleuchtet die Aussage das Problem von der anderen Seite.

Energiepreise ist die Neigung verbreitet, die Risiken der Kernkraft für beherrschbar zu halten und die Frage der Entsorgung zu banalisieren.“ Es klingt nicht so, als ob der Autor diese Auffassung teilt, denn auch im Weiteren heißt es in Bezug auf die *erneuerbaren Energien*: „Hier liegt die Zukunft, sichtbar. Man muß sich nur entscheiden.“ Ein weiterer Artikel des „Natur und Wissenschaft“-Teils blickt zurück auf die Katastrophe.⁴⁹² In Bezug auf die von der WHO und IAEA herausgegebenen und stark kritisierten Todeszahlen⁴⁹³ heißt es: „Es ist nicht einfach, Risiken anhand nüchterner Zahlen und wissenschaftlicher Erkenntnisse zu verdeutlichen. Zu komplex sind die Bewertungen, zu unterschiedlich die Blickwinkel. [...] Unsichtbares kann leichter ignoriert werden als das Sichtbare, kann aber auch bedrohlicher wirken.“ Das lässt eine Deutung der Risiken der Kernenergie in beide Richtungen offen. In Bezug auf die verringerte Lebenserwartung der Liquidatoren („... bedingt durch Alkohol, AIDS, Unfälle und Selbstmorde ...“) heißt es dann aber: „Ist daran auch nur zum kleinen Teil Angst und Resignation wegen der Strahlenexposition schuld, so wurde die Unsicherheit über das Risiko zur weit größeren Gefahr als das Risiko selbst.“ Natürlich spielt der Faktor Angst eine Rolle bei der erhöhten Todeszahl der Liquidatoren, fraglich bleibt, ob er zur weit größeren Gefahr als die Strahlung selbst wurde, zumal auch die durch die Angst in den Alkohol oder Selbstmord Getriebenen als Opfer der Katastrophe gesehen werden sollten. Im Sonderteil zur Energie dieser Ausgabe sind auf einer Seite 2 Artikel⁴⁹⁴ abgedruckt, die einmal pro und einmal kontra Kernenergie argumentieren. Beide Artikel fassen die typischen Argumente der Befürworter und der Kritiker zusam-

⁴⁹² FAZ, 26.4.06, S.N1, „Die Bestie ließ sich nicht mit bloßer Hand zähmen“.

⁴⁹³ Eine grobe Schätzung geht von insgesamt „nur“ 4.000 Toten aus, wobei alle möglichen Opfer einer unterhalb eines Schwellenwertes liegenden Strahlung unberücksichtigt blieben.

⁴⁹⁴ FAZ, 26.4.06, S.B11, „Säule der Versorgungssicherheit“ sowie „Warnendes Beispiel Tschernobyl“.

men, so dass die Zwischenüberschriften („Kernenergie ist *wettbewerbsfähig, sicher und umweltverträglich*“ sowie „Das mit der Atomkraft verbundene *Risiko ist nicht zu verantworten*“) die Aussagen der Artikel gut wiedergeben. Als Argumente für die Kernkraft gelten die kostengünstige Stromversorgung, der Einsatz als Übergangstechnologie bis zur Marktreife der erneuerbaren Energien, die lange Verfügbarkeit des Brennstoffs Uran, die Sicherheit und Zuverlässigkeit deutscher KKW und die Klimafreundlichkeit; als Gegenargumente werden das Risiko eines schweren Unfalls, die Untrennbarkeit ziviler und militärischer Nutzung, die Möglichkeit von Anschlägen auf KKW, ein fehlendes Endlager, ein schlechter Wirkungsgrad und die klimapolitische Kontraproduktivität genannt. Ein Artikel⁴⁹⁵ auf der nächsten Seite bezieht sich zumindest nebensächlich auf die Kernenergie, in dem die Ergebnisse einer Umfrage unter den Führungskräften von Energieversorgungsunternehmen in 43 Staaten beschrieben werden: „Ihr mögliches Comeback verdankt die Kernenergie vor allem den weltweiten Ängsten vor Engpässen bei der Energieversorgung und dem Klimaschutzregime⁴⁹⁶.“ Es wird der Eindruck erweckt, dass die *Ängste vor den Risiken der Kernenergie* den *Ängsten vor Versorgungsengpässen und vor Änderungen des Weltklimas* gewichen sind. Wie schon in den Artikeln auf der Vorseite zum Ausdruck gekommen, ist das Klimaschutzargument unter Kernenergiebefürwortern und Kritikern zumindest nicht unumstritten. In der Folgeausgabe vom **27.4.2006** wird von den Trauerkundgebungen und Demonstrationen zum Jahrestag der Katastrophe in Weißrussland und der Ukraine berich-

⁴⁹⁵ FAZ, 26.4.06, S.B12, „Gas und Kohle bleiben die Trümpfe im Energiemix“.

⁴⁹⁶ Das Wort *Regime* wird abwertend in Bezug auf eine Regierungsform gebraucht. Sicherlich lässt das auf die Meinung des Autors zu Klimaschutzbemühungen schließen. Diese interessante Wortschöpfung („Klimaschutz*regime*“) fällt aber nicht in den Themenkreis der Arbeit und wird daher nicht weiter verfolgt.

tet.⁴⁹⁷ Unter anderem geht es dort auch um die Verknüpfung der Demonstration mit dem Protest gegen die weißrussische Regierung. Im Wirtschaftsteil der Ausgabe findet sich ein Kommentar⁴⁹⁸, der den deutschen Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie heftig kritisiert, er führe „... auf ein energiepolitisches Abstellgleis ...“. Man verzichte durch das Abschalten „... *nachweislich sicherer Atomkraftwerke* ...“ auf Klimaschutz und unabhängige Energieversorgung: „Andere Regierungen haben das längst erkannt.“ Der Kommentar bezieht sich darauf, dass Deutschland unter den G-8-Staaten als einziges den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat und damit isoliert sei. Die Stellungnahme zu den Risiken der Kernenergie (deutsche AKW seien „*nachweislich sicher*“) passt zu der vermittelten Meinung der beiden vorangegangenen Untersuchungszeiträume, bildet inzwischen aber nicht mehr die einzig vertretene Meinung in der FAZ, wie die Artikel des Vortags⁴⁹⁹ gezeigt haben. Ein Bericht⁵⁰⁰ auf der folgenden Seite bestätigt den im Kommentar benannten Fakt, die Bundesregierung sei „... die einzige [unter den G-8-Staaten], die am Ausstieg aus der Kernenergie festhält.“ Der russische G-8-Beauftragte Schuwalow „... lobte die deutsche kerntechnische Industrie ...“, die „... über eine *große Erfahrung in Fragen der Reaktorsicherheit* ...“ verfüge. In den folgenden beiden Ausgaben vom **28.4.2006** und vom **29.4.2006** lassen sich keine Artikel zum Thema Kernenergie mehr finden, dafür aber jeweils ein Leserbrief. Beide⁵⁰¹ betonen den Unterschied zwischen den Reaktoren deutscher

⁴⁹⁷ FAZ, 27.4.06, S.3, „Glocken in der Nacht, Kränze am Tag“ sowie „Tschernobyl-Weg“.

⁴⁹⁸ FAZ, 27.4.06, S.11, „Isoliert“.

⁴⁹⁹ Siehe oben: „Tschernobyl“ (FAZ, 26.4.06, S.39) sowie „Warnendes Beispiel Tschernobyl“ (FAZ, 26.4.06, S.B11).

⁵⁰⁰ FAZ, 27.4.06, S.12, „Deutschland gerät beim Thema Atomenergie in Schwierigkeiten“.

⁵⁰¹ FAZ, 28.4.06, S.38, „Horror Geschichten über Kernkraftwerke“ von Dr. Ludwig Lindner sowie FAZ, 29.4.06, S.9, „Was in Tschernobyl zusammenkam“ von Dr.-Ing. Gerhard Schmidt; im Folgenden zitiert wurde der Letztere.

Bauweise und der des in Tschernobyl eingesetzten Typs. In einem Brief geht es dem Autor darum, dass dieser „... himmelweite Unterschied [...] nicht weiter von linken und grünen Politikern ignoriert und [...] die leider weitgehend uniformierte Bevölkerung verängstigt und für dumm verkauft werden kann.“⁵⁰²

Das Spektrum der Meinungen in der FAZ im Untersuchungszeitraum 2006 ist viel breiter gestreut, als das noch in den Untersuchungszeiträumen 1986 oder 1996 der Fall war. Auch wenn eine kernenergiefreundliche Grundstimmung in der Berichterstattung zu spüren ist, so kommt – gerade in den Kommentaren – auch teilweise eine kernkraftkritische Meinung zu Tage. Dem entspricht auch der am Jahrestag der Katastrophe selbst gemachte Versuch, „pro“ und „kontra“ der Kernenergie in 2 gegenübergestellten Artikeln das Wort zu geben. Die Anzahl der themenbezogenen Artikel unterscheidet sich – bis auf den Schwerpunkttag der TAZ – kaum von der der anderen untersuchten Zeitungen. In diesem Untersuchungszeitraum ist auch erstmals eine kernkraftkritische Anzeige geschaltet worden. Die Betrachtung der Risiken der Kernenergie im Untersuchungszeitraum 2006 ist im Gegensatz zu den untersuchten Vorjahren nicht mehr einseitig festgelegt, auch deutsche Kernreaktoren erscheinen nicht mehr *absolut sicher*. Alles in allem aber überwiegt Meinung von der Unverzichtbarkeit der Kernenergie im Energiemix, durch die die Stromerzeugung in *nachweislich sicheren Atomkraftwerke* gewährleistet wird. Für die *Nutzung der Kernenergie* wird hier eine *ehrliche Diskussion* eingefordert und damit der *Atomausstieg infrage gestellt*. Politisch wäre diese Tendenz den liberal-konservativen Kräften zuzuordnen. Die in der Regierungsverantwortung stehende Große Koalition befand sich atompolitisch in einer Pattstellung.

⁵⁰² Bei den Lesermeinungen muss beachtet werden, dass sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Allerdings werden abgedruckte Leserbriefe von den Zeitungen aus einer Vielzahl ausgewählt.

Süddeutsche Zeitung

Die Anzahl der themenbezogenen Artikel im Untersuchungszeitraum 2006 ist dürftig: Bis auf den Schwerpunkttag der Berichterstattung zur Reaktorkatastrophe am 25.4.2006 enthält nur die Ausgabe vom 22.4.2006 mehr als 2 themenbezogene Artikel, damit wurde in der SZ in diesem Zeitraum von den 3 untersuchten Zeitungen am wenigsten zum Thema geschrieben. Gleich am **22.4.2006** befasst sich aber ein aufschlussreicher Kommentar⁵⁰³ mit den Folgen der Katastrophe und dem Streit um die Opferzahlen. So wird über den von der WHO, IAEA und anderen UN-Organisationen verfassten Bericht unter dem Namen „Das wahre Ausmaß des Unfalls“ (von Tschernobyl) gesagt: „Es hätte der Glaubwürdigkeit des Berichts [...] nicht geschadet, wenn er deutlich zum Ausdruck gebracht hätte, dass ‚das wahre Ausmaß‘ des Unfalls eine Rechnung mit vielen Unbekannten ist.“ Kritisiert wird an dem Bericht, dass nicht alle vorhandenen Daten verschiedener Länder miteinbezogen wurden. Über die große Anzahl der psychischen Erkrankungen unter Bewohnern von verseuchten Gebieten und Liquidatoren heißt es: „Ob diese [ihre] Angst [über die Folgen der Strahlung] zu Recht oder zu Unrecht besteht, ist völlig unerheblich, sie ist eine direkte Folge des Unfalls von Tschernobyl.“ Damit wird der Opferbegriff der Katastrophe erweitert. In Bezug zum Risiko der Kernenergie heißt es: „Dass ein Unfallgeschehen wie das von Tschernobyl in keinem deutschen Kernkraftwerk möglich war, steht außer Zweifel. [...] Das wird aber den nicht überzeugen können, der die Bedrohung durch ein zwar extrem unwahrscheinliches, im Unglücksfall aber katastrophales Ereignis für ein *unzumutbares Risiko* hält.“ Die Unterscheidung von KKW deutscher und russischer Bauart wird zwar betont, daraus aber kein Schluss für die Verantwortbarkeit des Einsatzes der Kernenergie gezogen. Weitere Argumente gegen die Kernenergie werden aufgezählt, bis der Kommen-

⁵⁰³ SZ, 22.4.06, S.4, „Zu viele Wahrheiten“.

tar mit dem Satz schließt: „Tschernobyl ist ein Mahnmal der Technik-Geschichte, ein *Irrweg*, der viele Menschenleben gekostet hat. An dieser Wahrheit ist nichts zu deuteln.“ Vieles im Text deutet darauf hin, dass mit dem hier benannten „Irrweg“ nicht nur die Versuchsanordnung, die zur Katastrophe in Tschernobyl führte, gemeint ist, sondern die „Technik-Geschichte“ der Kernenergie allgemein. In der Ausgabe findet sich des Weiteren ein Interview mit der weißrussischen Schriftstellerin Swetlana Alexijewitsch, die Aussagen von Betroffenen protokollierte und darüber ein Buch schrieb. Auf die Frage, ob der Mensch aus Tschernobyl gelernt hätte, antwortet sie:

„Wir können das Zeichen Tschernobyl nicht lesen, es ist ein fremder Text. Kein großer Schriftsteller hat sich des Themas angenommen, kein Philosoph. Tschernobyl liegt außerhalb der Kultur.“

(Swetlana Alexijewitsch im Interview in der SZ vom 22.4.2006, S.14, „Tschernobyl – ein Zeichen, das wir nicht verstehen“)

Des Weiteren äußert sie den Eindruck, dass es heutzutage nicht mehr so viele freiwillige Helfer geben würde: „Die Leute wussten ja nicht, was auf sie zukam. [...] Heute wissen die Menschen, dass ihr Leben einzigartig ist, dass es ihnen allein gehört.“ In dem Interview werden keine Aussagen über Risiken oder Wahrscheinlichkeiten getroffen, dafür vermittelt er das Leid, welches durch die Katastrophe unter die weißrussische Bevölkerung gebracht wurde. Neben einem weiteren Artikel⁵⁰⁴ über eine Ausstellung eines Fotografen, der das verlassene Tschernobyl in seinen Bildern dokumentierte, sind 2 themenbezogene Anzeigen in dieser Ausgabe zu finden. Zum einen werben die Kernkraftkritiker von

⁵⁰⁴ SZ, 22.4.06, S.14, „Von dieser Stadt wird bleiben, was durch sie hindurchging, die Strahlung“.

„David gegen Goliath“ um Unterstützung⁵⁰⁵, zum anderen sucht auch hier die E.ON Kernkraft GmbH wie in der FAZ im Stellenteil nach Mitarbeitern⁵⁰⁶. Am **24.4.2006** berichtet lediglich ein themenbezogener Artikel⁵⁰⁷, einerseits über zum Thema Tschernobyl erschienene Bücher, andererseits über den Bericht der verschiedenen UN-Organisationen über „Das wahre Ausmaß des Unfalls“, zu welchem es heißt: „Diese reichlich vollmundige Verlautbarung [...] hat insbesondere bei Kernenergiekritikern für Empörung gesorgt. Zu Recht, ...“. Kritisiert wird die Presseerklärung zum Bericht – nicht der wohl aufschlussreiche Bericht selbst –, die die Opferzahl unterhalb der vom Bericht prognostizierten Zahl angibt. Gelobt wird diese und andere Publikation des Forschungsverbandes „Tschernobyl Forum“ für ihre „interessante(n) konzeptionelle(n) Aspekte“, „... denn sie begreifen *technische Katastrophen* auch und vor allem als *Kulturkatastrophen*.“ Im Weiteren steht die Multidimensionalität der Katastrophe im Vordergrund, viele der betroffenen Menschen seien zwar keine Opfer der Strahlung, aber Opfer der Katastrophe. Die in diesem Artikel wiedergegebene Meinung betont die Auswirkungen der Katastrophe und steht damit im Kontrast zu den Kernenergiebefürwortern, die meist von geringen, eindeutig nachweisbaren Opferzahlen ausgehen.⁵⁰⁸ Am **25.4.2006** befassen sich auf einer Doppelseite gleich 8 Artikel mit dem Thema Tschernobyl. Die Artikel setzen sich mit dem Unfall und seinen Folgen sowie den Planungen für

⁵⁰⁵ SZ, 22.4.06, S.6, „1986-2006: 20 Jahre Atom-Katastrophe Tschernobyl und nichts dazu gelernt? 20 Jahre David gegen Goliath – für eine bessere Zukunft, für Sonne statt Atom“.

⁵⁰⁶ SZ, 22.4.06, S.V25, „Top-Chancen in Maschinenbau und Elektrotechnik“.

⁵⁰⁷ SZ, 24.4.06, S.15, „Eine Katastrophe – auch jenseits der Strahlung“.

⁵⁰⁸ Versicherungsmathematisch gesehen bestimmt sich das Risiko ja auch durch das Schadensausmaß und nicht nur durch die Eintrittswahrscheinlichkeit (siehe hierzu Abschnitt 2.1. im Teil *Wissenschaft*). Erkennt man ein Mehr an Opfern im Schadensfall an, so wird dadurch auch das eingegangene Risiko größer dargestellt.

künftige Atomprojekte in der ehemaligen Sowjetunion auseinander. Im einzelnen geht es in den Artikeln um den Ablauf der Katastrophe⁵⁰⁹, Tschernobyl als Touristenziel⁵¹⁰, ein Interview einer damals aktiven, russischen Strahlenbiologin⁵¹¹, dem Bau eines zweiten Sarkophags um den zerstörten Reaktor⁵¹², das Schweigen der politischen Führung nach der Katastrophe⁵¹³ u.a. Ein Artikel⁵¹⁴ setzt sich mit den verschiedenen Opferzahlen der Katastrophe auseinander (je nach Studie nennt der Artikel Todeszahlen von 4.000 bis 93.000). Als Grund für die drastischen Abweichungen nennt der Artikel 2 Aspekte: Das fehlende Wissen über die Auswirkungen geringer Strahlendosen, von denen aber viele Menschen über ganz Europa betroffen waren, und das fehlende Wissen über Atomkatastrophen dieser Größenordnung. Über die Wissenschaftler der Stiftung, die das Schicksal der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki verfolgt, heißt es, sie wären immer noch überrascht über einzelne Krebsarten, die Jahrzehnte nach den Atombombenabwürfen plötzlich zunehmen würden. Der Artikel legt den Schluss nahe, dass die Zahl der Todesopfer eher bei der größeren genannten Zahl liegt. Ein weiterer Artikel⁵¹⁵ beschäftigt sich mit der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung und ihrer Einstellung zur Atomkraft (früher: gegen; heute: für). Einen Ausblick auf die atomare Zukunft der ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken gibt ein Artikel⁵¹⁶ samt einer Grafik über die über Osteuropa verteilten Kernkraftwerke wieder, in dem ein besonderer Grund für die wiederkehrende Aufrüstung benannt wird: Weil für das zur Stromerzeugung genutzte Erdgas auf dem heimischen Markt ein zu geringer Preis erzielt wird, sollen neue

⁵⁰⁹ SZ, 25.4.06, S.6, „Tödliches Experiment“.

⁵¹⁰ SZ, 25.4.06, S.6, „Ein Ausflug nach Tschernobyl“.

⁵¹¹ SZ, 25.4.06, S.6, „Ich fühle mich oft minderwertig“.

⁵¹² SZ, 25.4.06, S.7, „Der zweite Sarkophag“.

⁵¹³ SZ, 25.4.06, S.7, „Mauer der Ignoranz“.

⁵¹⁴ SZ, 25.4.06, S.6, „Die Rätsel der Radioaktivität“.

⁵¹⁵ SZ, 25.4.06, S.7, „Kiewer Kreislauf“.

⁵¹⁶ SZ, 25.4.06, S.7, „Aufrüsten nach der Schonfrist“.

Atomkraftwerke die einheimische Stromerzeugung unabhängig vom Gas machen, um so mehr Gas exportieren zu können.⁵¹⁷ Die Artikel der Doppelseite bieten insgesamt zwar keine Aussagen zu den Risiken der Kernenergie an, gerade durch das vermehrte Eingehen auf die Auswirkungen der Katastrophe (Kontroverse um die Opferzahlen, zerfallender Sarkophag), wird aber ein negatives Bild der Kernenergie gezeigt. Die Ausgabe vom **26.4.2006** beschäftigt sich nur in einem ganzseitigen Artikel⁵¹⁸ mit deutschen Zeitzeugen-Aussagen mit dem Thema Tschernobyl und eher nebensächlich in einem Artikel⁵¹⁹ über den anstehenden deutsch-russischen Gipfel in Tomsk mit dem Thema Kernenergie. Während Russland laut Artikel auf den Ausbau der Kernenergie setze, heißt es von deutscher Seite, es „... sei in dieser Frage im G-8-Kreis isoliert, halte aber am Atomausstieg fest.“ Im Gegensatz zur FAZ liegt hier also die Betonung nicht auf der Einzelstellung Deutschlands in der G-8, sondern auf dem Festhalten am Ausstieg. Insgesamt 14 Zeitzeugen aus den unterschiedlichsten Bereichen⁵²⁰ kommen im anderen Artikel zu Wort und berichten über ihre Zeit nach der Katastrophe. Wie auch in der FAZ schalten an diesem Tag die 4 größten deutschen Stromerzeuger (und KKW-Betreiber) EnBW, e.on, RWE und Vattenfall gemeinsam eine Anzeige, um das Image der Kernenergie aufzubessern.⁵²¹

⁵¹⁷ Hieraus lässt sich ein im Artikel nicht weiter verfolgtes Argument gegen den Atomausstieg Deutschlands schmieden: Der Atomausstieg soll für eine Übergangszeit auch durch die verstärkte Nutzung von Erdgas zur Stromerzeugung in Deutschland genutzt werden. Um verstärkt Erdgas nach Deutschland exportieren zu können, müssten dafür in Russland neue Atommeiler gebaut werden.

⁵¹⁸ SZ, 26.4.06, S.12, „Tschernobyl – wo liegt das eigentlich?“.

⁵¹⁹ SZ, 26.4.06, S.6, „Russland sagt sichere Versorgung mit Gas zu“.

⁵²⁰ Tagesschau-Sprecher sowie „Aktuelle Kamera“-Sprecherin, Kernphysiker und Umweltingenieur, Journalisten, Autoren, Widerständler und Befürworter bis hin zum damaligen Forschungsminister Heinz Riesenhuber.

⁵²¹ SZ, 26.4.06, S.7. Unter dem Motto „SICHER. KERNENERGIE.“ wird hier eine KKW-Mitarbeiterin zitiert: „Dienstags spiele ich mit meinen Kollegen Badminton. Schuhe mag ich in allen Farben und

Am **27.4.2006** wird in einem Artikel⁵²² über die weltweiten Gedenkfeiern zum Jahrestag des Unglücks berichtet, in der zweiten Hälfte des Artikels kommt aber die kritische Einschätzung der Gesellschaft für Strahlenschutz zu Wort, deren Ansicht es ist, dass *auch in Deutschland ein schwerer Reaktorunfall möglich wäre*. Vor allem durch die höhere Bevölkerungsdichte würde die Zahl der Krebstoten – trotz der anderen Konstruktionsweise deutscher Reaktoren, die die Radioaktivität besser zurückhalten würde – in die Millionen gehen. Ebenso wird Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zitiert, der eine Abkehr vom Ausstieg für falsch hält und das Argument des billigen Atomstroms mit dem Verweis auf Frankreich widerlegt, wo zwar der meiste Atomstrom produziert werde, der Strompreis aber trotzdem höher als in Deutschland sei. Im Artikel werden also Gründe für die Beibehaltung der Abkehr von der Kernenergie benannt, und dem Argument der Kernkraftbefürworter, in Deutschland sei so eine Katastrophe nicht möglich, wird widersprochen. Im Wirtschaftsteil befasst sich ein Artikel⁵²³ mit Werner Müller, ehemals Wirtschaftsminister (1998-2002) der rot-grünen Regierung und Unterhändler des mit der Wirtschaft vereinbarten Atomausstiegs, der sich nun, als RAG-Vorstandschef, für eine vorausschauende deutsche Energiepolitik stark macht, die neben der Steinkohle und regenerativen Energien, insbesondere Biomasse, bedingt auch auf die Kernenergie⁵²⁴ setzt. In den Ausgaben vom **28.4.2006** und **29.4.2006** sind keine Artikel mit Bezug zum Thema zu finden.

Formen. Meine Reise durch Neuseeland war grossartig. *Von den Sicherheitssystemen bin ich überzeugt. Ich arbeite gern im Kernkraftwerk Philippsburg.*"

⁵²² SZ, 27.4.06, S.6, „Weltweites Gedenken an Atom-Opfer“.

⁵²³ SZ, 27.4.2006, S.21, „Kohle, Atom, Biomasse“.

⁵²⁴ Müller versteht die Kernenergie laut Artikel mit der Einschränkung, dass es zuerst einen inhärent sicheren Kernreaktor geben müsse, bei dem eine Kernschmelze physikalisch ausgeschlossen sei.

Die eher übersichtliche Berichterstattung in der SZ zum Thema Kernenergie lässt eine tendenziell kernkraftkritische Positionierung erkennen, wobei kein direkter Bezug hergestellt werden kann. Viele Artikel berichten detailliert von den Folgen von Tschernobyl, Tschernobyl selbst wird nicht nur als *technische* sondern auch als *kulturelle Katastrophe* gesehen. Einerseits wird bestätigt, dass ein Unfallablauf wie in Tschernobyl in Deutschland nicht möglich sei, andererseits wird aber nicht der hohe Sicherheitsstandard deutscher Kernkraftwerke betont, sondern vielmehr die Möglichkeit einer Katastrophe nicht ausgeschlossen. Berichtet wird auch über die dramatischeren Auswirkungen solch eines Unfalls aufgrund der höheren Bevölkerungsdichte in Deutschland. Sowohl Kernenergiebefürworter als auch Kritiker schalten im Untersuchungszeitraum Anzeigen in der SZ. Der inzwischen beschlossene Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie wird weder direkt befürwortet, noch bezweifelt. Es scheint, als ob die Risiken der Kernenergie im Untersuchungszeitraum nicht zwingend thematisiert wurden, nur das Ausmaß der Reaktorkatastrophe wurde deutlich dokumentiert. Die als tendenziell kritisch deutbare, in der SZ vertretene Meinung lässt sich für das Jahr 2006 nicht eindeutig einem politischen Lager zuordnen, zumal sich die in der Regierungsverantwortung befindliche Große Koalition atompolitisch aufgrund der unterschiedlichen Einstellung der Koalitionspartner CDU/CSU und SPD in einer Pattstellung befand.

die tageszeitung

Die themenbezogene Berichterstattung der TAZ im Untersuchungszeitraum hatte ihren Schwerpunkt am 22.4.2006. An diesem Tag erschienen mehr Artikel zum Thema Kernenergie (46) als im kompletten Untersuchungszeitraum bei FAZ (21) und SZ (16) zusammen. Dafür erschienen im restlichen Zeitraum kaum noch Artikel (9), allein schon durch den Schwerpunkttag aber blieb die Kernenergie ein Thema für die TAZ im Untersuchungszeitraum. Die Ausgabe vom **22.4.2006**

beginnt mit einer Titelseite unter der Überschrift „Die Lügen von Tschernobyl“, auf der ganzseitig ein Kind mit Atemschutz und Kopftuch abgebildet ist, das seinen Tropf mit sich schiebt, auf dem ein Kuscheltier befestigt ist. Die Berichterstattung der folgenden Seiten befasst sich hauptsächlich mit Tschernobyl, den Opfern und den Folgen.⁵²⁵ Dazu sind über die Seiten kleine Interview-Boxen verteilt, in denen Zeitzeugen zu Tschernobyl und ihrem Standpunkt zur Kernenergie befragt werden.⁵²⁶ In einem Artikel⁵²⁷ wird wie schon in der SZ die erschienene Pressemitteilung der IAEA/WHO zum Tschernobyl-Kongress, die von bis zu 4.000 Todesopfern spricht, kritisiert. Die Unterlagen würden eklatante Fehler und Widersprüche aufweisen, die IAEA würde „... selbst 5.000 Tote aus ihren eigenen Studien ...“ ignorieren. Ein weiterer Artikel⁵²⁸ prognostiziert die Todeszahl auf 30.000 bis 60.000, allein aufgrund der Angaben durch eine andere UN-Organisation (UNSCEAR⁵²⁹), wie ein Wissenschaftler errechnete. Zwei weitere Artikel berichten über die Probleme

⁵²⁵ Beispielsweise: „Krank und betrogen“ (TAZ, 22.4.06, S.2) berichtet über Einzelschicksale aus Weißrussland, die umgesiedelt wurden und teilweise in ihre verlassenen Dörfer zurückgekehrt sind. „Ausflug in die Todeszone“ (TAZ, 22.4.06, S.3) berichtet über eine Tour durch Tschernobyl. „Strahlende Jobmaschine“ berichtet über die Arbeiterstadt Slawutitsch, die bis zum Jahr 2000 den Betrieb des KKW Tschernobyl sicherstellte und jetzt noch immer die Ruinen sichert und Zwischenlager baut, während „Explosion um 1.23 Uhr“ die Unfallgeschehnisse kurz zusammenfasst (beide: TAZ, 22.4.06, S.4).

⁵²⁶ Unter dieser bunten Mischung aus verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen sind Personen wie Konstantin Wecker, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Claudia Roth, Ulrich Wickert, Nina Hagen, Matthias Platzeck und Dirk Bach. Nicht alle sind gegen Kernenergie, wie zu vermuten gewesen wäre, so z.B. die CDU-Abgeordnete Marie-Luise Dött oder der Verleger V. Niemann.

⁵²⁷ TAZ, 22.4.06, S.5, „Die Vereinten Nationen lügen“.

⁵²⁸ TAZ, 22.4.06, S.6, „Bis zu 60.000 Tote erwartet“.

⁵²⁹ UNSCEAR steht für *United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation* (Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung).

der Liquidatoren.⁵³⁰ Über die damalige Situation in Deutschland berichten weitere Artikel, wie z.B. ein Interview⁵³¹ mit Irmgard Schultz, die für das ISOE⁵³² 1987 eine Studie zum Thema „Die Folgen von Tschernobyl“ angefertigt hat. Sie sagt: „... und es gab in der Tat Frauen, die *aus Angst* abgetrieben haben.“ Streng genommen sind auch das Opfer von Tschernobyl. Kritisch betrachtet wird die Anti-Atom-Bewegung (die „Becquerel-Bewegung“) in einem Kurzartikel⁵³³ im Hinblick darauf, dass es ihr „... neben einer fehlenden bundesweiten Organisationsstruktur ...“ aufgrund der „Verliebtheit in die Militanz“ nie gelang, die Breite zu erreichen, „... die sie vereint mit dem bürgerlichen Lager hätte haben können.“ Nicht also die Bewegung selbst, sondern ihr Scheitern beim Versuch, ein gesellschaftlicher Faktor zu werden, wird kritisiert, was als Sympathiebekundung gedeutet werden kann. Eine Auflistung⁵³⁴ von Veranstaltungen, Demonstrationen und Büchern zum Thema Atomkraft und Tschernobyl (mitsamt dem Hinweis auf einige Internetseiten) rundet die Berichterstattung zum Thema ab. In einem großen Artikel⁵³⁵ zur Frage „Was halten Sie von Atomkraft?“ werden 7 Argumente⁵³⁶ für Atomkraft in jeweils nachfolgenden Erklärungen widerlegt.⁵³⁷ So wird zu einem Störfall in

⁵³⁰ TAZ, 22.4.06, S.8, „Ein tödlicher Dienst“ sowie „Invalide mit 25 Jahren“.

⁵³¹ TAZ, 22.4.06, S.10, „Dann kam die Wut“.

⁵³² ISOE steht für *Institut für sozial-ökologische Forschung*.

⁵³³ TAZ, 22.4.06, S.10, „Die Becquerel-Bewegung“.

⁵³⁴ TAZ, 22.4.06, S.10, „Bücher, Events, Demos“.

⁵³⁵ TAZ, 22.4.06, S.11, „Was halten Sie von Atomkraft?“.

⁵³⁶ Die Argumente sind:

1. Atomkraft in Deutschland ist sicher.
2. Atomkraft ist sauber.
3. Atomkraft hilft dem Klima.
4. Atom Müll lässt sich sicher lagern.
5. Atomstrom ist billig.
6. Atomkraftwerke lassen sich gegen Terroristen schützen.
7. Die Katastrophe von Tschernobyl ist ein singuläres Ereignis.

⁵³⁷ Etwas Ähnliches hat die TAZ auch schon 1986 gemacht, da allerdings mit 3 sog. „Atomlobby-Argumenten“ (s.o., TAZ, 3.5.86, S.4, „Kein Licht erlischt bei Atomverzicht“).

einem ungarischen AKW 2003 die mit der Untersuchung betraute Wiener Staatsanwalt zitiert: „Dieser Störfall zeigt neuerlich, dass *die Gewinnung von Kernenergie eine Risiko-technologie* ist, bei der es immer zu unvorhergesehenen Ereignissen kommen kann.“ Auf der nächsten Seite befasst sich ein Artikel mit den Problemen des brüchigen Sarkophags, der um den zerstörten Reaktor in Tschernobyl gebaut wurde.⁵³⁸ In einem Artikel⁵³⁹ zu einer Forschungsanlage für Kernfusion heißt es: „Vor 50 Jahren waren sich die Atomforscher schon mal ganz sicher: Die friedliche Nutzung der Kernspaltung sei der Segen der Menschheit – natürlich ein *technologisch absolut sicherer* Segen ...“, und in einem weiteren Artikel⁵⁴⁰ zu so genannten Reaktoren der 4. Generation⁵⁴¹ heißt es: „So nimmt die Forschung Anlauf, Technologien zu entwickeln, die in der Vergangenheit schon *furios gescheitert* sind – wie zum Beispiel der *Schnelle Brüter* in Kalkar.“ In den beiden Artikeln wird somit die weitere Forschung im Bereich Kernspaltung (und -fusion) kritisch hinterfragt. Über den Bau weiterer Atomkraftwerke in China und Russland heißt es in 2 weiteren Artikeln⁵⁴²: „Von einer auch noch so kleinen Panne im chinesischen Atombetrieb ist nichts bekannt. Doch muss nicht gerade das *Misstrauen erregen?*“ bzw. „Russische AKWs gehen wesentlich laxer mit Sicherheitsstandards um als westliche AKW-Betreiber“⁵⁴³.

⁵³⁸ TAZ, 22.4.06, S.12, „Der Sarg ist undicht“.

⁵³⁹ TAZ, 22.4.06, S.13, „Kernverschmelzung“.

⁵⁴⁰ TAZ, 22.4.06, S.13, „Mär von der schönen neuen Reaktorwelt“. Allein die Überschrift ist als kritisch zu werten, spielt sie doch auf Huxleys Roman „Schöne neue Welt“ (Brave new World) an, in der eine vermeintlich schöne Utopie dargestellt wird.

⁵⁴¹ Damit sind u.a. spezielle Schnelle Brüter, Hochtemperatur- und Leichtwasserreaktoren gemeint (zu den einzelnen Typen siehe Abschnitt 2.2. unter *Kernreaktoren*).

⁵⁴² TAZ, 22.4.06, S.14, „Peking will am liebsten die Blaupausen“ (China) sowie „Schneller Brüten“ (Russland). Auch über einen finnischen AKW-Neubau wird berichtet (TAZ, 22.4.06, S.16, „Der erste EU-Reaktor“).

⁵⁴³ So wird der Leiter der Abteilung Kernenergie bei Greenpeace Moskau, Wladimir Tschuprow, zitiert.

Weitere Artikel beschäftigen sich mit dem Fotografen des havarierten Reaktors, Igor Kostin⁵⁴⁴, und mit der damaligen Friedensfahrt⁵⁴⁵, die kurz nach dem Reaktorunfall in Kiew startete. Auf der Seite „die wahrheit“ findet das Thema Einzug in eine Satire⁵⁴⁶ und einen kurzen Comic-Strip. In der Satire (getarnt als „Ratgeber“ zum Umgang mit der Atomenergie) wird u.a. empfohlen, die Castor-Transporte in den nächsten ReiseCenter der Deutsche Bahn zu schicken: „Damit ist gewiss, dass die Dinger nie ankommen – und sollten sie doch die richtige Schiene erwischen, wird der zuständige Zugbegleiter sie wegen ungültiger Tickets sofort aus dem Verkehr ziehen.“

Die Ausgabe vom 22.4.2006 ist des Weiteren voll mit Anzeigen zum Thema, allesamt kernkraftkritisch.⁵⁴⁷ In der Ausgabe vom **24.4.2006** wird Renate Künast, Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, interviewt⁵⁴⁸, die über die Katastrophe anlässlich der Tschernobyl-Konferenz aussagt: „Auch in Deutschland führt der Unfall zu mehr Krebs.“ Nachdem sich die vorige Ausgabe schwerpunktmäßig mit dem Thema befasst hat, bleibt dies der einzige Artikel in dieser Ausgabe mit Bezug zur Kernenergie. In der Ausgabe vom **25.4.2006** befasst sich ein Artikel⁵⁴⁹ mit Wildfleisch und anderen Lebensmitteln aus dem Wald, die immer noch radioaktiv verseucht sind: „Beeren und Pilze aus dem Bayerischen Wald gehören nicht auf den Esstisch“. Im Bildnebentext wird Bun-

⁵⁴⁴ TAZ, 22.4.06, S.22, „Strahlender Feind“.

⁵⁴⁵ TAZ, 22.4.06, S.23, „Da kann nichts passieren“.

⁵⁴⁶ TAZ, 22.4.06, S.24, „Unser Uran kommt aus Iran!“.

⁵⁴⁷ Darunter Anzeigen der Grünen im Europäischen Parlament („Nicht den Zahlen der Internationalen Atomenergie-Organisation glauben!“, S.2), des IPPNW, der Solarbranche (z.B. „sun for ever – nuclear power never!“ der Wagner & Co Solartechnik, S.5), von Greenpeace (Ausstellung „verstrahlt – verdrängt – vergessen“, S.8), von „x – tausendmal quer“ („Mal richtig abschalten“, S.11) u.a.

⁵⁴⁸ TAZ, 24.4.06, S.8, „Auch hier mehr Krebs“.

⁵⁴⁹ TAZ, 25.4.06, S.9, „7.000 Becquerel pro Kilo Wildschwein“. Ein Foto von einem Wildschwein trägt die Bildunterschrift: „Verträgt aus Strahlenschutzsicht nur die Bezeichnung: Sondermüll“.

des Umweltminister Sigmar Gabriel zitiert: „Tschernobyl hat uns demonstriert, dass *die Atomenergie mit prinzipiellen Sicherheitsrisiken verbunden ist ...*“, sie sei „... *keine Zukunftstechnologie*, denn sie verhindert Innovation“. Renate Künast betont an gleicher Stelle: „Für Gegenwart und Zukunft ist diese Form der Energie *untragbar*.“ Im themenbezogenen Kommentar⁵⁵⁰ steht über die Zeit nach Tschernobyl: „Nicht Massenhysterie war die Folge der Desinformation, sondern eine massenhafte Aufklärungskampagne, ...“, und er fragt rhetorisch: „Hatte die Katastrophe von Tschernobyl nicht vor Augen geführt, dass bestimmte Formen der Wissenschafts- und Technikentwicklung sich als *destruktiv* herausgestellt hatten?“ Über die gesellschaftlichen Folgen von Tschernobyl heißt es: „Empirische Untersuchungen belegen, dass nach Tschernobyl bis auf den heutigen Tag die *Bevölkerungsmehrheit in Deutschland für die Abschaltung aller AKWs* eintritt. [...] Da einmal gefasste Wertorientierungen ein zähes Leben haben, steht dem Versuch, zwanzig Jahre nach Tschernobyl den Atomausstieg mit politischen und ökonomischen Gründen rückgängig zu machen, ein hartes Stück Arbeit bevor.“ Die herausgestellte, kernkraftkritische Meinung, bestimmte Technikentwicklungen – hier: Die Atomkraft – seien destruktiv, wird durch den Begleittext zum Autor (aktiv in der Anti-AKW-Bewegung) bestätigt. In dieser Ausgabe wirbt die TAZ für sich selbst in einer Anzeige⁵⁵¹, in der auf einem manipulierten Modelleisenbahn-Set die Aufschrift „Stop-den-Castor-Start-Set“ zu lesen ist. Offensichtlich solidarisiert sich die TAZ mit den Demonstranten von Gorleben. In der Ausgabe vom **26.4.2006** erscheinen nur 3 Artikel mit Bezug zu Tschernobyl, in einem davon wird auf den von den Grünen aus Friedrichshain-Kreuzberg veranstalteten Trauerzug zum Gedenken der Opfer mit genauen

⁵⁵⁰ TAZ, 25.4.06, S.12, „Lehrmeister Tschernobyl“. Autor ist Christian Semmler, der sich der Anti-AKW-Bewegung in den 70er Jahren anschloss und an den Demonstrationen in Brokdorf und Kalkar teilnahm, wie zu lesen ist.

⁵⁵¹ TAZ, 25.4.06, S.8.

Uhrzeiten und Treffpunkten aufmerksam gemacht⁵⁵². Auch über den Besuch eines Gymnasiums von jungen Weißrussen und den von ihnen geschilderten Erfahrungen mit der Katastrophe auf Einladung der Jugend des BUND wird berichtet.⁵⁵³ Neben einem Kurzartikel⁵⁵⁴ zu der seitens der CDU kritisierten Broschüre zum Jahrestag von Tschernobyl, die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel herausgegeben wurde, sind vor allem die Leserbriefe des Tages interessant, auch wenn sie nicht der Meinung der Zeitung entsprechen müssen. Neben 3 klar kernkraftkritischen Äußerungen⁵⁵⁵ gibt es nämlich auch 2 Zuschriften, die sich positiv zur Kernenergie äußern. In einem Brief⁵⁵⁶ heißt es in Bezug zu der durch Tschernobyl ausgelösten Panik, sie sei „... hierzulande gewissermaßen ungerechtfertigt, und die Gedanken, die man damals hatte, sind jetzt zu hinterfragen, bevor man sie neu auffrischt.“ Ein weiterer Brief urteilt: „Deutschland hat die besten und sichersten Kernkraftwerke der Welt und darf nicht auf diese Hochtechnologie verzichten.“⁵⁵⁷ In der Ausgabe vom **27.4.2006** berichtet die TAZ in einem kurzen Abschnitt⁵⁵⁸ von der Festnahme von Greenpeace-Aktivisten in Moskau, die gegen die russische Atompolitik protestierten, sowie in einem größeren Beitrag⁵⁵⁹ kritisch zu dem Medien-Echo, welches der Jahrestag von Tschernobyl ausgelöst hat. Dort heißt es zu dem Stellenwert der Katastrophe: „Die heftige Berichterstattung war auch ein Indiz dafür, wie tief sich

⁵⁵² TAZ, 26.4.06, S.24, „Tschernobyl-Gedenken“.

⁵⁵³ TAZ, 26.4.06, S.24, „Sonderstunden über Strahlenschäden“.

BUND steht für *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.*

⁵⁵⁴ TAZ, 26.4.06, S.8, „Atom-Politik kritisiert“.

⁵⁵⁵ TAZ, 26.4.06, S.12, „Unverstrahlt aussteigen“, „20 Jahre Tschernobyl“ sowie „Wo gibt es sichere Atomkraft?“.

⁵⁵⁶ TAZ, 26.4.06, S.12, „Ungerechtfertigte Panik“.

⁵⁵⁷ TAZ, 26.4.06, S.12, „Atomausstieg in den Papierkorb“. Der Autor ist Ludwig Lindner, anscheinend identisch mit Dr. Ludwig Lindner, der den Leserbrief „Horror Geschichten über Kernkraftwerke“ (FAZ, 28.4.06, S.38), verfasst hat – dort mit den gleichen Argumenten, nur etwas eloquenter ausgedrückt.

⁵⁵⁸ TAZ, 27.4.06, S.10, „Moskau: Atomgegner verhaftet“.

⁵⁵⁹ TAZ, 27.4.06, S.18, „Medien-Fallout“.

der zerfetzte Reaktor in das Bewusstsein der Moderne eingegraben hat. *Tschernobyl gehört auf ewig zu den historischen Lektionen über die Segnungen der Atomkraft und die Verschleierungs- und Geheimhaltungsstrategien der AKW-Betreiber und Politiker.*“ Ganz im Gegensatz zum Leserbrief des Vortags steht dort: „Die Versuche, Tschernobyl umzuschreiben und den Schock von 1986 als Hysterie zu diffamieren, war nur noch in Ausnahmefällen zu beobachten.“ Die Zeitungen *Zeit* und *Tagesspiegel* werden dann gesondert kritisiert. Über die *Zeit* heißt es, sie habe „... den sowjetischen Havarieorden am Bande für die *nachträglich erfolgreichste Liquidation einer Katastrophe ...*“ verdient. Ihr Herausgeber Josef Joffe habe im „Schwesterblatt“ *Tagesspiegel* die Opfer der Katastrophe auf 125 Tote in der Ukraine beziffert, über die Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern heiße es im *Tagesspiegel*, sie seien „fast alle geheilt“ worden, was im TAZ-Artikel ironisch kommentiert wird: „Joffe war dort und hat sie persönlich gezählt.“ Auch ein Artikel der *Zeit* wird kritisiert, in dem die „Falschmeldung“ von 4.000 Tschernobyl-Toten lanciert wurde, um dort auszusagen, dass diese Zahl unter der der jährlichen Opfer im chinesischen Kohlebergbau liege – dadurch werde die Katastrophe von Tschernobyl relativiert. Abgeschlossen wird der Artikel mit einem Zitat des ehemaligen Hautgeschäftsführers der deutschen Elektrizitätswirtschaft Joachim Grawe:

„Wer Kernkraftwerke verbieten will, der muss auch Streichhölzer verbieten.“

(Joachim Grawe, zitiert in der TAZ vom 27.4.2006, S.18, „Medien-Fallout“)

In Bezug auf diese Aussage und im Gegensatz dazu heißt es: „Je größer der Zeitabstand zu Tschernobyl wird, desto klarer werden die Umrissse dieser Katastrophe. Und desto schwieriger wird es, sie zu entsorgen.“ Dieser äußerst kernkraftkritische Beitrag bietet schon das letzte ausführliche Analyseobjekt für diesen Untersuchungszeitraum. In der

Ausgabe vom **28.4.2006** ist nur eine kurze Meldung⁵⁶⁰ über einen Zwischenfall im AKW Fessenheim zu finden, in der Ausgabe vom **29.4.2006** findet sich außer 2 Leserbriefen⁵⁶¹ nichts zum Thema. Beide Leserbriefe beziehen sich übrigens auf die 2 kernkraftfreundlichen Briefe vom 26.4.2006 und kritisieren die dort dargelegte Haltung.

Wie auch in den vorangegangenen Untersuchungszeiträumen ist die themenbezogene Berichterstattung der TAZ die ausführlichste, soweit man für das Jahr 2006 den Schwerpunkttag der Berichterstattung mit einbezieht, der über 80% der Berichterstattung beinhaltet (46 von 55 Artikeln). Themenschwerpunkt der Berichterstattung war in diesem Untersuchungszeitraum die Katastrophe von Tschernobyl und deren Folgen. Die Berichterstattung ist – bis auf einige wenige Meinungen in Kurzinterviews sowie 2 abgedruckten Leserbriefen – durchweg kernkraftkritisch oder zumindest neutral. Es haben wie zuvor ausschließlich kernkraftkritische Organisationen in der TAZ inseriert. Wiederum gibt es Hinweise zu kernkraftkritischen Demonstrationen und Veranstaltungen sowie Buchtipps. Die Kommentare sind durchweg kritisch gehalten und in einem Beitrag werden sogar 7 Argumente für die Kernkraft widerlegt. Das Meinungsbild der TAZ zum Thema Risiken der Kernenergie scheint fest bei der These, die Nutzung der Kernenergie sei nicht zu verantworten – auch wenn anderen Meinungen, sei es im Interview oder im Leserbrief, Raum gewährt wird. Diese kernkraftkritische Einstellung wird seitens der Politik vehement von den Grünen, aber auch von der in der Regierungsverantwortung stehenden SPD vertreten, die den erfolgreich durchgesetzten Atomausstieg in der neuen Großen Koalition nicht aufgeben will, auch wenn der neue Koalitionspartner CDU/CSU eine andere Einstellung zum Thema Kernenergie mit einbringt.

⁵⁶⁰ TAZ, 28.4.06, S.8, „AKW Fessenheim. Kühlung ausgefallen“.

⁵⁶¹ TAZ, 29.4.06, S.12, „Wie viele Tote braucht es?“ sowie „Zerstörerisches Potenzial“.

Zusammenfassung

Für den letzten Untersuchungszeitraum lässt sich vor allem ein Zurückgehen der themenbezogenen Berichterstattung erkennen. Grundsätzlich bleibt die Bandbreite der wiedergegebenen Meinungen zum Thema von kernenergiefreundlich bis –kritisch erhalten. Politisch hat sich durch die zwischenzeitlich an der Macht gewesene rot-grüne Koalition aber einiges geändert: Der Atomausstieg ist längst beschlossen worden. Dementsprechend reichen die politischen Handlungsempfehlungen diesmal von der Befürwortung des Ausstiegs bis zur Abkehr von ihm. Die Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hat die stärkste themenbezogene Veränderung vollzogen. So überwiegt zwar immer noch die kernenergiefeindliche Grundstimmung, doch es gibt den Versuch, zumindest die Argumentation der Gegenseite zu Wort kommen zu lassen. Die Anzahl der themenbezogenen Artikel unterscheidet sich nicht stark von den anderen Zeitungen, was unter Umständen an der sowieso schwachen Berichterstattung zum Thema liegt. Erstmals wird eine kernkraftkritische Anzeige im Untersuchungszeitraum geschaltet. Dies ändert aber alles nichts an der vertretenen Grundhaltung zu Kernenergie: Der *Ausstieg vom Ausstieg* wird empfohlen, nur wird die Gegenseite inzwischen verstanden, ernst genommen und nicht nur zynisch kommentiert (wie noch 1986). Politisch passt diese Haltung ins liberal-konservative Spektrum. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet in diesem Jahr im Vergleich zu Vorjahren und zu den anderen Zeitungen deutlicher weniger, auch wenn insgesamt (wie auch 1996) eine kernkraftkritische Haltung herauslesbar bleibt. Dies kann allerdings nur indirekt geschehen, da sich die SZ nicht wirklich zum Atomausstieg äußert. Die *Katastrophe von Tschernobyl* wird aber umfassend dokumentiert und sogar *als kulturelle Katastrophe* wahrgenommen, so dass die Zuordnung zur kernkraftkritischen Seite vertretbar scheint. Im politischen Milieu entspricht diese Haltung am ehesten der SPD, die sich zwar

eindeutig zum Ausstieg bekennt, aufgrund der Konstellation in der Regierungskoalition mit der kernenergiefreundlichen CDU/CSU dieses Thema aber vom Tisch hält. Die kernkraft-kritischste Meinung vertritt wiederum *die tageszeitung*, die die meisten themenbezogenen Artikel enthält (der Großteil beschäftigt sich mit Tschernobyl und den Folgen). Abgesehen von 2 Leserbriefen bleibt die wiedergegebene Meinung durchweg kritisch, so werden in einem Beitrag sogar 7 Argumente pro Kernkraft vorgestellt und dann widerlegt. Auch die Anzeigenschaltung entstammt durchweg dem kernkraft-kritischen Bereich. Politisch gesehen passt die wiedergegebene Meinung zu der eindeutig kernkraftkritischen Position der vormaligen rot-grünen Regierungskoalition.

4. AUSWERTUNG DER UNTERSUCHUNG

Nachdem in der Untersuchung die Artikel aus den Zeitungen im Hinblick auf die Betrachtung der Risiken der Kernenergie hin analysiert wurden, ist es nun möglich, einerseits zu ergründen, ob und wie sich die Betrachtung je Zeitung über die Jahrzehnte hinweg geändert hat. Andererseits ist es möglich, den Schritt von den ausgewählten Printmedien zurück zur Gesellschaft als Betrachtungsgegenstand zu machen und demnach zu ergründen, wie in den 3 Printmedien (als Spiegel der Gesellschaft) die Risiken der Kernenergie eingeschätzt wurden. Deswegen folgt im ersten Abschnitt der Auswertung eine Gliederung nach Zeitungen, während im zweiten Abschnitt nochmals auf jedes Untersuchungsjahr eingegangen wird. Die zeitliche Betrachtung ermöglicht es zusätzlich, die Argumente der Befürworter und der Gegner der Kernenergie gegenüberzustellen, wie sie je nach Ausgangsjahr vorherrschten und welche sich aus dem gegebenen Untersuchungsmaterial erschließen lassen.

4.1. ZEITUNGEN

Um die gesellschaftliche Betrachtung der Risiken der Kernenergie näher zu beleuchten, wurde in dieser Arbeit in einem ersten Schritt der Blick auf die Massenmedien gelegt, die als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit fungieren. Für die Untersuchung bot sich ein Massenmedium mit einer hohen Bedeutsamkeit bei zeitgleich guter Verfügbarkeit für die Jahre 1986, 1996 und 2006 an, die als Untersuchungsjahre aufgrund ihres Bezuges zum bisher größten Unfall der zivilen Kernenergienutzung, der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, ausgewählt wurden. Dies trifft auf die Printmedien zu, von denen 3 bundesweit erscheinende, bedeutsame Tageszeitungen ausgewählt wurden, die ein möglichst weites gesellschaftliches Spektrum abdecken. Dabei stellen 7 Ausgaben je Untersuchungszeitraum und Zeitung

einen ausreichend großen Abschnitt dar, um Aussagen über die in den Zeitungen getroffenen Bewertungen der Risiken der Kernenergie treffen zu können. Die bei der Untersuchung in Kapitel 3 gemachten Zusammenfassungen bilden dabei die Grundlage für eine Auswertung, in der Standpunkt und mögliche Veränderungen im Zeitablauf bei der Betrachtung der Risiken der Kernenergie je Zeitung analysiert werden sollen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Kernenergie erfährt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* fast durchweg eine positive Darstellung. Hier gilt die Kernenergienutzung in der BRD als verantwortbar, im Hinblick auf das Klima und die Versorgungssicherheit sogar als unentbehrlich. Somit werden die Risiken der Kernenergie – gerade durch die stets betonten in Deutschland geltenden hohen Sicherheitsstandards – grundsätzlich als hinnehmbar betrachtet. Im zeitlichen Verlauf ist aber durchaus eine Verschiebung zugunsten einer Diskussionsbereitschaft zu erkennen. Noch 1986 wird in der Regel der hohe Stand der deutschen Technologie gewürdigt, während die Kernkraftkritiker als sensationslüsterne Minderheit abgetan werden; dazu wird die praktische Vernunft für die Hinnehmbarkeit des Restrisikos der Kernenergie in Anspruch genommen. Neben den Gewinnmeldungen der Atomindustrie schafft es selten eine Meldung außerhalb des Themenkreises Tschernobyl in die Zeitung, so als ob es keiner weiteren gesellschaftlichen Diskussion zum Thema Kernenergie bedürfe, und auch in Bezug auf Tschernobyl wird vor einer zu starken Verängstigung der Bevölkerung gewarnt. Unabhängig von der ansonsten zwar Partei ergreifenden, aber meist sachlichen Schreibweise ist ein einziger Artikel im Wirtschaftsteil, der in der Katastrophe von Tschernobyl einen vermeintlichen Glücksfall für die westliche Agrarindustrie sieht, nicht anders als zynisch zu nennen. Die themenbezogenen Anzeigen entstammen ausschließlich der Atomindustrie. Allein ein kriti-

scher Kommentar erscheint in diesem Zeitraum, welcher davor warnt, das Problem in den nur zu verbessernden Sicherheitsvorkehrungen zu sehen. Diese kernenergiefreundliche Haltung bleibt 1996 argumentativ unverändert. So stehen immer noch die hohen deutschen Sicherheitsstandards im Vordergrund der Berichterstattung zur Kernenergie. Weiterhin wird vor dem Hochspielen der Opferzahlen vor Tschernobyl und einer zu großen Technik- und Wissenschafts-Skepsis gewarnt, während die Schuld an der Katastrophe im Staatssystem und nicht in der Technologie gesehen wird. Die Artikel mit Bezug zu den Kernenergiekritikern verweisen meist auf die Militanz der Szene bzw. eine steigende Gewaltbereitschaft, während das Thema der Demonstrationen nicht genauer behandelt wird. Die eher geringe Anzahl an Artikeln zum Thema lässt weiterhin auf keine große Diskussionsbereitschaft schließen, zumal auch in diesem Zeitraum sämtliche Anzeigen mit Themenbezug der Atomindustrie entstammen. Eine Öffnung hin zum Thema Kernenergie wird erstmals im Untersuchungszeitraum 2006 offensichtlich, wenn zwar die Grundhaltung kernenergiefreundlich bleibt, doch angesichts des in Kraft getretenen politischen Beschlusses zum Atomausstieg eine Diskussion der Argumente für und wider nicht mehr ausbleiben kann. Aber noch immer erscheinen vor allem die Kernenergiegegner als gefährlich, die Sowjetunion als einzige Schuldige an der Katastrophe von Tschernobyl und die Kernenergie als unter Klima- und Versorgungsaspekten als unverzichtbar. Erstmals wird aber durch 2 gegenüberstehende Artikel eine Diskussion von pro und kontra ermöglicht und auch die Sicherheit der Technologie wird nicht mehr als absolut dargestellt. In den Anzeigen findet sich auch eine kernkraftkritische Organisation wieder. Kritisch betrachtet wird Deutschlands Sonderrolle als einziger sich zum Ausstieg bekennender Staat innerhalb der G-8. Vielleicht auch aufgrund des – im Gegensatz zu den vorherigen Untersuchungszeiträumen – nun vollzogenen politischen Ausstiegsbeschlusses deutet

sich im Einklang mit der grundsätzlich kernenergiebefürwortenden Haltung der FAZ vermehrter Diskussionsbedarf an.

Süddeutsche Zeitung

Die über die Zeit gesehene stärkste Abweichung zur Betrachtung der Risiken der Kernenergie ist in der *Süddeutschen Zeitung* nachzuvollziehen. So ist die Berichterstattung im Untersuchungszeitraum 1986 noch unschlüssig in Bezug auf die Technologie. Einerseits wird wie in der FAZ über den großen Unterschied zwischen Kernkraftwerken deutscher und russischer Bauweise, andererseits über die frühere positive Einstellung der Atomindustrie zu den russischen Reaktoren berichtet. Zum einen wird die These vom Übermaß an Sicherheit in westlichen Kernkraftwerken, zum anderen die Peinlichkeit der Beschwörung dieser betont. Die Anti-Atomkraft-Demonstrationen werden ebenso Teil der Berichterstattung wie Störfälle in anderen AKW oder die Neubaupläne Frankreichs an der deutschen Grenze. Während die themenbezogene Anzeigenschaltung der FAZ entspricht, wird auch über Kritik durch bestimmte Institute an der Grenzwertsetzung berichtet. Die Kommentare pro und contra Kernenergie wiegen sich gegeneinander auf, nur die so genannte Plutonium-Industrie, bestehend aus Schnellen Brütern und Wiederaufarbeitungsanlagen, wird klar als unnötig riskant abgelehnt. Die Stellungnahme zu den Risiken der Kernenergie wird im nächsten Untersuchungszeitraum von 1996 eindeutig. Während noch immer die russische Reaktorbauweise bemängelt wird, steht nun auch der hohe deutsche Sicherheitsstandard zur Diskussion: In den Artikeln wird das vorhandene Restrisiko betont und auch über Zwischenfälle in deutschen AKW berichtet. Die von der Kernenergie befürwortenden Internationalen Atomenergiebehörde genannten Zahlen zur Katastrophe von Tschernobyl werden bemängelt und der Opferkreis erweitert. Es wird auch über die Anti-Atomkraft-Demonstrationen berichtet. Allein die themenbezogene Anzeigenschaltung wird wieder-

rum von der Atomindustrie dominiert. Auch im Untersuchungszeitraum 2006 wird Kritik an der von der IAEA und anderen UN-Organisationen genannten Opferzahl geübt. Während die Unterschiede deutscher und russischer KKW außer Zweifel stehen, wird daraus nicht auf die Unmöglichkeit von Katastrophen in der BRD geschlossen. Tschernobyl wird als Irrweg bezeichnet (offen bleibt, ob damit die ganze Technologie gemeint wird) und als Kulturkatastrophe beschrieben. Weiterhin wird über die Möglichkeit schwerer Reaktorunfälle auch in Deutschland berichtet. Die eher geringe Berichterstattung im letzten Untersuchungszeitraum verhält sich zumindest indirekt kritisch gegenüber der Kernenergie, auch wenn beispielsweise der zu dieser Zeit längst beschlossene Atomausstieg unkommentiert bleibt. Die themenbezogene Anzeigenschaltung betrifft sowohl Befürworter als auch Gegner. Bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum lässt sich der SZ eine durchaus kernkraftkritische Gesamtsicht unterstellen, die die aus der Technologie resultierenden Risiken im Grunde genommen ablehnt, auch wenn die Diskussion zu diesem Thema für alle Beteiligten offen bleibt.

die tageszeitung

Von Anfang an stellt die Berichterstattung *der tageszeitung* die Risiken der Kernenergienutzung als nicht hinnehmbar dar. Diese Position wird radikal vertreten und ändert sich auch nicht im Zeitablauf. So wird gleich im Untersuchungszeitraum von 1986 festgelegt, dass so eine Katastrophe nicht nur in der UdSSR, sondern auch hierzulande möglich erscheint. Die Kernenergie sei nicht beherrschbar und deswegen der Ausstieg unverzichtbar: Die Abschaltung aller AKW sei der einzige Weg zur Verhinderung von Unfällen. Die Berichterstattung der TAZ widmet sich auch Bereichen wie der Möglichkeit der Stromversorgung ohne Kernenergie. Ost und West werden gleichermaßen für ihre Desinformationspolitik nach der Katastrophe kritisiert und es wird sogar zur

Anti-Atomkraft-Demonstrationsteilnahme aufgerufen. Alle themenbezogenen Anzeigen entstammen nur dem Feld der kernkraftkritischen Organisationen. So zahlreich an Artikeln und so breit gestreut über das Themenfeld Kernenergie berichtet nur die TAZ. Das ändert sich auch nicht im nächsten Untersuchungszeitraum von 1996, in dem die TAZ in Form einer ganz der Katastrophe gewidmeten Ausgabe ausführlich von Tschernobyl berichtet. Auch hier wird die IAEA für ihre Nennung der Todeszahlen kritisiert. Die TAZ bietet sogar der Anti-Atomkraft-Bewegung die Möglichkeit des Abdrucks einer eigenen Zeitung auf den Seiten der TAZ. In dieser Zeitung namens *Restrisiko* wird die These aufgestellt, dass über größtmögliche Demonstrationen und Blockaden die Castor-Transporte so verteuert werden könnten, dass das – rein gewinnorientierte – Kapital aus der Atomindustrie getrieben werden könnte. In der TAZ heißt es weiter, dass die Risiken der Kernenergie stets verharmlost, während die Chancen übertrieben werden würden. So verwundert es nicht, dass sogar ein Autor der TAZ als Sprecher in einer Bürgerinitiative gegen Kernenergie aktiv ist. Nicht anders als die Berichterstattung in den vorherigen Untersuchungszeiträumen ist auch die des Jahres 2006. Die Anzahl der themenbezogenen Artikel ist wiederum in der TAZ am höchsten und es wird wieder die IAEA für ihre Version der Opferzahl kritisiert. Die Wiener Staatsanwaltschaft wird zitiert, die die Kernenergie als Risikotechnologie bezeichnet und ein großer Artikel widerlegt gleich 7 Argumente der Kernkraftbefürworter. Die hinter der Kernenergie stehende Technologie wird als destruktiv bezeichnet und es wird wiederum auf Anti-Atomkraft-Demonstrationen aufmerksam gemacht. Die Konkurrenzblätter *Die Zeit* und *Der Tagesspiegel* werden für ihre verharmlosende Berichterstattung kritisiert, so dass einzig 2 Leserbriefe sowie einige Interviews zur Stimmung zum Zeitpunkt der Katastrophe eine kernenergiefreundliche Gesinnung andeuten. Neben einer weiteren aktuellen Störfallmeldung in einem AKW bestätigen die durchweg von kernenergiekritischen Organisationen geschalteten Anzeigen den

Eindruck von der, insbesondere den Kommentaren nach, absolut Kernenergie ablehnenden Haltung der TAZ. Die totale Ablehnung der Risiken der Hochtechnologie Kernenergie bleibt während allen Untersuchungszeiträumen gleich stark spürbar.

Die in dieser Untersuchung getroffene Auswahl an täglich erscheinenden Printmedien verdeutlicht sehr gut, wie stark unterschiedlich die Risiken, die von einer Hochtechnologie wie der Kernenergie ausgehen, betrachtet werden können. Neben der unterschiedlichen Darstellung in den einzelnen Medien kann zusätzlich durch die Zusammenfassung der Medien ein breites Spektrum der Stimmung zur Kernenergie je Untersuchungszeitraum dargestellt werden.

4.2. UNTERSUCHUNGSZEITRÄUME

Nachdem die Betrachtung der Risiken der Kernenergie der verschiedenen Zeitungen über die Jahrzehnte verfolgt wurde, wird im Folgenden ein Blick auf die Untersuchungszeiträume gesetzt. Die in der Untersuchung gewonnenen Daten von immerhin 3 bedeutenden deutschen Tageszeitungen sollen zusätzlich zur vorangegangenen Analyse genutzt werden, um ein Stimmungsbild in der Gesellschaft (zumindest wie es in den Printmedien dargestellt wurde) aus den verschiedenen Zeiträumen wiederzugeben.

1986

Das Stimmungsbild nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist konfus. Die Sowjetunion betreibt eine Desinformationspolitik, die schon die westliche Welt nur unzureichend informiert, die eigene Bevölkerung, gerade in den betroffenen Gebieten Weißrusslands und der Ukraine, aber besonders sträflich uninformiert lässt. So ist es nicht verwunderlich, dass in den untersuchten Zeitungen erst 3 bzw. 4 Tage nach Beginn der Katastrophe Artikel zu ihr erschei-

nen. Die Darstellungen zu den Auswirkungen der Katastrophe auf Deutschland unterscheiden sich dabei wesentlich. Alle gesellschaftlichen Institutionen (wie Behörden, Parteien, aber auch die Massenmedien) scheinen von der Situation überfordert. Die Zeitungen sind voll von dem Thema. Es werden vielfach widersprüchliche Aussagen getroffen, vor allem über die zu treffenden Schutzvorkehrungen. So wird in den Zeitungen teilweise vor dem Konsum von frischer Milch gewarnt, andererseits wird eine Gefährdung ausgeschlossen. Auf Behördenebene entspricht das einer Grenzwertsetzung, die z.B. bezogen auf Milch um den Faktor 5 zwischen den einzelnen Bundesländern abweicht. Dazu vermelden die deutschen KKW-Betreiber in Anzeigen den hohen Sicherheitsstandard ihrer Anlagen und im Wirtschaftsteil ihre hohen Gewinne. Die Windrichtung und der Niederschlag werden aus ganz neuen Gründen interessant, zum täglichen Erscheinungsbild der Zeitungen gehören Messwerttabellen, die die Strahlenbelastung abbilden. Die damit überforderte Öffentlichkeit wird einem Schwall von neuen Begriffen ausgesetzt: Verschiedene Einheiten wie z.B. (Milli-)rem, rad, Becquerel, roentgen und Curie sowie verschiedene radioaktive Isotope, vor allem Jod-131 und Cäsium-137, zieren die Artikel, ohne immer eine ausreichend genaue Erklärung mitzugeben. Dabei ist das wahre Ausmaß der Katastrophe Tage danach noch gar nicht abschätzbar.

Das Meinungsbild über die Risiken der Kernenergie erfährt durch die Katastrophe einen Schock: Kernenergie kann nach dem Eintritt einer Katastrophe wie in Tschernobyl nicht mehr grundsätzlich als sicher angesehen werden. Vielmehr werden nun verschiedene weitere Haltungen denkbar. Die Befürworter der Kernenergie ziehen nun eine nationale Grenze der Sicherheit: Deutsche Kernkraftwerke seien – im Gegensatz zu denen russischer Bauweise – sicher. Sie wären ein Garant für günstige Strompreise und emissionsarme Stromproduktion. Eine unentschlossene Mittelposition will zumindest die Risiken aus einem weiteren, noch riskanteren Teil des Kern-

brennstoffkreislaufs, der Wiederaufarbeitung einschließlich der Nutzung von Plutonium in Schnellen Brütern, vermeiden. Aus diesem von der BRD noch nicht zu Ende beschrittenen Weg (weder die WAA in Wackerdorf, noch der Schnelle Brüter von Kalkar waren fertig gebaut, geschweige denn in Betrieb) soll Abstand genommen werden. Die grundsätzlich kritische Haltung spricht sich für einen Ausstieg aus der Kernenergie aus. Dabei lässt sich noch der geordnete Rückzug durch den Ausstieg über mehrere Jahre⁵⁶² von dem radikaleren Weg der sofortigen Normalabschaltung⁵⁶³ unterscheiden. Die Anti-Atomkraft-Protestbewegung erhält dieser Tage starken Zulauf, auch aus anderen Lagern als der links-autonomen Szene. Weite gesellschaftliche Teile beschäftigen sich nun mit der aus der Kernenergienutzung resultierenden Problematik, was sich nicht zuletzt in der Gründung von Bürgerinitiativen niederschlägt. Das Thema Kernenergie erfährt seinen Höhepunkt in der bisherigen öffentlichen Diskussion.

1996

Die Ausgangssituation zum zehnten Jahrestag von Tschernobyl ist eine gänzlich andere. So ist der „Eiserne Vorhang“ längst gefallen und die 2 deutschen Staaten BRD und DDR sind vereint. Das Kyoto-Protokoll, die Verpflichtung der Staaten, ihren CO₂-Ausstoß zu senken, ist Teil der inzwischen stark entbrannten Klimaschutzdebatte. Die westliche Welt zeigt sich bemüht, auf die ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken derart – auch mit finanziellen Beihilfen – einzuwirken, dass sie ihre KKW nachrüsten oder abschalten, so wie es mit den KKW in der ehemaligen DDR geschehen ist. Der Streit um die Opferzahlen von Tschernobyl ist ent-

⁵⁶² So wird ihn die SPD im August 1986 auf dem Nürnberger Parteitag beschließen, gefordert werden wird dann ein Ausstieg über einen Zeitraum von 2 bis 10 Jahren.

⁵⁶³ Die Normalabschaltung ist von der nur für Notfälle gedachten Schnellabschaltung zu unterscheiden.

brannt. So scheint es, als ob Befürworter und Gegner der Kernenergie einen „Stellvertreter“-Streit um die Höhe der Todeszahl führen, was teilweise einen unangenehmen Beigeschmack mit sich bringt. Die Diskussion über den Schnellen Brüter in Kalkar sowie die WAA in Wackersdorf ist längst zu deren Nachteil beendet – sie werden nicht gebaut – und stellt im Gegensatz zu der immer noch akuten Entsorgungsfrage kein Thema in den Zeitungen mehr da. Vielmehr rücken die Castor-Transporte und Gorleben in den Fokus, da sich gerade der zweite Transport in das Zwischenlager anbahnt. Im Gegensatz zum vorangegangenen Untersuchungszeitraum kommen nun also mehr die riskanten Aspekte beim Normalbetrieb zu Tage. Die Berichterstattung über Kernenergie ist vom Ausmaß her längst nicht so stark wie noch 1986, was nicht verwundert, da direkt nach der Katastrophe das Thema Kernenergie im Mittelpunkt der Gesellschaft stand. Andererseits verwundert es, wie fast beiläufig kleine Störfälle die Berichterstattung der Zeitung passieren.

Die Haltung zur Kernenergie in der BRD ist nun endgültig in 2 Lager gespalten. Während über den Mittelweg quasi schon entschieden wurde (Nein zur so genannten *Plutoniumwirtschaft* inklusive WAA und Schnellem Brüter in Deutschland), bleiben 2 Sichtweisen der Risiken übrig: Die Haltung der Kernkraftbefürworter spricht weiterhin von dem hohen Sicherheitsstandard der deutschen Anlagen. Dieser Standard müsse weltweit durchgesetzt werden und allein deswegen dürfe Deutschland aus dieser Technologie nicht aussteigen, hinzu käme der Beitrag der Kernenergie zum Klimaschutz. Die Schuld an der Katastrophe von Tschernobyl trage das totalitäre und marode sowjetische System. Die Gegner empfinden weiterhin die Risiken der Kernenergie als nicht verantwortbar. Dabei stehen die ungelöste Entsorgungsfrage und die Möglichkeit von Katastrophen, unabhängig von Standort und eingesetzter Technik, im Vordergrund. Auch deutsche KKW seien nicht sicher genug, wenn auch sicherer als die der ehemaligen Sowjetunion. Schuld an der Katastro-

phe von Tschernobyl sei jedenfalls die riskante Technologie. Neben dem politischen Weg scheint eine weitere Strategie des Ausstiegs denkbar: Der wirtschaftliche Weg, nämlich durch massive Proteste und Blockaden, den Entsorgungsweg als Teil des Kernbrennstoffkreislaufs möglichst unrentabel zu gestalten.

2006

Ein weiteres Jahrzehnt später hat sich die politische Ausgangslage entscheidend verändert: 7 der letzten 10 Jahre war erstmals eine rot-grüne und damit kernkraftkritische Regierungskoalition an der Macht, die ihrer Ankündigung vom Atomausstieg Taten folgen ließ und im Kompromiss mit den Elektrizitätsversorgungsunternehmen den Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie mit vereinbarten Restlaufzeiten für die bestehenden KKW vereinbarte. Inzwischen befand sich die bundesdeutsche Atompolitik in einer Pattstellung, da die noch neue Große Koalition eine Diskussion über den Atomausstieg für diese Legislaturperiode ausschloss. Durch die Anschläge vom 11.9.2001 geriet der Terrorismus als Bedrohung verstärkt in den Fokus der Weltöffentlichkeit. International befand sich Deutschland durch den Ausstieg im Rahmen der G-8 in einer Sonderrolle. Viel mehr als die BRD war aber der Iran aufgrund seines Atomprogramms Thema in der Presse.⁵⁶⁴ Auch wenn der Streit über die Todesopfer von Tschernobyl nicht entschieden war, so schienen die Katastrophe und die Risiken der zivilen Nutzung der dahinter stehenden Technologie zunehmend aus dem Bewusstsein der Gesellschaft zu schwinden. Dementsprechend schwach war die Berichterstattung zum Thema Kernenergie insge-

⁵⁶⁴ Da sich die Berichterstattung über das Atomprogramm Irans hauptsächlich mit der Möglichkeit der militärischen Nutzung der zivilen Technologie sowie den internationalen Bemühungen um eine Klärung der Situation beschäftigte, waren die Artikel hierüber nicht Teil der Untersuchung; siehe dazu auch den Absatz über *Proliferation* in Abschnitt 2.2.

samt, zumal der deutsche Weg des Ausstiegs beschlossen war und damit eine schwindende thematische Grundlage bot.

Kernkraftbefürworter und -gegner blieben argumentativ bei ihren grundsätzlichen Positionen, verfeinerten diese aber. Politisch gesehen war ein Stellungswechsel vollzogen (der Ausstieg war beschlossene Sache), so dass nun die Befürworter probierten, den besonderen Stellenwert der Kernkraft im Energiemix darzustellen. Die Argumente für die Kernenergie waren ihre Verlässlichkeit und Sicherheit in deutschen KKW, die günstigen und „sauberen“ (da CO₂-emissionsarmen) Strom produzierten, der einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit durch seinen hohen Grundlastanteil beisteuerte. Die Gegner zogen die vermeintliche „Kostengünstigkeit“ und die „Sauberkeit“ in Zweifel, eher verhindere der Atomstrom den dringend benötigten Wechsel zu den erneuerbaren Energien. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde der internationale Terrorismus und mit ihm die Bedrohung kerntechnischer Anlagen durch gezielte Anschläge ein stärkeres Argument für den Ausstieg. Die ungelöste Frage der Endlagerung blieb genauso auf der Agenda der Kernenergiegegner wie die Angst vor weiteren Reaktorkatastrophen.

5. FAZIT UND AUSBLICK

Eine Hochtechnologie wie die zivile Nutzung der Kernenergie (zur Wärme- und vor allem zur Stromerzeugung) stellt seit ihrer Nutzbarmachung vor ungefähr einem halben Jahrhundert ein stets sehr kontrovers diskutiertes Thema dar, gerade unter dem Aspekt der von ihr ausgehenden Risiken. Inwiefern diese Risiken als hinnehmbar oder nicht verantwortlich wahrgenommen werden, ist immer auch eine Frage der Werte und Meinungen, die dieser Beurteilung zugrunde liegen. Das (Fach-)Wissen über diese Hochtechnologie ist begrenzt, einerseits aufgrund eines beschränkten Personenkreises, andererseits aufgrund eines noch immer vorhandenen Mangels an Erfahrung. Trotzdem muss der Gesellschaft ein Einblick in die Thematik vermittelt werden, damit diese die Möglichkeiten innerhalb einer Demokratie wahrnehmen kann, über den Einsatz einer Technologie wie der Kernenergie mitzubestimmen. Dieser Einblick wird hauptsächlich durch die Massenmedien vermittelt.

Ziel dieser Arbeit war es, bei der Beschränkung auf 3 stellvertretende, täglich erscheinende Printmedien, die Betrachtung dieser der Kernenergie innewohnenden Risiken zu untersuchen. Aufgrund der Auswahl der Printmedien, denen verschiedene politische Ansichten unterstellt wurden, verwundert es nicht, dass diese die Risiken der Kernenergie unterschiedlich betrachten. Dabei wurden auch die je nach Zeitraum unterschiedlich zur Geltung kommenden vermeintlichen Vorteile der Nutzung der Kernenergie in Bezug auf Strompreis und Klimagefährdung mit in Betracht gezogen. Während die befürwortende Seite – gerade nach einer real gewordenen Katastrophe wie Tschernobyl – die Frage der Nutzung anhand der zu treffenden Sicherheitsvorkehrungen festmacht, lehnt die dem gegenüberstehende Seite die Nutzung – auch aufgrund der vom Regelbetrieb ausgehenden Gefährdung und der ungeklärten Frage der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle – konsequent ab.

Diese unterschiedlichen Facetten der Risikobetrachtung lassen sich für jede der Tageszeitungen – Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung und die tageszeitung – sowie für die jeweiligen Untersuchungszeiträume (1986, 1996 und 2006) feststellen. Dabei stellt die Frankfurter Allgemeine Zeitung den Nutzen der Kernenergie in den Vordergrund und die Risiken im Allgemeinen als hinnehmbar dar. Im Zeitverlauf lässt sich eine Tendenz zu mehr Diskussionsbereitschaft über die Vorzüge und die Nachteile dieser Technologie feststellen. Die Süddeutsche Zeitung verlässt ihre gemäßigt kritische Position von 1986, von der aus nur die Plutoniumwirtschaft als zu riskant betrachtet wird, zugunsten einer allgemein kritischen Sichtweise über die Kernenergie. Die tageszeitung weicht in keinem der Untersuchungszeiträume von dem von ihr konsequent eingeschlagenen kernkraftkritischen Kurs ab, wobei sowohl Autoren in der Anti-Atomkraft-Bewegung aktiv sind, als auch aktiv zur Teilnahme an Demonstrationen gegen die Kernenergienutzung aufgerufen wird.

Das Thema Kernenergie bleibt der gesellschaftlichen Diskussion erhalten. Gerade im Bundestagswahlkampf 2009 könnte das Thema die Große Koalition spalten und die Parteien wieder in die Lager links und rechts der Mitte trennen, denn genauso vehement, wie sich die SPD für eine Beibehaltung des Ausstiegs (womöglich mit vorgezogener Abschaltung der ältesten KKW) ausspricht, steht die CDU zumindest für eine Laufzeitverlängerung der bestehenden KKW (teilweise ist sogar von Neubau die Rede). Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sieht die Abschaltung der ältesten Reaktoren bis 2013 (wie noch nicht beim Atomausstieg vorgesehen) und die Einführung einer Kernbrennstoffsteuer, um Energieeffizienzmaßnahmen zu subventionieren, vor.⁵⁶⁵ Dagegen stehen

⁵⁶⁵ Siehe „SPD will Atomausstieg beschleunigen“ vom 21.3.09 (Handelsblatt online unter

die Aussagen von CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, der die Kernkraft als festen Bestandteil im Energiemix und den Rücktritt vom Ausstieg Schwedens als wegweisend dafür sieht, und dem bayerischen CSU-Umweltminister Markus Söder, der für den Fall eines Wahlsiegs auch den deutschen Atomausstieg rückgängig machen will – schon 2008 hat es von Seiten der CDU/CSU Forderungen zur Verlängerung der Reaktorlaufzeiten gegeben.⁵⁶⁶ Auch innerhalb Europas bleibt die Frage nach der weiteren Nutzung der Kernenergie offen: 15 der 27 EU-Staaten nutzen diese Energiequelle.

Während einerseits die Versprechungen vom günstigen Strom aus dem Atom und damit für den Nutzen der Kernenergie stehen, deuten Störfälle im letzten Jahr im schwedischen AKW Forsmark und aktuell im deutschen AKW Krümmel die weiterhin bestehenden Risiken der Nutzung dieser Hochtechnologie an. Die Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle bleibt ungelöst. Durch den noch nicht vollzogenen Ausstieg und den ungewissen Ausgang der Bundestagswahl 2009, bei dem die Kernenergie erneut Wahlkampfthema sein wird, bleibt die Frage der gesellschaftlichen Betrachtung der Risiken der zivilen Nutzung der Kernenergie in der BRD weiter offen.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spd-will-atomausstieg-beschleunigen;2209491;0>, Abruf vom 4.7.2009).

⁵⁶⁶ Siehe „Reaktor-Neubau“ vom 6.2.09 (Spiegel online unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,605956,00.html>, Abruf vom 4.7.2009).

LITERATURVERZEICHNIS

BECHMANN, G. (Hrsg.), Risiko und Gesellschaft: Grundlagen und Ergebnisse interdisziplinärer Risikoforschung, 2. Auflage, Opladen 1997.

BECK, U., Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1986.

BECK, U., Weltrisikogesellschaft, Frankfurt am Main 2007.

BETHGE, P. et al., Kernkraft – ja bitte?, in: Der Spiegel, 28/2008, S.20-32.

BRÜGGEMEIER, F.-J., Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE (Hrsg.), Sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung in Deutschland – geht es ohne Kernenergie?, Berlin, Stand: Oktober 2008.

CAUFIELD, C., Das strahlende Zeitalter. Von der Entdeckung der Röntgenstrahlen bis Tschernobyl, München 1994.

CONRAD, J., Risiko, Ritual und Politik, in: SCHMIDT, M. (Hrsg.), Leben in der Risikogesellschaft, Karlsruhe 1989, S.179-204.

ENZENSBERGER, H. M., Baukasten zu einer Theorie der Medien (1970), in: ENZENSBERGER, H. M./GLOTZ, P.(Hrsg.): Baukasten zu einer Theorie der Medien: Kritische Diskurse zur Pressefreiheit, München 1997, S.97-132.

ESPOSITO, E., Risiko/Gefahr, in: BARALDI, C./CORSI, G./ESPOSITO, E., GLU – Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme, Frankfurt am Main 1997, S.160-162.

JUNG, M., Öffentlichkeit und Sprachwandel: Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie, Opladen 1994.

JUNGERMANN, H./ROHRMANN, B./WIEDEMANN, P.
M., Risiko-Konzepte Risiko-Konflikte Risiko-Kommunikation, Jülich 1990.

JUNGK, R., Der Atomstaat, ohne Ort 1977.

KEMP, R., Risikowahrnehmung: Die Bewertung von Risiken durch Experten und Laien – ein zweckmäßiger Vergleich?, in: Bayerische Rück (Hrsg.), Risiko ist ein Konstrukt, München 1993, S. 109-127.

KEPPLINGER, H. M., Künstliche Horizonte. Folgen, Darstellung und Akzeptanz von Technik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1989.

KEUPP, H., Katastrophenfeste Mentalitäten oder das Ende der „atomaren Gelassenheit“ – Sozialpsychologische Reflexionen nach Tschernobyl, in: SCHMIDT, M. (Hrsg.), Leben in der Risikogesellschaft, Karlsruhe 1989, S. 159-178.

KING, A./SCHNEIDER, B., Die globale Revolution – Bericht des Club of Rome 1991, in: Spiegel Spezial 2/1991.

KOELZER, W., Lexikon zur Kernenergie, Karlsruhe 1997.

LÜBBE, H., Sicherheit. Risikowahrnehmung im Zivilisationsprozeß, in: Bayerische Rück (Hrsg.), Risiko ist ein Konstrukt, München 1993, S. 23-41.

LUHMANN, N., Soziologie des Risikos, Berlin 2003 (Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1991).

LUHMANN, N., Die Realität der Massenmedien, 3. Auflage, Wiesbaden 2004.

MICHAELIS, H./SALANDER, C. (Hrsg.), Handbuch Kernenergie: Kompendium der Energiewirtschaft und Energiepolitik, 4. Auflage, Frankfurt am Main 1995.

O.V., Parteien im Interview: Vollversorgung durch Erneuerbare Energien politisch möglich?, in: energiezukunft, Heft 6 (2009), S.10-11.

PETERS, H. P., Risiko-Kommunikation: Kernenergie, in: JUNGERMANN, H./ROHRMANN, B./WIEDEMANN, P. M., Risiko-Konzepte Risiko-Konflikte Risiko-Kommunikation, Jülich 1990, S. 59-148.

SCHMIDT, M. (Hrsg.), Leben in der Risikogesellschaft, Karlsruhe 1989.

SCHMIDT, M., Risk-Assesment - Quantifizierung von Risiken im Umwelt- und Technikbereich, in: SCHMIDT, M., Leben in der Risikogesellschaft, Karlsruhe 1989, S. 45-63.

SCHÜTZ, H./PETERS, H. P., Risiken aus der Perspektive von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit, in: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11/2002, Bonn 2002, S. 40-45.

STROHM, H., Friedlich in die Katastrophe, 4. Auflage, Hamburg 1977.

TAGESZEITUNG (Hrsg.), die tageszeitung – Die Zeitung. Die Genossenschaft. Das Projekt, 2. Auflage, Stand Juni 2007.

WIEDEMANN, P. M./ROHRMANN, B./JUNGERMANN, H., Das Forschungs-Gebiet „Risiko-Kommunikation“, in: JUNGERMANN, H./ROHRMANN, B./WIEDEMANN, P. M., Risiko-Konzepte Risiko-Konflikte Risiko-Kommunikation, Jülich 1990, S. 1-9.

QUELLEN AUS DEM INTERNET

Atomausstiegsgesetz nimmt letzte Hürde, Pressemitteilung des BMU vom 1.2.2002 (Abruf vom 27.6.2009),
http://www.bmu.de/pressearchiv/14_legislaturperiode/pm/print/3478.php

Beckstein macht Atompolitik zur Koalitionsfrage, Stern-Artikel vom 16.7.2008 (Abruf vom 27.6.2009),
<http://www.stern.de/politik/deutschland/Bundestagswahl-2009-Beckstein-Atompolitik-Koalitionsfrage/631273.html>

Bundesregierung hält an Atomausstieg fest – bis zur Wahl, Tagesschau-Artikel vom 6.8.2008 (Abruf vom 27.6.2009),
<http://www.tagesschau.de/inland/kernenergie102.html>

Castortransporte, Pressemitteilung der BI Lüchow-Dannenberg vom 26.5.2009 (Abruf vom 1.7.2009),
<http://www.castor.de/presse/biprmtlg/2009/quartal2/0526a.html>

Das Atommüll-Zwischenlager in Gorleben, NDR-Artikel vom 4.10.2005 (Abruf vom 2.7.2009),
<http://www1.ndr.de/nachrichten/dossiers/atomkraft/hintergrund/castor6.html>

Der Castor-Transport in Zahlen und Fakten, Handelsblatt-Artikel vom 25.3.2001 (Abruf vom 2.7.2009),
<http://www.handelsblatt.com/archiv/der-castor-transport-in-zahlen-und-fakten;399430>

Die bisherigen Castor-Transporte nach Gorleben, NDR-Artikel vom 4.10.2005 (Abruf vom 2.7.2009),
<http://www1.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/castor2.html>

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Überblick, FAZ-Übersicht (Abruf vom 28.6.2009), <http://www.faz.net/>

die tageszeitung gesamt (Mo-Sa), 1/2009, IVW (Abruf vom 28.6.2009), <http://daten.ivw.eu/>

Frankfurter Allgemeine (Mo-Sa), 1/2009, IVW (Abruf vom 28.6.2009), <http://daten.ivw.eu/>

Reaktor-Neubau, Spiegel-Artikel vom 6.2.2009 (Abruf vom 4.7.2009),
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,605956,00.html>

SPD will Atomausstieg beschleunigen, Handelsblatt-Artikel vom 21.3.2009 (Abruf vom 4.7.2009),
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spd-will-atomausstieg-beschleunigen;2209491;0>

Strommengenübertragung, Pressemitteilung des BMU vom 5.5.2009 (Abruf vom 27.6.2009), http://www.bmu.de/atomenegie_sicherheit/sicherheitsfragen_aufsichtsverfahren/strommengenuebertragung/doc/42281.php

Süddeutscher Verlag, Süddeutscher Verlag (Abruf vom 28.6.2009),
<http://www.sueddeutscherverlag.de/info/facts/portrait>

Süddeutsche Zeitung, Prof. Dr. Johannes Ludwig (Abruf vom 28.6.2009),
http://www.anstageslicht.de/index.php?UP_ID=1&STAND_ID=11

Süddeutsche Zeitung (Mo-Sa), IVW (Abruf vom 28.6.2009),
<http://daten.ivw.eu/>

Süddeutsche Zeitung Mediadaten, Süddeutsche Zeitung (Abruf vom 28.6.2009),

<http://mediadaten.sueddeutsche.de/home/>

Zitate belegen: Die CDU ist beim Thema Atom innerlich heillos zerstritten, Zitat-Sammlung von Greenpeace (Abruf vom 22.6.2009),

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/atomkraft/090618_Atomzitate_CDU.pdf

UNTERSUCHTE ZEITUNGSAusGABEN

- *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
- *Süddeutsche Zeitung*
- *die tageszeitung*

für die Jahre

- 1986: 29.4., 30.4., 2.5., 3.5., 5.5., 6.5., 7.5.
- 1996: 23.4., 24.4., 25.4., 26.4., 27.4., 29.4., 30.4.
- 2006: 22.4., 24.4., 25.4., 26.4., 27.4., 28.4., 29.4.

Danksagung

„Es kann nur Leute geben, die gegen die Atomkraft sind. Oder es gibt solche, die noch nicht darüber nachgedacht haben.“

(Konrad Lorenz, Verhaltensforscher)

Die Grundlage dieser Arbeit, die Betrachtung von Risiken, ist abhängig von Meinungswissen. Meinungen basieren auf Werten. Für das Vorleben von Werten möchte ich neben meinen Eltern insbesondere meiner Cousine Brigitte Poppmann danken, die mir immer gezeigt hat, was der Wert Familie bedeutet.

Das Thema des Studiengangs Medienberatung ist die Kommunikation, studieren besteht vor allem aus kommunizieren. Für die herausragend gute Kommunikation, nämlich die Möglichkeit immer wieder mit neuen Ideen zu und Zweifeln an dieser Arbeit auf ein jederzeit offenes Ohr zu stoßen, für die Betreuung dieser Arbeit möchte ich insbesondere Herrn Dr. Jakob F. Dittmar danken. Eine Betreuung – auch außerhalb der engen Grenzen einer Sprechstunde – ist keine Selbstverständlichkeit. In den Dank einschließen möchte ich Hans Prengel, Achmed Baizza und Michael Schiele, die mir während unserer Gespräche die Möglichkeit gaben, meine Gedanken zu ordnen. Für das Durchschauen dieser Arbeit danke ich Erik Hansen, Jan Kröger, Achmed Baizza sowie Jens Noack, der mir zudem mit einführenden Gesprächen zum Thema Strommarkt half. Die Recherche in den Zeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung* wurde mir durch die Berliner Stadtbibliothek und die Geräte des anliegenden Zentrums für Berlin-Studien ermöglicht. Die Recherche in der Zeitung *die tageszeitung* wurde mir im TAZ-Archiv ermöglicht, wobei mir insbesondere Herr Randy Kaufman hilfreich zur Seite stand. Danke!

Berliner Schriften zur Medienwissenschaft

Herausgegeben von Jakob F. Dittmar

ISSN 1869-0041 (Druckausgabe); ISSN 1869-005X (Online-Version)

-
- 1: Raetzsch, Christoph: Wider die Simulation: Medien und symbolischer Tausch.** Revisionen zum Frühwerk Jean Baudrillards. - 2009. - 118 S., A 5. - Br
ISBN (online) **978-3-7983-2126-7**
ISBN (print) **978-3-7983-2132-8** Preis EUR **8,90**
- 2: Flügge, Maximilian: Spannungsfeld Auftrag - Konvergenz: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland.** - . - 2009. - 134 S., A 5. - Br
ISBN (online) **978-3-7983-2131-1**
ISBN (print) **978-3-7983-2133-5** Preis EUR **9,90**
- 3: Baizza, Achmed: Die Unterhaltungsindustrie gegen das Filesharing.** - . - 2009. - 143 S., A 5. - Br
ISBN (online) **978-3-7983-2138-0**
ISBN (print) **978-3-7983-2139-7** Preis EUR **10,90**
- 4: Medoch, Melanie Maria: Politische Positionierung - der lange Weg zur Marke.** - . - 2009. - 109 S., A 5. - Br
ISBN (online) **978-3-7983-2136-6**
ISBN (print) **978-3-7983-2137-3** Preis EUR **8,90**
- 5: Janzen, Karoline: Türken in Deutschland: Integration durch Medien.** - . - 2009. - 98 S., A 5. -
ISBN (online) **978-3-7983-2147-2**
- 6: Stix, Cornelia: Der Reiz des Verbotenen - Zur Akzeptanz der USK-Alterskennzeichen.** - . - 2009. - 116 S., A 5. - Br
ISBN (online) **978-3-7983-2148-9**
ISBN (print) **978-3-7983-2149-6** Preis EUR **8,90**
- 7: Maas, Jessica: Vom "Über-Leben" in der Fremde. Niveau von Reality-Shows im Fernsehen.** - . - 2009. - 105 S., A 5. -
ISBN (online) **978-3-7983-2150-2**
- 8: Dittmar, Jakob F.: Grundlagen der Medienwissenschaft. 2., erw. Aufl.** - . - 2010. - 174 S., A 5. - Br
ISBN-10: **978-3-7983-2272-1**
ISBN-13: **978-3-7983-2275-2** Preis EUR **11,90**
- 9: Reinhold, Katharina: Speaking with one voice?. Ein Vergleich der Regierungskommunikation in Großbritannien und Deutschland.** - 2009. - 177 S., A 5. - Br
ISBN (online) **978-3-7983-2177-9**
ISBN (print) **978-3-7983-2178-9** Preis EUR **12,90**
- 10: Sextro, Maren: MOCKUMENTARIES und die Dekonstruktion des klassischen Dokumentarfilms.** - . - 2009. - 93 S., A 5. -
ISBN (online) **978-3-7983-2199-1**
- 11: Özsari, Hülya: "Der Türke". Die Konstruktion des Fremden in den Medien.** - 2010. - 110 S., zahlr. Fotos, A 5. - Br
ISBN (online) **978-3-7983-2209-7**
ISBN (print) **978-3-7983-2208-0** Preis EUR **8,90**
- 12: Schweiger, Nora: Radio Paradiso. Private Servicewelle oder christlicher Hörfunk?.** - 2010. - 136 S., A 5. -
ISBN (online) **978-3-7983-2223-3**
- 13: Iwaniec, Mario: Die Betrachtung der Risiken der Kernenergie in ausgewählten deutschen Printmedien.** - . - 2010. - 185 S., A 5. - Br
ISBN (online) **978-3-7983-2284-4**
ISBN (print) **978-3-7983-2283-7** Preis EUR **13,90**
-

Nicht aufgeführte Bd.-Nrn. sind vergriffen. Bei Abnahme mehrerer Exemplare eines Titels wird Preisnachlaß gewährt; Näheres auf Anfrage. Die Preise sind unverbindlich und gelten für den Barverkauf. Bei Bestellungen wird zusätzlich eine Versandpauschale erhoben: für das 1. Exemplar 2,00 Euro; für jedes weitere Exemplar 0,50 Euro.

Vertrieb/ Universitätsverlag der TU Berlin

Publisher Universitätsbibliothek

Fasanenstr. 88 (im VOLKSWAGEN-Haus), D-10623 Berlin.

Tel.: (030) 314-76131, Fax.: (030) 314-76133

E-Mail: publikationen@ub.tu-berlin.de

<http://www.univerlag.tu-berlin.de>